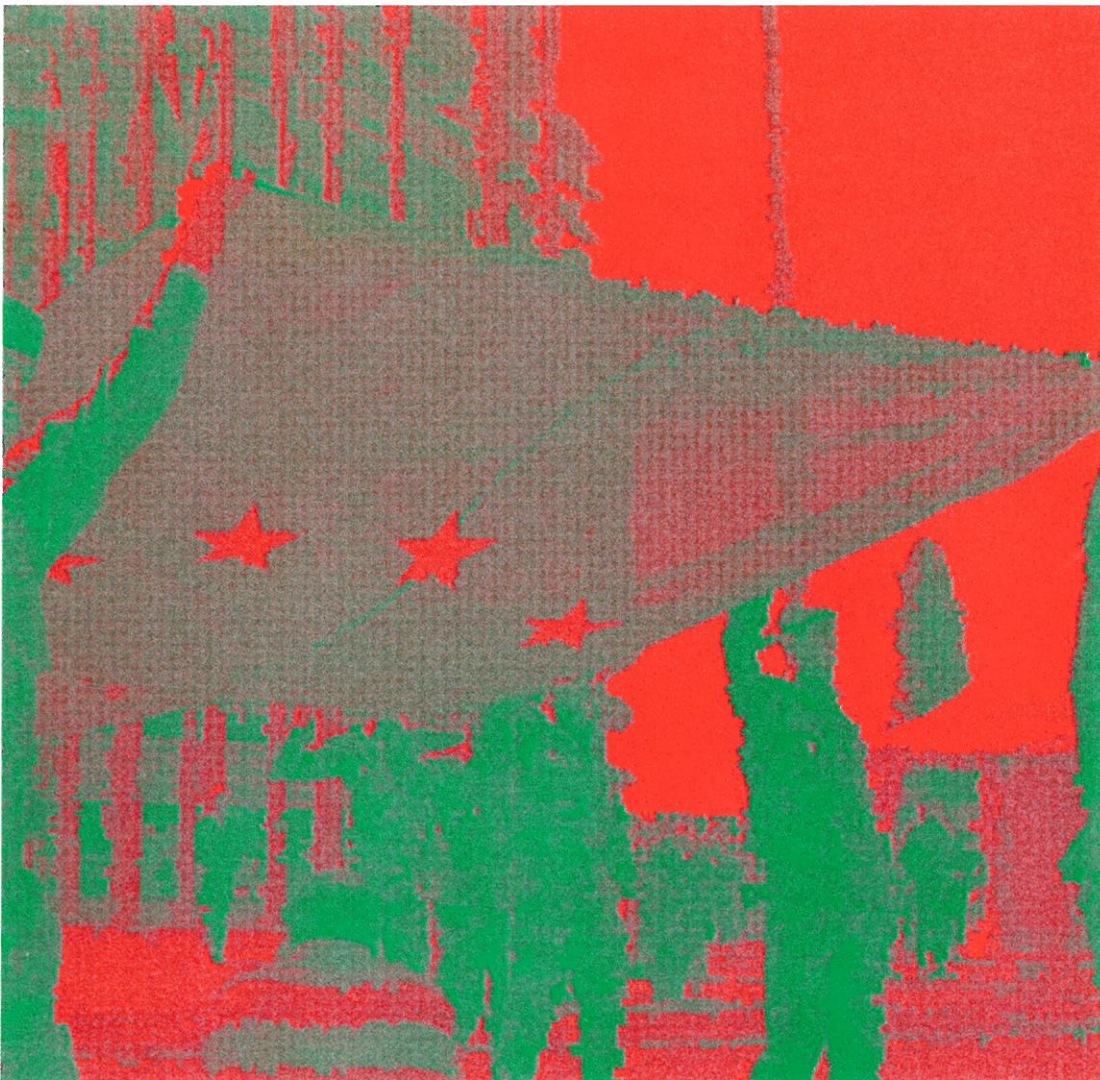


# DIE NEUE EU



**Michael Dauderstädt**  
Die postkommunistischen Beitrittsländer in der EU

**Dietmar Nietan**  
Polen?  
– Im Herzen Europas!

**Thorben Albrecht**  
Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa

**Heinz.-J. Bontrup**  
Die drei Irrtümer aktueller Wirtschaftspolitik

Im **Forum DL21** schreiben u. a.:  
Andrea Nahles, Sönke Klages, Ralf Stegner, Rolf Mützenich und René Röspel

Von Horst Peter

„Wer nur von Maschinenbau etwas versteht, versteht auch von Maschinenbau nichts.“ Mit diesem Spruch klagten kritische Maschinenbauer die gesellschaftliche Verantwortlichkeit und Verantwortung des Ingenieurberufs ein. Der Spruch lässt sich übertragen auf andere Wissenschaftsbereiche. So möchte man den Genetikern zuzurufen: „Wer nur etwas von Biologie versteht, versteht auch von Biologie nichts.“ Oder den Ökonomen: „Wer nur etwas von Ökonomie versteht, der versteht auch von Ökonomie nichts.“

Kritisiert wird die fehlende gesellschaftliche Verantwortung hochqualifizierter Wissenschaftler für das, was sie tun und die Blindheit gegenüber den tatsächlichen und möglichen Folgen ihres Tuns.

Der Streit um die Ablösung höchst qualifizierten Wissens von den gesellschaftlichen Folgen geht historisch weit zurück. Die Schwelle wurde mit den Professionalisierungsprozessen in den freien akademischen Berufen überschritten. Das im Studium erworbene Wissen wurde als berufliches Spezialwissen zur verwertbaren Ware und aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang gelöst. Zum Problem wurde dieser Vorgang, wenn die Qualifizierten Spezialwissenschaftler nicht mehr Mitarbeiter in betrieblichen oder administrativen Zielzusammenhang sind, sondern ihr Wissen als Ware meistbietend verwerten müssen. Damit wird es von den möglichen gesellschaftlichen Skrupeln und Einwänden getrennt und dem Konkurrenzprinzip des Marktes unterworfen. Der Wissenschaftler wird zum Fachberater, der sein Produkt beliebigen Käufern anbietet.

In der Politik hat dieser Vorgang die fatale Folge, dass die Politikberatung zur programmatischen Entkernung von Regierungen und Parteien führt und die Reformvorschläge unterschiedlicher Parteien sich letztlich nur noch in der Radikalität, nicht mehr aber in den Zielen unterscheiden. Schließlich bestehen die Fachkommissionen unterschiedlicher Parteien oft aus den selben Personen und Beratungsfirmen wie Roland Berger können gleichzeitig die Bundesregierung oder politisch anders zusammengesetzte Landesregierungen beraten. Sie geben der jeweils herrschenden Regierung die wissenschaftlich-intellektuelle Legitimation. Damit kann die jeweilige Regierung ihre Reform als alternativlos ausgeben.

Allerdings zieht das Volk die richtige Schlussfolgerung, wenn es die Legitimation der Politik durch teure Berater als Missbrauch von Steuergeldern und als Skandal empfindet. Denn das Volk als Subjekt der politischen Willensbildung hat in diesem beratergestützten Reformprozess keinen Platz mehr.

Kurzum: Die Beschränktheit der Berater beschränkt die Chancen der Politik, Politik für das Volk zu sein. Sie trennt das Volk von seiner politischen Vertretung.

\*

Besonders folgenreich ist diese Politik, wenn die Vielfalt der Produkte der Beratung beschränkt wird, weil die Mehrheit der Anbieter der neoliberalen Bewusstseins-herrschaft unterliegt, die Schritt für Schritt andere Produkte vom Markt gedrängt hat.

Wer die Begriffe besetzt, dem gehört die Zukunft. Mit dieser griffigen Formel haben die Neoliberalen in den 1970er Jahren begonnen, die intellektuelle Hegemo-

nie zu gewinnen. Paradigmatisch ist für diesen Vorgang die Okkupation des Reformbegriffs unter Mithilfe der Sozialwissenschaften. Die Bewusstseins-herrschaft wirkt nicht so sehr durch Einsichten, sondern durch Themenstellungen und begriffliche Formeln. Ihr Erfolg hängt von der Definitionsmacht über Stichworte ab und der simultanen Verknüpfung dieser Stichworte mit Heilsbotschaften (Michael Buckmiller) bei gleichzeitiger Verschleierung von Herrschaft. Aus Versatzstücken wird eine virtuelle Realität gebaut. Die Erde wird zum weltweiten Marktplatz, auf dem der Markt alles zum besten regelt. Die Menschen – auch die Wissenschaftler – werden zu Marktteilnehmern zurechtgestutzt, sozialstaatliche Regelungen behindern das segensreiche Wirken des Marktes zur Wohlfahrt aller. Der Staat ist nur noch Garantiemacht gegenüber Risiken.

Diese Scheinrealität dringt in den öffentlichen Diskurs ein und verstärkt auch in die Positionierung der Linken. Kurzum: Fürchtet die Griechen, wenn sie Geschenke machen, warnte einst Laokoon vor dem trojanischen Pferd. Fürchtet die neoliberalen Stichwort gebenden Intellektuellen.

\*

Pierre Bourdieu war es vor allem, der vor den intellektuellen trojanischen Pferden des Neoliberalismus warnte und die Intellektuellen – nicht nur in Frankreich – aufrief, sich selber wieder zu einer Moral zu verhelfen und sich aufklärend und handelnd gesellschaftlich zu engagieren und dem Reformbegriff wieder den Sinn der Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle und der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu geben. Raisons d'agir nannte er die Veröffentlichungen, in denen engagierte Wissenschaftler ihre Notwendigkeit zum Handeln zu für jedermann erschwinglichen Preisen veröffentlichten – wäre das nicht auch eine Chance für spw?

Bourdieu wirkte! Nicht ohne Grund ist er einer der kritischen Freunde der in Frankreich entstandenen Attac-Bewegung gewesen. Verantwortlichkeit zeigende Wissenschaftler finden mehr und mehr Anschluss an die Globalisierungskritiker und arbeiten mit an der Realisierung des einenden Slogans „Eine andere Welt ist möglich“.

Linke Intellektuelle, die den Dialog mit der Sozialdemokratie nicht aufgeben wollen, sollten auch die SPD in diesen Dialog hineinziehen und ihr helfen, aus der neoliberalen Sackgasse wieder heraus zu kommen.

Dazu bietet sich an, den Innovationsbegriff verantwortlich auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückzuwenden und den neoliberalen Trendsettern zu entwinden. Früher hieß das, die Klassenauseinandersetzungen zu führen. Dazu ist es genauso notwendig, die sozialdemokratische Bildungsoffensive nicht zu einer Diskussion um Eliteuniversitäten abdrängen zu lassen. Vorsicht vor dem „Trojanischen Pferd“!

Kurzum: Als Shell merkte, dass ihr wegen der Absicht, die Ölbohrinsel Brent-Spar im Meer zu entsorgen die Käufer für Benzin verloren gingen, wählten sie einen anderen Entsorgungsweg und annoncierten weltweit „wir haben verstanden!“ Und es gelang Shell, einen großen Teil der Kunden zurück zu gewinnen. Das Beispiel könnte der SPD auch bei ihrer Reformdiskussion ein Fingerzeig sein.



Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Klaus Dorre (Recklinghausen)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Kratke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Milfeld (Bochum)  
 Susi Mobbek (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Röspel (Hagen)  
 Thomas Sauer (Möln)  
 Sigrüd Skarpells-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Ulf Banscherus  
 Björn Böning  
 Tanja Breuer  
 Stefanie Gerszewski  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Dirk Meyer  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rünker  
 Frank Schauff  
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade  
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement: Euro 34,-

(bei Bankinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Isenlohn

1-2, Fairwind, April 2004

Kurzum .....	2
<i>Andrea Nahles</i>	
Neue Männer und alte Lieder, große Gesten und echte Sentimentalität .....	4
<i>Sönke Klages</i>	
Hamburg-Wahl: CDU siegt – Neoliberalismus verliert? Ja, genau! .....	5
<i>Ralf Stegner</i>	
anders steuern – Gemeinwesen stärken .....	6
EUROSPOT .....	7
<i>Olaf Schade</i>	
Warum ein grundsätzliches Kopftuchverbot notwendig ist .....	8
<i>Jadranka Thiel</i>	
Eine gesetzliche Regelung ist grundsätzlich nicht erforderlich! .....	9
<i>Renè Röspel, Rolf Mützenich</i>	
Gegen die leichtfertige Preisgabe von Parlamentsrechten .....	10
<i>Toralf Pusch</i>	
Punktsieg für Rürup .....	11

DIE NEUE EU

<i>Thorben Albrecht, Frank Schauff</i>	
Europäische Union – ihre Erweiterung und das Soziale Europa .....	13
<i>Michael Dauderstädt</i>	
Die postkommunistischen Beitrittsländer in der EU .....	14
<i>Dietmar Nietan</i>	
Polen? – Im Herzen Europas! .....	18
<i>Thorben Albrecht</i>	
Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa .....	21
<i>Sebastian Jobelius</i>	
Aus dem Takt: Europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik .....	24
<i>Ulf Banscherus</i>	
Europäische Bildungspolitik – Volle Fahrt voraus ins Mittelalter? .....	28

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Lars Klingbeil, Nora Hentrop</i>	
IUSY-Kongress in Budapest 2004 .....	31
<i>Georg Brockmeyer</i>	
SPÖ und FPÖ in Kärnten – alles Punschkraperl? .....	32
<i>Hans-Henning Schröder</i>	
Russland: Stabilität ohne Demokratie .....	33
<i>Lars Klingbeil</i>	
Mr. Electable auf dem Weg ins Weiße Haus? .....	37

THEORIE & STRATEGIE

<i>Reinhold Rünker, Andrea Nahles, Horst Peter</i>	
Brauchen wir eine Partei links von der SPD? .....	40
<i>Friedrich Putz</i>	
Die Gründung einer Linkspartei als Chance für die SPD? .....	41
<i>Fritz Riege</i>	
Für eine europäische Neuorientierung der SPD .....	42
<i>Niels Annen</i>	
Soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten gestalten .....	43
<i>AfA-Bundeskongress</i>	
Solidarisch und Gerech! Den Wandel sozial gestalten .....	44
Der Nordhessische Gesundheitsappell – eine Massenpetition .....	44
<i>Klaus Hahnzog</i>	
Freiheitliche Rechtspolitik – eine Säule der Gesellschaftspolitik .....	45
<i>Heinz-J. Bontrup</i>	
Die drei Irrtümer aktueller Wirtschaftspolitik .....	49
<i>Ulf Banscherus, Oliver Kaczmarek</i>	
Innovationsjahr 2004 – bildungspolitische Perspektiven entwickeln .....	52
<i>Tobias Gombert</i>	
(Weiter-)Bildung und soziale Innovation .....	54
<i>Sonja Staack</i>	
Studium, Wissenschaft und Praxis .....	56

Rez.: Wagner/Schild: Druck auf den Flächentarifvertrag (Marcus Schwarzbach) .....

58

Rez.: Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik (Jürgen Meier) .....

59

Rez.: Müller/Michael Müller: Gegen Freund und Feind – Der BND (Ingo Zander) .....

59

# Neue Männer und alte Lieder, große Gesten und echte Sentimentalität

Von Andrea Nahles

Mit der SPD sitzt man wieder gerne in der ersten Reihe. Aber nicht nur Heimkino haben wir auf dem Parteitag erlebt. Die SPD verordnete sich Ende und Anfang. Schluss mit dem verbreiteten Katzenjammer. Start in eine neue Konsolidierungsphase. Und das meinen die Delegierten ernst. Niemand glaubt, dass eine Schwalbe schon einen Sommer macht. Aber Frühling ist drin. Schlüsselfigur dieser Hoffnungen: Franz Müntefering. Er steht für Stabilität im verwaisten Zentrum der Partei. Er verkörpert Aufbruch.

Aufbruch – wohin? Die SPD steht kurz vor der politischen Insolvenz. So muss man es nennen. Das hat den Wechsel an der Spitze überhaupt erst nötig gemacht. Gründe müssen aufgearbeitet werden. Die SPD „liberal, manchmal konservativ, auch gelegentlich nachhaltig-grün, aber was ist eigentlich das unverwechselbar sozialdemokratische an ihr?“ Diese Frage steht im Raum. Gestellt von Benjamin Mikfeld und Katrin Molkenin im Sommer 2002. Sie verweist darauf, dass nicht erst die Agenda 2010 eine Krise der politischen Substanz und Perspektive der SPD herbeigeführt hat. Darauf müssen Antworten gefunden werden.

Eine offensives Projekt, dass Sozialreformen als zeitgemäße Form sozialer Gerechtigkeit hätte ausweisen können, ist nicht gelungen. Lähmungserscheinungen im eigenen Spektrum wurden stattdessen lange schön geredet oder ignoriert. Ursache dafür, so Gerd Mielke im September 2003 sei, „dass auch in wesentlichen Bereichen der SPD-Führung die Ausrichtung der Politik auf möglichst günstige Bedingungen für das Unternehmertum das grundlegende Axiom der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden ist. Sozialstaat, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gelten in diesem Politikmodell als disfunktionale, fossile Relikte, die auf die Erfordernisse der Unternehmen zu trimmen gilt.“

Aufbruch – wohin? Die Beantwortung dieser Frage setzt eine originäre Vorstellung von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik voraus, sie schließt einen selbstbewussten Umgang mit staatlichen Regulierungs- und Fördermöglichkeiten ein und sie funktio-

niert nur, wenn die SPD in ihrer Breite sich selbstbestimmteren Formen von Leben und Arbeit im Alltag der Menschen öffnet. Die Kritik an der Ökonomisierung sozialdemokratischer Politik ist in linken Zirkeln gängig. Sie ist richtig, aber sie verlangt von uns Antworten, die wir auch vom linken Spektrum der SPD nicht genügend reflektiert und verdichtet haben. In der Debatte um öffentliche Güter haben wir uns gut positioniert. Was den Umgang mit Veränderungen der kapitalistischen Arbeitswelt und individualisierter Lebenswelt angeht, sind wir im linken Spektrum gespalten. Die politische Krise der SPD geht also auch mit auf unser Konto. Das ist keine Selbstkasteiung, sondern die Zielbeschreibung eigener Arbeitsschwerpunkte in den kommenden Monaten.

1. Die SPD wird unter ihrem neuen Vorsitzenden die Grundsatzdebatte fortsetzen. So wurde die Arbeitsplanung konkretisiert. Ende 2005 soll das Programm verabschiedet werden. Bislang haben sich nur Teile der Linken an dieser Debatte beteiligt. Eine breitere Anlage der Diskussionen innerhalb der Linken muss angestrebt werden. Von keinem anderen Spektrum der SPD ist eine ökonomische Profilierung jenseits des Mainstream-Neoliberalismus und jenseits altkeynesianischer Selbstgewissheit zu erwarten. Programmveranstaltungen und Publikationen werden vorbereitet.

2. Die Auseinandersetzung mit dem Netzwerk junger Abgeordneter wird dringender. Unter dem Label „Neue SPD“ mit kräftiger finanzieller und organisatorischer Unterstützung der FES werden Pfähle in den Boden gerammt, die eine Alternativlosigkeit suggerieren, die es nicht gibt. Letzteres müssen wir deutlich machen. Wir sind zu defensiv. Das werden wir ändern. Es gibt politisch und personell Alternativen. Die Auseinandersetzung um die SPD 20XX ist in vollem Gange, wir müssen zwei Gänge höher schalten. Auch dazu sind Initiativen in Vorbereitung. Wer hier im Dialog bleiben will, soll sich bei uns melden [info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de).

3. Die angekündigte Gründung einer neuen Partei ist eine Herausforderung an die SPD und nicht zuletzt an die SPD-Linke. Es gibt



Andrea Nahles

verschiedene Initiativen, die einiges gemeinsam haben. Es sind keine Politikneulinge, die da agieren. Es ist nicht nur aufrechter Zorn, der die Leute antreibt, sondern es ist gezielte Provokation. Wer am Ende eine neue Partei gründet oder dazu aufruft, der sollte sich von seiner SPD-Parteimitgliedschaft trennen. Ansonsten wird sich die SPD von ihnen trennen müssen. Aber es wäre gleichwohl fatal, die tiefe Irritation und Sorge vieler Sozialdemokraten über Kurs und Identität der SPD nur mit formaler Abgrenzung zu beantworten. Franz Walter schreibt, was auch nach der Wahlniederlage in Hamburg über sozial deklassierte Stadtbezirke berichtet wurde: Die SPD hat sich von der Arbeiterklasse, von den Unterschichten der deutschen Gesellschaft abgekoppelt, mental weit entfernt, habituell scharf getrennt, materiell distinktiv abgehoben, politisch kühl distanziert.“ (SZ, 22.3.2004) Es gibt Raum für linkspopulistische Tendenzen. Aber die potentiellen Parteigründer und weite Teile der Gewerkschaften – das ist ihr Selbstbetrug – füllen ihn nicht aus. Das kann einen als Parteilinken nicht froh machen. Es braucht eine neue Politik, die sozialen Fortschritt auf allen gesellschaftlichen Ebene ermöglicht. Entkopplung und Distanz kosten demokratische Substanz und kosten die SPD die strukturelle Mehrheitsfähigkeit.

4. Der von Franz Müntefering angekündigte und angebotene Dialog mit den Gewerkschaften „Arbeiterbewegung heute“ ist ernst gemeint. Ob klar ist, worauf man sich da einlassen muss, ist unklar. Der „Die Gewerkschaften müssen noch viel lernen“-Gestus, mit dem die Partei dies Dialogangebote unterbreitet, ist nicht hilfreich. Der Versuch „gute“ Gewerkschafter von „schlechten“ zu scheiden, blockiert Handlungsspielräume von diskussions-offenen Gewerkschaftern. Richtig an dem Ansatz ist aber, den Gewerkschaften wieder stärker Raum zum Mitdenken zu geben. Nicht die Fertigprodukte der SPD vorsetzen, son-



den Fragen zu diskutieren, ohne die fertigen Gesetzentwürfe in der Tasche zu haben, das kann wirklich helfen. Umgekehrt müssen die Gewerkschaften ihren Gestus des heroischen Status-Quo-Verteidigers verlassen. Nicht zuletzt das „Beleidigte-Leberwurst“-Gebaren einiger Spitzenfunktionäre macht es den Gewerkschaftskritikern leicht. Gewerkschafter haben hohe Kompetenz, wenn es um Unter-

nehmen geht, Betriebs- und Personalpolitik, technologischen Fortschritt und die asozialen Folgen einer reinen Shareholder-Logik. Das kann als Schatz gehoben und produktiv in den politischen Prozess einfließen. Diese Karte auszuspielen und nicht nur eine Koalition von „Verlierern“ anzuführen, wäre zukunftsweisend. Wohlgemerkt: Das ist kein Plädoyer gegen die Interessenvertretung von Arbeitslosen und

sozial Schwachen. Es ist ein Plädoyer für Stärke in der Auseinandersetzung. Es ist ein Plädoyer für intelligente Strategien. Franz Müntefering schafft Planbarkeit, Stabilität und Orientierung in der Mitte der SPD. Er allein kann die politische Marke SPD und auch die Zukunft der SPD für die nächsten Jahrzehnte nicht schaffen. Wir sind die SPD.

Forum DL21

# Hamburg-Wahl: CDU siegt – Neoliberalismus verliert? Ja, genau!

– und in der SPD bildet sich eine neue Linke

von Sönke Klages

Die Hamburger Wahl am 29. Februar hat ein bemerkenswertes, weil auf den ersten Blick paradoxes Ergebnis erbracht: Einerseits hat die CDU mit ihrem besten Ergebnis der Nachkriegsgeschichte (47,2 %) es erstmals geschafft, eine absolute Mehrheit der Sitze zu erreichen und allein regieren zu können. Die SPD hingegen hat gegenüber der letzten Wahl weitere 6 % verloren und liegt nur noch bei 30,5%, die Grünen konnten leicht hinzugewinnen. Andererseits haben sich beim gleichzeitig stattgefundenen Volksentscheid über ¾ der Menschen gegen den vom CDU-Senat betriebenen Verkauf der landeseigenen Krankenhäuser ausgesprochen, und damit gegen ein Kernstück der neoliberalen Umbaupolitik der CDU: der Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

## Modernes Lebensgefühl und (sozialstaatliche) Solidarität sind kein Widerspruch.

Wie ist dieses Ergebnis zu verstehen? Warum wählen die Menschen einerseits die CDU, während sie andererseits ein Kernelement ihrer Politik zurückweisen? Was lässt sich daraus für linke, sozialdemokratische Politik lernen? Es gibt auch in der Bevölkerung „moderner“, handels- und dienstleistungsgeprägter Großstädte keine Meinungsmehrheiten für neoliberale Politik – jedenfalls dann nicht, wenn die Auseinandersetzung nicht auf der Ebene ideologischer, phrasenhafter Allgemeinplätze ver-

bleibt, sondern an konkreten Streitfragen die Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen aufgezeigt werden können. Dies hat ver.di als Initiator der Gegenkampagne hervorragend verstanden, denn so unmittelbar war für viele Menschen gar nicht klar, warum eine Privatisierung mittelfristig eine Verschlechterung und Verteuerung der Gesundheitsversorgung bedeuten würde. Ebenfalls gestartete Volksinitiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung (Pläne liegen in der Schublade) und der beruflichen Schulen (wurde z.T. bereits begonnen) sind auf große Resonanz gestoßen, und einer maßgeblich von der SPD getragenen Kampagne zum Ausbau öffentlicher (!) Kinderbetreuung gelang es im Herbst, das geforderte Quorum an Unterschriften für das Zustandekommen eines Volksentscheids (5% der Wahlberechtigten) fast um das dreifache zu übertreffen. Auch im Wahlkampf wurde sehr deutlich, dass die SPD v.a. dort Zustimmung mobilisieren konnte, wo sie sich offensiv für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen einsetzte: bei der Kinderbetreuung und der Schul- und Hochschulpolitik. Um die These positiv zu formulieren: Es lassen sich offensichtlich breite Mehrheiten gewinnen für eine Politik, die eine moderne, urbane, individuell ausgeprägte, auch flexible und „leistungsorientierte“ Lebensweise eben nicht automatisch mit Entsolidarisierung verbindet, sondern im Gegenteil entgegen dem Privatisierungs- und Konkurrenz-Wahn des letzten Jahrzehnts anspruchsvolle Daseinsvorsorge



Sönke Klages

nach wie vor öffentlich, und damit mindestens potentiell gemeinschaftlich-solidarisch organisiert. Modernes Lebensgefühl und (sozialstaatliche) Solidarität sind kein Widerspruch.

## Warum wählen die (gleichen) Leute dennoch CDU?

Dafür lassen sich zwei miteinander korrespondierende Gründe nennen, die im Wahlkampf zutage traten: Zum einen wählen viele v.a. nicht SPD. Davon die meisten aus der bekannten Unzufriedenheit mit der „Agenda“-Politik der Bundesregierung: einerseits inhaltlich (Rente, Gesundheit usw.), andererseits wegen mangelnder Glaubwürdigkeit („Ihr brecht Eure Wahlversprechen ja doch wieder“). V.a. aber, weil die Agenda-„Reformen“ eben gerade nicht für eine moderne solidarische Lebensweise stehen. Die dogmatische Fixiertheit auf die Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung wird ja – neben dem Evergreen der angeblich zu hohen „Lohnnebenkosten“ – damit begründet, dass den Menschen angeblich keine höheren Beiträge zuzumuten seien, dass man diese nicht „überfordern“ dürfe. Es wird also eine geschwächte, schwindende Solidarität als mental gegeben unterstellt, der dann angeblich alternativlos durch faktische materielle Entsolidarisierung Rechnung getragen werden muss. Die Hamburger Vorgänge zeigen, dass diese Unterstellung (zumindest in ihrer Allge-

Sönke Klages ist aktiv in der SPD Hamburg-Nord und arbeitet als wiss. Mitarbeiter einer Bürger-schaftsabgeordneten

meinheit) falsch ist. Könnte es sein, dass die Menschen trotz jahrelangem medialen Dauerdröhnens immer noch (oder schon wieder) ein Gespür und Bewusstsein dafür haben, dass Privatisierung und Entsolidarisierung ihnen auf lange Sicht und auch ganz konkret nicht nützen, sondern schaden können? Dass ein gutes Leben zwar durchaus individualistisch, aber nicht vereinzelt sein muss, sondern auch ein gerechtes und kooperatives *Zusammenleben* umfasst? Wenn dies zutrifft, dann erklärt sich, warum die Menschen eine bundespolitisch z. Zt. überwiegend gegenteilig geprägte SPD nicht wählen, obwohl – und gerade weil – sie mit unseren Hamburger Positionen für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen übereinstimmen.

Die CDU hatte das – zum zweiten – offensichtlich verstanden: sie hat im Wahlkampf jede inhaltlich-konkrete Auseinandersetzung um ihre Politik mit einer ausschließlich auf die Person Ole von Beust fixierten Kampagne zu verdrängen versucht. Dass sie damit so erfolgreich war, liegt aber meines Erachtens nicht nur an der handwerklich sehr professionellen Personalisierung – also dem, was man vorschnell als typische „Amerikanisierung“ zu brandmarken geneigt ist. Entscheidend war m.E. auch die inhaltliche Ausgestaltung der Inszenierung: es gelang von Beust, sich das Image eines seriösen, fairen, glaubwürdigen Politikers aufzubauen, v.a. durch seinen dramaturgisch und terminlich äußerst geschickten Bruch mit dem Rechtspopulisten Ronald Schill und einer zunehmend unbeliebteren FDP. Dieses Image war darauf angelegt, sich vom weitverbreiteten Negativbild unehrlicher, eigen-

süchtiger, arroganter, unernsthafte Politiker abzugrenzen, und war insofern eine gelungene Reaktion auf typische Muster „politikverdrossener“ Einstellungen – ganz im Gegensatz zu zentralen Personen der Berliner Koalition. Dies mag auch erklären, warum es der CDU – und nicht der SPD – nach nur zwei Jahren gelang, das Protestpotential von 20% einstigen Schill-WählerInnen fast gänzlich bei sich zu integrieren. Der Wahlkampfstab der SPD hingegen war dumm genug, durch verzweifelt aggressives Wadenbeißen gegen von Beust die ideale Kontrastfolie zu dieser „hanseatischen“ Imagebildung zu liefern. Hieraus ist zu lernen, dass Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit Eigenschaften sind, die offenbar auch in Zeiten kurzlebiger medialer Effekthascherei zählen. Die Menschen sind vielleicht doch demokratisch anspruchsvoller – und damit in gewisser Weise auch politischer – als ihnen im zynisch-„professionellen“ Politikmarketing zumeist unterstellt wird.

#### Was nun?

Die Hamburger SPD steht vor dem Scheideweg. Mit dem bevorstehenden Rückzug von Olaf Scholz als Landesvorsitzendem hat sie einerseits die Chance, ihre zaghaft (wieder) begonnene Profilbildung als solidarische und gerechtere Alternative dadurch zu verstetigen, dass sie sich deutlicher vom fatalen Agenda-Kurs der Bundesregierung abgrenzt und ihre aktive Positionierung gegen die Zerschlagung der öffentlichen Infra- und Sozialstruktur in Hamburg fortsetzt. Andererseits hat sie bei Erscheinen dieses Heftes möglicherweise bereits eine personelle Weiche in die entgegengesetzte Rich-

tung gestellt: Die Wahl des jungen rechten Innenpolitiklers Michael Neumann zum Fraktionschef wäre eine Entscheidung für einen Kurs der inhaltlichen „Erneuerung“ als Anpassung nach rechts. Eine solche war (weniger faktisch als symbolisch) in den letzten zwei Jahren bereits auf den Feldern der Innenpolitik und in Teilen der Bildungspolitik vollzogen worden – ohne den geringsten Erfolg bei den demoskopisch ermittelten Kompetenzzuweisungen. Die SPD konnte in der Innenpolitik gar nicht, und in der Schulpolitik v.a. lediglich durch das Versprechen zusätzlicher LehrerInnen punkten. Für eine symbolisch auf „Härte“ und „Disziplin“ orientierte Politik jedoch zogen die WählerInnen wie stets das rechte Original vor.

Unterhalb der etablierten und weitgehend inhaltsentleerten Strukturen bildet sich in der Hamburger SPD zur Zeit ein neues linkes Basis-Forum heraus: die „Hamburger Linke“. Sie will zum einen die Auseinandersetzung um den allgemeinen Kurs der Partei bündeln und weiterführen, auch in Kontakt mit DL21 auf Bundesebene. Zum zweiten will sie in die Willensbildung der Hamburger SPD konkret eingreifen und hinwirken auf die Formulierung einer modernen solidarischen Großstadtpolitik als klarer Alternative zur neoliberalen Gesellschaftsspaltung. Dafür sucht sie den Kontakt mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, den die Partei insgesamt nur noch punktuell (und oft instrumentell motiviert) herstellen kann. Für enttäuschte SozialdemokratInnen bietet sie somit eine praktische Alternative zum resignativen Rückzug oder zur illusionären Heilssuche in einer neuen Partei. Als Ansprechperson steht der Autor gern zur Verfügung! Forum DL21

## Anders steuern – Gemeinwesen stärken

Von Ralf Stegner

Jüngst veröffentlichte Umfragen zeigen zweierlei: Erstens gibt es imposante Mehrheiten für solidarische Verhalten. Vier-fünftel der BundesbürgerInnen halten den finanziellen Ausgleich zwischen höheren und niedrigen Einkommen für richtig. Ebenso viele stehen hinter der Solidarität zwischen den Generationen und dreiviertel ziehen eine Steuervereinfachung Steuersenkungen vor. Zweitens legen andere Umfragen dar, wie

wenige gegenwärtig der SPD soziale Gerechtigkeit zutrauen. Die aktuelle Stärke der CDU resultiert hauptsächlich aus der Schwäche der SPD. Über die Hälfte der befragten Schleswig-HolsteinerInnen einer Forsa-Studie trauen keiner Partei eine Lösung der Probleme zu. Wenn die Sozialdemokratie den notwendigen Umbau der Gesellschaft jedoch weiter gestalten will, muss sie die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.



Ralf Stegner

Das schleswig-holsteinische Steuerkonzept „anders steuern: Gemeinwesen stärken“ soll soziale Gerechtigkeit mit einer Vereinfachung des Steuersystems verknüpfen. Steuervereinfachung hört nicht nur dort auf, wo

Ralf Stegner ist Finanzminister von Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat zu ihrem Konzept umfangreiche Materialien erstellt: Diese Unterlagen finden Sie aktuell im Internet unter: [www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de)



soziale Ungerechtigkeit anfängt, es gilt auch an der ein oder anderen Stellschraube zu drehen, um wieder mehr Gerechtigkeit herzustellen. Zusätzlich soll das Konzept auch Lösungsansätze für die Probleme Massenarbeitslosigkeit und demografischer Wandel bieten.

Im Gegensatz zu den bislang kursierenden konservativen Konzepten setzen wir auf Aufkommensneutralität. Wir brauchen auskömmliche Steuereinnahmen, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können. Steuereinnahmen finanzieren ein attraktives Bildungssystem und eine gute Sozial-, Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur. Es gibt nach den umfangreichen Entlastungen durch die Steuerreform keinen Spielraum für weitergehende allgemeine Steuersenkungen. Im Gegenteil, die auskömmliche Finanzierung der Kommunen muss sichergestellt werden.

Ein anderes Steuersystem muss aber auch die Systematik und die Gestaltungspotentiale so gestalten, dass Leistungsfähigkeit wieder das maßgebliche Besteuerungsprinzip wird. Der linear-progressive Tarif ist, wie selbst der Bayerische Finanzminister Falthäuser zugibt, ein zentrales Element des Sozialstaats und deswegen unverzichtbar. Unser Konzept orientiert sich an dem Vorschlag des Sachverständigenrates und sieht nur noch zwei statt sieben Einkommensarten vor. Angemessene und unbürokratische Pauschalen ersetzen komplizierte Einzelfallabrechnungen.

Weder große Unternehmen noch besonders gut verdienende BürgerInnen sollen sich künftig künstlich arm rechnen können. In einer zur Kommunalsteuer erweiterten Gewerbesteuer sollen Land- und Forstwirte genauso einzahlen wie FreiberuflerInnen, Grundstücksvermietende und Gewerbetreibende. Steuersubventionen müssen weiter abgebaut oder gestrichen und

Schlupflöcher geschlossen werden. Förderungen sollen nicht mehr verdeckt über Steuern, sondern direkt über Förderprogramme erfolgen. Das würde auch zu mehr Transparenz, mehr Demokratie und mehr Akzeptanz führen.

Erst wenn das Steuersystem wieder als gerecht empfunden wird, wird es akzeptiert werden. Deswegen wird soziale Symmetrie u. a. durch Kopplungen erreicht. Z. B. sollen die Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge erst abgebaut werden, wenn ein tariflicher Ausgleich geschaffen wurde und Steuervergünstigungsabbau bei ArbeitnehmerInnen nur im Gleichklang mit der Einschränkung von Gestaltungsmöglichkeiten im Unternehmensbereich erfolgen.

Wer ein höheres Einkommen hat, soll auch höhere Steuern zahlen. So soll bei der Einkommensteuer das Ziel erreicht werden, den Eingangsteuersatz auf 10 % zu senken und ab einem Einkommen über 500.000 € soll ein Zuschlag von 5 Prozent erhoben werden. Außerdem sollen die Steuersätze für kleinere vererbte Vermögen bei der Erbschaftsteuer gesenkt, demgegenüber aber ab einem Vermögen von 12,7 Mio. € erhöht werden, wobei zusätzlich endlich die großen Mietwohnungs- und Bürogebäudebestände einer realitätsnäheren Bewertung unterliegen sollen.

Die demographische Entwicklung zeigt die mangelnde Kinderfreundlichkeit des jetzigen Systems. Anstelle der ausnahmslosen Ehebegünstigung soll deswegen die verstärkte Förderung von Familien mit Kindern treten. Deswegen wollen wir bei der Besteuerung der Ehegatten auf eine verfassungskonforme Individual-Veranlagung umsteigen und nur noch den tatsächliche Unterhaltsanspruch des nicht verdienenden Ehegatten steuermindernd berücksichtigen. Getreu der Maßgabe „Uns ist jedes Kind gleich viel wert“ sollen die steuerlichen Kin-

derfreibeträge, die Besserverdienende begünstigen wegfallen. Steuermehreinnahmen aus dem Wegfall des Splittingtarifs und der Freibeträge sollen an die Eltern unmittelbar – über ein erhöhtes Kindergeld – und mittelbar – über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kindererziehung und damit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – zurück geben.

Die millionenfache Arbeitslosigkeit ist das zentrale Problem in Deutschland, das auch, wenn auch nicht nur im Niedriglohnbereich gelöst werden muss. Um das Arbeitsangebot zu erhöhen und gleichzeitig soziale Verwerfungen zu vermeiden müssen die Nettolöhne dort jedoch eher noch steigen und die Bruttolöhne eher sinken. Die Senkung des Eingangsteuersatzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch sind in diesen Einkommensbereichen die Sozialversicherungsbeiträge und nicht die Steuern das Problem. Deswegen bekräftigt Schleswig-Holstein seinen Vorschlag eine Senkung der Sozialabgaben über eine gesetzlich daran gekoppelte sozialpolitisch unproblematische Erhöhung der normalen Umsatzsteuersatzes auf das europäische Durchschnittsniveau von 19 Prozent zu finanzieren. Als zusätzliche soziale Komponente soll der ermäßigte Satz auf 5 % gesenkt werden. Dieser beschäftigungspolitisch sinnvolle Ansatz unterstützt die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme dort, wo systemimmanente Grenzen erreicht werden. Die Eckpunkte aus Schleswig-Holstein sollen ein Denkanstoß sein und sind offen für Veränderungen. Wir wollen aber vor allem zeigen, dass es auch anderes geht. Steuervereinfachung ist keine technische, sondern eine politische Frage. Steuern vereinfachen kann jeder, sie sozial gerecht zu vereinfachen, daran sind die Konservativen gescheitert, das muss die Sozialdemokratie aber leisten.

Forum DL21

## Eurospot: Europa braucht eine koordinierte Steuerpolitik

Von Detlev von Larcher

Der Regierungssprecher teilt mit, der Kanzler habe den Aufruf des DIHK-Präsidenten, Ludwig Georg Braun an die deutschen Unternehmen als unpatriotischen Akt gerügt. Dieser hatte den Unternehmen empfohlen, verstärkt die Chancen einer Verlagerung ins osteuropäische Ausland zu nutzen. Schafft man also einen völlig freien, internationalen Kapitalverkehr und hält die Transportkosten künstlich niedrig, darf man sich nicht wundern, wenn sich Unternehmen die für sie günstigsten Standorte aussuchen und diese ihre Möglichkeit für Druck zur ruinösen Steuerkonkurrenz und zum Sozialdumping nutzen.

Es ist ein Konstruktionsfehler Europas, dass freier Kapital und Warenverkehr, ja eine Freihandelszone geschaffen wurde, ohne gleichzeitig die Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik in Europa zu koordinieren. Steuerpolitik bleibt die Domäne der Nationalstaaten; Steuerparadiese werden in den Mitgliedstaaten geduldet. Mit der Osterweiterung wird die Absurdität unübersehbar: Wie kann die EU neue Länder aufnehmen, die den alten beispielsweise durch einen Einheitssteuersatz von 19 % eine ruinöse Standortkonkurrenz liefern? Soll das Sozialstaatsmodell Europa nicht vor die Hunde gehen, wird es allerhöchste Zeit, Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik zu vergemeinschaften oder wenigstens in diesen Bereichen Mindeststandards europaweit einzuführen. Sonst werden bald auch bei uns normale Menschen drei Jobs gleichzeitig ausüben müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas sollten auf diesem Feld ihre Schwerpunktkampagne setzen. Die SPE sollte mit einer solchen Kampagne zum Leben erweckt werden. Der Anstoß einer solchen Kampagne durch die deutsche Sozialdemokratie entspräche ihrer transnationalen Identität, die sie schon bei ihrer Gründung auszeichnete und ihrem Anspruch, die Globalisierung nicht als kapitalgegeben hinzunehmen, sondern sie zum Nutzen der Menschen zu gestalten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 24. September 2003 der Klage der baden-württembergischen Lehrerin Fereshta Ludin stattgegeben, dass ein Verbot für Lehrkräfte, in Schule und Unterricht ein Kopftuch zu tragen, bei gegenwärtiger Rechtslage nicht rechtmäßig sei. Die SPD-Landtagsfraktion in NRW hat ein Rechtsgutachten bei Prof. Battis (Humboldt-Universität Berlin) in Auftrag gegeben, welches in dem Kopftuch ein Zeichen sieht, dessen «objektiver Erklärungsgehalt zu Grundwerten der Verfassung, insbesondere der Menschenwürde sowie den Freiheits- und Gleichheitsrechten, in Widerspruch steht und aus diesem Grund geeignet [ist], den Schulfrieden zu beeinträchtigen» und schlägt ein generelles Verbot vor. Vom Vollzug des Verbots könne nur in Einzelfällen abgesehen werden — wenn der Schulfrieden nicht gestört wird.

Am 6. Mai findet im Landtag NRW eine Anhörung u.a. zum Vorschlag von Prof. Battis statt. Danach wird die SPD-Landtagsfraktion ihre Meinungsbildung abschließen. Olaf Schade und Jadranka Thiel stellen die unterschiedlichen Positionen dar.

Die spw-Redaktion

# Warum ein grundsätzliches Kopftuchverbot für Lehrerinnen notwendig ist

Von Olaf Schade

Das islamische Kopftuch ist ein starkes Symbol. Es wird vielfach als Zeichen der Unterordnung der Frau unter den Mann verstanden. In einem Antrag zum SPD-Landesparteitag NRW wird festgestellt: «Das Kopftuchtragen von Musliminnen wird aufgrund der konkreten Unterdrückung der Frauen in den islamischen Staaten, in denen das Kopftuchtragen mit Sanktionen erzwungen wird, von weiten Teilen der christlichen wie der muslimischen Bevölkerung in Deutschland als Symbol der Unterdrückung und der Unterwertigkeit der Frau verstanden — und dies unabhängig von der Einstellung und dem Willen der einzelnen Kopftuchträgerin.» (siehe [http://www.nrwspd.de/db/docs/doc\\_3185\\_200423125313.pdf](http://www.nrwspd.de/db/docs/doc_3185_200423125313.pdf)) Diesem Befund ist zuzustimmen.

Es kann keine allgemeingültige Deutung des Kopftuchs geben. Subjektiv kann das Tragen des islamischen Kopftuches als Teil der gesellschaftlichen Würde und Identität oder auch als religiöse Pflicht durch die Trägerin verstanden werden. Dieser religiöse Aspekt ist sogar verfassungsmäßig geschützt, wie das Bundesverfassungsgericht unlängst festgestellt hat.

Es gilt der alte Satz: Man kann einem Menschen nur vor den Kopf gucken. Das Kopftuch transportiert von sich aus eine Botschaft, ohne dass es auf die Intention der Trägerin ankommt. Dies ist solange keine öffentliche Angelegenheit, wie es um die Bekleidung von Privatpersonen geht. Anders gilt beim Kopftuchtragen von Lehrerinnen im Unterricht. Denn hier muss die vielfach verstandene Botschaft, der Ungleich-

wertigkeit von Mann und Frau, dem Staat zugerechnet werden.

Eine Lehrerin hat gerade bei jüngeren Schülerinnen und Schülern eine erhebliche Vorbildfunktion. Gerade bei muslimischen Schülerinnen kann so ein sozialer Zwang verstärkt werden, auch ein Kopftuch tragen zu müssen. Es geht dann nicht mehr nur um die Grundrechte der Kopftuchträgerin, sondern auch um die Rechte der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und die Pflichten des Staates.

Das Bundesverfassungsgericht hat in der aktuellen Entscheidung verbindlich geurteilt, dass ein Kopftuchverbot nicht wie bisher geschehen, auf das allgemeine Beamtenrecht gestützt werden kann, sondern wegen der Religionsfreiheit einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Dabei hat der Landesgesetzgeber die Wahl: Er darf verbieten oder auch dulden.

Dieses Urteil bedeutet aber auch konkret: Wer kein Gesetz erlässt, kann die bisherige Praxis mit der Rechtsgrundlage des Beamtenrechts, Einzelfallregelungen zu treffen und bei Bedarf auch eine Lehrerin auch gegen ihren Willen aus einer konkreten Konfliktsituation zu ziehen, nicht beibehalten. Kein Gesetz zu erlassen, bedeutet also kein Beibehalten der bisherigen Praxis der Einzelfallentscheidung, sondern die Wende zu einer grundsätzlichen Duldung.

Es spricht also viel für ein Gesetz: Prof. Battis hat meines Erachtens einen sehr brauchbaren Vorschlag vorgelegt. Diese Regelung hat den Vorteil, nicht an der religiösen Bedeutung des Kopftuchs anzusetzen, sondern auf einen «objektiven Erklärungsge-

halt» Bezug zu nehmen. Diese Botschaft, die mit dem Kopftuch vermittelt wird, bemisst sich an der Wirkung auf die Menschen, die mit diesem starken Symbol konfrontiert sind. Es kommt nicht darauf an, was das Kopftuch «ist», sondern wie es «wirkt», also von der Mehrzahl der Menschen verstanden wird.

Die politische Deutung des Kopftuchs erkennt nicht den vom Verfassungsgericht betonten religiösen Gehalt dieser Kleidung. Es braucht der Trägerin auch keine fundamentalistische Einstellung zu unterstellen, da es gar nicht um die Einstellung der Lehrerin gehen kann. Damit ist jede Form von «Gewissensprüfung» entbehrlich.

Es geht auch nicht darum, den religiösen Gehalt des Kopftuchs zu verkennen, es wird lediglich an die Besonderheit dieses religiösen Symbols angeknüpft: Anders als ein Kreuz, ein Halbmond oder ein Davidstern macht es keine religiöse Zugehörigkeit deutlich, sondern transportiert parallel eine politische Botschaft.

Nicht das Bekenntnis zum Islam ist das Problem in einem nicht laizistischen Staat, sondern der Widerspruch zu den Grundwerten der Verfassung. Dies ist auch der Vorteil dieser Regelung gegenüber dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, die das Kopftuch als religiöses Symbol verbieten will, unter Hinweis auf die christlich abendländische Schultradition, christliche Religionszeichen jedoch erlauben will.

Gleichwohl müssen die Rechte, insbesondere die Religionsfreiheit der Lehrerin berücksichtigt werden, um den Anforderungen des Verfassungsgerichts zu entsprechen. Dies geschieht in einem rechtsstaatlichen Verfahren, das in erster Linie die Folgen für den Schulfrieden im Einzelfall überprüft. In Ausnahmefällen, in denen durch die Schülerstruktur kein Konflikt vorliegt, oder durch Umstände im Einzelfall der «böse Schein» des Kopftuchs als Unterdrückungssymbol widerlegt wird, kann es nämlich unverhältnismäßig sein, die Dienstpflicht, das Kopftuch abzulegen, durchzusetzen. Dies wäre staatliche «Toleranz» im Einzelfall, aber keine Indifferenz gegenüber Bestrebungen, den Grundwert Gleichberechtigung sogar innerhalb des Staates auszuhöhlen.



# Eine gesetzliche Regelung ist grundsätzlich nicht erforderlich!

Von Jadranka Thiel

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat zu vielfältigen Interpretationen und Bewertungen eingeladen. Einige zentrale Aussagen lassen sich jedoch zweifelsfrei ableiten: Zum einen können die Bundesländer Gesetze erlassen, die das Tragen religiöser Symbole in der Schule verbieten, wenn alle Religionen gleich behandelt werden. Zum anderen können die Bundesländer von einem Verbot absehen und somit das Grundrecht der Religionsfreiheit auch für Beamte uneingeschränkt lassen. Dann kann eine Lehrerin auch in Zukunft nicht entlassen werden, weil sie ein muslimisches Kopftuch trägt.

Es wird allerdings auch ohne eine gesetzliche Regelung weiterhin möglich sein, eine Lehrerin aus dem Schuldienst zu entfernen, wenn sie ihre Schülerinnen und Schüler versucht islamistisch-fundamentalistisch zu beeinflussen. Und nur darum sollte es auch gehen!

Jeder Versuch, dem muslimischen Kopftuch die religiöse Dimension abzusprechen oder diese zumindest einer möglichen gesellschaftspolitischen Deutung unterzuordnen, hat zur Folge, dass alle Kopftuch-tragenden Frauen unter den Generalverdacht fundamentalistisch-islamistischen Überzeugungen gestellt werden. Der Verfassungsrechtler Mahrenholz kommt hier zu einem vernichtendem Urteil: «Ein solch gesetzgewordener Verdacht gegenüber einer bestimmten Personengruppe, ohne jeden Anhaltspunkt in dieser Gruppe, ist eine politische Diskriminierung dieser Gruppe, für die ich in der deutschen Gesetzgebung eine Parallele nicht sehe.» (Süddeutsche Zeitung, 25. November 2003)

Verfassungsrechtlich entspricht eine Gesetzesentwurf, der ein Verbot des muslimischen Kopftuches zum Inhalt hat, nur dann dem Grundgesetz, wenn alle religiösen Symbole gleichermaßen verboten werden. Vor allem Bundespräsident Johannes Rau hat kürzlich mehrfach darauf hingewiesen, dass dies aber zwingend eine Laizisierung unserer Gesellschaft zur Folge hätte. Aus feministischer Sicht ist Selbstbestimmung ein zentraler Wert. Wenn Frauen

selbstbestimmt das muslimische Kopftuch tragen als Ausdruck ihrer kulturellen Identität, als Ausdruck ihrer religiösen Überzeugungen, als selbstgewählter Schutz vor männlichen Blicken, dann müssen wir diese Intention weder verstehen noch teilen. Aber sie ist zu respektieren. Gerade im Kontext einer feministischen Argumentation stellt sich auch die Frage, wie geschlechtergerecht ein Gesetz sein kann, das sich nur gegen Frauen richtet. Doch wie bewahrt man Schülerinnen und Schüler vor den möglichen Einflüssen männlicher muslimischer Lehrer?

Nun kann man in der Tat Zweifel daran haben, dass das Kopftuch Ausdruck einer modernen selbstbestimmten, feministischen und integrationswilligen Haltung ist. Aber wird man eine solche Haltung durch das Verbot des Kopftuches erzwingen können? Integrationspolitisch ist doch vielmehr festzustellen, dass das Verbot des Kopftuches auch als Erscheinungsform eines Kulturkampfes der Mehrheitsgesellschaft gegen die muslimische Minderheit verstanden werden kann — auch wenn dies von vielen Befürwortern eines Verbots nicht so gemeint ist. Man muss davon ausgehen, dass für einen nennenswerten Teil der Muslime das Tragen des Kopftuches Bestandteil ihrer religiösen Praxis ist. In der Selbstwahrnehmung vieler Muslime gibt es keinen Unterschied zwischen religiösen Geboten oder kulturellen Traditionen. Welchen Eindruck vermittelt

unsere Gesellschaft zwangsläufig, wenn Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern verboten wird und dies in der begleitenden öffentlichen Debatte mit den oben genannten Argumenten begründet wird? Hier schließt sich der Kreis zum Vorwurf des fundamentalistischen Islamismus: Ist dies ein geeigneter Schritt, um islamistischen Tendenzen und Gruppierungen den Boden zu entziehen? Treibt die Mehrheitsgesellschaft die Muslime nicht vielmehr in die Arme genau der Gruppen, in deren Einfluss sie bereits alle Kopftuchträgerinnen vermutet?

Der Gesetzesentwurf von Prof. Battis umgeht diese Fragen formal natürlich, da sich das Verbot nicht auf religiöse Symbole oder Kleidung bezieht. Damit sollen nach den erläuternden Aussagen des Gutachtens selbst demonstrative (große) christliche oder jüdische Symbole von vornherein von dem Verbot ausgenommen sein, da diese nach ihrem objektiven Erklärungswert nicht gegen die Verfassung verstießen. Das Gut-



Jadranka Thiel und Olaf Schade

achten nimmt ausdrücklich den Grundsatz der Gleichbehandlung der Religionen nicht zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, sondern ist darauf angelegt — mehr oder weniger juristisch spitzfindig — diese zentrale verfassungsrechtliche Vorgabe zu unterlaufen.

Problematisch ist grundsätzlich auch die Umkehr der Beweislast zulasten der betroffenen Lehrerin. Sie muss nachweisen, warum der das Verbot begründende generelle Verdacht der mangelnden Verfassungstreue in ihrem Einzelfall ungerechtfertigt ist. Nach Aussagen vieler Juristen ist diese Umkehr der Beweislast ein einmaliger Fall in unserem Rechtssystem.

Zusammenfassend lässt sich aus meiner Sicht sagen, dass nur eine Beibehaltung der bisherigen Praxis integrationspolitisch und rechtlich überzeugend ist, wenn man nicht eine grundsätzliche Laizisierung unserer Gesellschaft anstrebt.

Jadranka Thiel, Referentin bei der SPD-Landtagsfraktion NRW, u.a. zuständig für das Thema Migration, lebt in Duisburg

# Gegen die leichtfertige Preisgabe von Parlamentsrechten

von Rolf Mützenich und René Röspel

Bislang muss eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten einem Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes zustimmen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 12. Juli 1994 ausdrücklich bekräftigt. Seitdem hat sich eine Parlamentspraxis herausgebildet. In der Regel beschließt der Bundestag in kurzer Zeit über das Verlangen der Bundesregierung, Soldaten außerhalb der Bündnisgrenzen einzusetzen. Dafür wird das Parlament über den Auftrag und Umfang der Mission schriftlich unterrichtet. Die Abgeordneten können dann den Antrag ablehnen oder zustimmen. Änderungen am Inhalt sind unzulässig.



René Röspel

Diese Praxis steht seit Monaten auf dem Prüfstand. Die FDP legte einen eigenen Gesetzentwurf vor. Verteidigungsminister Peter Struck plädierte kurzzeitig für einen besonderen Bundestagsausschuss. Außenminister Joseph Fischer schlug darüber hinaus gehend sogar vor, dass künftig allein die Bundesregierung über Kampfeinsätze der Bundeswehr befinden solle. Dem Bundestag billigte er ein Rückholrecht zu. Auch eine Mehrheit führender Koalitionspolitiker scheint mittlerweile der Auffassung zu sein, dass die bisherige Praxis geändert werden

muss. Ein Gesetzentwurf liegt mittlerweile auf dem Tisch. Demnach soll die Bundesregierung bei „humanitären Einsätzen“ allein über den Einsatz deutscher Soldaten entscheiden. Auch „Einsätze geringer Intensität“ verlangen nur eine Befassung auf Antrag des Parlaments. Ferner ist eine „Verlängerung des Einsatzes“ in bestimmten Fällen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments vorgesehen.

Alle Gedankenspiele zur Veränderung des Parlamentsvorbehalts finden vor dem Hintergrund neuer sicherheitspolitischer Entwicklungen statt: So gibt es in den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ für die Bundeswehr keine Beschränkungen mehr für das Militär. Es gibt künftig weder politische, historische noch geographische Grenzen für die deutschen Streitkräfte. Die Bundeswehr soll für alle Eventualitäten einsatzfähig und -bereit sein. Eine solche Tendenz lässt sich auch bei der Konzipierung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Rahmen der EU beobachten. Hier rückt der ursprünglich gleichberechtigte Aspekt ziviler Maßnahmen gegenüber den militärischen Fähigkeiten zunehmend in den Hintergrund. Dadurch besteht die Gefahr, dass das Leitbild einer „Zivilmacht Europa“ irgendwann gar nicht mehr wieder zu erkennen ist. Scheinbar soll es eine Art Arbeitsteilung zwischen ESVP und NATO geben. Die neuen europäischen militärischen Strukturen sollen sich auf den afrikanischen Kontinent fokussieren, während die NATO künftig im so genannten „Greater Middle East“ ihr Operationsgebiet finden soll. Für weltweite Operationen ist bereits die Einsatzbereitschaft der Schnellen Eingreiftruppe der NATO ausgerufen worden. Nach dem Beschluss des Prager Gipfels sind für den Einsatz der NATO *Reaction Force* kurze Fristen vorgesehen. Dieser ist zudem nicht explizit an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gebunden. Es ist richtig: Auch der jetzige Koalitionsentwurf zum Parlamentsbeteiligungsgesetz macht militärische Eingriffe im Rahmen der neuen Strukturen weiterhin von der Zustimmung des Parlaments abhängig. Es besteht jedoch die Gefahr, dass im Rahmen neuer



Rolf Mützenich

militärischer und bündnispolitischer Anforderungen weitere vermeintliche Notwendigkeiten entstehen, die die Rechte des Parlaments weiter aushöhlen.

Dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, ist mittlerweile zu einer Art sozialwissenschaftlichem Naturgesetz geworden. Hingegen sind (bestimmte) Demokratien ebenso häufig in militärische Auseinandersetzungen mit Nicht-Demokratien verwickelt, wie andere Regierungsformen. Es bleibt also weiterhin die Aufgabe politisch Verantwortlicher, die Mittel kriegerischer Gewalt zu begrenzen und einzudämmen. Hinzu kommt: Die meisten gewaltsamen Konflikte in der Welt lassen sich eben nicht mit militärischen Maßnahmen lösen. Gewaltsame Eingriffe können lediglich brutale Menschenrechtsverletzungen stoppen und den Aufbau eines staatlichen Gewaltmonopols begleiten und absichern. Sollte sich aber eine Demokratie wie die Bundesrepublik Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen zu einer militärischen Reaktion entschließen, so spricht alles dafür, die Argumente für den Waffengang öffentlich und unmittelbar vorzubringen und auszutragen. Das Parlament ist dafür der richtige Ort. Weder ein Ausschuss noch das Kabinett kann den traditionellen Platz für das freie Wort und die offene Diskussion ersetzen. Auch die Nachvollziehbarkeit im Innern und die Außenwahrnehmung sind durch den Parlamentsvorbehalt am besten gewährleistet. Der Deutsche Bundestag sollte sich daher gut überlegen, ob er ein wichtiges parlamentarisches Kontrollinstrument partiell aus der Hand geben möchte. Gerade für einen Sozialdemokraten gilt: 140 Jahre SPD waren immer auch eine Auseinandersetzung über Krieg, Frieden und Militär. Regierungsverantwortung kann daher nicht bedeuten, historisch gewachsene Grenzen und Kontrollrechte des Parlaments zugunsten der Exekutive aufzugeben.



# Punktsieg für Rürup: der Nachhaltigkeitsfaktor wird Realität

Von Toralf Pusch

Man nehme einen Jahrhundertbegriff, einen Professor, der in seiner beruflichen Laufbahn schon so ziemlich alles vertreten hat, eine Regierungskoalition, der mit der Agenda 2010-Debatte das soziale Augenmaß abhandeln gekommen zu sein scheint und fertig ist eine Reform nebst ideologischem Fortsatz (Generationengerechtigkeit), die nur drei Jahre nach der „Jahrhundert-Reform“ von Walter Riester die Rente erneut „zukunftsfest“ machen soll. Angelehnt an den Vorschlag der Rürup-Kommission aus dem vergangenen Jahr wurde am 11. März 2004 der so genannte Nachhaltigkeitsfaktor bei nur einer Enthaltung aus den Reihen der rot-grünen Koalition (Ottmar Schreiner) im Bundestag beschlossen. Auf die Begründungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeitsdebatte wurde an anderer Stelle in der SPW bereits ausführlich kritisch eingegangen (siehe z.B. Annen/Böhning, SPW 133). Hier sollen die Auswirkungen der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors betrachtet werden.

Der Nachhaltigkeitsfaktor wird zu einer deutlichen Verringerung der Rentenanpassungen in den nächsten Jahren führen. 25 Abgeordnete stimmten dem Gesetz zwar zu, unterzeichneten aber eine Gegenerklärung in der sie betonen, dies in Ermangelung parlamentarischer Mehrheiten für sinnvolle Alternativen getan zu haben (einzu-sehen unter [www.ruediger-veit.de/Rente110304.pdf](http://www.ruediger-veit.de/Rente110304.pdf)). In der Erklärung wird gefordert, dass die gesetzliche Rente auch weiterhin eine den Lebensstandard sichernde Funktion haben soll. Durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors ist dies mittlerweile auch nach den Worten der Bundessozialministerin Ulla Schmidt nicht mehr der Fall. Darüber hinaus ist bereits jetzt das Alterseinkünftegesetz in der Beratung, mit dem in Zukunft die Einkommensbesteuerung der Renten bis zum Jahr 2040 schrittweise bis zum vollen Betrag erhöht wird. Zum Vergleich: heute erfolgt die Einkommensbesteuerung der Renten nur bis zu einem Ertragsanteil in Höhe von 27 %. Faktisch aber bewirken die Freibeträge, dass kaum ein Rentner Einkommenssteuern auf die gesetzliche Rente zahlt.

## Nettorentenniveau im freien Fall

Für beide Reformen (RV-Nachhaltigkeitsgesetz und Alterseinkünftegesetz) gibt es unterschiedliche Beweggründe. Während das RV-Nachhaltigkeitsgesetz sich aus der gewollten Festlegung bestimmter Höchst-Beitragsätze durch die Bundesregierung ergibt, wird das Alterseinkünftegesetz mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2002 begründet. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Besteuerung von Beamtenpensionen und gesetzlicher Rente zu vereinheitlichen. In der Tat liegt hier eine starke Ungleichbehandlung vor. Im Jahr 2005 beträgt die maximale steuer-unbelastete Rente von Alleinstehenden 42.640 Euro im Jahr, während Pensionen von Alleinstehenden bereits ab 12.936 Euro im Jahr besteuert werden (Zahlen des Bundesministeriums der Finanzen). Aus dem Verfassungsgerichts-Urteil ergeben sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Reaktion. Erstens könnte das Niveau der Besteuerung der Beamtenpensionen nach unten an die der Renten angeglichen werden (Ertragsanteil von 27 %). Zweitens ist es möglich, die Besteuerung der Renten schrittweise an diejenige der Beamten anzupassen und gleichzeitig die Arbeitnehmeranteile zur Rentenversicherung von der Besteuerung freizustellen (um Doppelbesteuerung zu vermeiden). In der Vorlage zum Alterseinkünftegesetz hat die Bundesregierung die zweite Variante gewählt, die für den Staat teurer ist und zu einer weiteren Absenkung des jeweiligen Nettorentenniveaus führt.

Entscheidend ist, dass RV-Nachhaltigkeitsgesetz und Alterseinkünftegesetz zusammengekommen zu einer drastischen Reduktion des Rentenniveaus führen werden. Dies lässt sich an der Entwicklung des Nettorentenniveaus

für den fiktiven Standardrentner (der in seinem Arbeitsleben über 45 Versicherungsjahre hinweg durchschnittlich verdient hat), verdeutlichen (siehe Abb.). Dieses Niveau wird durch die Relation der Standardrente (s.oben) – abzüglich der geleisteten Sozialversicherungsbeiträge – zum durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt – abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge und der Einkommenssteuer – gebildet. Nach den Berechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) sinkt das Nettorentenniveau für den Standardrentner im jeweiligen Rentenzugang auf 58,7 % im Jahr 2020 und 52,2 % im Jahr 2030. Hierbei wurden die Re-



Toralf Pusch

chengrößen der Einkommensbesteuerung jährlich um 1,5 % erhöht, um dem Aufsteigen in höhere Einkommenssteuerklassen entgegenzuwirken. Eine solche „kalte Progression“ würde die Ergebnisse verzerren. Zum Vergleich: Im Jahr 2001 betrug das Nettorentenniveau 69,1 %. Gesetzlich war seit dem Jahr 2001 (eingeführt durch die rot-grüne Bundesregierung) eine Mindesthöhe des Nettorentenniveaus von 67 % festgeschrieben.

Die Diskussion um den mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz eingeführten Nachhaltigkeitsfaktor kam zu Stande, weil bei der Rentenreform 2001 (u.A. Einführung der Riester-Rente) verschiedene für die Zukunft nicht zu überschreitende Beitragssatz-Ziele formuliert wurden. So sollte im Jahr 2020 ein Beitragssatz von 20 % nicht überschritten werden. Für das Jahr 2030 wurde ein Beitragssatz von 22 % als Obergrenze festgelegt. Über die Einhaltung dieser Ziele sollte mit den jährlich erscheinenden Rentenversicherungsberichten gewacht werden, die jeweils die Bei-

tragssatzentwicklung über einen Zeitraum von 15 Jahren in die Zukunft prognostizieren. Bereits im Rentenversicherungsbericht 2003 und auch im Bericht der Rürup-Kommission wurden Überschreitungen der oben genannten Beitragssätze errechnet. Die schlechte konjunkturelle Lage und die damit verbundenen Basiseffekte für die Einnahmentwicklung (niedriges Einnahmenniveau im Ausgangsjahr der Prognoserechnung) sowie die in der Rürup-Kommission konsensual vertretenen veränderten Annahmen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung bewirkten eine höhere prognostizierte Entwicklung des Beitragssatzes. So rechnete die Rürup-Kommission in ihrem Bericht mit einem Beitragssatz von 24,2 % im Jahr 2030. Unter den verwendeten Prognoseannahmen sind Beitragssatzziel und ein garantiertes Nettorentenniveau von 67 % nicht zu halten. Die Rürup-Kommission machte deswegen den Vorschlag, das Leistungsniveau der Rentenversicherung über die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors und die schrittweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters zu reduzieren. Dem wurde von der Bundesregierung nur im ersten Punkt gefolgt. Über den Nachhaltigkeitsfaktor führt nunmehr eine Verringerung des Verhältnisses der Anzahl der Beitragszahler zu den Rentenempfängern zu einer Dämpfung der Rentenanpassung.

### Das neue Niveausicherungsziel: ein kleiner Erfolg der Linken

Ursprünglich sollte mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors gänzlich auf die Festlegung eines Niveausicherungsziels verzichtet werden, wie es in der Rentenreform von 2001 formuliert wurde. Die Kritik von Sozialverbänden und SPD-Linken führte aber schließlich dazu, dass nun doch ein Mindestniveau Eingang in das Gesetz gefunden hat. Da in diesem Jahr mit dem Alterseinkünftegesetz eine wei-

tere Reform geplant ist, die eine stärkere Einkommensbesteuerung der Altersbezüge zur Folge hat, wird hierbei zudem die Bezugsgröße geändert. Gegenstand der Betrachtung ist jetzt nicht mehr das Nettorentenniveau, da sich dies bei voller Wirksamkeit der Einkommensbesteuerung der Renten nicht mehr einheitlich angeben lässt. Dies liegt an der unterschiedlichen Wirkung der Einkommenssteuerprogression auf unterschiedliche Lohn- und Rentenhöhen. Stattdessen wird künftig an Stelle des bisherigen Nettorentenniveaus ein Rentenniveau ohne Berücksichtigung von Steuern verwendet. Es berechnet sich als Verhältnis zwischen Standardrente – vermindert um die Sozialabgaben der Rentner – und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt – vermindert um die geleisteten Beiträge der Arbeitnehmer zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie um den durchschnittlichen Aufwand zur geförderten privaten Altersvorsorge (bei voller Inanspruchnahme). Das so ermittelte Niveau liegt heute bei 53 % und soll nach dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz bis 2020 ein Niveau von 46 % und bis 2030 ein Niveau von 43 % nicht unterschreiten. Auch wenn in Zukunft von der anschaulichen Rechengröße des Nettorentenniveaus abgegangen wird, machen bereits diese Zahlen deutlich, in welchem Umfang die Rente von der Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards abgekoppelt wird. Denn die so formulierten Niveausicherungsziele entsprechen ziemlich genau den sich bei den Prognoserechnungen in den Stichjahren ergebenden Werten.

Insofern ist mit den Niveausicherungszielen zwar keine Einschränkung der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors verbunden – gleichwohl ist der Gesetzgeber bei einer noch schlechteren Entwicklung des Rentenniveaus zu einer Reaktion verpflichtet. Was in diesem Fall aber das Ergebnis wäre, hinge aber einmal mehr von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Darüber hinaus kann es sich die Linke anrechnen, für das Jahr 2008 in das Gesetz die Überprüfung von Maßnahmen für eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus ohne Berücksichtigung von Steuern bei 46 % eingebracht zu haben. Sollte sich die wirtschaftliche Lage (und damit die Einnahmen der Rentenversicherung) bis 2008 nicht durchschlagend verbessert haben, würden sich zur Erreichung dieses Ziels ein höherer Bundeszuschuss, ein höherer Beitragssatz oder eine Heraufsetzung der Altersgrenzen zum Renteneintritt anbieten. Sollten wie derzeit die ersten beiden Möglichkeiten nicht opportun sein, dann würde alles auf die letzte Möglichkeit hinauslaufen. Im Ergebnis hätte dann Rürup mit einer Legislaturperiode Verspätung vollständig gesiegt.

### Für mehr Verlässlichkeit und Ehrlichkeit in der Rentenpolitik-Debatte

Bei aller Kritik an Systemen mit Kapitaldeckung (siehe z.B. J. Deml, SPW 128) erscheint

angesichts dieser Politik der von der Bundessozialministerin geforderte Ausbau der privaten Vorsorge als einziger Weg, dem Abbau des Sicherungsniveaus im Alter auf der individuellen Ebene entgegen zu wirken. Dies wird allerdings angesichts vielfältiger Maßnahmen der Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer erschwert (so z.B. die Auswirkungen der Gesundheits- und versch. Hartz-Reformen). Für viele sind die hieraus entstehenden zusätzlichen Belastungen nicht mit einem Ausbau der privaten Vorsorge vereinbar. Nach Informationen der Arbeitnehmerkammer Bremen hatten 2002 gerade einmal unter 10 % der Arbeitnehmer Verträge zur Riester-Rente abgeschlossen. Zu einer ehrlichen Bilanz gehört es auch anzuerkennen, dass die sich auf den „Standardrentner“ beziehenden Absicherungsniveaus für große Teile der Bevölkerung fern der Realität sind. Auf Grund der Massenarbeitslosigkeit und des erst langsamen Wandels des Geschlechterverhältnisses auf dem Arbeitsmarkt unterschied sich die durchschnittliche Versicherungszeit von Neuzugängen zur Altersrente 2002 teilweise recht deutlich von den 45 Jahren des Standardrentners. Bei den Männern betrug diese Zeit 40 Jahre (West) und 44 Jahre (Ost). Anders fällt der Abstand bei den Frauen aus, die nur über eine durchschnittliche Versicherungszeit von 25 (West) und 41 Jahren (Ost) verfügten. Vor allem Frauen sind – was ihre individuell erworbenen Ansprüche zur Rente betrifft – also bereits heute stark von Altersarmut bedroht. Daher sollte der Standardrentner in Zukunft an den Arbeitsmarktrealitäten orientiert sein und eher einen Versicherungszeitraum von 40 Jahren aufweisen – erst recht, wenn man bedenkt, dass die Bundesregierung mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz die Anrechnungszeiten für Ausbildung abgeschafft hat, was einem maximalen Verlust von bis zu 2,25 durchschnittlichen Versicherungsjahren entspricht (für weitere Zahlen zur tatsächlichen sozialen Absicherung im Alter siehe G. Bäcker, SPW 133). Dieser neue Standardrentner würde das Absicherungsniveau realistischer widerspiegeln und vielleicht auch zu behutsameren Reformen führen.

Schenkt man der Bundessozialministerin Glauben, so ist mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz ein entscheidender Schritt für die Finanzierbarkeit und Verlässlichkeit der Renten in der Zukunft getan. Wie aber kann Verlässlichkeit entstehen, wenn die Rente alle 2 bis 3 Jahre Gegenstand von systemverändernden „Reformen“ wird (1999–2001–2004)? Und wie kann die Rente – wie übrigens auch die anderen Sozialversicherungszweige – finanzierbar gehalten werden, wenn durch die problematischen Effekte einer verfehlten rot-grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Arbeitsmarkt weiter Flaute herrscht? Die Beantwortung dieser Fragen bleibt die Bundesregierung schuldig.

Forum DL21





# Europäische Union – ihre Erweiterung und das Soziale Europa

Von Thorben Albrecht und Frank Schauff

Am 1. Mai wird die Europäische Union um zehn Mitglieder erweitert werden, davon acht aus Ostmitteleuropa. Es mag mittlerweile banal klingen, aber dabei handelt es sich in der Tat um einen historischen Schritt. Die Erweiterung, die nun einen vorläufigen Schlusspunkt unter die Transformation der beitretenden Länder setzen soll, wird in der (westeuropäischen) Linken dabei häufig kritisch gesehen. Kontrafaktisch ist gegen die Kritik des EU-Beitritts der ostmitteleuropäischen Staaten einzuwenden, ob denn eine Existenz dieser Staaten ohne eine Perspektive auf EU-Mitgliedschaft eher Stabilität, demokratische Entwicklung und friedliche Kooperation bedeutet hätte. Wenn wir vergleichend in diesen Tagen erneut auf den westlichen Balkan schauen, so ist die Antwort sicherlich: Nein. Alle diese Staaten, die nun neue EU-Mitglieder sein werden, haben aus sich heraus und im Verhältnis zueinander genügend Konfliktstoff, der nun durch die Eingliederung in die EU zumindest entschärft wird. Hier sei nur daran erinnert, dass sich in der Slowakei in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unter Meciar autoritäre Tendenzen entwickelten, die denen in Weißrussland ähnelten. Aufgrund des durch die EU-Beitrittsverhandlungen gegebenen Zwanges zur Einigung wurde es auch möglich, sowohl Grenzstreitigkeiten als auch Minderheitenkonflikte weitgehend zu beruhigen. Andernfalls hätte es in fast allen Fällen der nun beitretenden Staaten genügend mögliche Szenarien im Sinne einer Balkanisierung gegeben. Man halte sich nur die Minderheitensituation in Ostmitteleuropa oder im Baltikum vor Augen. Die Beitrittsverhandlungen, die sicherlich schon eine Abgabe von Souveränität implizierten, führten dazu, dass die Eliten sich zu disziplinieren und demokratische Verfahrensweisen zu befolgen hatten. Diese hatten auch die grundlegende Modernisierung der staatlichen Strukturen zur Folge, die Staaten folgten gewissermaßen – bei aller Unterschiedlichkeit – dem mainstream europäischer staatlicher Entwicklung.

Dennoch bleibt, wie Michael Dauderstädt, Leiter der Arbeitseinheit für Politikanalyse bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, in dieser Ausgabe diskutiert, abzuwarten, ob denn ei-

nige unhinterfragte Axiome dieses Beitritts für die Staaten zutreffen, wenn man an die soziale und wirtschaftliche Entwicklung denkt. Ist es tatsächlich so, dass die neuen Mitglieder nachgerade automatisch eine Periode der Prosperität erwarten werden? Des Weiteren bleibt die Frage offen, wie sich die politische Entwicklung im größten Beitrittsland, Polen, in Zukunft darstellen kann. Polen hat sich immerhin seit dem Beginn des letzten Jahres – also unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen – als das schwierigste der neuen Mitgliedsländer erwiesen. Erinnert sei nur an die Stellung im Irak-Krieg und die Position zur Europäischen Verfassung. Dass Polen sich – insbesondere nach dem nicht vorhersehbaren Wahlsieg der spanischen Sozialisten – zunehmend isoliert hat, ist evident. Wie eine Lösung aussehen kann, erscheint schwierig zu erkennen. Hierauf versucht Dietmar Nietan, SPD-Bundestagsabgeordneter, eine Antwort zu geben. Dietmar Nietan hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem deutsch-polnischen Verhältnis beschäftigt und es aktiv mitgestaltet.

Von vielen Linken wird die Europäische Union als ein neoliberales Projekt angesehen. Dies ist sicherlich in weiten Teilen richtig, aber sie kann ebenso wie Staatlichkeit generell auch ein Instrument für die Linke sein, um ihre Konzeptionen europaweit umzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund einer voranschreitenden, weitgehend unregulierten Globalisierung bietet Europa die Chance politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die dem Nationalstaat verlorengehen. Hier stellt sich aber wie auf der nationalstaatlichen Ebene die Frage nach der Hegemoniefähigkeit der Linken. Dabei erschien

die Linke bislang nicht dazu in der Lage, eine hegemoniefähige Position zu formulieren oder zu erlangen, von praktischer Umsetzung danach ganz zu schweigen. Dennoch gibt es eine Reihe von Projekten in bezug auf



Foto: Christian Kiel (Berlin)

die EU, die durchaus als links betrachtet werden müssen.

Wie steht es mit dem Lissabon-Prozess, der die Beschäftigungssituation in den Ländern der EU aktiv verbessern soll. Wo liegen die Stärken und Schwächen dieses Konzeptes und woran hapert es bei der Umsetzung. Sebastian Jobelius, Mitglied dieser Redaktion und Doktorand der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen, will mit seinem Artikel hierüber Aufschluss geben. Eine der zentralen Forderungen von SPD und Gewerkschaften im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU-Politik ist die Forderung nach dem „sozialen Europa“ in einem umfassenden Sinne. Diese Dimension fehlt weitgehend im aktuellen Repertoire der Europäischen Union. Hierzu äußert sich Thorben Albrecht, Redaktionsmitglied der spw und Referent für europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Schließlich: was passiert im Hinblick auf die Angleichung von Bildungsstandards und Vergleichbarkeit von Abschlüssen aufgrund des Bologna-Prozesses? Was bedeutet dieser Prozess für Innovationen im Bereich der universitären Bildung. Mit dieser Frage setzt sich Ulf Banscheraus, Mitglied der spw-Redaktion und im Ausschuss Studienreform des Freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften (fzs), auseinander.

# Die postkommunistischen Beitrittsländer in der EU

Von Michael Dauderstädt

Wenn im Mai dieses Jahres acht Länder, die vor 15 Jahren noch Planwirtschaften des kommunistischen „Ostblocks“ waren, der Europäischen Union (EU) beitreten, haben sie einen langen und schmerzhaften Anpassungs- und Reformprozess hinter sich. Bevölkerung und Eliten der Beitrittsländer haben diese Belastungen auf sich genommen, um wichtige nationalpolitische Ziele, nämlich die innere Freiheit, die äußere Unabhängigkeit und die „Rückkehr nach Europa“ zu erreichen. Aber sie haben sich auch ein westliches Wohlstandsniveau erhofft, das der „reale Sozialismus“ nicht bieten konnte. Der schleichende Kollaps der Planwirtschaft war eine wichtige Ursache des politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa. Die jungen Demokratien sahen sich also gleichzeitig mehreren Aufgaben gegenüber: sechs der acht Länder (nur Polen und Ungarn existierten schon 1989 in ihren heutigen Grenzen) mussten einen neuen Nationalstaat aufbauen, alle im Innern die Demokratisierung der alten Parteidiktatur und den Systemwechsel zur Marktwirtschaft vollziehen und sich nach außen in den Weltmarkt und vor allem in die sich neu gestaltende europäische Wirtschaft integrieren. Diese politischen und ökonomischen Transformationen sind aufs engste miteinander verflochten und stehen zur Mitgliedschaft in der EU in einem keineswegs gelösten Spannungsverhältnis. Zwar haben die meisten wichtigen politischen Parteien und Eliten in den Beitrittsländern die Mitgliedschaft gewünscht, unterstützt und die zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Opfer mitgetragen. Aber Hunderte von Ausnahme- und Übergangsregelungen in den Beitrittsabkommen belegen, dass dies nicht ohne Konflikte abging. Bei den Volksabstimmungen erzielten die Beitrittsbefürworter überall eine ausreichende, oft massive Mehrheit, wobei die Wahlbeteiligung aber häufig sehr nied-

rig ausfiel. Die Zustimmungquote bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten lag aber nur in Litauen und Slowenien über 50% (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Ausgang der Volksabstimmungen zum EU-Beitritt in den Kandidatenländern. Es ist also keineswegs selbstverständlich, dass der EU-Beitritt mit den zentralen nationalen Interessen von Souveränität und Wohlstand objektiv und subjektiv in den Augen der Bürger der Neumitglieder zu vereinbaren ist. Wir betrachten zunächst kritisch das Verhältnis von Wohlstandserwartungen und Aussichten, dann die politischen Konfliktlinien in der erweiterten EU.

## Die riskante Integration in die EU: der Traum vom aufgehenden Wachstum

Die Europäische Union (EU) unterstützte den Prozess der Transformation – anfangs noch ohne Erweiterungsabsicht – von 1989 an. Hauptsäule des Hilfsprogramms war das PHARE-Programm (PHARE = Poland Hungary Assistance for the Reconstruction of the Economy), das alsbald auf alle Länder Mittel- und Osteuropas ausgedehnt wurde. Die jährlichen Hilfen stiegen von 475 Millionen Euro 1990 auf 1,6 Milliarden Euro 2000 an und dienten anfänglich eher der Beratung, später finanzierten sie auch Investitionen und konzentrierten sich immer stärker auf die Beitrittsvorbereitung.

Ab 1999/2000 begann die EU mit zwei weiteren Programmen, einem zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes (SAPARD) und einem dem Kohäsionsfonds ähnlichen strukturpolitischen Programm (Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt – ISPA). In den Jahren 2000-2002 stellte die EU pro Jahr im Rahmen PHARE-Programms etwa 1,1 Milliarden Euro, für SAPARD 540 Millionen Euro und für ISPA 1080 Millionen Euro an Finanzhilfen zur Verfügung. (Europäische Kommission, Sapard brochure) Hinzu

kommen Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Zwischen 1993 und 1996 schlossen alle Beitrittskandidaten Assoziierungsabkommen mit der EU, die neben Finanzhilfen auch die Liberalisierung des Handels vorsahen. Allerdings behielt sich die EU den Schutz ihrer Landwirtschaft und einiger sensibler Branchen (z.B. Stahl, Textil und Bekleidung) sowie die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen unter besonderen Umständen (z.B. anti-dumping) vor. Der Wegfall dieser Ausnahmen stellt den wichtigsten handelspolitischen Vorteil des Beitritts gegenüber der Assoziation dar. Weiter müssen die Kandidaten beim Beitritt den gemeinsamen EU-Außenzoll übernehmen, was gelegentlich geringeren Schutz aber manchmal auch eine stärkere Abschottung bzw. höhere Preise für Importe aus Drittländern bedeutet.

Kurz nach den Assoziierungsabkommen, die wegen der in der Präambel vorgesehenen Beitrittsperspektive auch „Europaabkommen“ hießen, stellten die Partnerländer ihre Aufnahmeanträge in die EU, die von ca. 80% der Bevölkerung unterstützt wurden. Allerdings beruht vor allem die EU-Begeisterung der frühen Jahre kaum auf ausreichenden Kenntnissen über die EU, ihre Institutionen und Politiken. (Rose/Haepfner) So sprachen sich bei den gleichen Meinungsumfragen (1991 und 1992), bei denen ca. 80% der Befragten in den fünf Ländern einen EU-Beitritt befürworteten, nur ca. 60% (1992 sogar noch weniger, um 55%) für die Marktwirtschaft aus. Mindestens ein Viertel der EU-Befürworter waren sich offensichtlich nicht bewusst, dass die EU zunächst ein großer (Binnen-)Markt ist, und hielten ihre Ablehnung der Marktwirtschaft für verträglich mit einer EU-Mitgliedschaft. (European Commission, Eurobarometer) Interessenkonflikte traten nur punktuell auf. Im Bereich der vier Freiheiten befürchteten viele Menschen in den Beitrittsländern, dass die Öffnung der Vermögensmärkte, vor allem für Grund und Boden, Immobilien und Unternehmen, dazu führt, dass wertvoller nationaler Besitz in die Hände ausländischer Investoren fällt. Dabei geht es zum einen um den Preis. Wegen der relativen Armut liegen die Vermögenswerte niedrig und sind im Vergleich zu entsprechenden Anlagen innerhalb der EU sehr billig (z.B. Boden diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze). Steigt im Zuge der wei-

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass der EU-Beitritt mit den zentralen nationalen Interessen von Souveränität und Wohlstand zu vereinbaren ist.



teren Entwicklung – etwa nach dem Beitritt – der Preis stark an, so hätten die Ausländer den Gewinn. Ebenso wichtig sind aber auch Bedenken bezüglich der nationalen Identität der Investoren. Polen, Tschechen und Slowenen befürchten, dass Deutsche und Italiener auf dem Markt die Ergebnisse des verlorenen Krieges revidieren könnten. Dem wurde in den Beitrittsabkommen mit Übergangsfristen Rechnung getragen. Umgekehrt dürfen Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern nicht unmittelbar nach dem Beitritt in allen Mitgliedstaaten tätig werden. Die neue Abschottung gegenüber Drittländern, die das Schengen-Regime von den Kandidaten spätestens nach dem Beitritt erwartet, stört vor allem manche Polen und Ungarn. Der grenznahe Handel zwischen dem polnischen Osten und Belarus ist für diesen ärmsten Teil Polens von Bedeutung. Seine Einschränkung durch den Visumzwang für Weißrussen hat die polnische Grenzbevölkerung verärgert. Die Ungarn möchten gern ihre Grenzen für ungarischstämmige Einwohner Rumäniens und Jugoslawiens offen halten.

Aber der Preis wird akzeptiert, da der EU-Beitritt gewichtige wirtschaftliche Vorteile verspricht. Neben dem erwähnten unbeträchtlichen Marktzugang und der Mitsprache bei der weiteren Ausgestaltung der Integration sind es vor allem die erwarteten Transferzahlungen aus den EU-Fonds, die zwischen 2004 und 2006 40,8 Milliarden Euro betragen werden (Kok, 47), wobei eine diskriminierende Obergrenze von 4% des BIP des Empfängerlandes vorgesehen ist, die bei früheren Erweiterungen nicht galt. Dagegen sind einige Nachteile abzusehen:

**Wachstum:** Ob eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums tatsächlich eintritt, muss die Zukunft zeigen. In der Wirtschaftspolitik gibt es einen klassischen Streit über die optimalen Bedingungen von Wachstum. Unterschiedliche Denkschulen bewerten den EU-Beitritt unterschiedlich. Aus marktliberaler Sicht darf das EU-Modell als zu interventionistisch gelten. Es verhindert durch regulatorische Eingriffe das freie Spiel der Marktkräfte und führt so zu Verzerrungen in der Preisstruktur und zu einer

nicht optimalen Allokation der Ressourcen. Schon innerhalb der Alt-EU ist diese Politik auf nationaler und EU-Ebene angeblich für schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und defizitäre Staatshaushalte verantwortlich. Ihre Übertragung auf die Neumitglieder, vor allem die umwelt- und sozialpolitischen Regelungen, würde deren Wachstumschancen und Attraktivität für Investoren reduzieren. (Jamieson/Szamuely; Donges, 82; Achten; Belke/Hebler)

Eine marktkritische Perspektive sieht dagegen aufholende Entwicklung in der Tradition von List („Schutzzölle“) und in entsprechender Interpretation des südostasiatischen Modells als Ergebnis staatlicher Intervention in den Wirtschaftsprozess (Amsden). Diese Schule befürchtet von einer Marktöffnung und der schutzlosen Integration armer, schwacher Wirtschaften in reiche, starke Wirtschaften

eine Fixierung der ökonomischen Hierarchie, die die weniger entwickelten Ökonomien langfristig auf die Rolle von Produzenten und Exporteuren rohstoff- und arbeitsintensiver Erzeugnisse mit niedriger Wertschöpfung festlegt. Sie fordert daher größere nationale wirtschaftspolitische Kompetenzen und Spielräume als sie eine EU-Vollmitgliedschaft gewährt. Insbesondere müssten Unternehmen und Branchen übergangsweise Zollschutz genießen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Gleichzeitig müssten Exportförderungsmaßnahmen die Position nationaler Unternehmen auf dem Weltmarkt stärken. (Eatwell u.a., 44f.; Achten, 20-39)

**Außenwirtschaft:** Die Neumitglieder haben wahrscheinlich mit einem starken Anstieg der Importe und der Handelsdefizite zu rechnen, der zwar durch die höheren EU-Transfers (Agrar-, Struktur- und Regionalfonds) und vielleicht noch wachsende Direktinvestitionen zu finanzieren ist, aber trotzdem die einheimische Industrie einer massiven Importkonkurrenz aussetzt. Eine

wettbewerbspolitische Korrektur bedarf der Zustimmung aus Brüssel.

**Verteilung:** Der Kapitalzustrom dürfte zu einem Anstieg der Vermögenspreise führen, der die Vermögensbesitzer begünstigt. Gleichzeitig bleiben die Reallöhne unter Druck, wenn die Produktivität nicht so schnell steigen kann, wie sich die Preise der handelbaren Güter dem EU-Niveau annähern. Neben diesen drohenden Verteilungswirkungen könnten sich auch noch die regionalen Disparitäten verschärfen, wenn die der EU nahen, westlichen Regionen deutlich stärker wachsen als die östlichen Regionen, die unter der zunehmenden

Abdichtung ihrer Grenze (dann die Schengen-Außengrenze der EU) zu den Drittstaaten (Belarus, Ukraine, etc.) leiden.

**Budgetkosten:** Die Übernahme des *acquis* wird gewaltige Kosten in den Beitrittsländern verursachen, die teils vom Staat, teils von Unternehmen, Haushalten und Konsumenten zu tragen sein werden. Die Kandidaten erhoffen sich zwar einen Ausgleich durch die EU-Fonds, deren Ausgestaltung aber auch noch Gegenstand von Reformen ist. Die Kosten sind dagegen schon absehbar. So haben z.B. im Bereich des Umweltschutzes Berechnungen des ifo-Instituts einen Investitionsbedarf in Höhe von 120 Milliarden DM ergeben. Schätzungen aller Kosten für Ungarn geben die Kosten für die Übernahme des *acquis* mit 50%-120% des Volkseinkommens an. Zwar sind diese Ausgaben sicher über Jahre zu strecken, aber sie stellen eine gewaltige Belastung der Kandidaten dar. (Dauderstädt: 1998, 149-167, insbesondere 153ff., Fn 24-37)

So könnte in wirtschaftlicher Hinsicht die Mitgliedschaft den Neumitgliedern durchaus auch unangenehme Überraschungen bereiten. Der erste Beitritt eines postkommunistischen Landes zur EU, der Beitritt der DDR im Zuge der deutschen Vereinigung, war zwar sicher ein Sonderfall, der durch eine Superschocktherapie der plötzlichen Übernahme des nahezu gesamten deutschen Rechts (und damit des *acquis*) und eine Überbewertung der Währung gekennzeichnet war. Aber er zeigt die Risiken einer voreiligen Öffnung, die die einheimische Industrie der Konkurrenz hochproduktiver Unternehmen im Binnenmarkt aussetzt, wogegen auch gigantische Transferzahlungen nicht helfen.

Auch die Erfahrungen anderer Beitritte armer Länder (Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) zeigen, dass die Neumitglieder keinesfalls eine Wachstumsgarantie mit dem EU-Beitritt erhalten. Die EU-Regional-

**Die EU-Begeisterung der frühen Jahre beruht vor allem auf kaum ausreichenden Kenntnissen über die EU, ihre Institutionen und Politiken.**

**Tabelle 1: Volksabstimmungen zum EU-Beitritt in den Kandidatenländern**

	Datum	Dafür	Wahlbeteiligung	Dafür (bezogen auf alle Wahlberechtigten)
Estland	14.9.	66,8	64,1	42,8
Lettland	20.9.	67	72,5	48,8
Litauen	10./11.5.	91,1	63,4	57,8
Polen	7./8.6.	77,4	58,8	45,6
Slowakei	16./17.5.	92,5	52,1	48,2
Slowenien	23.3	89,6	60,3	54,0
Tschechien	13./14.6.	77,3	55,2	42,7
Ungarn	12.4.	83,8	45,6	38,2

Quelle: [www.mdr.de/eu/aktuell/938582.html](http://www.mdr.de/eu/aktuell/938582.html)

politik hat kaum nachweisbar zum Abbau der Einkommensunterschiede beigetragen (Funck/Pizzati). Die Übernahme des gemeinsamen Außenzolls der EU überträgt Protektionsmuster aus der Alt-EU auf die Neumitglieder, die Modernisierungsprozesse bremsen, weil sie Anreize bieten, Produktionsfaktoren in schrumpfenden Sektoren wie Landwirtschaft und Schwerindustrie zu halten. Zwar nahm in Portugal nach dem EU-Beitritt das Wachstum zu, aber in Spanien blieb es fast unverändert und in Griechenland sank es sogar massiv. Irland, das Wirtschaftswunderland der EU der 1990er Jahre, erlebte diesen Aufschwung erst 20 Jahre nach seinem Beitritt, dem zunächst eine lange Phase unspektakulären Wachstums (unterbrochen von Rezessionen) folgte. Aber dieser Aufschwung ist vor allem ein Anstieg der Gewinne der dort tätigen multinationalen Unternehmen, die zulasten von Löhnen und Steuern vom irischen BIP inzwischen ein Fünftel kassieren und ins Ausland ab-

**Der Kapitalzustrom dürfte zu einem Anstieg der Vermögenspreise führen, der die Vermögensbesitzer begünstigt. Gleichzeitig bleiben die Reallöhne unter Druck.**

fließen lassen. (Dauderstädt/Witte) Diesem „Erfolgsmodell“ folgt vor allem Ungarn. Da im Euroland Aufwertungen nicht mehr möglich sind, hängt Einkommenskonvergenz von einem rascheren Anstieg der Löhne in den ärmeren Ländern ab. Das bedeutet höhere Inflation (Balassa-Samuelson-Effekt), da auch die Löhne in Branchen mit geringem Produktivitätswachstum (zum Beispiel viele Dienstleistungen, vor allem im öffentlichen Sektor) steigen müssen. (Europäische Zentralbank, 39ff.; UN-ECE, 227ff.) Für die aufholenden Länder ist es daher wichtig, dass die Europäische Zentralbank und die Europäische Union diese höhere Inflationsrate toleriert. Sie müssen dabei ihre Wirtschaftspolitik so gestalten, dass die höhere Inflation nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Solange sie ihren Wechselkurs noch kontrollieren, ist das durch Kontrolle der Aufwertung beziehungsweise Abwertung möglich. Entsprechende Schritte empfehlen sich bei starken Importanstiegen und Exporteinbrüchen,

die ein nicht dauerhaft zu finanzierendes Handelsbilanzdefizit verursachen. Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit – sei es durch Abwertung oder Kontrolle der Inflation – wird durch offene Kapitalmärkte erschwert. Gerade die erfolgreicherer ärmeren Länder sind oft Ziel starker Kapitalzuflüsse (so in der Tschechischen Republik 1994-95), die reale Aufwertungen auslösen, die nicht im gleichen Umfang durch Produktivitätsfortschritte gesichert sind. Die gleichen Finanzmärkte reagieren dann mit plötzlicher Kapitalflucht, wenn sich pessimistischere (oder realistische) Einschätzungen der Wirtschaftsentwicklung durchsetzen (so ebenfalls in der Tschechischen Republik 1996). Inner-

halb Eurolands drohen dann aber nicht mehr die gefürchteten Abwertungen und IWF-Programme. Stattdessen müssen sich Schuldner (Empfänger der Kapitalzuflüsse) durch Ausgabeneinschränkungen anpassen und die Gläubiger auch mit „normalen“ Konkursen oder Zahlungsverzögerungen rechnen. Andere Anpassungsmöglichkeiten (zum Beispiel staatliche Hilfen für Banken) sind im Zuge der Wettbewerbspolitik nur mit der Zustimmung der Europäischen Union möglich.

Aufholendes Wachstum gelingt also eher, wenn längere Zeit noch eine relative Autonomie der Finanz- und Geldpolitik einschließlich der Möglichkeit, internationale Kapitalströme zu kontrollieren, besteht. Ist das nicht möglich, bedarf es einer differenzierteren Wettbewerbspolitik und/oder stärkerer supranationaler Kapazitäten der Kapitalversorgung. Sollte das bedeuten, dass die erweiterte EU-25 eine Zeit lang differenzierter und weniger vereinheitlicht ist, so ist das kein zu hoher Preis für geringere soziale Spannungen. Überlastet man die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaften in den Beitrittsländern wie den Altmitgliedern, so drohen populistische Rückschläge, die die europäische Integration, insbesondere in ihrem friedenspolitischen Kern, stärker treffen können als eine kontrollierte Differenzierung.

#### Politische Konfliktlinien in der EU-25

Auf absehbare Zeit werden sich allerdings inner-nationale soziale und politische Konflikte mit Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten der erweiterten EU in komplexer Weise mischen. Wer annahm, dass die ostmitteleuropäischen Neumitglieder als brave Musterschüler entweder ihre eigenen Ansichten und Interessen hintanstellen würden oder sie bei der EU (oder gar in den Positionen der – auch nicht über alle Parteien monolithischen – deutschen Europapolitik) bestens aufgehoben sehen würden, wurde spätestens während des Irakkriegs oder bei der Debatte um die Verfassung eines besseren belehrt. Dabei reichen die möglichen Konfliktlinien von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Europapolitik bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Um einige mögliche wirtschaftspolitische Konflikte zu erahnen, liegt es nahe – ausgehend von den oben ausgeführten Risiken der Integration – zwei Szenarien der Entwicklung der Beitrittsländer zu unterscheiden:

Das Griechenlandszenario impliziert, dass die Neumitglieder kaum aufholendes Wachstum aufweisen, also bestenfalls im Durchschnitt so schnell wie die reicheren Länder der Alt-EU wachsen, unterbrochen von Krisen. Sie versuchen politisch, die Transferzahlungen zu maximieren, verwenden das Geld aber eher konsumtiv zur Ali-



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte ..... Plakate A, ..... Plakate B, ..... Plakate C, ..... Plakate D, ..... Plakate E bestellen.
- Ich möchte ..... Flyer A, ..... Flyer B, ..... Flyer C, ..... Flyer D, ..... Flyer E bestellen.
- Ich möchte ..... Postkarten A, ..... Postkarten B, ..... Postkarten C, ..... Postkarten D, ..... Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Anschrift: \_\_\_\_\_

Mein Wohnort und PLZ: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-mail: \_\_\_\_\_

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

**www.einer-fehlt-noch.de**



mentierung ihrer „frühreifen“ (Kornai) Wohlfahrtsstaaten und eines klientelistisch aufgeblähten Staatsektors. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und die Leistungsbilanz stark defizitär. Man könnte dieses Szenario auch das Ostdeutschland-Szenario nennen.

Das Irlandszenario unterstellt, dass die Neumitglieder die EU-Transfers klug nutzen, um vorhandene Wettbewerbsvorteile (vor allem bei der Ausbildung) zu stärken und zusätzliche (z.B. Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur) zu schaffen, um ihre Haushalte zu sanieren, Steuern auf Unternehmen zu senken und die ohnehin schwachen Gewerkschaften in eine maßvolle Lohnpolitik einzubinden (u.a. mit dem Versprechen EU-finanzierter aktiver Arbeitsmarktpolitik). Damit werden sie zu attraktiven Standorten für Auslandsinvestoren, nicht zuletzt in Form von Verlagerung geeigneter Produktionen aus der Alt-EU. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Leistungsbilanz weist wachsende Überschüsse auf, die dem Abfluss von Kapitaleinkommen der ausländischen Investoren entsprechen.

Es ist auch durchaus vorstellbar oder gar wahrscheinlich, dass verschiedene Neumitglieder unterschiedlichen Szenarien folgen. Die Reaktionen bei den Altmitgliedern, vor allem den unmittelbar betroffenen Nachbarländern Deutschland und Österreich, sind absehbar. Im ersten Fall des Griechenszenarios schimpfen die Nettozahler, weil sie ein Fass ohne Boden vor sich sehen, und obendrein stärkere Migration befürchten müssen. Im zweiten Fall befürchten vor allem die Arbeitnehmer in den Altmitgliedern, dass Steuerkonkurrenz und Abwanderungsdrohungen des Kapitals zunehmen und den ohnehin reformgeschüttelten Wohlfahrtsstaat zuhause untergraben und die Einkommensverteilung in Europa dem irischen Modell folgen lassen (sinkende Lohnquote).

Mit der gleichzeitig anlaufenden Tendenz, die Wirtschafts- und Währungsunion auf die Neumitglieder auszudehnen, kommen zusätzliche Probleme ins Spiel, die 2002 schon zwischen Zentrum und Peripherie des Eurolandes zu beobachten waren. Die kleinen Länder wuchsen relativ rasch, während die großen kontinentalen Volkswirtschaften (D, F, I) eher schwaches Wachstum aufwiesen. Bei einem einheitlichen Euronominalzins erhöht die Deflation in den wachstumsschwachen Ländern den Realzins und bremst dort das Wachstum zusätz-

lich, während in den inflatorischen „Tigerökonomien“ ein niedriger Realzins die Konjunktur weiter anheizt (Bofinger, 4-7). Eine solche höhere Inflation in den Neumitgliedern ist aber für den Ausgleich der Einkommensdisparitäten notwendig, zumal wenn die Wechselkurse eher fix sind.

Die Wachstumskonkurrenz stellt auch das europäische Sozialmodell zur Debatte. Wachstum in Form von höherem Output an Gütern und Dienstleistungen ist – wenn die Nachfrage gewährleistet ist – auch durch Beschränkung betriebswirtschaftlicher Kosten wie Freizeit und Regulierungsaufgaben beim Schutz von Konsumenten, Arbeitnehmern und Umwelt möglich. Zwar setzt der *acquis communautaire* hier Mindeststandards fest, aber darüber sind erhebliche Spielräume vorhanden und letztlich sind auch diese Regeln verhandelbar und müssen in der gesellschaftlichen Realität der Neumitglieder

eventuell mühsam vor nationalen und nach längerer Frist europäischen Gerichten durchgesetzt und verwaltungsmäßig umgesetzt werden. Das Nachfrageproblem würde sich dagegen für die Aufholer weniger stark stellen, da sie einen europäischen Binnenmarkt bedienen können, der ihre eigenen Märkte um den Faktor 20 über-

steigt. Hier deuten sich potentielle Konfliktlinien zwischen der Präferenz für Wachstum und der für Wohlstand in Form von Freizeit und Lebensqualität an, die in Entwicklungsniveaus begründet und nicht leicht auflösbar sind.

Diese Konflikte verstärken und ergänzen die „klassischen“ Verteilungs- und Machtkonflikte, die heute schon absehbar sind: der Streit um den EU-Haushalt und die Reform der großen redistributiven Politiken (Agrar- und Regionalpolitik); der Streit um Stimmgewichte im Rat und in der Kommission (in Form eigener Kommissare); die Verankerung bestimmter gesellschaftspolitischer Normen in der Verfassung; die Außen- und Sicherheitspolitik, in der die Neumitglieder eigene Präferenzen (z.B. proamerikanische Neigungen, primäres Interesse an

Foto: Christian Kiel (Berlin)



de Stabilisierung Ost- und Südosteuropas), aber wenig zusätzliche Ressourcen (Militärausgaben proportional zum kleinen BIP, Entwicklungshilfe mit 0,03% des BIP bei durchschnittlich einem Zehntel des Anteil der Altmitglieder) mitbringen. (Dauderstädt: 2004). Das erweiterte Europa geht aufregenden Zeiten entgegen.

spw 2/2004

#### Literatur

- Achten, Peter, Die Osterweiterung der Europäischen Union. Beitritts- und Erweiterungshindernisse im Spiegel ökonomischer Kritik, Lohmar 1996.
- Amsden, Alice H. u.a., The Market Meets its Match. Restructuring the Economies of Eastern Europe, Cambridge, Mass. – London 1994.
- Belke, Ansgar, Hebler, Martin, EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte, München – Wien 2002.
- Bofinger, Peter, The Stability and Growth Pact neglects the Policy Mix between Fiscal and Monetary Policy, in: *interconomics*, Review of European Economic Policy, 1/2003, S. 4-7.
- Dauderstädt, Michael, Das erweiterte Europa in einer bedrohlichen Welt, in: *integration* 1/2004.
- Dauderstädt, Michael, EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern, in: *integration* 3 (1998), S. 149-167.
- Dauderstädt, Michael, Witte, Lothar (Hg.), Cohesive Growth in the Enlarging Euroland, FES Bonn 2001.
- Donges, Juergen B. u.a., Osterweiterung der Europäischen Union. Als Chance zur Reform begreifen, Bad Homburg 1998.
- Eatwell, John u.a., Not 'Just Another Accession'. The Political Economy of EU Enlargement to the East, London IPPR 1997.
- European Commission, Central and Eastern Eurobarometer, Nr. 8, März 1998.
- European Commission, <http://europa.eu.int/comm/enlargement/pas/sapard.htm> (Phare, ISPA, Sapard brochure).
- Europäische Zentralbank, Inflationsunterschied in einer Währungsunion, Monatsbericht Oktober 1999.
- Funck, Bernard, Pizzati, Lodovici (Hg.) European Integration, Regional Policy, and Growth, Washington (Weltbank) 2003.
- Jamieson, Bill, Szamuely, Helen, Coming Home or Poisoned Chalice, Centre for Research into Post Communist Economics, London 1998.
- Kok, Wim, Enlarging the European Union. Achievements and Challenges, European University Institute, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, San Domenico di Fiesole 2003, S.47.
- UN-ECE, Economic Survey of Europe, No. 1 /2001.
- Rose, R., Haepfner, C., Democracy and Enlarging the European Union Eastwards, in: *Journal of Common Market Studies*, 33 September 3 (1995) S. 427-450.

**Überlastet man die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaften, so drohen populistische Rückschläge, die die europäische Integration stärker treffen können als eine kontrollierte Differenzierung.**

# Polen? – Im Herzen Europas!

Unser Nachbarland zu verstehen, ist der Schlüssel für ein solidarische Europa

von Dietmar Nietan

23. September 2001: Bei den Parlamentswahlen in Polen gewinnt die SLD (Vereinigte demokratische Linke) 41 Prozent der Stimmen und verfehlt nur knapp die absolute Mehrheit. Das bis dahin regierende bürgerliche Wahlbündnis AWS verliert nicht nur diese Wahlen, es erreicht noch nicht einmal mehr die 5 Prozent Hürde und hört damit auf zu existieren. Mit Ministerpräsident Leszek Miller und Bundeskanzler Gerhard Schröder stehen erstmals seit der Wende in Polen und Deutschland gleichzeitig zwei Sozialdemokraten an der Spitze der jeweiligen Regierung.

Nie schienen die Voraussetzungen für eine enge Kooperation beider Staaten besser. Schließlich gab es auch auf der Ebene der beiden Parteien SLD und SPD eine gute Zusammenarbeit. Unter der Leitung des ehemaligen Polnischen Ministerpräsidenten Jozef Oleksy und Christoph Zöpel, MdB, hatte sich 1998 eine ständige gemeinsame Arbeitsgruppe beider Parteien etabliert, die auch heute noch existiert. Als dann auch noch genau ein Jahr nach den Polnischen Parlamentswahlen am 22. September 2002 SPD und Grüne erneut die Bundestagswahl gewinnen, scheint einer kontinuierlichen Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen nichts mehr im Wege zu stehen. Beim EU-Gipfel in Kopenhagen im

Dezember 2002 führt die intensive Zusammenarbeit von Gerhard Schröder und Leszek Miller dazu, dass die polnische Delegation dort die Beitrittsverhandlungen mit einem guten Ergebnis für die polnische Seite abschließen kann.

Nur ein Jahr später am Ende des Jahres 2003 scheint von dieser verständnisvollen Zusammenarbeit nichts mehr übrig zu sein: Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland befinden sich in einer Krise. Der Irak-Krieg, die Kampagne von Erika Steinbach

und Peter Glotz für ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin und die Frage der Regelung zukünftiger Entscheidungen des Europäischen Rates im vorliegenden EU-Verfassungsentwurf – drei politische Fragen, die ausgereicht haben, längst überwunden geglaubte Gräben neu aufzureißen. Drei Fragen, an denen sich erschreckend deutlich ablesen lässt, was der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter richtig beschrieben hat: „Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr.“

## Funkstille im Irak-Konflikt

Wer die polnische Geschichte ein wenig kennt, den hat es sicher nicht gewundert, dass sich die polnische Regierung in der Irak-Frage eindeutig auf Seiten der USA positioniert hat. Angesichts der ungewissen weiteren Entwicklung in der Russischen Föderation und den noch tief im Bewusstsein der Polnischen Nation verwurzelten schrecklichen

Erfahrungen mit dem Deutschen Faschismus und der danach folgenden Unterdrückung durch den Sowjet-Kommunismus ist für jeden Polen die Frage einer starken Schutzmacht, die letztlich Polens Sicherheit garantiert, von größter Bedeutung. Das dies aus polnischer Sicht nur die USA sein können und nicht eine EU, deren gemeinsame Außen-

und Sicherheitspolitik noch in den Schuhen steckt, ist einleuchtend. Dass ausgerechnet in Deutschland viele Verantwortliche daraus den irrigen Schluss gezogen haben, die Polen hätten sich mit dieser Vorgehensweise für die USA und gegen Europa entschieden, hat dort viele Menschen enttäuscht. Hier wäre auf der deutschen Seite mehr Fingerspitzengefühl notwendig gewesen. Vielleicht ist es an dieser Stelle auch hilfreich, darauf hinzuweisen, dass sich (von Ausnahmen abgesehen) die deutsche Sozialdemo-

kratie in den 80er Jahren während des Kriegsrechts in Polen nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat. Dies sollte man im Hinterkopf haben, wenn man es als kritischer Zeitgeist nicht so recht nachvollziehen will, warum für alle Länder des ehemaligen Ostblocks die USA eine besondere Bedeutung haben.

Als Gegner des Irak-Krieges habe ich die polnische Position zwar nicht geteilt, aber ich habe sie sehr gut verstehen und damit auch akzeptieren können. Nach dem Schulterchluss mit Frankreich gemeinsam einem Krieg im Irak zu widerstehen, wären intensive Konsultationen der deutschen Regierung mit der polnischen Seite sehr hilfreich gewesen. Man hätte für die jeweils andere Position Verständnis entwickeln und deutlich machen können, dass es eben nicht um die Frage geht, ob man für oder gegen die USA ist. So war denn auch die polnische Regierung ziemlich verschnupft darüber, dass das „Antikriegstandem“ Deutschland/Frankreich so agierte, als gebe es keine Partner in Europa, die man auch dann über gemeinsame Vorgehensweisen informiert, wenn sie eine andere Meinung haben. Der mittlerweile berühmte proamerikanische „Brief der Acht“, den auch Polens Premier Miller unterschrieben hat, war sicherlich ein Fehler. Aber er war auch eine Reaktion auf den Alleingang „der zwei Großen“ in der EU. Auch wenn es keine Achse Paris, Berlin, Moskau gegeben hat, muss man sich überlegen, welche Assoziationen bei vielen Polen ausgelöst wurden, wenn auf einmal in einer hochbrisanten Frage für Frankreich und Deutschland Russland ein wichtigerer Gesprächspartner ist, als Polen. Dass auch Leszek Miller in dieser Zeit lieber den „Musteralliierten“ spielte, als sich um einen intensiven Dialog mit Frankreich und Deutschland zu bemühen, vertiefte die Sprachlosigkeit. Diese Funkstille hätte es angesichts der bis dahin so guten und intensiven Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung nicht geben dürfen. Als dann noch Frankreichs Präsident Chirac die Polen, wegen ihrer Vorgehensweise im Irak-Konflikt auf rüde und arrogante Art, wie undankbare Kinder behandelte, wurde der Grundstein für die zwar falsche aber mittlerweile in Polen weit verbreitete Ansicht gelegt, Frankreich und Deutschland wollten die EU dominieren.

## Enttäuschung über die funktionalistische Sicht der EU-Erweiterung in Deutschland

Das von Jacques Chirac gezeichnete Bild der „undankbaren“ Polen geistert leider auch in

Beim EU-Gipfel in Kopenhagen führte die intensive Zusammenarbeit von Gerhard Schröder und Leszek Miller dazu, dass die polnische Delegation die Beitrittsverhandlungen mit einem guten Ergebnis abschließen kann.



den Köpfen vieler Deutschen herum. Darin schwingt die Attitüde mit, unsere armen Brüder und Schwestern in Mittel- und Osteuropa müssten uns doch dankbar dafür sein, dass wir sie jetzt in den exklusiven Klub namens EU lassen. Auch wenn es politisch Verantwortliche in Deutschland so nicht sagen, ein wenig schwang diese Haltung schon in den Reaktionen auf die polnische Haltung im Irak-Krieg auch auf Regierungsseite mit. Man sollte nicht unterschätzen, dass dies in Polen sehr empfindsam registriert wird. Angesichts dessen, was gerade die Polen für den Sturz des Sowjet-Kommunismus in Mittel- und Osteuropa getan haben und auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass gerade Deutschland schon seit vielen Jahren von den Vorbereitungen der polnischen Volkswirtschaft auf den EU-Beitritt am meisten profitiert, hat man in Polen zu recht für solche Attitüden kein Verständnis. Polen kehrt mit seinem Beitritt dahin zurück, wo es immer schon hingehörte: In das Herz Europas. Dass diese Wiedervereinigung Europas in vielen EU-Staaten, aber insbesondere gerade in Deutschland oft nur unter kühlen Kosten-Nutzen-Kalkulationen diskutiert wird, hat viele Polen enttäuscht. Da wundert es nicht, dass auf einmal die Frage der Stimmengewichtung im Europäischen Rat zum Kristallisationspunkt der polnischen Identitätsfindung in der EU wurde.

#### **Eine schwache polnische Regierung nahm „Nizza oder Tod“ wörtlich**

Dank des Einsatzes der Bundesregierung bescherte der unrühmliche Kompromiss der Regierungskonferenz in Nizza aus dem Jahre 2001 den Polen im Europäischen Rat fast genau so viele Stimmen, wie Frankreich oder Deutschland. Diese rein symbolische Aufwertung Polens, würde sich der beim im Verfassungsentwurf vorgesehenen Doppelten Mehrheit ändern: Zwar würde Polens Gewicht im gesamten Ministerrat eher sogar noch etwas größer, aber durch die stärkere Berücksichtigung der Einwohnerzahl wäre der „Abstand“ zu Frankreich und Deutschland größer.

Nicht die Frage des relativen Stimmengewichts in der erweiterten EU, sondern das vermeintliche Gewicht als großer EU-Mitgliedsstaat im Vergleich zu den beiden Großen Frankreich und Deutschland wurde in den polnischen Medien von Politikern aller Parteien zur Frage des Nationalstolzes empor gehoben. In Nizza war man der Bedeutung Polens noch gerecht geworden. Doch nun soll das alles nicht mehr gelten, weil Frankreich und Deutschland es so wollen. Nach diesem Strickmuster schaukelte sich die Debatte in Polen immer höher. Jede politische Gruppierung überbot die jeweils andere in der Verteidigung der polnischen Identität in der EU. Und diese Identität war die „Nizza-Formel“, Ausgerechnet der Chef der einzigen bürgerlichen Oppositionspar-

tei, der „Bürger-Plattform“ (PO) Jan Rokita verstieg sich zu dem törichtem Satz „Nizza oder Tod“. Noch törichter war nur noch die polnische Regierung, die sich um jeden Verhandlungsspielraum bei der Regierungskonferenz in Brüssel brachte, als sie sich zur Speerspitze dieser „Nizza-oder-Tod-Front“ machte, anstatt die Diskussion um die EU-Verfassung zu versachlichen. Durch eine hohe Arbeitslosigkeit, Korruptionsaffären und das Auseinanderbrechen der Koalition mit der Bauernpartei (PSL) war die Regierung Miller so geschwächt, dass sie das Motto „Nizza oder Tod“ wörtlich nahm: Ein Regierungschef Miller, der aus Brüssel zurückgekehrt wäre, ohne Nizza um jeden Preis zu verteidigen, wäre politisch erledigt gewesen. Die Ironie des Schicksals, will es, dass Leszek Miller heute (zum Zeitpunkt des Redaktionschluss dieser spw-Ausgabe) trotz oder vielleicht sogar wegen dieser Führungsschwäche in Europa fast isoliert und in Polen politisch gescheitert ist.

Es war und ist richtig, dass Deutschland und Frankreich das Prinzip der Doppelten Mehrheit nicht preisgegeben haben. Aber wie schon in der Irak-Frage war es auch hier nicht möglich einen konstruktiven Dialog zwischen der deutschen und der polnischen Seite zu führen. Die Verantwortung dafür lag sicher auf beiden Seiten. Allerdings zeigt sich in den Reaktionen nach dem Scheitern der Regierungskonferenz zur EU-Verfassung, dass in der Bundesregierung niemand da war, der den ernsthaften Versuch unternahm, an alte Zeiten der guten Zusammenarbeit in der Beitrittsfrage anknüpfend, einen Weg gemeinsam zu finden, der es der polnischen Seite erlaubt, ihre Position ohne all zu großen Gesichtsverlust zu revidieren. Eher das Gegenteil war der Fall: Ungeduldig wurde den Polen mit Isolation gedroht. Zukünftige Strukturmittel, die Frage des Finanzrahmens der EU und die Debatte um ein Kerneuropa (natürlich ohne die Polen) waren die Antworten nicht nur der Franzosen, sondern auch der Bundesregierung. Das konnte in Polen nur als „Bestrafung“ des undankbaren EU-Neulings verstanden werden und machte es der ohnehin angeschlagenen Regierung von Leszek Miller nicht leichter sich aus der selbst verschuldeten Isolation zu befreien. Außerdem waren die Drohgebärden der beiden großen EU-Mitglieder nur Wasser auf die Mühlen der Kräfte in Polen, die Polen und die EU einer französisch-deutschen Dominanz ausgesetzt sehen, gegen die man sich wehren müsse.

#### **Für ein Land mit der Geschichte Polens ist Vertrauen wichtig**

Nun mag man an dieser Stelle einwenden, dass die EU kein Selbsterfahrungskurs für neurotische Regierungschefs ist und man deshalb nicht eine Extrabehandlung der polnischen Interessen verlangen kann, weil der polnische Ministerpräsident sich wegen innenpolitischer Schwächen in Europa isoliert. Aber genau diese Sichtweise, die ich im Bundestag oft zu hören bekomme, zeigt dass es nicht viele Mitglieder in diesem hohen Hau-

se gibt, die verstehen, warum die Frage der Sicherheit oder der nationalen Souveränität in Polen vielleicht doch sensibler und schwieriger gehandhabt wird, als in den anderen EU-Beitrittsstaaten aus dem ehemaligen Ostblock. Noch einmal: Es geht nicht darum, dass wir als Deutsche – etwa wegen der dunklen Seiten unserer gemein-

**Man muss sich überlegen, welche Assoziationen bei vielen Polen ausgelöst wurden, wenn in einer hochbrisanten Frage für Frankreich und Deutschland Russland ein wichtigerer Gesprächspartner ist als Polen.**

samen Vergangenheit – gegenüber den Polen nachgiebig sein sollen. Das Zauberwort heißt Vertrauen: Mag man sich manchmal noch so sehr über Attitüden und Verrenkungen der derzeitigen polnischen Regierung ärgern. Der redliche Versuch polnische Befindlichkeiten zu verstehen (was nicht bedeutet, sie gut zu finden) und das ehrliche Bemühen mit unserem östlichen Nachbarn eine herausragende Beziehung zu entwickeln, wie es der jungen Bundesrepublik mit den französischen Nachbarn gelungen ist, muss das Signal der deutschen Politik an die Polen sein. Das schafft Vertrauen, sicherlich nur langsam, aber dafür stetig.

Was soll ein Land, das drei drei Teilungen, schlimmsten Nazi-Terror und sowjetische Unterdrückung erlebt hat, davon halten, wenn ausgerechnet von deutscher Seite ein Kerneuropa ohne Polen, die Antwort auf die Differenzen in der Frage der EU-Verfassung darstellt..

Nicht nur die Art und Weise der Kommunikation (oder Nichtkommunikation) in den Fragen von Irak-Krieg und EU-Verfassung hat zur Krise der deutsch-polnischen Beziehungen beigetragen. Vielmehr haben die Aktionen zweier „privaten“ Organisation mit dazu geführt, das mühsam seit 1989 aufgebaute Vertrauen der Polen in die Deutschen zu erschüttern: Zum einen die Stiftung für ein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin von BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Peter Glotz und zum anderen die „Preußische Treuhand GmbH & Co. KG“ als verlängerter Arm bestimmter Vertriebenenvertreter, die ernsthaft oder als Provokation ihre „Ansprüche auf Grundeigentum und anderen Vermö-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



genswerten in den Preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße“ in Polen geltend machen will. Auch wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundespräsident Rau öffentlich deutlich machten, dass diese Aktivitäten nicht die Unterstützung von Regierung und Staatsoberhaupt haben, konnten beide nicht verhindern, dass in Polen der Eindruck entstand, dass nun relevante Teile der deutschen Gesellschaft auf dem Weg seien, die Vergangenheit zu relativieren und durch Aufrechnen von Leid die Opfer des Nazi-Terrors gar noch zu verhöhnern. Auch wenn weder das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibung in Berlin, noch der chauvinistische Amoklauf der Preußischen Treuhand eine breite Unterstützung in Deutschland genießen, lösten beide längst überwunden geglaubte Ängste und antideutsche Gefühle in Polen aus. Das zeitliche Zusammentreffen mit den politischen Auseinandersetzungen in für Polen wichtigen Fragen, wie Bündnistreue gegenüber den USA oder das Gewicht Polens in der EU, führte letztlich zu einer rasanten Entfremdung vieler Polen von Deutschland. Deutlich wahrnehmbare Versuche, die emotionalen Debatten zu versachlichen und Zeichen einer gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte zu setzen, gab es nur von den beiden Staatsoberhäuptern Kwasienewski und Rau.

### Die SLD vor dem Niedergang?

Wie schon erwähnt, befindet sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung in einer schweren Krise. Während die SLD bei den Wahlen in 2001 noch 41 Prozent erhielt, liegt sie derzeit in den Umfragen bei 10 Prozent. Nicht nur bei den Umfragewerten wünscht sich so manches Mitglied der SLD wenigstens die deutschen Verhältnisse. Auch bei der Programmatik kann man bei der SLD und der von ihr gestellten Regierung deutlich weniger sozialdemokratisches Profil erkennen, als bei unserer Agenda 2010. Das fehlende Profil der Regierung, die aufgetretenen Fälle von Vetterwirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit, haben bei vielen

Polen den Eindruck erzeugt, dass sie eher von Apparatschiks aus alten Zeiten regiert werden, als von einer wirklich Sozialdemokratischen Partei. Mittlerweile rumort es in der SLD heftig. Viele Parteimitglieder verlangen eine sozialere Ausrichtung. Und auch der Rücktritt von Premier Miller als Parteivorsitzender und die danach erfolgte Wahl des amtierenden Fraktionsvorsitzenden Krzysztof Janik zum neuen Vorsitzenden (die SPD lässt grüßen...) konnten Partei und Regierung nicht in ein ruhigeres Fahrwasser bringen. Der neue Vorsitzende soll sogar schon intern den Ministerpräsidenten zum Rücktritt aufgefordert haben, so dass es nicht verwunderlich ist, dass sich die Situation in Polen schon wieder völlig anders darstellt, wenn der Leser die gedruckte Ausgabe dieser spw in den Händen hält. Eine Spaltung der SLD oder gar ihr völliger Untergang, ganz nach dem Vorbild der Bürgerlichen Wahlallianz AWS bei den letzten Wahlen ist nicht auszuschließen. Sollte dies geschehen, gäbe es weder links noch rechts der Mitte eine stabile Volkspartei, wie wir es in den meisten westeuropäischen Staaten kennen. Die bürgerliche Wahlplattform PO liegt derzeit in den Umfragen mit 25 Prozent immerhin doppelt so hoch im Kurs, wie ihr Wahlergebnis bei den letzten Parlamentswahlen. Der Shooting Star ist momentan Andrzej Lepper, der mit seiner Bauernpartei „Samobrona“ (deutsch: „Selbstverteidigung“) ebenfalls bei 25 Prozent liegt. Lepper ist ein Populist, gegen den sein deutsches Gegenstück Ronald Schill selbst zu seinen besten Zeiten fast schon brav gewirkt hat. Wahrlich keine guten Aussichten für eine stabile und handlungsfähige Parteienlandschaft in Polen. Gerade vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Situation der Linken in Polen, kommt einer intensiven Zusammenarbeit von SPD und SLD aber auch einer besseren Zusammenarbeit der beiden Regierungen eine große Bedeutung zu.

### Die Europäische Integration als gemeinsame Aufgabe von Polen und Deutschen

Das vereinte Europa braucht die neuen Beitrittsländer. Nur durch eine kontinuierlich weiter geführte Europäische Integration in der EU der 25 kann die jahrzehntelange Teilung des Kontinents als Folge des Zweiten Weltkriegs endgültig überwunden werden. Dabei muss Polen und allen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die gleiche Chance eingeräumt werden, die man damals Griechenland, Spanien und Portugal gegeben hat, nachdem sich diese Länder erfolgreich ihrer Diktaturen entledigt haben. Und: Eine vertief-

te Europäische Integration und ein enges Bündnis mit den USA schließen einander nicht aus. Diese klaren Botschaften sollte gerade die Bundesregierung immer wieder betonen, um deutlich zu machen, dass sie Polens Beitrag für die Wiedervereinigung wirklich zu würdigen weiß. Außerdem gibt es viele konkrete Projekte, die Polen und Deutschland gemeinsam voran bringen könnten: Das Weimarer Dreieck mit Frankreich und Polen von deutscher Seite zu forcieren, wäre das richtige Signal an Polen. In Polen gibt es viele Intellektuelle in Politik und Medien, die durchaus für einen Kurs hin zu einer vertieften Europäischen Integration zu gewinnen wären. Deshalb war Joschka Fischers Abschied von dem Begriff „Kerneuropa“ der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Kein EU-Mitgliedsland könnte so viel in eine neue EU-Ostpolitik einbringen wie Polen. Deutsche und Polen könnten die Vorreiterrolle einer neuen EU-Ostpolitik im Rahmen der EU-Strategie „Wider Europe“ übernehmen. So paradox es klingen mag: Angesichts der Probleme seine Verpflichtungen im Irak oder in der NATO zu erfüllen und einer ungewissen künftigen Entwicklung in Russland, könnte eine Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsunion für Polen durchaus interessant sein. Nachdem Schröder und Chirac nun Toni Blair ins Boot einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik geholt haben, wäre es doch einen Versuch wert, dazu auch Polen die Hand zu reichen.

All diese Beispiele zeigen, dass man durch

**Eine Spaltung der SLD oder gar ihr völliger Untergang, ganz nach dem Vorbild der Bürgerlichen Wahlallianz AWS bei den letzten Wahlen ist nicht auszuschließen.**

konkretes Miteinander in der EU auch die deutsch-polnischen Beziehungen weiterentwickeln kann. Spätestens jetzt wird auf den berechtigten Einwand geantwortet werden müssen, ob denn die politische Klasse in Polen zu diesem europäischen Kurs überhaupt bereit ist. Vielleicht

gibt es derzeit angesichts der Missverständnisse und Enttäuschungen keine Mehrheit in Polen für diesen Kurs. Und es stimmt, dass es in Polen viele konservative Politiker gibt, die das angelsächsische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell attraktiver finden, als den „Rheinischen Kapitalismus“. Aber auch sie könnten wir am Ende für uns gewinnen, wenn wir glaubhaft machen, dass für uns auch die EU der 25 eine Wertegemeinschaft bleibt, bei der die weniger reichen Staaten sich auch in Zukunft auf die Solidarität der besser gestellten Staaten verlassen können. Wenn Polen dann noch sicher sein kann, dass es für Deutschland von herausragender Bedeutung ist, Polen als Freund und Partner in dieser EU zu haben, wäre das ein Angebot, dass am Ende keiner ausschlagen kann. Zumindest früher oder später!



# Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa

von Thorben Albrecht

Als Europa von Zeus in Gestalt eines Stieres entführt wurde, hatte sie die Zügel nicht in der Hand. Ergeht es der Europäischen Union mit der neoliberalen Globalisierung heute genauso? Ist sie auf den Stier gestiegen, ohne zu ahnen, dass er sie von ihren heimischen Gestaden wegführen wird und sie Alles hinter sich lassen muss, was ihr lieb und teuer war?

Der europakritische Diskurs, auch bei Teilen der politischen Linken, sieht in der europäischen Integration eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung mit anderen Mitteln und das Ende des europäischen Sozialmodells. Übersehen wird dabei, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten im globalisierten Wettbewerb stark eingeschränkt sind und ein protektionistischer Rückzug ins Nationale für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland – wenn überhaupt – nur mit sehr hohen Wohlstandsverlusten erkaufte werden könnte. Soll das europäische Modell sozial verfasster Staaten und eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie in einer sich wandelnden Welt gewahrt bleiben, bietet ein europäischer Ansatz die einzige reale Möglichkeit.

Die Frage, ob die europäische Integration die neoliberale Globalisierung zwangsläufig forciert oder im Gegenteil die Möglichkeit bietet, politischen Gestaltungsraum unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie (zurück) zu gewinnen, bleibt also eine rhetorische. Eine andere Frage stellt sich dagegen ganz real: Werden die Gestaltungsmöglichkeiten, die die europäische Integration potenziell eröffnet, genutzt? Und wenn dies nicht oder nur unzureichend getan wird, welche Schritte sind nötig, damit Europa die Zügel selbst in die Hand nimmt und die richtige Richtung einschlägt?

Das Jahr 2004 ist dabei ein Jahr, in dem mit der Wahl des Europaparlaments, mit der Einsetzung einer neuen Kommission und möglicherweise der Verabschiedung einer Verfassung wichtige Richtungsentscheidungen anstehen. Gleichzeitig wird mit der Erweiterung der Union das Gewicht der EU in der Welt(wirtschaft) zunehmen. Eine koordinierte Politik wird damit gleichzeitig schwie-

riger und notwendiger. Für die Linke stellt sich die Frage, welche strategischen Projekte in Europa verfolgt werden müssen, wenn das europäische Sozialmodell gestärkt werden soll. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Gewinninteressen von Aktionären, muss sich das Soziale Europa zum Ziel setzen

das heißt den Erhalt, die Anpassung und den Ausbau des europäischen Sozialmodells. Dafür ist nicht eine europäisierte Sozialpolitik im Sinne einer europäischen Sozialversicherung nötig, sondern eine Politik für Innovation und Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Eine Politik also, die nicht auf Unterbietungskonkurrenz im globalen Wettbewerb setzt, sondern auf eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie und regulierte Märkte.

## Eine Verfassung für Europa

Diese grundlegende Orientierung der europäischen Staaten auf einen „europäischen Weg“ wird auch durch die Europäische Verfassung symbolisiert. Eine Verfassung stärkt die Selbstbindung an die europäische Integration und schafft die Grundlagen für weitere Integrationsschritte. Ein Scheitern des Verfassungsprojektes dagegen würde eine Integrationskrise zur Folge haben. Eine Rückentwicklung der Union in Richtung einer Freihandelszone und eine Stagnation regulatorischer Elemente stünde am Horizont. Der Konventsentwurf für eine Verfassung ist daher trotz seines Kompromißcharakters ein Fortschritt gegenüber der Post-Nizza-Situation. Bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Formulierungen weist der Verfassungsentwurf mit der Charta der Grundrechte und seiner Definition der Werte und Ziele der Union in die richtige Richtung. Im Verfassungsentwurf wird mit dem Satz, dass die Union eine Gesellschaft anstrebt, „in der To-

leranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen“, der Grundstein gelegt, das Sozialstaatsprinzip in den Zielen der Union zu verankern. Leider wird der Entwurf diesem mit dem Begriff „einer im hohen Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ nicht vollständig gerecht. Dennoch ist diese Zielbestimmungen ein wichtiges Korrektiv zur einseitigen Ausrichtung der EU auf den

nicht qualitativ definierten „Wettbewerb“, wie sie bisher in den Verträgen angelegt ist. Ein Erfolg der Linken ist auch die Aufnahme des Zieles der Vollbeschäftigung. Ebenfalls positiv ist es zu bewerten, dass eine „nachhaltigen Entwicklung auf Grundlage eines aus-

gewogenen Wirtschaftswachstums und sozialer Gerechtigkeit“ im Zielkatalog der Union genannt wird.

Ähnlich wie die Charta der Grundrechte bieten diese Zieldefinitionen die Chance, aber noch nicht die Gewissheit für Verbesserungen in der Politik der Union. Es wird sich zeigen, inwieweit die genannten Punkte Einfluss auf die praktische Politik der Union, die Rechtsprechung des EuGH und zukünftige Vertragsrevisionen in Bezug auf die einzelnen Politikbereiche der EU haben werden.

## Die Charta der Grundrechte

Eine wesentliche Forderung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie an den Konvent bildete die Verankerung der Charta der Grundrechte in der Verfassung. Diese Charta, die 1999 bis 2000 ebenfalls nach der Konventsmethode unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog erarbeitet wurde, enthält neben Freiheits- und Gleichheitsrechten auch soziale Grundrechte. Dazu gehören u.a. das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung, sowie das Recht, Tarifverträge auszuhandeln und bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen. Weitere soziale

Soll das europäische Modell sozial verfasster Staaten in einer sich wandelnden Welt gewahrt bleiben, bietet ein europäischer Ansatz die einzige reale Möglichkeit.

Grundrechte umfassen gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung, Anspruch auf Elternurlaub, das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Das Recht auf Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist ein weiterer wesentlicher Fortschritt, der durch die Aufnahme der Charta der Grundrechte in den Verfassungsentwurf erreicht wurde. Nicht zuletzt wegen der sozialen Grundrechte war die Charta am 7. Dezember 2000 in Nizza zwar „feierlich proklamiert“, aber nicht in die Verträge aufgenommen worden.

Dass die Charta nun schließlich als zweiter Teil der Verfassung – und nicht wie zwischenzeitlich diskutiert als angehängtes Protokoll – aufgenommen wurde, ist eine wichtige Entscheidung im Sinne des Sozialen Europa.

### Eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung

Was der Verfassungsentwurf nicht leistet, ist die notwendigen Elemente einer Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu verankern. In diesem Bereich werden die in den bestehenden Verträgen vorhandenen Ansätze weder verstärkt, noch werden die offensichtlichen Defizite und falschen Weichenstellungen korrigiert. Dabei ist sonnenklar, dass vier Jahre nach Verabschiedung der sogenannten Lissabon-Strategie die damals vereinbarten Ziele weder mit den Instrumenten der EU, noch mit der Politik der Mitgliedstaaten erreicht werden. Von dem ehrgeizigen Ziel, die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen und „ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“ zu erreichen, sind wir weit entfernt. Alle wissen, dass es nicht gelingen wird, die Beschäftigungsrate bis 2010 auf 70%

(Zwischenziel 2005: 67%), die Frauenbeschäftigung auf über 60% (2005: 57%) und die Beschäftigungsrate für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 50% zu steigern. Aber nur Wenige thematisieren, dass dafür vor allem ein anderes Ziel von Lissabon realisiert werden muss, nämlich ein stetiges und nachhaltiges Wachstum von durchschnittlich 3% pro Jahr. Diskutiert werden „zu teure“ Sozialsysteme und „zu hohe“ Haushaltsdefizite, nicht aber die seit Jahren offensichtlichen Wachstumsdefizite.

Die wichtigste Aufgabe der Europäischen Union ist es daher, nach Einführung der Währungsunion ihr wirtschaftliches und soziales Potenzial voll auszuschöpfen und mittelfristig zu erhöhen. Vollbeschäftigung kann erreicht werden durch einen innovations- und beschäftigungsorientierten Policy-Mix, bei dem Beschäftigungspolitik nicht auf Arbeitsmarktpolitik reduziert werden darf (siehe Artikel von Sebastian Jobelius in diesem Heft).

### Innovation

Dabei müssen die Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt zur Kenntnis genommen werden, die neue Herausforderungen an die Politik in Europa stellen. Auf dem Weg zu einer wissensbasierten Dienstleistungs- und Produktionsgesellschaft sind wir mit neuen Innovationsanforderungen konfrontiert, aber auch mit neuen Arbeitsformen, sowie mit neuen, zunehmend differenteren und zum Teil prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Wenn Europa einen erfolgreichen Weg der Produktivitätssteigerung durch neue und hochwertige Güter, Dienstleistungen und

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen best practises ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen

der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen,

Europa muss die „high road“ reiten und darf sich nicht vom globalen Wettbewerb in einen Unterbietungswettbewerb entführen lassen.

dass Bildungsausgaben nicht nur im Spitzenbereich erfolgen, damit nicht nur Forschung und Entwicklung gestärkt werden, sondern auch die Produktion innovativer Güter im Land verbleibt.

Drittens zeigen die Beispiele der nordischen Länder, dass ein innovationsfreundliches Umfeld mit funktionierenden sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und modernen, auch an Arbeitnehmerinteressen orientierten Arbeitsformen ein wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Strategie bildet – ein Aspekt, den die nordischen Kolleginnen und Kollegen unter dem Stichwort „soziale Innovation“ in die Debatte einbringen.

Schließlich sind in den nordischen Staaten Sozialstaatsreformen mit Augenmaß und in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase vorgenommen worden. Das bedeutet nicht, dass es keine Einschnitte gegeben habe, aber der politische und gesellschaftliche Konsens, dass die Sicherheit des Sozialsystems nicht im Grundsatz in Frage gestellt wird, hat viel zu einer positiven und konstruktiven Einstellung beigetragen. Demgegenüber konstatiert Gerhard Bosch für Deutschland zu Recht: „Das größte Innovationshemmnis ist die Standortdiskussion“ (Zitat und Bewertung Schweden, Finnland siehe Gerhard Bosch: Innovationspolitik: Von Nachbarn lernen. WSI Mitteilungen 2/2004, S. 62).

### Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie

Eine Dumpingstrategie in Bezug auf Steuern, soziale Sicherheit und Löhne kann Europa nur verlieren. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ukraine oder Chinas unterbieten zu wollen, ist nicht nur sozial untragbar, sondern auch ökonomisch wahnsinnig. Die Wettbewerbsstrategie der europäischen Volkswirtschaft(en) auf dem globalen Markt muss daher im Gegenteil auf



Foto: Christian Kiel (Berlin)



hoher Produktivität, hoher Qualität, hohen Standards und hohen Löhnen beruhen. Hohe Löhne bedeuten dabei nicht, inflationsstreibende Lohnerhöhungen, sondern eine an Produktivitätsfortschritten und Sicherung der Binnennachfrage orientierte Lohnentwicklung, ausgehend vom bestehenden, im globalen Maßstab hohen Niveau. Europa muss also die „high road“ reiten und darf sich nicht vom globalen Wettbewerb in einen Unterbietungswettbewerb entführen lassen.

Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie darf daher im europäischen Binnenmarkt nicht ausschließlich auf Marktliberalisierung setzen. Aber genau dies wird aktuell durch die Europäische Kommission forciert. In den Überlegungen der Kommission zur Binnenmarktstrategie für 2003 bis 2006 wird das politische Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Stärkung der sozialen Kohäsion völlig ausgeblendet. Der Binnenmarktstrategie fehlt die soziale Dimension und der notwendige makroökonomische Rahmen für Wachstum im Binnenmarkt wird ignoriert.

Die optimale Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes kann einer wachstumsorientierten Politik dienen. Allerdings müssen dafür die europäischen Instrumente (Binnenmarktstrategie, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, beschäftigungspolitischen Leitlinien) ineinander greifen und den Zielen der Lissabon-Strategie verpflichtet sein. Dabei muss die Wettbewerbsfähigkeit zu mehr und besseren Arbeitsplätzen, einem größeren sozialen Zusammenhalt und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

Die Strategie für den europäischen Binnenmarkt versucht, Wachstumserfolge nahezu ausschließlich durch Maßnahmen der Liberalisierung der Märkte zu erzielen. Indessen wurde bereits wiederholt gezeigt, dass die Wachstums- und Beschäftigungseffekte nicht annähernd in jenem Ausmaß eingetreten sind, das die Kommission zunächst prophezeit hat. Der Grund dafür sind weniger Defizite bei der Umsetzung einzelner Harmonisierungsvorhaben, sondern der Mangel an einer flankierenden wachstums- und beschäftigungsorientierten makro-ökonomischen Politik. Auch bei einer vollständigen Umsetzung der Binnenmarktstrategie werden Wachstumserfolge ausbleiben, solange das Vertrauen der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher erschüttert ist und wirtschaftsstimulierende Ausgaben unterbleiben.

Im Mittelpunkt der Strategie für den europäischen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen sollte daher die Harmonisierung des Schutzes für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt durch die Festlegung von europäischen Mindeststandards stehen. Die Alternative wäre ein „Regime-Shopping“ europäischer Unternehmen hin zu den jeweils schwächsten Schutzniveaus, das zu Arbeits-

platzverlusten und einer Verschlechterung der Qualitätsstandards für die Verbraucher führt und damit mit einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie nicht kompatibel ist.

### Die Währungsunion muss eine Wachstumsunion werden

Die Währungsunion bietet den beteiligten Staaten große Chancen, eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie zu verwirklichen, die bislang ungenutzt geblieben sind. Im Gegenteil, gerade der Stabilitätspakt hat eine Begründung für den Abbau sozialer Sicherheit geliefert und damit zu einem wenig innovationsfreundlichem Umfeld beigetragen. Darüber hinaus haben die Wirkungen des Paktes und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) seit dem Einsetzen der Konjunkturflaute Ende des Jahres 2000 Wachstumsimpulse verhindert.

In der jetzigen, nicht nur für die beiden großen Volkswirtschaften Europas – Deutschland und Frankreich – besonders prekären wirtschaftlichen Situation, muss die EZB die geldpolitischen Zügel schneller lockern, um der Wirtschaft größere Investitionsspielräume zu eröffnen und um den Verfall des US-Dollar zu stoppen, damit die Exportchancen der europäischen Industrie nicht weiter eingeschränkt werden.

Eine aktive Geld- und Währungspolitik ist vor dem Hintergrund niedriger Inflationsraten auch aufgrund von stabilitätsgerechten Entgeltabschlüssen der Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht nur möglich, sondern angebracht. Eine Erneuerung der Geldpolitik setzt natürlich voraus, dass die EZB ihre Geldpolitik klar expansiv ausrichtet. Die Realzinsen – ein entscheidender Faktor bei Investitionsentscheidungen – sind in Europa im Vergleich zu den USA zu hoch.

Darüber hinaus ist eine Verbesserung des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes (SWP) dringend erforderlich. Der SWP entwickelte sich in den letzten drei Jahren zur zentralen Wachstums- und Beschäftigungsbremse in Europa. Der Pakt nimmt der nationalen Finanzpolitik durch das Kriterium des jährlichen Haushaltsdefizits – das derzeit das einzige Kriterium ist, das Sanktionen nach sich ziehen kann – in Krisenperioden den notwendigen Handlungsspielraum zur Überwindung dieser Situation.

Die pro-zyklische Sparpolitik drückt das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und somit die Steuer- und Beitragseinnahmen und löst in der Folge Einbrüche bei den öffentlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur aus. Ein verbesserter SWP sollte verschiedene konjunkturelle Phasen unterscheiden. Ein Abbau der Verschuldung, der grundsätzlich notwendig ist, sollte in stabilen Aufschwungphasen erfolgen. Umgekehrt muss in Abschwungphasen eine höhere Neuverschuldung hingenommen werden,

www.sozialismus.de

## Sozialismus

Agenda 2010: Übergangstheorie  
Bildung: Spieltheorie & Überforderung  
Gewerkschaften: Perspektiven des Protests  
was ist: Brüning light?  
USA: Wohlfahrt als regulärer Dienstleistung  
China: Ökonomismus pur!



Bernd Riexinger: Perspektiven des Protests gegen Sozialabbau; Redaktion Sozialismus: Politische Bewegungstherapie Die Agenda 2010 und die Perspektiven für 2004; Gine Elsner/Gerhard Stuby: Arzt & Angestelltenversicherung – Plädoyer für den Einbezug der Freien Berufe in die Gesetzliche Rentenversicherung

Klemens Himpele: Ein Bildungsangebot, aber in der Ausstattung rot, grün, gelb, oder schwarz; Kay Beiderwieden: »Lehrgeld« – Investitionen in das eigene Arbeitsvermögen; Klaus Bullan: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert oder zurück? Bildung in Deutschland 2003

Michael Wendt: Brüning light  
Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst

Tony Platt: Wieder eine Sache von Zucht und Mildtätigkeit. Geschichte und Gegenwart der Wohlfahrt in den USA; »Wir müssen mit dem Freihandel brechen!« Interview mit Arturo Huerta González (Mexiko); John P. Neelsen: Ökonomismus pur. Vom »Sozialismus chinesischer Prägung«; Redaktion Sozialismus: Die Mauer. Keine Aussichten auf Frieden in Nahost

Stefan Zenklusen: Die Einsamen und der Twist. Zu bisher unveröffentlichten Essays Pierre Bourdieus; Antje Trosien: »Lilja 4-ever« (Filmkritik)

Supplement: Karl Mai/Klaus Steinitz  
Ostdeutschland auf der Kippe  
Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-  
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Fax 040/280 505 68  
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

damit die öffentlichen Haushalte atmen können. Außerdem müssen öffentliche Investitionen in die Infrastruktur – einschließlich Bildung und Qualifizierung sowie Forschung und Entwicklung – bei der Bestimmung des Defizits besonders gewertet werden.

Zudem muss Europa in der Steuerpolitik endlich vorankommen. Ein Steuererleichterungswettbewerb ist mit einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie nicht vereinbar. Wenn hier Fortschritte in der Gesamt-EU nicht möglich sind, sollte über eine Harmonisierung in der Euro-Zone nachgedacht werden, wie es die Spinelli-Gruppe fordert (Vorschlag der Spinelli-Gruppe für ein Programm der SPE für eine wirtschaftliche und soziale Regierungsführung. Die Spinelli-Gruppe umfasst Europaabgeordnete der SPE-Fraktion). Eine koordinierte Wirtschaftspolitik ist notwendig

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion hat die Koordination der verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteure (Regierungen, EZB, Sozialpartner) und relevanten Politikbereiche (Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) wegen der Verteilung von

Verantwortung auf die beiden Ebenen, EU und Mitgliedsstaaten, erheblich an Bedeutung gewonnen.

Daher muss zum einen der makroökonomische Dialog dringend aufgewertet werden. Er ist das einzige Gremium, das alle Wirtschafts- und beschäftigungspolitisch verantwortlichen Akteure – außer dem EP – an einen Tisch bringt mit dem Ziel eines offenen Dialoges darüber, wie ein spannungsfreier wachstums- und beschäftigungsfördernder Policy-Mix in der EU am besten erreicht werden kann (siehe auch Artikel von Sebastian Jobelius in diesem Heft). Zum anderen muss die Zusammenarbeit der verschiedenen Ratsformationen intensiviert werden. Insbesondere eine engere Verzahnung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister mit dem Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz wäre hier erforderlich. Eine solche verbesserte Koordination würde die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und das geltende Subsidiaritätsprinzip nicht berühren. Vielmehr würde dadurch erreicht, dass divergierende nationale Politiken stärker auf die gemein-

samen Ziele von Lissabon ausgerichtet würden.

Dabei müssen sich die europäischen Regierungen allerdings an den europäischen Zielen messen lassen. Gemeinsame Anstrengungen in bestimmten Bereichen, können eine höhere Wirkung entfalten, als isolierte nationalstaatliche Maßnahmen. Ein Beispiel ist das beim Europäischen Rat von Barcelona vereinbarte Ziel, wonach jährlich 3% des BIP jedes Mitgliedsstaates in Forschung und Entwicklung investiert werden sollen. Dieses Ziel wird aber nicht allein durch Aufforderungen an die Wirtschaft, ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen, erreicht werden. Auch die öffentlichen Ausgaben müssen in diesem Bereich angehoben werden. Um Europa auf die „high road“ einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie zu führen und damit das soziale Europa zu sichern, muss das Thema Innovation ernsthaft, mit einem umfassenden Ansatz und langem Atem angegangen werden. Dabei kann mehr erreicht werden, wenn ein koordiniertes Vorgehen in Europa vereinbart und umgesetzt wird. Die europäische Chance muss genutzt werden.

spw 2 / 2004

## Aus dem Takt: Europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Von Sebastian Jobelius

In den 1990er Jahren wurden schrittweise wirtschaftspolitische Kompetenzen ganz oder teilweise auf die europäische Ebene verlagert. Dies betrifft insbesondere die Außenhandelspolitik, die Wettbewerbs- und Beihilfepolitik und die Währungspolitik, sofern die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) beigetreten sind. Die verteilten Zuständigkeiten in wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik machen eine funktionierende wirtschaftspolitische Koordination unter allen Beteiligten erforderlich.

Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Koordination in der EU waren die sogenannten Grundzüge der Wirtschaftspolitik (BEPG), die seit 1993 jährlich durch den Rat der Europäischen Finanzminister (ECOFIN) beschlossen werden. Weiterentwickelt wurden die BEPGs durch speziellere Verfahren, die mit ihnen in Einklang stehen sollen. Dazu zählen der Sta-

bilitäts- und Wachstumspakt zur Steuerung der Haushaltspolitik, die beschäftigungspolitischen Leitlinien für den Arbeitsmarkt (Luxemburg-Prozess), der Cardiff Prozess zur Reform der Waren- und Kapitalmärkte und schließlich der Makroökonomische Dialog (Köln-Prozess). Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat dabei den verbindlichsten Charakter, da er im Unterschied zu den anderen genannten Koordinierungsprozessen konkrete Sanktionen vorsieht. Auf dem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs wurden diese und andere Prozesse im Rahmen der Lissabon-Strategie auf eine gemeinsame Plattform gestellt. Ziel der Europäischen Union ist es demnach, bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Durch die Verlagerung der Außenhandels- und Geldpolitik auf die europäische Ebene

und die gegenseitigen Verpflichtungen im Bereich der Fiskalpolitik verfügt kein Staat in Europa mehr über die alleinige Möglichkeit, die wichtigsten makroökonomischen Parameter alleine zu bestimmen. Statt dessen werden die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung von einer Vielzahl von Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene beeinflusst. Fraglich sind dabei zwei Dinge: Zum einen, ob das Zusammenspiel der verschiedenen Regulierungsinstrumente und -ebenen dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung in Europa angemessen ist. Zum anderen, ob die zur Verfügung stehenden Instrumente so eingesetzt werden, dass sie tatsächlich zur Schaffung von mehr Beschäftigung in Europa beitragen.

Wie viel Koordination ist möglich und nötig? Auch wenn die Notwendigkeit verstärkter wirtschaftspolitischer Koordination in der EU offensichtlich ist, sind Ausmaß und Mittel der Koordination nur schwer zu bestimmen. Ausgehend von der gemeinsamen Währung rücken bei der Betrachtung zunächst die geldpolitischen Interdependenzen in den



Vordergrund. Auf die Geldwertstabilität wirkt neben der Zentralbank, die den Zinssatz steuert und die Geldmenge bestimmt, insbesondere die Lohnpolitik und – wenn auch in geringerem Maße – die nationale Haushaltspolitik. Die Möglichkeit der Regierung, über das „Anwerfen der Notenpresse“ die Inflation anzuheizen ist dagegen nirgendwo in Europa mehr gegeben. Umgekehrt sind in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs die nationalen Volkswirtschaften auf geldpolitische Impulse in Form niedriger Zinsen angewiesen. Da die europäische Zentralbank ihre Zinspolitik an einer europaweiten Zielinflationsrate im Korridor von 0-2% orientiert, ist eine direkte Reaktion der Zinspolitik auf nationale Wachstumsschwächen jedoch schwieriger als zuvor. Auch hat die Zentralbank nur noch geringe Möglichkeiten, über die Zinspolitik Regierungen zu disziplinieren, die durch eine zu expansive Haushaltspolitik inflationäre Spannungen auslösen. Fraglich ist somit, inwieweit durch ein spannungsfreies Zusammenspiel von Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik eine wachstums- und beschäftigungsfördernde makroökonomische Politik in Europa erreicht werden kann. Die Koordinierung muss dabei sicherstellen, dass die einzelnen Akteure ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung nachkommen, ohne in ihren Kernzuständigkeiten eingeschränkt zu werden.

Prinzipiell steht in Europa in Form des sogenannten Makroökonomischen Dialogs ein Koordinierungsinstrument zur Verfügung, das diesen Kriterien entspricht.

### Makroökonomischer Dialog

Der Makroökonomische Dialog, der durch den Europäischen Rat von Köln im Jahr 1999 eingerichtet wurde, ist das einzige Gremium, das auf technischer und politischer Ebene alle wirtschafts- und beschäftigungspolitisch verantwortlichen Akteure an einen Tisch bringt. Ziel ist ein Gedankenaustausch darüber, wie ein wachstums- und beschäftigungsfördernder Policy-Mix bei Wahrung der Preisstabilität erreicht werden kann. Teilnehmer sind Vertreter des Rates, der Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Sozialpartner. Der Makrodialog bildet insofern einen geeigneten institutionellen Rahmen für den makroökonomischen Teil der wirtschaftspolitischen Koordination.

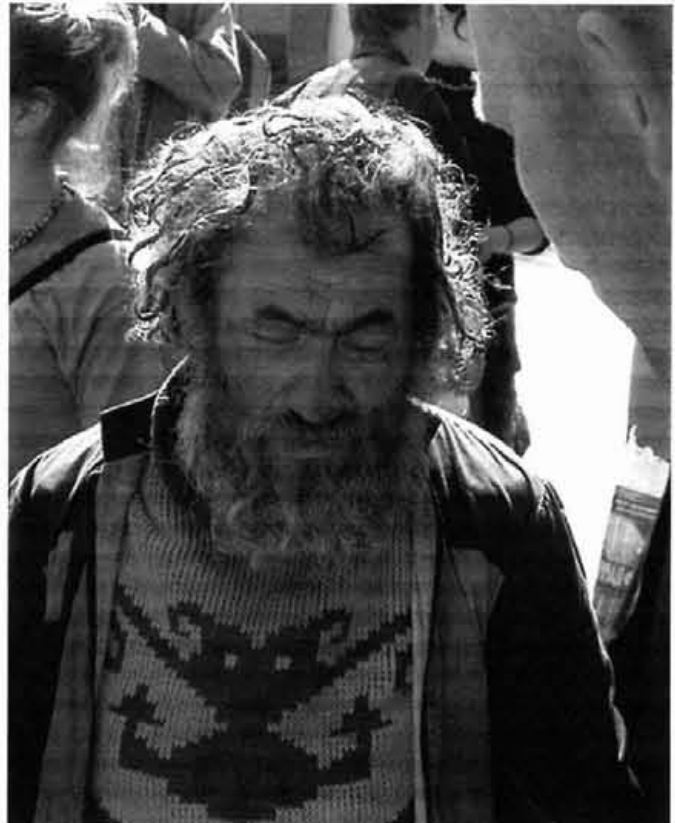
Trotz der institutionellen Möglichkeiten kann jedoch von einer tatsächlichen makroökonomischen Koordination in Europa nur eingeschränkt die Rede sein. So hat die unabhängige Europäische Zentralbank EZB bisher bei der Gestaltung der Zinspolitik Wachstumsaspekte weitgehend unberücksichtigt gelassen. Seitens der Gewerkschaften wurde kritisch registriert, dass trotz überwiegender Lohnzurückhaltung in den Jahren 2000 und 2001 keine deutlichen Zinssenkungen seitens der Zentralbank erfolgt sind. Ebenso ist die Europäische Kommission

als Hüterin des Stabilitäts- und Wachstumspakts nur in begrenztem Rahmen bereit, im Sinne einer atmenden Konjunkturpolitik die Defizitkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts flexibler auszulegen und so den fiskalpolitischen Spielraum der Mitgliedstaaten zu erweitern. Grundsätzlich positiv hervorzuheben ist dagegen der Versuch der Gewerkschaften mehrerer EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg), im Rahmen der „Doorn-Initiative“ einen Wettbewerb zwischen den nationalen Tarifverhandlungssystemen zu vermeiden und die Lohnpolitik verlässlich zu machen. Zu diesem Zweck hat die Initiative eine so genannte „Lohnkoordinierungsformel“ aufgestellt, mit der der Spielraum für Nominallohnzuwächse als die Summe aus erwarteter Inflation und Produktivitätswachstum bestimmt werden kann. Diese Initiative ist besonders interessant, da sie die Anerkennung gegenseitiger Abhängigkeiten bei der Lohnbildung widerspiegelt. Sie könnte auf lange Sicht Grundlage für eine „entgegenkommende“ Lohnpolitik sein, auf die die Zentralbank mit niedrigeren Zinsen reagieren kann. Bleibt die Frage nach den realen Möglichkeiten einer verbesserten makroökonomischen Koordination.

### Zukunft der EZB

Zum einen ist es sinnvoll, die Europäische Zentralbank nach amerikanischem Vorbild auch auf ein beschäftigungspolitisches Ziel zu verpflichten. Dies würde die EZB zur ernsthafteren Teilnahme beispielsweise an dem Makroökonomischen Dialog verpflichten. Außerdem müsste Sie die Zinspolitik auch aus beschäftigungspolitischen Gründen rechtfertigen. In jüngerer Vergangenheit sind erhebliche Zweifel an der Zielinflationsrate von 0-2 % aufgetaucht. Ein breiterer Kriterienkatalog könnte auch hier einer zu engen Ausrichtung auf das Kriterium der Preisstabilität vorbeugen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch sieht sich die Zentralbank außerhalb jeder ex-ante Koordination, und eine Änderung dieser Bedingungen scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich. Bleibt die Finanzpolitik,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



die unter nationaler Verantwortung besser als die Geldpolitik auf nationale Konjunkturschwankungen reagieren kann. Die Finanzpolitik ist jedoch durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt in besonderer Weise eingeschränkt. Fraglich ist, wie durch eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Spielraum für eine beschäftigungsfördernde makroökonomische Politik erhöht werden kann.

### Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)

Als Hauptkritikpunkt am gegenwärtigen Pakt ist die Tendenz zu einer pro-zyklischen Finanzpolitik hervorzuheben. Die Mechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes enthalten keinen Konsolidierungszwang im Aufschwung und zwingen tendenziell zur Begrenzung von – auch konjunkturell bedingten – Defiziten im Abschwung. Dies liegt an der Konstruktion etwaiger Sanktionen, die nur in wirtschaftlichen Schwächephasen ansetzen, es aber umgekehrt keine Sanktionsmechanismen gibt, um in „guten Zeiten“ eine Konsolidierung zu erzwingen. Die Grundidee des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist es, eine Situation zu erreichen, in der das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte auf null zurückgefahren wird und nur noch die konjunkturellen Stabilisatoren im Rahmen der Drei-Prozent-Defizit-Regel zur Geltung kommen. Real lag das strukturelle Defizit in den Mitgliedstaaten zu Beginn des Paktes aber noch bei ca. 2,3 %. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in Zeiten wirtschaftli-

chen Abschwungs die konjunkturellen Faktoren (Zunahme der Sozialausgaben und Abnahme der Einnahmen aus Steuern- und Abgaben) schnell zu einer Überschreitung der Defizitkriterien führen. Das Defizitkriterium von 3% selbst ist wiederum willkürlich gewählt und kaum noch zu rechtfertigen. Grundsätzlich gilt der im SWP unterstellte Zusammenhang zwischen Budgetdefiziten und Inflationsraten nur eingeschränkt. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Deutschlands, das im Jahr 2003 die höchste Neuverschuldung und die niedrigste Inflationsrate aller EU-Länder aufweist. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die meisten Länder, die keine übermäßigen Defizite aufzuweisen haben, auch über eine deutlich höhere Steuer- und Abgabenquote als Deutschland verfügen. Gerade die soll jedoch allen Empfehlungen der Europäischen Kommission zufolge in Deutschland weiter sinken. Diese Beispiele zeigen, dass eine koordinierte Fiskalpolitik die nationalen Besonderheiten deutlich stärker als bisher berücksichtigen muss. Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde dieser Tatsache in einem ersten Schritt dadurch Rechnung getragen, dass im Jahr 2003 einige Ergänzungen zur Interpretation des Paktes aufgenommen wurden. Diese eröffnen die Möglichkeit, stärker zwischen strukturellen und konjunkturellen Defiziten zu unterscheiden und der individuellen Situation der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Da ein Verstoß gegen den Pakt auch nicht – wie oft falsch behauptet – bereits dann vorliegt, wenn ein Land das Drei-Prozent Defizitkriterium nicht einhält, sondern wenn bei einem übermäßigem Defizit die daraufhin geforderten Auflagen nicht erfüllt werden, ist der Pakt heute flexibler als es zunächst den Eindruck erweckt. An den grundsätzlichen Konstruktionsproblemen des Paktes hat sich damit aber nichts geändert.

#### Alternativen zum SWP

Alternativen zur Ausgestaltung des SWP werden zwar diskutiert, ein konsensfähiges, ausgereiftes Modell ist jedoch noch nicht erkennbar. Eine für die Regierungen attraktive aber nur schwer realisierbare Alternative ist ein Modell, wie es in den USA bis zum 11. September 2001 praktiziert wurde. Demnach durften die konjunktur-unabhängigen Ausgaben nur noch in Höhe der Inflationsrate zunehmen. Problematisch mit Blick auf die EU ist hier jedoch, für jedes Land einen verbindlichen Ausgabenpfad festzulegen, was politisch nicht realisierbar scheint. Ein anderer Vorschlag zielt auf die Ausklammerung öffentlicher Investitionen im Rahmen einer „goldenen Regel“. Dies dürfte jedoch zu noch größeren Abgrenzungsproblemen führen als die Abgrenzung von konjunkturellen und strukturellen Defiziten. Ein relativ neuer Vorschlag zielt

auf die Preisstabilität als wichtigstes Kriterium des SWP. Demnach müssten Mitgliedstaaten nur dann mit Sanktionen rechnen, wenn eine übermäßige Verschuldung auch mit einer Inflationsrate oberhalb der 2% Marke verbunden ist. Wäre dies nicht der Fall, wäre das eigentliche Ziel der Inflationsvermeidung nicht in Gefahr und der haushaltspolitische Gestaltungsspielraum bliebe erhalten. Problematisch an diesem Vorschlag ist jedoch, dass der Zusammenhang zwischen Budgetdefiziten und Inflationsraten nur eingeschränkt gilt. Rückt man grundsätzlich von der Idee des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als haushaltspolitisches Koordinierungsinstrument ab und macht dagegen die Inflationsrate zum entscheidenden Kriterium, wird fraglich, welche konkrete Relevanz der Pakt überhaupt noch haben könnte. Da allgemein der Lohrpolitik eine wesentlich größere Auswirkung auf die Inflationsentwicklung zugeschrieben wird als der Haushaltspolitik, müsste diese dann Hauptadressat etwaiger Sanktionen oder Empfehlungen werden. Eine Mitzuständigkeit der EU in Bereichen der Lohnpolitik ist zuletzt im Rahmen des Verfassungsverhandlungen jedoch klar abgelehnt worden.

Die soweit diskutierten Alternativen zum SWP bewegen sich insgesamt im Rahmen der allgemeinen Logik der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ziel ist es, die Inflation niedrig zu halten und die Haushalte strukturell auszugleichen bzw. einen Haushaltsüberschuss zu erzielen. Gleichzeitig ist ein Korridor benannt, der im keynesianischen Sinne den Raum für antizyklische Haushaltspolitik eröffnet. Die Geldpolitik trägt dabei jedoch nur in geringem Maße zur Entlastung der öffentlichen Hand bei.

Die Sozialdemokratie im Europäischen Parlament hat sich angesichts dieser Schwierigkeiten auch nicht auf ein Alternativmodell oder konkrete Änderungsforderungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt. Jedoch wird allgemein gefordert, den SWP flexibler zu handhaben und stärker an Wachstumszielen auszurichten. Im Rahmen der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament findet sich auch die Forderung nach einer intelligenteren und flexibleren Anwendung hinsichtlich einer stärkeren Betonung des allgemeinen Schuldenniveaus einzelner Mitgliedstaaten, wozu auch die Berücksichtigung notwendiger öffentlicher Investitionen gehört.

Grundsätzlich alternative Vorschläge aus der Richtung keynesianisch-orientierter Wirtschaftswissenschaftler aus dem Umfeld der MEMORANDUM-Gruppe zielen dagegen auf die Schaffung eines EU-Haushaltes in Höhe von 5-7% des EU BIP um damit Konjunktur- und Investitionsprogramme unabhängig von der Haushaltslage eines bestimmten Landes finanzieren zu können. Außerdem

wird gefordert, die Aufgaben der Europäischen Zentralbank um die Ziele nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt zu erweitern, den SWP ganz abzuschaffen oder so zu verändern, dass er einer antizyklischen Politik nicht im Wege steht, und die Verbindlichkeit der wirtschaftspolitischen Koordinierung durch Einrichtung einer Art demokratisch legitimierten Europäischen Regierung deutlich zu erhöhen. Es ist jedoch offenkundig, dass diese Überlegungen weder innerhalb der europäischen Kommission, noch unter den Mitgliedstaaten in Betracht gezogen werden. Die Aussichten auf eine Umsetzung dieser Forderungen sind daher gering.

#### Koordination der Beschäftigungspolitik

Allgemein müssen alle EU Mitgliedstaaten ein Interesse an einer stabilen und wachstumsorientierten Politik in den einzelnen Ländern haben, da sie über den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren und Dienstleistungen eng miteinander verbunden sind. Hieraus begründen sich auch die Aktivitäten zur Koordination der Beschäftigungspolitik oder zur koordinierten Reform der Waren- und Dienstleistungsmärkte, die über den Bereich der makroökonomischen Koordination hinausgehen.

Gleichzeitig sind die Mitgliedstaaten weit davon entfernt, einen gemeinsamen regulatorischen Rahmen bspw. im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik oder der Arbeitsbeziehungen zu schaffen. Angesichts der strukturellen und entwicklungsbedingten Unterschiede der europäischen Volkswirtschaften ist dies auch kaum erstrebenswert. Jedenfalls ist gegenwärtig kein Entwurf erkennbar, der realitätstauglich beschreibt, wie eine europäische Arbeitsmarktvorfassung aussehen könnte. In Form der sogenannten Methode der offenen Koordinierung hat die Europäische Union daher einen eigenen Weg entwickelt, trotz der Unterschiede im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik zu einer Konvergenz der Politiken zu gelangen.

Die etablierteste Form dieser Art der Koordinierung ist die Europäische Beschäftigungsstrategie. Auf dem Europäischen Rat von Luxemburg 1997 wurden erstmals konkrete beschäftigungspolitische Leitlinien verabschiedet, die die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Politik berücksichtigen sollen. Gleichzeitig schlägt die Kommission auf Basis der Leitlinien konkrete Empfehlungen an jeden Mitgliedstaat vor. Begleitet wird dieser Prozess von beschäftigungspolitischen Analysen einzelner Politikfelder und dem Austausch sogenannter „best-practices“ im Rahmen eines „Peer-Review“ Programms. Über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien berichten die Mitgliedstaaten jährlich in den sogenannten Nationalen Aktionsplänen (NAP). Nach 5 Jahren wurde die Europäi-



sche Beschäftigungsstrategie im Jahr 2003 umfassend evaluiert und reformiert. Die Zahl der beschäftigungspolitischen Leitlinien wurde dabei von zuletzt 18 auf zehn reduziert. Auch sind die Leitlinien nun auf eine Dreijahresperspektive ausgerichtet. Grundsätzlich wäre es ein Fehlschluss anzunehmen, die beschäftigungspolitischen Leitlinien allein stünden für ein kohärentes beschäftigungspolitisches Programm. Vielmehr können und müssen die hier formulierten aktivierenden und strukturellen Reformen je nach nationalen Besonderheiten und politischer Lesart unterschiedlich ausfallen. Die Leitlinien basieren im Einzelnen deutlich auf neoklassischen Grundannahmen bezüglich der Funktionsweise des Arbeitsmarktes, weisen den Trägern der Arbeitsmarktpolitik im weitesten Sinne aber auch klare aktivierende und intervenierende Aufgaben zu. Der Charakter der Leitlinien ist daher ambivalent. Auf der einen Seite sind sie auf strukturelle Reformen der Angebotsseite des Arbeitsmarktes ausgerichtet. So haben die Mitgliedstaaten zunehmend ein Augenmerk auf steuer- und sozialpolitisch induzierte Fehlanreize gelegt, durch die für bestimmte Gruppen die Arbeitsaufnahme aus finanziellen Gründen unattraktiv wird. Gleichzeitig wurde aber auch der Stellenwert der aktiven Arbeitsmarktpolitik deutlich erhöht. In vielen Ländern Europas wird heute die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, z.B. zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, mit den entsprechenden beschäftigungspolitischen Leitlinien begründet. Auch wird der Investition in Bildung und Forschung ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Leitlinien haben den Schwerpunkt auch zunehmend auf die Beschäftigungsquote als den wichtigsten Gradmesser beschäftigungspolitisch erfolgreicher Länder gelenkt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Erhöhung der Beschäftigungsquoten bei Frauen und älteren Arbeitnehmern. Die entsprechenden Leitlinien enthalten klare Ziele zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und zum Abbau von geschlechtsspezifischen Diskriminierungen, aber auch zum Abbau von Frühverrentungsregelungen. Die Leitlinien sprechen damit viele der Bereiche an, in denen auch in Deutschland deutlicher Handlungsbedarf besteht. Überhaupt liegen viele der Maßnahmen im Rahmen der Agenda 2010 auf einer Linie mit den Zielen und Leitlinien der europäischen Beschäftigungsstrategie. Dies gilt nicht nur für Reformen im Bereich des Leistungsrechts, sondern auch für den Ausbau der Ganztagschulen und die Erhöhung der Bildungsinvestitionen. Auch wenn der direkte Einfluss der Europäischen Beschäftigungsstrategie nur schwer zu bemessen ist, scheint eine gewisse Tendenz zur Konvergenz im Bereich der Arbeitsmarktpolitik unter den Mitgliedsländern der EU über-

sehbar. Inwieweit die Strukturreformen jedoch auch tatsächlich zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds beitragen ist fraglich. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die europäischen Volkswirtschaften jedenfalls weit davon entfernt, die selbst gesteckten Ziele im Rahmen des Lissabon-Prozesses zu erreichen.

### **Neue Perspektiven durch die EU-Osterweiterung ?**

Nur fünf Jahre nach Vollendung der Europäischen Währungsunion steht die Europäische Union mit der Osterweiterung vor einer neuen Herausforderung. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Beitritts werden sich jedoch in Grenzen halten. Schließlich sind schon seit Beginn der Vorbereitungsphase in den 90er Jahren die Bereiche des Waren- und Dienstleistungshandels sowie des Kapitalverkehrs weitgehend liberalisiert und entsprechend den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes ausgestaltet worden. Die Übernahme aller EU-Binnenmarktregeln durch die Beitrittsländer ist weitgehend abgeschlossen. Für die deutsche Volkswirtschaft hat sich die Öffnung des Marktes nach Osteuropa dabei unter dem Strich positiv ausgewirkt. Zwar hat sich der Handelsbilanzüberschuss in den letzten Jahren verringert, Deutschland exportiert jedoch insgesamt mehr Produkte in den mittel-/osteuropäischen Raum als es importiert. In wichtigen Bereichen wie der Metallindustrie ist die Handelsbilanz allerdings mittlerweile negativ. Dies heißt jedoch nicht, dass Unternehmen zunehmend ihre gesamte Produktion in ost- und mitteleuropäische Staaten verlagern. Vielmehr werden einzelne Stufen der Wertschöpfungskette, zumeist die standardisierbaren und relativ arbeitsintensiven – ausgelagert. Oft betätigen sich deutsche Unternehmen dabei selbst als Investor und re-importieren die im Ausland gefertigten Teile zur Weiterverarbeitung nach Deutschland. Einer plötzlichen Zunahme der Verlagerung der Produktion in die Beitrittsländer sind auch aufgrund der großen Produktivitätsunterschiede Grenzen gesetzt. Gemessen am EU-Durchschnitt schwankt das Produktivitätsniveau in den Beitrittsländern im verarbeitenden Gewerbe zwischen 30,3 % (Estland) und 54,8 % (Slowenien), kommt damit aber zum Teil schon über das Produktivitätsniveau von Portugal (32,8%) oder Griechenland (42,6%) (IG Metall, Januar 2004). Anzunehmen ist dagegen, dass nach der EU-Osterweiterung insbesondere auch klein- und mittelständische Unternehmen verstärkt von den Möglichkeiten des Außenhandels und der Auslandsproduktion Gebrauch machen werden. Für sie sind stärker als für Großunternehmen auch der Wegfall der Grenzkontrollen, das kulturelle Zusammenwachsen und die erhöhte Rechtssicherheit von Bedeutung.

Insbesondere Deutschland und Österreich haben sich im Vorfeld der EU-Osterweiterung für Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit eingesetzt. Dies bedeutet einen Eingriff in die Grundprinzipien der Europäischen Integration und muss gut begründet sein. Bisher haben Beispiele aus der Vergangenheit jedoch keinen Grund für die Annahme geliefert, dass große Einkommensunterschiede innerhalb der EU zu einem Exodus von Arbeitskräften in die wohlhabenderen Mitgliedsländer führen. Andererseits sind die Befürchtungen, die diesbezüglich in der Bevölkerung vorherrschen, ernst zu nehmen. Bezogen auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat daher jedes Land die Möglichkeit erhalten, in drei Schritten die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Beitrittsländer bis zu sieben Jahre auszusetzen. Außerdem können Deutschland und Österreich für Teilbereiche des Handwerks die Dienstleistungsfreiheit im gleichen Zeitraum beschränken. Deutschland macht von dieser Regelung Gebrauch, indem es über das Entsendegesetz Mindestlöhne für das Baugewerbe und Teile des Handwerks festsetzt. So soll bspw. die Konkurrenz für Handwerksbetriebe in den Grenzregionen für einen Übergangszeitraum abgemildert werden.

### **Fazit**

Eine isolierte Betrachtung der einzelnen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Instrumente auf europäischer Ebene ist nur in begrenztem Maße sinnvoll. Vielmehr kommt es auch auf europäischer Ebene auf ein sich gegenseitig verstärkendes Zusammenwirken von wachstums- und stabilitätsorientiertem makroökonomischem Policy-Mix und strukturellen Reformen an: Makropolitik und Strukturreformen ergänzen einander, ohne sich gegenseitig ersetzen zu können. Gerade auf dem Gebiet der makroökonomischen Koordination besteht auf europäischer Ebene jedoch der größte Handlungsbedarf. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Konstruktion des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes eindeutig als die Achillesferse der Europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anzusehen. Alle Vorschläge zur Reform des SWP, die stärker die nationalen Besonderheiten bei der Beurteilung der jeweiligen Haushaltspolitik in Betracht ziehen, gehen dabei grundsätzlich in die richtige Richtung. Doch auch die Rolle der Europäischen Zentralbank muss sich verändern. Wenn sie eine an gesamtwirtschaftlichen Maßstäben orientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht mit wachstumsstimulierender Zinspolitik honoriert, sinkt auch das Vertrauen der Gewerkschaften in eine koordinierte makroökonomische Politik. Eine Verpflichtung der Zentralbank auf ein beschäftigungspolitisches Ziel erscheint daher sinnvoll.

# Volle Fahrt voraus ins Mittelalter?

Eine Einschätzung des derzeitigen Standes des „Bologna-Prozesses“

Von Ulf Banscherus

Am 19. Juni 1999 unterzeichneten die BildungsministerInnen von 29 europäischen Staaten in Bologna eine Erklärung, in der sie das Ziel vereinbarten, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen „Europäischen Hochschulraum“ zu bilden. Zu den Unterzeichnerstaaten gehörten alle 15 EU-Staaten, die Kandidatenstaaten mit Ausnahme Zyperns sowie Island, Norwegen und die Schweiz. Während der bisherigen beiden Folgekonferenzen im Mai 2001 in Prag und im September 2003 in Berlin wurden elf weitere Staaten aufgenommen, die ihre Bereitschaft erklärt hatten, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Zu diesen elf Staaten gehören unter anderem Russland, die Türkei und die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Der „Bologna-Prozess“ soll die sich vollziehende wirtschaftliche Integration um kulturelle, wissenschaftliche und technologische Aspekte ergänzen. Anknüpfend an die idealisierte Vorstellung einer unterstellten mittelalterlichen Tradition freien wissenschaftlichen Austausches sei die Gründung des europäischen Hochschulraums ein Beitrag zur Schaffung eines „Europas des Wissens“, das eine notwendige Reaktion auf die Herausforderungen der entstehenden postfordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, häufig zur „Wissensgesellschaft“ verklärt, darstelle. So seien gleich mehrere politische Ziele zu erreichen. Zum einen stelle die Gründung eines europäischen Hochschulraums den Schlüssel zur Förderung der Mobilität und der Beschäftigungsfähigkeit (employability) der europäischen BürgerInnen dar, zum anderen sei dadurch auch eine Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems möglich.

## Teilziele des „Bologna-Prozesses“

Die BildungsministerInnen haben insgesamt neun Teilziele formuliert, die sie bis 2010 erreichen wollen: (1) Die Einführung eines Sys-

tems einfach lesbarer und vergleichbarer Abschlüsse, (2) die Einführung eines gestuften Studiensystems mit zwei Zyklen, (3) die Etablierung eines Kreditpunktesystems zur Messung der Studienleistungen, (4) die Förderung der Mobilität aller Statusgruppen an den Hochschulen, (5) die Förderung der Kooperation im Bereich Qualitätssicherung, (6) die Stärkung einer europäischen Dimension in der Hochschulbildung, (7) die Implementation eines Systems lebenslangen Lernens, (8) die Einbeziehung von Hochschulen und Studierenden in den Prozess sowie (9) die Förderung der weltweiten Attraktivität des europäischen Hochschulraums.

Die einzelnen Teilziele lassen sich zu fünf Zielbereichen zusammenfassen. Dem Ziel der Herstellung und Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europä-

ischen Hochschulen kommt dabei eine herausgehobene Bedeutung zu: So soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum hochqualifizierte Studierende aus allen Weltregionen anziehen und damit der Anziehungskraft der Hochschulen der USA eine echte Alternative entgegenstellen. Um

dieses Ziel zu erreichen, führen verschiedenste europäische Institutionen in den Herkunftsländern gezielte Werbekampagnen für ein Studium in Europa durch. Die im Rahmen dieser Kampagnen geweckten Erwartungen werden aber häufig nicht erfüllt. In Deutschland zum Beispiel fehlen oft Wohnheimzimmer, Sprachkurse und spezielle Betreuungangebote, so dass ausländische Studierende – im Übrigen genauso wie ihre deutschen KommilitonInnen – beim Studienbeginn in der Regel auf sich allein gestellt sind. Erschwerend hinzu kommen die immer noch bestehenden einschränkenden Regelungen hinsichtlich Aufenthaltsrecht und Verdienstmöglichkeiten.

Ein zweiter wichtiger Zielbereich ist das Streben nach besserer Vergleichbarkeit und Vereinbarkeit der Studiensysteme. Dazu soll ein

System einfach lesbarer Studienabschlüsse in zwei Zyklen etabliert werden, das zu mehr Transparenz und besseren Anerkennungs-möglichkeiten führen soll. Das Ziel einer einfacheren Anerkennung von Studienleistungen ist zunächst zu begrüßen, auch eine Stufung der Studiengänge in zwei Zyklen, undergraduate und graduate, erscheint für viele Studiengänge durchaus als sinnvoll. Allerdings ist allgemein ein Trend zu beobachten, dass im ersten Zyklus der Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden eine sehr dominante Stellung zugewiesen wird, was häufig mit einer Schwächung des wissenschaftlichen Anspruchs dieser Studiengänge einhergeht. Es ist also mindestens der Tendenz nach ein deutliches Ungleichgewicht zwischen diesen beiden völlig legitimen Studienzielen festzustellen. Hier gilt es zu einer sinnvolleren Verbindung der verschiedenen Interessen zu kommen. Dazu ist es aber notwendig, dass die europäischen Staaten vor dem Hintergrund ihrer Hochschultraditionen die neuen Studiengänge mit ihren beiden Zyklen eigenständig definieren. Eine bloße Übernahme der Vorstellung eines angelsächsischen Studienmodells mit Bachelor- und Masterstudiengängen reicht dazu bei weitem nicht aus. In der Diskussion um Bachelor und Master wird sehr häufig unterstellt, dass es ein solches homogenes angelsächsisches System gebe und dieses insbesondere den deutschen Diplom- und Magisterstudiengängen qualitativ weit überlegen sei. Dies ist aber nicht der Fall. Sehr oft haben Abschlüsse, die an schottischen oder kanadischen, an englischen oder australischen Hochschulen erworben werden außer der Bezeichnung Bachelor und Master nicht viel gemeinsam, von den Unterschieden zwischen einer neuenglischen Eliteuniversität und einem community college im mittleren Westen der USA ganz abgesehen. Die teilweise extremen Qualitätsunterschiede und die hohe Selektivität der US-Hochschulen eignen sich aber keinesfalls als Vorbild für die deutsche Hochschulreformdebatte. Eher lohnte sich auch im Bereich der Hochschulbildung ein Blick nach Skandinavien, wo nicht nur rund 70% eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen sondern auch mehr als 80% der Studierenden vom ersten Zyklus in den zweiten übergehen. In Deutschland nehmen zum Vergleich immer noch weniger als 40% eines Altersjahrgangs ein Studium auf, während der von der Politik geplante Übergang vom

Die Formulierung eines gemeinsamen Referenzrahmens bezüglich der Ziele von hochschulischer Bildung ist aus deutscher Sicht ambivalent zu bewerten.



Bachelor zum Master unter 50% der AbsolventInnen liegen soll. Die skandinavischen Länder zeigen gerade an dieser Stelle eindrucksvoll wie der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft durch eine breite Partizipation an Bildung und auch ohne Studiengebühren funktionieren kann.

Die Förderung der Mobilität aller Statusgruppen an den Hochschulen, besonders aber der studentischen Mobilität, ist der dritte wichtige Zielbereich des „Bologna-Prozesses“. Im Fokus der MinisterInnen steht dabei der Abbau von formalen Mobilitätshemmnissen, insbesondere in der Frage der Anerkennung von Studienleistungen. Die Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen soll das European Credit Transfer System, kurz ECTS, erleichtern. Hinzu treten Zuschüsse der EU zu den zusätzlichen Kosten eines Auslandsaufenthaltes, die aber nur einen kleinen Teil der realen Kosten abdecken. So bleibt offen, ob die Zuschüsse im Rahmen des ERASMUS-Programms tatsächlich Studierende zu einem Auslandsstudium motivieren, die sonst nicht ins Ausland gegangen wären. Auch das ECTS ist noch sehr stark fehleranfällig, was vor allem am hohen bürokratischen Aufwand liegt. Auch in der Frage der Förderung von Mobilität sind also noch viele Verbesserungen nötig. Vor allem wäre es an der Zeit, einem technischen Mobilitätsverständnis mit Zuschüssen und Anrechnungspunkten ein inhaltliches Mobilitätsverständnis an die Seite zu stellen. Immerhin ist das ERASMUS-Programm ursprünglich nicht zur Verschönerung von Lebensläufen einzelner Studierender erdacht worden, sondern zur Vertiefung der europäischen Integration durch den kulturellen Austausch junger Menschen.

Ein weiterer Zielbereich ist die Herstellung und Sicherung der individuellen Beschäfti-

gungsfähigkeit der europäischen BürgerInnen. Die Grundlagen für diese Fähigkeit sollen für alle im ersten Studienzyklus gelegt werden, für einige im zweiten Zyklus vertieft und durch ein System lebenslangen Lernens dauerhaft gesichert werden. Insbesondere die deutschen Hochschulen haben sich dieser Aufgabe in jedem Fall zu stellen und ihre Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung deutlich zu verbessern. Die Ausbildungsfunktion ist ein elementarer Bestandteil von Hochschulbildung, aber keinesfalls der einzige. Bei der notwendigen Diskussion um Berufsvorbereitung und employability darf der wichtige Aspekt der emanzipatorischen und persönlichkeitsbildenden Funktion von Bildung nicht zu kurz kommen, gerade auch deshalb, weil ohne die radikale Infragestellung des Bestehenden soziale und ökonomische Innovation undenkbar ist. Auch hier gilt es stärker auf ein vernünftiges Verhältnis der sich gegenseitig bedingenden Funktionen eines Hochschulstudiums hinzuwirken.

Der fünfte und letzte Zielbereich bezieht sich auf die Implementation einer „europäischen Dimension“ in der Hochschulbildung. Bislang werden darunter vor allem Doppel diplome und Austauschprogramme verstanden, im Interesse einer Vertiefung der europäischen Integration wäre aber die verstärkte Einbeziehung europäischer Themen bei der curricularen Konzeption der Studiengänge notwendig. Einen Schwerpunkt sollte dabei die Beschäftigung mit der politischen, sozialen und kulturellen Situation in den kleineren europäischen Ländern bilden. Dies wäre durch einen Ausbau von entsprechenden Sprachkursangeboten im Rahmen eines studium generale zu flankieren. In diesem Bereich sind weitere Anstrengungen geboten.

### Aktuelle Entwicklungen

Mit dem „Berliner Kommuniqué“ vom 19. September 2003 hat die Verbindlichkeit der Ziele zugenommen, wenn die Erklärungen auch weiterhin den Charakter von Absichtserklärungen der nationalen Regierungen haben – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger. In Berlin wurde unter anderem die Bereitschaft der nationalstaatlichen Regierungen zum verbindlichen Beginn der Einführung eines gestuften Studiensystems bis 2005 erklärt. In diesem Zusammenhang soll auch ein gemeinsamer Qualifikationsrahmen entwickelt werden, durch den die Studienelemente in Bezug auf Arbeitszeit, Anforderungsniveau, Lernziele und erreichbare Kompetenzen beschreibbar gemacht werden sollen. Innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens sollen jedoch weiterhin verschiedene Ausrichtungen und unterschiedliche Profile der einzelnen Studienangebote möglich bleiben, um unterschiedlichen individuellen, akademischen und berufsbezogenen Anforderungen gerecht zu werden. Die Formulierung eines gemeinsamen Referenzrahmens bezüglich der Ziele von hochschulischer Bildung ist aus deutscher Sicht ambivalent zu bewerten. Ein solcher Rahmen könnte endlich die an vielen Hochschulen unter dem Deckmantel der Freiheit der Lehre vorherrschende Beliebigkeit beenden helfen und so die sehr unterschiedlichen Qualitätsstandards insbesondere universitärer Lehrangebote auf ein gemeinsames Niveau heben, was auch im Interesse der Studierenden liegt. Dies ist aber nur dann möglich, wenn der Rahmen nicht zu eng gefasst ist und unterschiedliche wissenschaftliche Traditionen und Herangehensweisen weiterhin möglich bleiben. Ein gemeinsamer europäischer Rahmen darf also nicht ein starres Korsett darstellen, das den Hochschulen die Luft zum Atmen abschnürt. Die Vorgaben sollten sich auf gemeinsame strukturelle und qualitative Standards beschränken und nicht versuchen, endgültige inhaltliche Definitionen eines Fachs und seiner Inhalte abzugeben, was zwangsläufig eine Zementierung des aktuellen wissenschaftlichen Mainstreams bedeuten würde. Eine solche Politik wäre mit der pluralistischen Tradition des deutschen genauso wie des europäischen Hochschulwesens unvereinbar, da gerade die Diversität des Denkens spätestens seit der Aufklärung das Kennzeichen der europäischen Geisteshaltung darstellt. Diese Tradition gilt es zu bewahren, um Fortschrittlichkeit dauerhaft zu sichern.

### Bologna und Lissabon

Mit dem „Berliner Kommuniqué“ wurde auch die ohnehin große Bedeutung der Europäischen Union weiter verstärkt, indem man sich darauf einigte, die Bestrebungen zur Bildung eines europäischen Hochschulraums mit den Planungen der EU zur Schaffung eines europäischen Forschungsraums

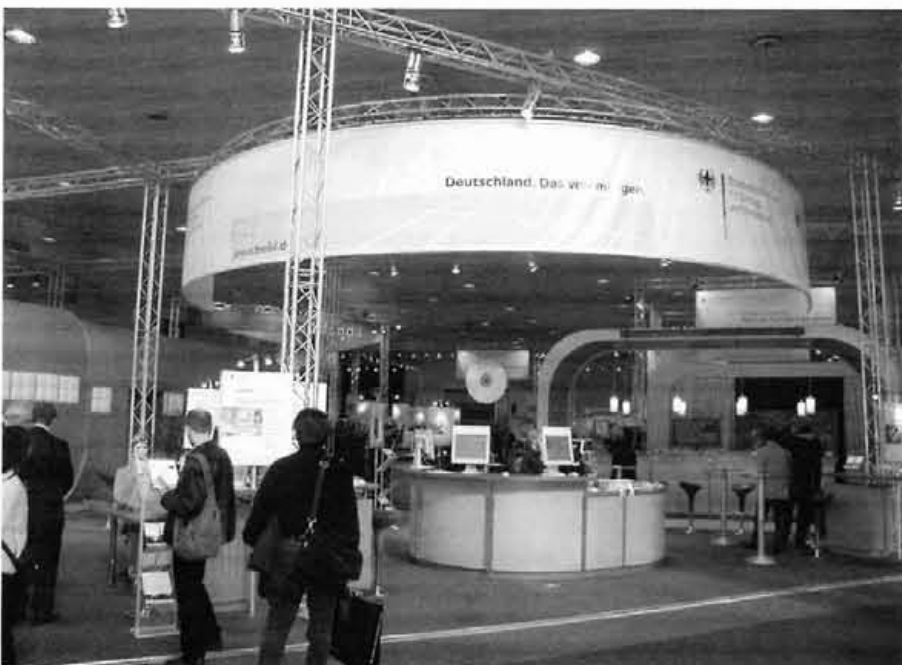


Foto: Christian Kiel (Berlin)

im Rahmen des „Lissabon-Prozesses“ enger zu verzahnen. Im Rahmen dieses Prozesses will die EU Maßnahmen ergreifen, um, ebenfalls bis zum Jahr 2010, zur wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt zu werden, wodurch ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, mehr und bessere Beschäftigungsangebote sowie eine größere soziale Kohäsion erreicht werden sollen. Erst durch die Verbindung eines europäischen Hochschulraums und eines europäischen Forschungsraums sei es möglich, das Leitbild eines „Europas des Wissens“ mittelbar zur Realität werden zu lassen. Die Verbindung des „Bologna-Prozesses“, an dem 40 europäische Staaten beteiligt sind, mit dem „Lissabon-Prozess“ der EU ist durchaus ambivalent zu bewerten. So ist zum einen zwar die Ergänzung der bislang sehr auf das Studium konzentrierten Ziele des „Bologna-Prozesses“ um den wichtigen Bereich der Forschung zu begrüßen. Denn erst Forschung und Lehre gemeinsam versetzen die Hochschulen in die Lage, den vielfältigen gesellschaftlichen, politischen und durchaus auch den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden zu können, die an sie gestellt werden, und so einen wichtigen Beitrag zu Innovation und Modernisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zu leisten. Die formulierte Zielsetzung dieser Verbindung stimmt allerdings skeptisch. Wenn das Leitbild eines „Europas des Wissens“ auf den Teilaspekt einer leistungsfähigen wissensbasierten Ökonomie reduziert werden sollte und somit in der Konsequenz Forschung und Lehre vollständig wirtschaftlichen Zielen untergeordnet würden, wäre die uneingeschränkte Herrschaft eines rein ökonomischen Nutzenkalküls die logische Folge. Eine Politik, die die Hochschulen auf diese Aufgabe reduziert, wäre aber fatal, da so eben genau die Standardisierung von Bildung und Wissenschaft eintreten würde, die nicht nur im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ nicht erwünscht ist, sondern auch die breite kulturelle und geistige Vielfalt Europas gefährden würde. Ohne die Freiheit zum Ausprobieren in Forschung und Lehre ist aber Innovation in einem Verständnis „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) nicht vorstellbar. Insgesamt muss jede Bewertung des „Bologna-Prozesses“ zum jetzigen Zeitpunkt zwangsläufig vorläufig sein. Dennoch ist es angebracht, nach der Berliner Konferenz im letzten Jahr und vor der Folgekonferenz in Bergen im Mai 2005 eine Zwischenbilanz zu

**Wenn das Leitbild eines „Europas des Wissens“ auf den Teilaspekt einer leistungsfähigen wissensbasierten Ökonomie reduziert werden sollte, wäre die Herrschaft eines rein ökonomischen Nutzenkalküls die logische Folge.**

ziehen und Anforderungen an den weiteren Verlauf des Prozesses zu formulieren. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob mit der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums ein Beitrag zur Vertiefung der kulturellen, sozialen und politischen Integration über die vorläufigen Grenzen der erweiterten EU hinaus gelingt, oder ob die Hochschule der Zukunft die der Vergangenheit sein wird: Der glorifizierte freie Austausch der mittelalterlichen Studenten war in Wirklichkeit nämlich die Mobilität einer kleinen privilegierten Minderheit, die sich an den Segnungen der Erkenntnis laben durfte, während die Masse der Bevölkerung in Dummheit gehalten und von der herrschenden Klasse ausgebeutet wurde. Viel hängt dabei vom Leitbild des europäischen Hochschulraums ab. Auch wenn einiges darauf hindeutet, dass mit der Verbindung des „Bologna-Prozesses“ mit dem „Lissabon-Prozess“ der EU eine

weitergehende Standardisierung und Ökonomisierung der Bildung droht, ist doch die These eines direkten Zusammenhangs des „Bologna-Prozesses“ mit dem General Agreement on Trades in Services, kurz GATS, dem Dienstleistungsabkommen der WTO, die sich bei einigen StudierendenvertreterInnen, aber auch bei einigen GewerkschafterInnen und HochschullehrerInnen einer wachsenden Beliebtheit erfreut, kaum haltbar, da mit dem „Berliner Kommuniké“ – zumindest vorläufig – das Bekenntnis der MinisterInnen zum Verständnis von Hochschulbildung als öffentlichem Gut in staatlicher Verantwortung bekräftigt wurde.

#### **Anforderungen an den „Bologna-Prozess“**

Damit durch den „Bologna-Prozess“ die strukturellen Voraussetzungen für europaweite akademische Freizügigkeit in einem grenzüberschreitenden und emanzipatorischen Sinne geschaffen werden können, sind mehrere Anforderungen an die weitergehende Politikformulierung notwendig: So ist es an der Zeit, die recht starke ökonomische Fokussierung um eine soziale und eine kulturelle Dimension zu erweitern. Dazu gehört auch ein breiteres Verständnis von Mobilität, das sich bisher rein auf den Abbau formaler Hürden beschränkt. Um Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt über ihre Mobilität entscheiden zu können, bedarf es einer ausreichenden

ökonomischen Absicherung. Deshalb sind konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um mittelfristig für alle Studierenden und WissenschaftlerInnen in Europa eine mindestens den Lebensunterhalt sichernde Finanzierung bereit zu stellen, die bei Bedürftigkeit als Zuschuss gewährt wird. Bei der Implementation eines gestuften Studiensystems mit zwei Zyklen sind breite Übergangsmöglichkeiten zwischen den beiden Studienabschnitten zu sichern. Die Einführung von besonderen Zulassungsprüfungen an dieser Stelle ist mit dem Ziel einer breiten Bildungsbeteiligung nicht vereinbar. Außerdem würde eine solche Regelung die zukünftigen Studierenden in Ländern mit einer Tradition eines längeren einzyklischen Studiensystems wie den deutschen Diplom- und Magisterstudiengängen gegenüber dem herrschenden status quo benachteiligen. Darüber hinaus sollte für internationale Studierende das Leitbild eines gastfreundlichen Europas umgesetzt werden. Dazu bedarf es des Ausbaus von geeigneten Sprachkursangeboten und Orientierungsprogrammen genauso wie der Bereitstellung von qualitativ angemessenem Wohnraum zu einem bezahlbarem Preis. Außerdem müssen die diskriminierenden Bestimmungen des Ausländerrechts die Aufenthaltsrechte und die Verdienstmöglichkeiten betreffend endlich aufgehoben und die betreffenden Bereiche in einem modernen Zuwanderungsgesetz neu geregelt werden. In einer wissensbasierten Ökonomie besteht ein großer Bedarf an Fort- und Weiterbildungsangeboten. Den Hochschulen kommt bei der Sicherung der Zugangsmöglichkeiten zu Maßnahmen des lebenslangen Lernens aufgrund ihrer Verfasstheit als öffentliche Institutionen eine besondere Rolle zu. Auch dieser Aspekt muss bei der Formulierung eines europäischen Hochschulraums Berücksichtigung finden. Im Bereich der Qualitätssicherung dürfen auf der europäischen Ebene formulierte strukturelle Rahmenvorgaben die inhaltliche Vielfalt der europäischen Hochschullandschaft nicht gefährden. Außerdem ist zum Gelingen von Qualitätssicherungsanstrengungen eine absolute Transparenz des Verfahrens unter Einbeziehung aller Beteiligten zu gewährleisten. Im Interesse der Transparenz und der Legitimation der weiteren Erklärungen im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ ist auch die Einbeziehung des europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente dringend geboten. Ein so weitreichender Umbau der europäischen Hochschulsysteme wie er in der „Bologna-Erklärung“ und den Folgedokumenten angestrebt wird kann nicht ausschließlich durch die nationalen Regierungen ausgestaltet werden. An der Regelung dieser Fragen wird sich eine endgültige Bewertung des „Bologna-Prozesses“ entscheiden.



# IUSY-Kongress in Budapest 2004

Von Nora Hentrop und Lars Klingbeil

Es war wieder soweit! Vom 27. bis zum 29. Februar 2004 fand der 25. IUSY World Congress in der schönen Stadt Budapest an der Donau statt. Drei Tage lang diskutierten die Jugendorganisationen der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien der Welt miteinander über Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Globalisierung. Da Tagungsort und Hotel dieses Mal eins waren, blieben die Einblicke in die ungarischen Sehenswürdigkeiten allerdings sehr begrenzt. Lediglich die Fahrt vom Flughafen und die Eröffnung des Kongresses im ungarischen Parlamentsgebäude boten einen kurzen Blick auf die Stadt.

## Das Gastgeberland Ungarn

Nichtsdestotrotz soll Ungarn an dieser Stelle noch ein wenig vorgestellt werden. Das Land, das am 01. Mai der Europäischen Union beitreten wird, hat 10 Millionen Einwohner und Zeiten des rasanten Wandels hinter sich. Über Jahre hinweg hat der IWF strenge Vorgaben angeordnet, die das Land im Zuge seiner Modernisierung umzusetzen hatte. Schon seit 1998 hat Ungarn dabei die Kriterien für einen Beitritt zur Europäischen Union weitestgehend erfüllt. Die Sozialreformen der vergangenen Jahre sind alle nach strikt neoliberalen Kriterien ausgefallen und waren mit einer Privatisierungswelle verbunden. Ungarn verfügt heute über einen größeren Privatanteil in der Wirtschaft als die Bundesrepublik.

Die regierende Sozialistische Partei in Ungarn wird sich in diesem Jahr noch Parlamentswahlen zu stellen haben. Dementsprechend hoch war das Medieninteresse am IUSY-Kongress. Der ungarische Regierungschef Péter Medgyessy und weitere hohe Parteimitglieder nutzen folglich den Kongress intensiv für Wahlkampfauftritte und richteten ihre Reden mehr an die eigene Bevölkerung als an die IUSY-Delegierten. Die Osterweiterung, die im Mittelpunkt der Reden stand, wird demnach als Chance gesehen,

die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten der Europäischen Union auszubauen.

## Global Governance für Peace

Im Mittelpunkt des Kongresses stand neben den Wahlen zum neuen IUSY-Präsidium die Verabschiedung des Dokuments „Global Governance for Peace“, das bereits seit längerem ausführlich innerhalb der IUSY und in ihren Mitgliedsorganisationen diskutiert wurde. Schon auf dem IUSY World Council Ende 2002 in Portugal und auf dem European Committee im September 2003 in Wien war es den Jusos gelungen, wichtige Änderungen im Dokument in Fragen der politischen und der ökonomischen Regulation durchzusetzen. So spricht sich das Dokument unter anderem für eine grundlegende

Reform und Demokratisierung der Vereinten Nationen aus. Neben der Stärkung der Vollversammlung soll es zu einer Reform des UN-Sicherheitsrates kommen, bei der unter anderem die Möglichkeit geschaffen wird, regionale Zusammenhänge im Sicherheitsrat zu repräsentieren. Auch das

Veto-Recht der ständigen Mitglieder soll abgeschafft werden.

Im Bereich der Weltwirtschaft spricht sich die IUSY für eine Re-Regulierung des weltweiten Handels und eine Orientierung an Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit aus. Die WTO und die anderen internationalen Finanzorganisationen sollen reformiert werden und sich stärker an entwicklungspolitischen als an reinen ökonomischen Zielsetzungen ausrichten. In diesem Zusammenhang wird die aktuelle WTO-Handelsrunde samt des GATS-Abkommen stark kritisiert. Auf der Ebene der Vereinten Nationen soll zudem neben dem UN-Sicherheitsrat einen Rat für soziale und ökonomische Sicherheit eingerichtet werden, der die Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und der ILO koordiniert und kontrolliert. Das Dokument ist insgesamt ein klares Bekenntnis für eine ko-

Die Herausforderung von Frieden und Wohlstand lässt sich nur angehen, wenn die Staaten der Welt im Interesse der Menschen zusammenarbeiten und nicht gegeneinander.



Der neue IUSY-Präsident Fikile Mbalula

operative Weltordnungspolitik und eine deutliche Absage an die unilaterale Politik der USA. Die Herausforderung von Frieden und Wohlstand lässt sich nur angehen, wenn die Staaten der Welt im Interesse der Menschen zusammenarbeiten und nicht gegeneinander.

Auch wenn die großen Linien des Dokuments „Global Governance for Peace“ begrüßenswert sind, steckte der Teufel wie immer im Detail. Die Konflikte auf dem Kongress lagen vor allem im Bereich der Friedenspolitik. So wird in dem Grundsatzpapier – entgegen dem Votum der Jusos – beispielsweise eine UN-Eingreiftruppe gefordert. Es wird jedoch weder festgelegt unter welchen Kriterien sie eingesetzt werden soll, noch für welche Art von Einsätzen sie gut sein soll. Dabei war es weniger die inhaltliche Diskussion, die einen solchen Beschluss herbeiführte, als vielmehr die Unfähigkeit des Tagungspräsidiums, eine koordinierte und inhaltliche Debatte zu organisieren.

## Die Wahlen zum Präsidium

Zum ersten Mal in der Geschichte der IUSY wurde mit Fikile Mbalula von der ANC-Youth (Südafrika) ein Vertreter von einer afrikanischen Organisation zum Präsidenten gewählt. Als Generalsekretär wurde Enzo Amendola von der Sinistra Giovanile aus Italien wiedergewählt. Die Jusos werden von nun an durch Kai Burmeister aus Lübeck im IUSY-Präsidium vertreten, der einer von 17 Vizepräsidenten ist. Alle Regionen der Welt sind dabei in dem neuen Vorstand repräsentiert. Strittig war bei den Wahlen lediglich jeweils ein Platz in Südamerika und Asien sowie ein südeuropäischer Vizepräsidentenplatz, bei dem sich der Vertreter der griechischen PASOK-Youth, Panagiotis Nikas, knapp gegen die Kandidatin der MJS aus Frankreich, Claire Edey, durchsetzen konnte.

Nora Hentrop ist Bezirksvorsitzende der Jusos Nord-Niedersachsen und Lars Klingbeil ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Beide gehörten der deutschen Delegation auf dem IUSY-Kongress an.

**Fokus auf Afrika**

Mit der Wahl von Fikile Mbalula zum Präsidenten, aber auch mit dem Dokument „Global Governance for Peace“, das sich im Kapitel über regionale Integration verstärkt mit Afrika auseinandersetzt, hat die IUSY und ihre Mitgliedsorganisationen ihren Anspruch verdeutlicht, den afrikanischen Kontinent stärker in den Fokus ihrer Arbeit zu rücken. Die Jusos haben ebenfalls beschlossen dies zu tun und es bieten sich mit Fragestellungen wie der Reform der Vereinten Nationen, der Neuausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit, der politischen Gestaltung von ökonomischen Globalisierungsprozessen und hier speziell dem New Partnership for African Development Programm (NEPAD) gute Ansätze für eine gemeinsame Agenda.

**Soziale Bewegung**

Gemeinsam mit den GenossInnen von der italienischen Sinistra Giovanile hatten die Jusos einen Antrag eingebracht, verstärkt auf internationaler und nationaler Ebene mit den neuen sozialen Bewegungen, etwa der erstarkten Friedensbewegung oder der globalisierungskritischen Bewegung zusammenzuarbeiten. Bei einigen Partnerorganisationen innerhalb der IUSY ist die Kooperation mit der Zivilgesellschaft nicht so stark entwickelt und der Schwerpunkt der Arbeit erstreckt sich so nur auf die Kooperation mit der jeweiligen Mutterpartei. Die IUSY hat dies als eine ihrer Herausforderungen erkannt und durch ihre Aktivitäten, etwa auf dem Weltsozialforum in Mumbai, begonnen, ihre Kontakte in die sozialen Bewegungen auszubauen und zu stärken. Die Jusos werden gerade hier einen ihrer kommenden Schwerpunkt in der Arbeit innerhalb der IUSY sehen.

**Die Rolle der Jusos**

Die Jusos sind traditionell eine der stärksten Organisationen innerhalb der IUSY. In den letzten Jahren konnte diese Stellung weiterhin ausgebaut werden. Der Dank gilt hier vor allem Wolfgang Schmidt, der als IUSY-Vizepräsident vor allem die Bereiche Politische Regulation und Soziale Bewegungen betreute und wesentlich voranbrachte. Mit der Wahl von Kai Burmeister zum IUSY-Vizepräsidenten wird diese Arbeit nun fortgesetzt. Es wird in den nächsten Jahren verstärkt darauf ankommen, innerhalb der IUSY die politische Diskussion zu suchen und aber auch in unseren Verband zu tragen. Gerade in den Bereichen der Friedenspolitik und in ökonomischen Fragestellungen gibt es große Unterschiede in der Familie. Diese müssen im Sinne einer politischen Fortentwicklung der IUSY deutlich gemacht und produktiv gewendet werden.

spw 2 / 2004

## SPÖ und FPÖ in Kärnten – alles Punschkraperl?

Von Georg Brockmeyer

Wiedereinmal sorgt der das enfant terrible Österreichs, der Rechtsausleger und NS-Beschäftigungs-Lober Jörg Haider, für politischen Wirbel über sein Bundesland Kärnten hinaus. Nicht nur, dass er Mithilfe von Millionen Euro und einem furiosen Wahlkampf erneut die Kärntner Landtagswahlen am achten März gewann, nein, nun gibt es auch noch eine Arbeitskoalition mit der SPÖ in eben diesem Bundesland. Dieses Bündnis sorgt weit über Österreichs Grenzen für erhebliche Verwirrung und berechtigte Kritik. Teilweise wird sogar laut über einen SPE-Ausschluss der SPÖ nachgedacht. Wäre es doch das erste Bündnis einer Sozialdemokratischen Partei mit einer rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Partei. In diesem Falle auch noch mit der FPÖ, sozusagen dem Prototyp.

Die österreichischen Verhältnisse kennend erscheint dies erschreckend, jedoch aus mehreren Gründen keinesfalls verwunderlich. Die Kärntner SPÖ hat in der Geschichte der zweiten Republik schon immer Probleme mit der Abgrenzung nach rechts und ganz rechts gehabt. Berühmt berüchtigt sind zwei Aussagen, die dem ehemaligen

Landeshauptmanns und langjährigen Kärntner SPÖ-Obmanns Leopold Wagner zugeschrieben werden: Er sei stolz ein Pimpf gewesen zu sein. Zudem sei er sicher immer sozialistisch, jedoch als erstes national. Auch die Position der Landespartei in der Minderheitenfrage – Südkärnten hat eine starke autochthone slowenische Minderheit – ist in der Geschichte fragwürdig gewesen. Dazu passt es dann ganz gut, dass im diesjährigen Landtagswahlkampf führende Genossen, wie der Wolfsberger Bürgermeister und der ehemalige Direktor der Kärntner Arbeiterkammer, sich offen für die Wiederwahl Haiders zum Landeshauptmann eingesetzt haben.

Allerdings hat es immer wieder Versuche gegeben, den nationalen Schatten der Karawanken-SPÖ zu bannen. War zwar noch unter Kanzler Viktor Klima der weltoffene und liberale Arzt Michael Ausserwinkler kläglich an seiner Partei und den Kärntner Verhältnissen gescheitert, so gab es jedoch gerade in den letzten Jahren Zeichen der Hoffnung. Die junge Soziallandesrätin (d.i. Landesministerin) Gabriele Schaunig-Kandut ist die beliebteste Politikerin des Landes und gehört eher zu den Antinationalisten in der Kärnt-



ner SPÖ. Und auch der Obmann Peter Ambrozy schien mittlerweile umgedacht zu haben. Nach der überraschend schnellen Einnahme mit Haiders FPÖ, erscheint dies als Illusion. Auch scheint kein Druck aus Wien wie noch unter Kreisky, Vranitzky und Klima das schlimmste verhindern zu wollen.

Nun behauptet die Landespartei, dass sie so oder so mit der FPÖ und Haider zusammen in einer Konzentrationsregierung sitzen, wie es die Verfassung des Landes vorschreibt. Zudem war wohl die Angst groß, dass die ÖVP sich doch wieder mit der FPÖ einigen würde und bei der Geschäftsverteilung der neuen Landesregierung die SPÖ finanziell schlecht gestellt würde. Das wichtigste Ressort ist bei den Verhandlungen in den Konzentrationsregierungen das Gemeinderessort, ist dieses doch für die Verteilung von Geldern zuständig und somit auch ein Mittel zur Stärkung der jeweils eigenen Partei. Von Seiten der sozialdemokratischen Bürgermeister kam wohl auch der stärkste Druck, mit Haider zusammenzuarbeiten.

Dem oberösterreichischen SPÖ-Vorsitzenden Erich Haider (nicht zu verwechseln mit Jörg Haider) ist es jüngst nach einem furiosen Zugewinn von über elf Prozent so ergangen. Da einigten sich ÖVP und Grüne sehr

Georg Brockmeyer hat mehrere Jahre in Österreich gelebt und für die SPÖ gearbeitet, er lebt nun in Berlin.

Punschkraperl sind eine süße Mehlspeise; sie sind außen mit einer rosaroten Zuckerlasur überzogen und bestehen innen aus brauner Kuchenmasse.



schnell auf eine Koalition innerhalb der Proportionalregierung und die SPÖ verlor viel an Einfluss. Doch jenseits der Tauern wurde gar nicht versucht eine Mehrheit gegen die Haider-FPÖ zu schmieden. Zumindest legt dies die schnelle Einigung mit anschließendem weinseligen Beisammensein nahe. Dabei hatte sich die Landes-ÖVP doch so vehement auf ein Votum gegen Haider festgelegt und die neu im Landtag vertretenen Grünen ebenfalls.

Das eine solche Verhinderungs-Mehrheit unrealistisch gewesen sein mag, ist zwar richtig, entschuldigt jedoch nicht das Vorgehen der SPÖ. Schließlich wäre es die Chance gewesen, alte Strukturen und Denkmuster in Österreich und Kärnten aufzubrechen. Schließlich ist die Frage berechtigt, da ja ganze 58 Prozent der KärntnerInnen Parteien gewählt haben, die dezidiert gegen die FPÖ auftraten. Die ÖVP hätte auf Geheiß Schüssel wahrscheinlich Haider doch wieder gewählt, um diesen zumindest vermeintlich zu kontrollieren,

doch hätte es die SPÖ darauf ankommen lassen müssen. Schließlich hätte sie die ÖVP gehörig unter Druck setzen können. Der Glaubwürdigkeitsverlust für sie wäre enorm. Nun ist der Glaubwürdigkeitsverlust auf Seiten der SPÖ. Bedingt auch durch den Schlingerkurs des Parteivorsitzenden Gusenbauer, der zwar über jeden Verdacht erhaben ist, jedoch sich erst Ende März zu einer klaren Missfallens-Äußerung durchringen konnte. Erst nachdem der mächtige Bürgermeister von Wien, Michael Häupl, und der ambitionierte oberösterreichische Vorsitzende, Erich Haider, öffentlich ihrem Ärger Luft machten.

Gusenbauer hat es verabsäumt nach den verlorenen Wahlen von 1999 und seiner überraschenden Wahl zum Vorsitzenden, eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis zur FPÖ zu führen. Wohl weil er die unterlegenen Anhänger einer Annäherung an die FPÖ nicht verprellen wollte und das Kalkül hegte, dass sich die Frage so schnell nicht stellen werde aufgrund wieder verstärkt zu

Tage tretender Unterschiede. Die Frage stellt sich schneller als erwartet. Und sie stellt die Partei vor eine Zerreiß-Probe und beschädigt ihren aktuellen Parteivorsitzenden nachhaltig. Dieser wirkt nun als nicht durchsetzungsstark und grundsätzliche Fragen werden von wahltaktischen Fragen und persönlichen Interessen überlagert. Will die SPÖ jedoch die Rechtskoalition in zwei Jahren ablösen, so muss sie die Frage beantworten, wie sie ihre an die FPÖ und in Folge die ÖVP verlorenen WählerInnen zurückgewinnen kann ohne, dass sie sich der FPÖ inhaltlich oder durch Koalitionen annähert. Wie das geht, haben bereits die neue Landeshauptfrau von Salzburg, Gabi Burgstaller, der Oberösterreichischer Erich Haider und nicht zuletzt der Wiener Bürgermeister sehr erfolgreich vorgemacht.

In einer nach wie vor zentralistisch-leninistisch organisierten Partei wie der SPÖ funktioniert leider die Willensbildung von unten nicht so gut.

spw 2 / 2004

## Stabilität ohne Demokratie

Von Hans-Henning Schröder

„Ein weiterer Schritt in Richtung auf Stärkung der Demokratie in Russland“ – so beurteilte der russische Präsident Putin das Ergebnis der Duma-Wahlen am 7. Dezember 2003. Das russische Volk habe abermals die Möglichkeit gehabt, das gesetzgebende Organ des Landes zu wählen und der Staat habe eine freie, ehrliche und demokratische Wahl gewährleistet.

Die Beobachtermission der OSZE, an deren Spitze die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth stand, sah das anders. In ihrer ersten Stellungnahme nach dem Wahlgang hieß es: „...die Wahlen zur Staatsduma verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. ... Das ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt.“

Der Widerspruch bei der Bewertung der Wahlen zum russischen Parlament spiegelt die diametral unterschiedliche Bewertung der politischen Lage in Russland wider: Der Präsident konstatierte eine Konsolidierung des Regimes, da die Wahlen das ihm ergebende

ne Lager deutlich gestärkt hatten, die liberale und die kommunistische Opposition dagegen eine schwere Niederlage erlitten hatte. Westliche und liberale russische Beobachter stellten eine Schwächung demokratischer Strukturen fest, da der Apparat des Präsidenten eben dieses Ergebnis durch umfassende Manipulation der Öffentlichkeit erzielt hat. Für sie ist nur allzu klar, dass der Prozess gesellschaftlicher Emanzipation in Russland, der vor etwa 15 Jahren in Gang gekommen ist, zum Stillstand gekommen ist, dass das Regierungssystem autoritäre Züge annimmt.

Zur Analyse des politischen Systems in Russland sind heute Begriffe wie „delegative Demokratie“, „gelenkte Demokratie“, „defekte Demokratie“ oder gar das böse Wort von der „simulierten Demokratie“ im Gebrauch. Demokratie aber verträgt keine Beiworte. Folgt man der einprägsamen Charakterisierung, die Barrington Moore einst gegeben hat, dann ist Demokratie ein langer und nie beendeter Kampf, bei dem es um drei Dinge geht: darum, Willkürherrschern entgegenzutreten, darum, Willkürherrschaft durch gerechte und rationale Herrschaftsformen zu ersetzen, und schließlich darum, den Regier-



ten eine Beteiligung am Zustandekommen der Gesetze und Vorschriften zu verschaffen. Gerade dies ist in Russland nicht gelungen. Eine wirksame Kontrolle der Exekutive durch Parlament oder Öffentlichkeit existiert nicht, eine effektive Beteiligung der Gesellschaft an Politik ist nicht gegeben. Gesellschaft tritt nicht als politischer Akteur auf.

### Die neue Gesellschaft

Gewiss lässt sich das erklären. 74 Jahre sowjetischer Herrschaft haben eine atomisierte, fragmentierte Gesellschaft hinterlassen, eine Gesellschaft ohne Verbände, Parteien, ohne organisierte Interessen. Ein bürokratischer Apparat, der Apparat der KPdSU, verfügte über das politische Monopol, er handelte anstelle der Gesellschaft, für die Gesellschaft. Transformation war in Russland daher weit mehr als Übergang zur Marktwirtschaft und Einführung demokratischer Institutionen. Transformation musste Gesellschaft neu konstituieren, sie musste eine zivile Gesellschaft, eine „Gesellschaft der Bürger“ schaf-

Hans-Henning Schröder, Professor (apl.) für osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, derzeit Gastwissenschaftler der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Mitglied des Vorstands der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“

www.dampfboot-verlag.de



Karl Christian Führer/ Karen Hagemann/  
Birthe Kundrus (Hrsg.)  
**Eliten im Wandel**

Gesellschaftliche Führungsschichten  
im 19. und 20. Jahrhundert  
2003 - 433 Seiten  
€ 45,00 - SFR 77,00  
ISBN 3-89691-550-9

Achim Brunnengräber (Hrsg.)  
**Globale Öffentliche Güter unter  
Privatisierungsdruck**

Festschrift für Elmar Altvater  
2003 - 322 Seiten  
€ 29,80 - SFR 51,00  
ISBN 3-89691-548-8

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf  
**Grenzen der Globalisierung**

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft  
6. Auflage 2004 - 600 Seiten  
€ 29,80 - SFR 53,00  
ISBN 3-929586-75-4

Willi Hoss  
**„Komm ins Offene, Freund“**

Autobiographie  
herausgegeben von Peter Kammerer  
2004 - 256 Seiten  
€ 19,90 - SFR 34,60  
ISBN 3-89691-562-2

Jürgen Prott  
**Öffentlichkeit und Gewerkschaften**

Theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse  
(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)  
2003 - 253 Seiten  
€ 24,80 - SFR 42,90  
ISBN 3-89691-558-4

www.prokla.de

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

PROKLA 134  
**Deflation und Krise**  
2004 - 160 Seiten  
ISBN 3-89691-334-4

PROKLA 133  
**Imperialistische Globalisierung**  
2003 - 158 Seiten  
ISBN 3-89691-333-6

PROKLA 132  
**Gesundheit im Neoliberalismus**  
2003 - 156 Seiten  
ISBN 3-89691-332-8

Einzelheft € 10,50

Verlag Westfälisches Dampfboot  
Hafenweg 26a - D-48155 Münster  
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50  
info@dampfboot-verlag.de



fen – denn ohne „Bürger“ ist Demokratie undenkbar. In der Tat kam es in den Jahren zwischen 1987 und 1995 zu einem umfassenden gesellschaftlichen Wandel:

Die Logik der sozialen Hierarchie veränderte sich: nun zählte nicht mehr Position in Partei- und Sowjetapparat, vielmehr zählte Geld und Besitz – wie in den Marktwirtschaften international üblich.

Die Durchsetzung dieses neuen, an Besitz orientierten Denkens war im Prozess der Privatisierung mit einer unkontrollierten Umverteilung des gesamten gesellschaftlichen Vermögens verbunden, bei dem es wenige Gewinner und eine große Mehrheit von Verlierern gab. Infolgedessen ist die russische Gesellschaft heute tief gespalten.

Die Masse der Gesellschaft war in diesem Umverteilungsprozess bloßes Objekt von Politik. Gesellschaft handelte nicht, sie erlitt Politik. Gehandelt hat ein Kartell von politischen und Wirtschaftseliten, das sich in der russischen Gründerzeit rücksichtslos bereicherte.

In der neuen Gesellschaft, die in der Privatisierung entstand, fehlt so ein wichtiges Element, das in westlichen Industriestaaten die soziale Basis demokratischer Strukturen darstellt: eine gutsituierte Mittelschicht, zusammengesetzt aus mittelständischen Unternehmern, aus freien Berufen, aus Angestellten und höheren Beamten in Managementpositionen, aus Intellektuellen und Bildungsbürgern.

Die Neukonstituierung der Gesellschaft in den neunziger Jahren hat also gewiss keine idealen Voraussetzungen für die Entfaltung von Demokratie geschaffen. Zwischen den wenigen Transformationsgewinnern und der Masse der Verlierer besteht eine tiefe Kluft und allein die Tatsache, dass die Mehrheit über keinerlei soziale Organisation verfügt, verhindert den Ausbruch von offenen Konflikten.

#### Chance für Demokratie

Dennoch gab und gibt es Chancen für eine demokratische Entwicklung. Die Frage ist allerdings, ob es zur Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen kommen kann und wie weit diese Raum greifen. Als solche Strukturen könnte man ansprechen:

- Die Entfaltung von Öffentlichkeit durch Ausbau einer vielfältigen Medienlandschaft, in der auch kritische Stimmen gehört werden.
- Entstehung und Erstarben von Verbänden, in denen Gruppeninteressen aggregiert und formuliert werden, die Entstehung stabiler Parteien, die Interessen zusammenfassen und politisch vertreten.

• Festigung eines Rechtswesens, das von der Politik unabhängig ist und landesweit Rechts- und Regelsicherheit durchsetzt.

• Die Kontrolle der Exekutive – Präsident und Regierung – durch ein selbständiges, selbstbewusstes Parlament und eine lebendige Öffentlichkeit.

All das braucht seine Zeit und man darf in der kurzen Zeit seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems nicht zuviel erwarten: Deutschland hat über 100 Jahre und drei Anläufe gebraucht, ehe sich dort ein stabiles demokratisches System entwickelte. In Russland gab und gibt es auf vielen Feldern Ansätze dazu. Unter den extremen Bedingungen der Transformation kommen diese Ansätze aber nicht zur Entfaltung.

Elitenkartelle als Akteure russischer Politik

Der Übergang zum Markt nach 1991 mit Privatisierung und

**Nur eine Minderheit profitierte nach 1991 von der neuen Ordnung und nahm die Chancen wahr, die Privatisierung und Freigabe der unternehmerischen Tätigkeit boten.**

Hyperinflation war in Russland mit der Entstehung eines spezifischen politischen Regimes verbunden. Nur eine Minderheit profitierte von der neuen Ordnung und nahm die Chancen wahr, die Privatisierung und Freigabe der unternehmerischen Tätigkeit boten. Einer Handvoll von ihnen gelang es, sich regelrechte Finanz- und Industrieimperien zu schaffen. Diese „Oligarchen“ erwarben, gedeckt und gefördert von der Jelzinschen Führung, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre große Vermögen und eigneten sich bedeutende Teile der lukrativen, exportorientierten Industrien an, vor allem im Buntmetall- und im Erdölsektor. Sie unterstützten ihrerseits die Jelzin-Administration und organisierten 1996 Jelzins Wiederwahl. Das „System Jelzin“ basierte im Kern auf der Symbiose von politischer Führung und Wirtschaftseliten. Auch Putin verdankte seine Wahlsiege 1999 und 2000 der Unterstützung durch dieses Machtkartell.

Mit dem Amtsantritt Putins änderten sich die Verhältnisse allerdings. Im Frühjahr und im Sommer des Jahres 2000 begannen Justizorgane und Steuerpolizei, die finanziellen Missbräuche der großen Industrie- und Finanzgruppen schärfer zu verfolgen. Die Mehrzahl der Verfahren wurde ohne Aufsehen auf dem Wege des Kompromisses und ohne gravierende Folgen für die betroffenen Unternehmen abgeschlossen werden. Nur in zwei Fällen gingen die Behörden mit aller Härte vor. Der Medienmagnat Wladimir Gusinskij und der Finanzspekulant Boris Beresowskij, die bis in das Jahr 2000 hinein die wichtigsten Fernsehkanäle kontrolliert hatten, waren gezwungen, Russland zu verlassen, um der Strafverfolgung zu entgehen. Präsident Putin unterstrich die politische Di-



mension dieses Konfliktes, als er im Oktober 2000 in der französischen Zeitung „Le Figaro“ erklärte, in den Fällen Gusinskij und Beresowskij stehe der Staat gegen die „Oligarchen“ – und der Staat habe einen Knüppel, mit dem er nur einmal zuschlage – „aber auf den Kopf“.

Der Putin-Administration ging es um offenbar zwei Dinge: um die Kontrolle über die elektronischen Medien, die sie mit der Vertreibung Gusinskij und Beresowskij auch erlangte, und um die Einschüchterung der Kräfte, die unter Jelzin an der Macht partizipiert und Politik unmittelbar beeinflusst hatten. Um die negativen Auswirkungen seines Vorgehens abzuschwächen, suchte Putin das Gespräch mit den wichtigsten Unternehmern, denen er signalisierte, dass er generell auf Kooperation mit der Wirtschaft setze, und diese ohne Sorge vor staatlicher Verfolgung agieren könne. In der Tat räumte die Putin-Administration in der Folge den großen Kapitalgruppen Freiräume ein, vorausgesetzt sie strebten keine eigenständige politische Rolle an. Die Allianz zwischen politischer Führung und Wirtschaftselite blieb insofern bestehen – allerdings mit einer veränderten Rollenverteilung: die Politik war eindeutig in der Vorhand und bestimmte die Regeln – wie die Inhaftierung des Ölmagnaten im Sommer 2003 noch einmal deutlich illustrierte.

#### „Administrative Parteien“

Auf der anderen Seite fehlen nach wie vor Strukturen, die gesellschaftliche Interessen aggregieren und in Politik umsetzen. Kaum eine der vorhandenen Parteien überlebt ein oder zwei Wahlgänge. Im Dezember 2003 sind mit „Jabloko“ und der „Union der Rechten Kräfte“ ausgerechnet die zwei Parteien an der 5%-Klausel gescheitert, die seit 1993 regelmäßig an Wahlen teilgenommen haben und eine gewisse demokratische Tradition verkörperten. Stattdessen gewinnen „administrative Parteien“ immer mehr an Boden – bloße „Kopfgebirten“, die von der Exekutive erdacht, gegründet und mit Ressourcen ausgestattet werden.

Bei den Dumawahlen erhielt die Partei „Einiges Russland“ über 37% der Zweitstimmen. Diese Partei war nach den Wahlen 1999 auf Drängen der politischen Führung durch Vereinigung zweier konkurrierender „administrativer Parteien“ geschaffen worden, die selbst beide erst knapp vor den Wahlen 1999 gebildet worden waren. „Administrative Parteien“ oder „Parteien der Macht“ sind Gründungen „von oben“, deren politische Bedeutung durch die Unterstützung aus der Regionalverwaltung und der zentralen Exekutive gesichert wird. Ihren Wahlerfolg verdanken sie in der Regel dem Einsatz „administrativer Ressourcen“, u.a. auch der exzessiven Nutzung der elektronischen Medien.

„Einiges Russland“ ist nicht der erste Versuch, eine „administrative Partei“ zu gründen, wohl

aber der erfolgreichste. 1993 war die liberale Reformpartei „Russlands Wahl“, aus der später die „Union der Rechten Kräfte“ hervorging, die „Partei der Macht“, die 15% der Stimmen erhielt, aber weit hinter der rechtsradikalen, populistisch agierenden LDPR zurückblieb, für die knapp 23% der Wähler stimmten. 1995 trat eine neue „Partei der Macht“ an, doch diese, „Unser Haus Russland“, erhielt gerade 10% der Stimmen gegenüber 11% für die LDPR und 22% für die Kommunisten. 1999 gab es dann die bizarre Situation, dass drei „administrative Parteien“ gegeneinander antraten: neben „Unser Haus Russland“ das Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Russland“, das der Moskauer Bürgermeister Luschkow und der ehemalige Ministerpräsident Primakow anführten, und die Partei „Einheit (Bär)“, die der Finanzmagnat Beresowskij drei Monate vor den Wahlen zusammengeschmiedet hatte, um Jelzin und dem „Familien-Clan“ einen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen. „Unser Haus Russland“ scheiterte mit 1,2% und löste sich in der Folge auf, doch die beiden anderen erzielten mit 13% bzw. 23% aus dem Stand beachtliche Ergebnisse.

Nach der Wahl 1999 arbeiteten die „Polittechnologen“ der Präsidentschaftsverwaltung daran, die beiden Parteien zu vereinen und, nachdem dies im Herbst 2001 geglückt war, der neuen Partei „Einiges Russland“ einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der schärfsten Konkurrenz – den Kommunisten – zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die elektronischen Medien eingesetzt, über die sich die Putin-Administration im Lauf der Jahre 2000–2001 die Kontrolle verschafft hatte, man förderte auch die Gründung von Parteien, die Stimmen von der KPRF abziehen sollten. Dazu gehörte etwa die „Partei der Pensionäre“, die bereits in ihrem Namen das Wählersegment nannte, das sie einwerben wollte, und die immerhin 3% der Stimmen erhielt. Noch erfolgreicher war die Partei „Heimat“, die erst im August 2003 von Glasjew, einem ehemaligen Reformen und zeitweiligem Kommunisten, und Rogosin, einem Außenpolitiker mit prononciert nationalem Profil gegründet wurde. Die Parteiliste stellte ein erstaunliches Sammelsurium aus namhaften Generälen und linksorientierten Politikern dar, garniert mit einem millionenschweren Banker, der als Moskauer Bürgermeister kandidierte, sowie dem bekannten Rechtsradikalen Sergej Baburin. „Heimat“ erreichte aus dem Stand 9% der Stimmen und war damit wohl weitaus erfolgreicher, als den Polittechnologen der Putin-Administration lieb sein konnte. Auf Kosten des Wählerpotentials der KPRF ging wohl auch die Stärkung der Schirinowskij-

Partei LDPR, die ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 fast verdoppeln konnte. Auch die Partei des rechtsradikalen Politclowns Schirinowskij ist dem präsidentialen Lager zuzurechnen, so dass die Putin-Administration über mehr als 50% der 225 Listenplätze verfügt. Eine regelrechten Coup landete das Präsidentschaftenlager aber bei den 225 Direktmandaten, von denen sie 102 für sich gewinnen konnte. Erfolg macht attraktiv und so schlossen sich den 222 Abgeordneten von „Einiges Russland“ alsbald viele unabhängige Deputierte und Abgeordnete kleiner Parteien an. Infolgedessen verfügte die Fraktion „Einiges Russland“ Ende Januar mit 304 Abgeordneten im russischen Unterhaus über eine Mehrheit von 67,6%.

Dieses Mehrheitsverhältnis stellte den Wählerwillen praktisch auf den Kopf. Die Verteilung der Zweitstimmen hatte gezeigt, dass ein starkes Drittel der Wähler die Partei des Präsidenten unterstützte, unter russischen Verhältnissen kein schlechtes Ergebnis. Aber 11% der Wähler hatten mit LDPR für eine rechtsradikale Alternative zu Putin optiert, 8% hatten sich für liberale Parteien (Jabloko, Union der Rechten Kräfte) entschieden und 28% schließlich wollten eine „linke“ Politik, für die die KPRF, „Heimat“, „Partei der Pensionäre“ und die Agrarpartei angetreten waren. In der Grundstimmung gab es also eine deutliche Mehrheit gegen das Establishment. Dies entspricht durchaus den sozialen Verhältnissen, bei der eine große Kluft zwischen einer begüterten Minderheit und einer verarmten Mehrheit klafft. Doch das oppositionelle Lager ist politisch gespalten. Die Manipulationen der Präsidentschaftsverwaltung taten ein übriges. Aus einer Wahl, in der sich zwei Drittel der Wähler für das oppositionelle Lager ausgesprochen hatten, ging ein Parlament hervor, in der die Exekutive über eine Zweidrittelmehrheit verfügte. Logische

Fortsetzung waren die Präsidentschaftswahlen im März 2004. Nach dem schlechten Abschneiden von linken und liberalen Parteien war kein ernstzunehmender Kandidat

### Das „System Jelzin“ basierte im Kern auf der Symbiose von politischer Führung und Wirtschaftseliten.

mehr willens, gegen den überaus populären Amtsinhaber, der über alle medialen und administrativen Ressourcen verfügte, anzutreten. Mit Mühe konnte die Präsidentschaftsverwaltung eine Reihe von Politikern der zweiten Reihe bewegen, sich aufstellen zu lassen. Der Chef der rechtsextremistischen Liberaldemokraten, Schirinowskij, etwa stellte seinen Leibwächter als Kandidaten auf – eine bösartige Kommentierung des gesamten Vorgangs. Am 14. März wurde Wladimir Putin mit 71,2 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Bei dem hohen Sieg spielte neben der professionellen

Kampagne, die die Administration geführt hatte, auch der Persönlichkeitsfaktor eine Rolle. In der Tat gibt es in Russland gegenwärtig keinen Politiker, dem die Bürger auch nur annähernd das Vertrauen entgegenbringen, das Putin – „ein anständiger Mensch“, „ein echter Kerl“ – genießt. Insofern ist das Plebiszit am 14. März – eine Wahl kann man den Abstimmungsvorgang schlecht nennen – auch eine eindrucksvolle Legitimation für den Präsidenten.

#### „Der Krimi“

Praktisch gibt derzeit im politischen Leben Russlands die Exekutive in Gestalt der Präsidialadministration den Ton an. Neben ihr gibt es kaum eigenständige, politische Kräfte. Die Verfassung von 1993 konzentriert die gesamte Macht in der Hand des Präsidenten. Ihm – nicht dem Parlament – ist der

Ministerpräsident und die Regierung verantwortlich, ihm unterstehen direkt die „Machtstrukturen“ (Verteidigungsministerium, Innenministerium und Dienste), bei ihm ressortiert die Außenpolitik. Er verfügt über eine eigene legislative Kompetenz, die er über Erlassen ausüben kann, er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte – kurz der Präsident bestimmt nicht nur die Richtlinien der Politik, er trifft selbst alle wesentlichen Entscheidungen. Dazu bedarf er naturgemäß eines Apparates, in dem Strategien entwickelt und Entscheidungen vorbereitet werden. Gegenwärtig gibt es im Umfeld des Präsidenten drei Zentren, die dies tun: die Präsidialverwaltung, die Regierung und der Sicherheitsrat. In der Regel werden innenpolitische Fragen in der Präsidialverwaltung entschieden, der Sicherheitsrat befasst sich mit Außen- und Sicherheitspolitik und die Regierung mit Wirtschaftspolitik. In der Praxis kommt es vielfach zu Überschneidungen und die drei Zentren stehen in ständiger Konkurrenz. Dabei ist der Sicherheitsrat in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten, er hat unter Ruschajlo viel an Bedeutung verloren. Entscheidungsvorlagen der drei Zentren werden in der Regel der Staatsrechtliche Hauptverwaltung und der Wirtschaftspolitischen Verwaltung der Präsidialadministration vorgelegt, wenn es um Personalfragen geht, auch der Kaderverwaltung, ehe sie dem Präsidenten selbst unterbreitet werden.

In diesem engen Kreis wird Putins Politik gemacht. Dabei konkurrieren – glaubt man russischen Medien – wenigstens drei Gruppen oder „Clans“: die „Familie“, die „Petersburger Juristen“ und die „Petersburger Tschekisten“. Zur ersten Gruppe zählt man

die Reste des Jelzin-Clans, insbesondere Kasjanow, der am 24. Februar 2004 nur drei Wochen vor der Präsidentschaftswahl von Putin als Ministerpräsident entlassen wurde, und Woloschin, bis dieser im Herbst 2003 als Leiter der Präsidialadministration abgesetzt wurde. Die Position der „Familie“ ist also gefährdet, nachdem Woloschin und Kasjanow ihre Schlüsselpositionen verloren haben. Die „Petersburger Juristen“, wirtschaftsnahe und reformorientierte Politiker, die Putin aus der Petersburger Verwaltung mitgebracht hat, zu denen auch der jetzige Leiter der Präsidialadministration Medwedjew gezählt wird, erscheint vergleichsweise

stabil. Zu ihnen rechnet man neben Medwedjew etwa Wirtschaftsminister Gref und Finanzminister Kudrin und den Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration Kosak. Letzterer gilt als eigentlicher Leitwolf

dieses Clans, während Medwedjew eher als Moderator zwischen den Gruppen aufzutreten scheint. Als wichtigste Vertreter der „Petersburger Tschekisten“, den Weggefährten Putins aus seiner Petersburger KGB-Zeit und aus seiner Tätigkeit als Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, sind Viktor Iwanow, der u.a. für Personalpolitik zuständig ist, und Igor Setschin, der die Kanzlei des Präsidenten leitet. Die „Tschekisten“ gelten als treibende Kraft hinter den Angriffen auf den Jukos-Konzern, man unterstellt ihnen insgesamt antiwirtschaftliche Tendenzen, während die „Juristen“ als Sachwalter von Wirtschafts- und Reforminteressen angesehen werden. Ob diese Zuordnungen zutreffen, ist von außen nur schwer zu beurteilen. Gegensätzliche Aussagen etwa zur Frage der Verfügung über Bodenschätze legen aber die Vermutung nahe, dass es im Umfeld des Präsidenten erhebliche Konflikte gibt.

#### Perspektiven der russischen Politik

Mit der Schwächung der regionalen Eliten und der Disziplinierung der Oligarchen ist die Exekutive der einzige politische Akteur in Putins Russland. Dies aber schafft eine Situation, die für eine demokratische Entwicklung nicht hoffen lässt:

- Die elektronischen Medien sind unter Kontrolle der Administration. Kritische Zeitungen gibt es nach wie vor, doch sie spielen aufgrund der geringen Auflage keine Rolle.
- Es gibt immer noch keine stabilen, in der Gesellschaft verankerten Parteien. Statt dessen hat die Exekutive jetzt abermals eine „administrative Partei“ lanciert, diesmal allerdings erfolgreicher als 1995 und 1999. Infolgedessen gibt es kein Parlament, das sich kritisch mit der „Macht“

auseinandersetzt, sie kontrolliert, sich ihr widersetzt.

Für die Entfaltung von Zivilgesellschaft bleibt da kaum Raum. Und es gilt festzuhalten, dass die Ansätze einer demokratischen Entwicklung, die es in Russland trotz allem gegeben hat, unter der Ägide der Putin-Administration erheblich beschädigt worden sind. Die Chance zur Durchsetzung einer funktionierenden Demokratie – einer, die nach Barrington Moore Willkürherrschaft durch gerechte und rationale Herrschaftsformen ersetzt und den Regierten eine Beteiligung am Zustandekommen der Gesetze und Vorschriften verschafft – ist fühlbar gesunken. Heute haben wir in Russland ein fast lateinamerikanisches Szenario:

- eine in Arm und Reich gesplante Bevölkerung;
- eine atomisierte Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, politisch zu agieren;
- eine „Macht“, die unkontrolliert handelt und ihre Herrschaft durch Manipulation von Öffentlichkeit perpetuiert;
- und innerhalb des Führungszirkels eine Reihe von Clans und Gruppierungen, in denen auch die Machtapparate (Sicherheitsorgane) eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Gewiss ist es dem zweiten Präsidenten der Russländischen Föderation gelungen, das politische System zu stabilisieren. Aus einem intelligenten Bürokraten ohne Hausmacht und politisches Profil, der nur durch eine von anderen initiierte, massive Imagekampagne in das höchste Staatsamt gelangt war, ist ein souveräner politischer Führer geworden, der festen Rückhalt in der Bevölkerung und in den Apparaten hat. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind die Bestimmungen, die die russische Verfassung vorgibt, im wesentlichen eingehalten worden. Allerdings hat die gezielte Verdrängung politischer Konkurrenten aus den elektronischen Medien wohl nicht Verfassungsnormen, aber doch Grundsätze demokratischen Verhaltens massiv verletzt. Heute ist Putins politische Machtstellung kaum anfechtbar. Aber sein Regime weist zunehmend autoritäre Züge auf. Zudem sind zahlreiche Probleme in den Bereichen Gesellschaft, Sozial- und Innenpolitik nach wie vor ungelöst: so steht eine Gesundheitsreform ebenso aus wie eine Reorganisation der Sozialversicherung, die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption macht kaum Fortschritte, die starken Einkommensunterschiede führen zu sozialen Spannungen, die zu einer Verstärkung autoritärer Tendenzen führen können. Die Entwicklung, die sich hier andeutet, muss bei Beobachtern in Deutschland und Europa, die sich für Russland, den unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union, eine stabile, demokratische Entwicklung wünschen, erhebliches Unbehagen auslösen.



# Mr. Electable auf dem Weg ins Weiße Haus?

## Zwischenstand der Präsidentschaftswahlen in den USA

Von Lars Klingbeil

„Am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November“ finden dieses Jahr, wie in der Verfassung festgehalten, die Präsidentschaftswahlen in den USA statt. Im Augenblick sieht es danach aus, dass die Wahlen spannender werden könnten, als es noch vor kurzem vermutet wurde.

Als Präsident Bush am 01. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger USS Lincoln aus einem Kampfflieger stieg und vor dem berühmten Plakat „Mission Accomplished“ den Krieg gegen den Irak als gewonnen erklärte, herrschten keine Zweifel: Bush war als Präsident akzeptiert, genoss hohe Zustimmungsraten und an seiner Wiederwahl im November 2004 bestanden geringe Zweifel. Mit den zunehmenden Problemen im Irak und der steigenden Zahl getöteter amerikanischer Soldaten nahm die Kritik am Präsidenten allerdings zu. Auch innerhalb der Administration machte sich Nervosität breit: Bestand das System Bush darin, Konflikte nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, zerstritten sich Sicherheitsberaterin Rice, Außenminister Powell und Verteidigungsminister Rumsfeld in der Öffentlichkeit über Kompetenzen in der Irak-Frage und die Strategien, die aktuellen Probleme dort zu lösen.

Das geringe Wirtschaftswachstum dynamisierte die Kritik an Bush. Der im Januar 2004 vom Präsidenten vorgelegte *Economic Report* prognostizierte nicht das erhoffte Wachstum, um aus der schlechten Lage herauszukommen. Verließ Clinton das Präsidentenamt mit einem ausgeglichenen Haushalt, ist im Entwurf für das Jahr 2005 ein Defizit von 364 Milliarden Dollar eingeplant. Dabei gilt aber als sicher, dass das Defizit aus dem Jahr 2004 in Höhe von 521 Milliarden Dollar wohl deutlich überschritten wird. Die Gelder für die Kriegseinsätze in Afghanistan und den Irak sind beispielsweise noch nicht eingeplant. Einhergehend mit diesen wirtschaftlichen Entwicklungen wurden in der bisherigen Amtszeit von George W. Bush in der Bilanz 2,3 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Die geringen Verbesserungen der Konjunktur blieben bisher ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt („jobless growth“). Die Kritik an Bush schlägt sich auch in den Umfrageergebnissen wieder. In einer *newsweek* Umfrage von Ende Februar lag der He-

rausforderer der Demokratischen Partei, John F. Kerry, mit 48% um 3% vor dem Amtsinhaber George W. Bush (45%). Im Folgenden soll ein Blick auf die Vorwahlen der Demokratischen Partei, die Ausgangslage für den Wahlkampf und seine thematische Ausrichtung geworfen werden.

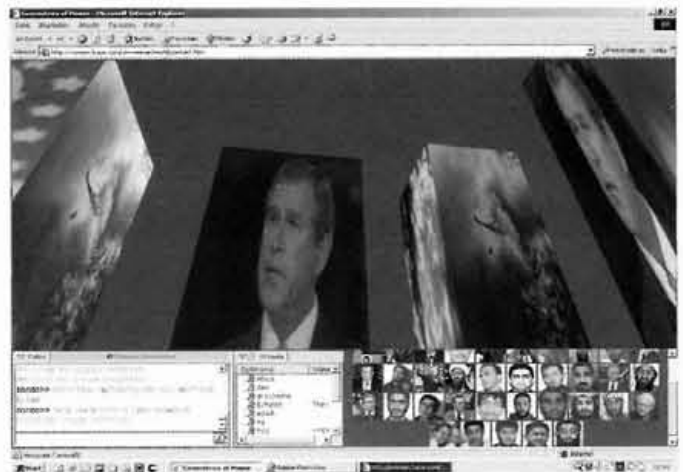
### Die Rückkehr der Demokraten

Der beginnende Vorwahlkampf der Demokraten rückte die Alternativen zum amtierenden Präsident in die Öffentlichkeit. Schon vor knapp zwei Jahren haben die ersten Bewerber um das Präsidentenamt ihre Kandidatur erklärt und den Wahlkampf eröffnet. Bei den Demokraten hatten bis Anfang November 2003 insgesamt 10 Kandidaten ihren Willen bekundet, gegen Bush anzutreten. Die erste Hürde, die auf dem Weg ins Weiße Haus zu nehmen ist, sind die Vorwahlen. Über regionale Vorwahlen entscheiden die Parteigliederungen fest, welchen Kandidaten sie bei Nominierungsparteitag vom 26.-29. Juli in Boston unterstützen werden. Bei den Republikanern ist dieses Mal klar, dass George W. Bush für eine zweite Amtszeit antritt. Er steht somit als Kandidat fest.

Als aussichtreichste Bewerber unter den Demokraten galten der ehemalige Gouverneur von Vermont Howard Dean, die Senatoren John F. Kerry aus Massachusetts und John Edwards aus North Dakota sowie der erst spät ins Rennen und auch die Demokratische Partei eingetretene, ehemalige Nato-Oberbefehlshaber und General Wesley Clark. Andere Bewerber wie Joe Lieberman oder Dick Gephardt überschätzen ihre Siegchancen erheblich oder wollten ihre Kandidatur nutzen, um in den zahlreichen Diskussionsveranstaltungen für ihre politischen Inhalte zu werben. So nutzte etwa Dennis Kuci-

nich, den Wahlkampf um seine antimilitaristischen Forderungen (etwa die Abschaffung des Verteidigungsministeriums) bekannt zu machen und Al Sharpton rückte die Interessen der Farbigen in den USA in die Öffentlichkeit.

Die Themen des Vorwahlkampfes innerhalb der Demokratischen Partei wurden weitestgehend von linker Seite her bestimmt. Sowohl Howard Dean, der die sozialen Bewegungen im Rücken hatte, als auch der Linkspopulist John Edwards setzten dabei die Themen: Die Kritik am Irak-Krieg, an den Freihandelsabkommen und der damit verbun-



denen Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland standen im Mittelpunkt. Das „Patriot Act“, das als Reaktion auf die Terrorgefahr zur Stärkung der inneren Sicherheit massiv die Bürgerrechte abbaut und die republikanische Bildungspolitik („No child left behind“), die vor allem im Ausbau von Privatschulen besteht, wurden ebenfalls diskutiert. Auch die massiven Steuersenkungen, die der Präsidenten umsetzen will, wurden von Dean als Umverteilungspolitik von unten nach oben hart angegriffen. Schon innerhalb der Demokratischen Partei deuteten sich dabei erhebliche politische Differenzen, etwa an der Frage des Irak-Krieges oder der Steuersenkungen, an.

### Es geht um die Mitte: Mr. Electable gesucht

Im Vorfeld der Primaries waren sich die Experten einig, dass Howard Dean das Rennen machen würde. Gleich bei den ersten regionalen Entscheidungen wurden die Exper-

tenaussagen jedoch widerlegt: John Kerry setzte sich bei den Vorentscheidungen in Iowa und New Hampshire durch und konnte seitdem seinen Siegeszug ungestört fortsetzen. Nachdem alle relevanten Konkurrenten aus dem Rennen ausgeschieden sind und er die nötige Delegiertenzahl für den Parteikonvent der Demokratischen Partei Ende Juli in Boston erreicht hat ist klar: John F. Kerry wird Bush im Wahlkampf herausfordern. Dabei gelang es der Demokratischen Partei, in Rekordzeit ihren Kandidaten zu finden. Was sind jedoch die Gründe für den unvorhersehbaren Absturz von Howard Dean und den Triumph von Kerry? Wie kann es sein, dass Dean monatelang die Agenda des Wahlkampfes bestimmte, tausende junger Menschen aktivierte, für ihn Wahlkampf zu machen und mit 50,3 Milliarden mit Abstand die meisten Spenden sammeln konnte, aber in nur wenigen Tagen gnadenlos abstürzte. Zwar konnte Dean die Demokratische Partei revitalisieren, letztendlich war es aber eine rationale Entscheidung der Parteimitglieder für Kerry zu stimmen. Die USA sind ein gespaltenes Land: 45% der Wähler stehen fest zu den Demokraten, 45% fest zu den Republikanern. Ziel muss es im Wahlkampf also sein, die eigenen Wähler zu mobilisieren, dann aber vor allem um die 10% Wechselwähler in der Mitte der Gesellschaft zu kämpfen. Dies wurde Dean nicht zugetraut. Die parteiinterne Mobilisierung der Demokraten geschieht alleine schon durch den Gegenkandidaten George W. Bush. Hinzu kommt, dass Dean zwar 12 Jahre lang einen kleinen Staat als Gouverneur regierte, man ihm aber nicht zutraut, die USA zu führen. Viele Demokraten entschieden somit nach Verstand, die Electability bzw. Wählbarkeit des Kandidaten stand im Mittelpunkt.

#### Der politische Einfluss von Howard Dean

Das Ende der Kandidatur von Howard Dean wird nicht gleichbedeutend sein mit seinem politischen Aus. Dean hat mit seinem Internetauswahlkampf und der Mobilisierung und

Vernetzung junger, linker und auch zuvor unpolitischer Aktivisten neue Maßstäbe gesetzt, die die politische Bewegung langfristig verändern dürften. Er hat das Internet dabei nicht nur zu Mobilisierung, Vernetzung und Diskussion genutzt, sondern auch nahezu seine ganzen Spenden wurden über das Netz gewonnen. Der wirkliche Verdienst von Howard Dean ist allerdings, einen großen Teil der Jugend wieder für die Demokratische Partei gewonnen zu haben und die Partei dabei thematisch nach links gezogen zu haben.

Howard Dean und sein Umfeld haben angekündigt, die Demokratische Partei jetzt verändern zu wollen und weiterhin Einfluss auf die thematische Agenda zu nehmen. Vertreter seiner Netzwerke, die sich auf den unteren Ebenen gegründet haben, streben nun lokale Mandate an, um so ihren politischen Rolle in der Partei zu stärken. Der Richtungskonflikt innerhalb der Demokratischen Partei war über Jahre gewachsen. Die Kontrolle über die Partei hielt lange Zeit der eher konservativ ausgerichtete Democratic Leadership Council (DLC) aus dem die „New Democrats“ unter Bill Clinton hervorgingen. Dean und anderer Prominente Demokraten wie Al Gore setzten sich nun von den „New Democrats“ ab und forderten eine thematische und strategische Neuausrichtung der Partei. Inwiefern der Vorwahlkampf hier prägend ist, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

#### Bush setzt auf ein Amerika der Stärke

Präsident Bush hat durch die veränderte Stimmungslage seine Konzeption geändert und ist schon jetzt in den Wahlkampf eingetreten. Er warf in einer ersten Rede John Kerry vor, dieser würde die nationale Sicherheit gefährden. Die Republikaner wollen so gleich die Schwächen des Gegenkandidaten festsetzen. Bush selbst bezeichnet sich als Präsident der für ein „Amerika der Stärke“ steht und zieht seine positive Bilanz des Kampfes gegen den Terrorismus. Bush will

im Wahlkampf seine Führungsqualitäten herausstellen. So passt es, dass der Republikanische Parteikonvent kurz vor dem 11. September 2004 nahe vom Ground Zero stattfinden wird. Der gewaltige Finanzapparat von Bush ist unterdessen angelaufen. Ende Februar waren es bereits 160 Milliarden, die der amtierende Präsident an Spenden eingesammelt hatte. Das sind

Summen, die für die Demokraten nicht erreichbar sein werden.

#### Ausblick: Die Themen des Wahlkampfes

Die beiden beherrschten Themen des Wahlkampfes werden der Bereich Wirtschaft, Handel, Arbeitsplätze und die Außen- und Sicherheitspolitik sein. Neuerdings distanzieren sich die Demokraten dabei vom Freihandels-Enthusiasmus, den Bill Clinton noch selbst gepriesen hatte. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen (Outsourcing) ist dabei in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. So sollen keine staatlichen Aufträge mehr an Unternehmen gegeben werden, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Gerade viele so genannte *swing states*, das heißt Staaten, die bei den letzten Präsidentschaftswahlen knapp für einen Kandidaten ausgingen, haben hohe Arbeitslosenzahlen. Die Demokraten setzten daher auf eine Rhetorik, die den Freihandel kritisch betrachtet und zeitgleich nach mehr Sozialstaatlichkeit ruft. Edwards hatte zudem gefordert, dass in der Nafta beispielsweise amerikanische Arbeits- und Umweltstandards festgeschrieben werden müssen.

Die Bilanz des Kampfes gegen den Terrorismus und der Krieg gegen den Irak dürften der zweite Schwerpunkt des Wahlkampfes sein. Der Vietnamheld John F. Kerry attackiert zunehmend Bush in der Außen- und Sicherheitspolitik. Zwar hat er den Irak-Krieg nicht grundsätzlich abgelehnt, fand jedoch die Art und Weise seiner Durchführung falsch. Kerry, nach den Vorwahlen um die politische Mitte bemüht, hat zugesagt, amerikanische Streitkräfte niemals unter die Kompetenz irgendeiner Institution zu stellen und hat selbst eine eigene Doktrin der vorbeugenden Selbstverteidigung entwickelt. Kerry bezeichnet die Politik von Bush als „arrogant“ und bekennt sich selbst zum Multilateralismus. Bush muss bis zum Sommer dieses Jahres die Probleme im Irak halbwegs in den Griff bekommen, amerikanische Soldaten abziehen und das Verhältnis zu Staaten wie Deutschland und Frankreich wieder verbessern, um Chancen zu haben, auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu punkten.

Da die politischen Unterschiede zwischen den Kandidaten in den großen Politikbereichen immer geringer geworden waren, rücken kulturelle Themen in den Vordergrund: Die Definition der Ehe, Abtreibungen und die Waffenkontrolle sind nur einige dieser Bereiche. Bush rückte deshalb in den letzten Wochen eine weitere prominente Forderung in den Mittelpunkt seiner Wahlkampfstrategie und verlangte einen Verfassungszusatz zur Definition der Ehe als „Gemeinschaft von Mann und Frau“. Hiermit erteilte er den Bestrebung der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften als Ehe eine deutliche Absage. Die Strategie dahinter ist klar: Über *soft issues* sollen die eigenen WählerInnen mobilisiert werden.



John Kerry



### Kerry – Auf dem Weg ins Weiße Haus?

Ob George W. Bush ebenso wie sein Vater nach nur vier Jahren abgewählt wird, ist bei Weitem noch ungewiss. Für John F. Kerry können sich auf dem Weg ins Weiße Haus noch eine Reihe von Stolpersteinen auftun. Ralph Nader, der populäre Verbraucherschützer erklärte abermals seine Kandidatur für das Präsidentenamt. Bei den Demokraten weckt das schlechte Erinnerung: 2000 erreichte Nader 2,8% der Stimmen. Diese fehlten letztendlich Al Gore für den Einzug ins Weiße Haus. Allerdings kandidiert der mittlerweile über 70jährige Nader dieses Mal nicht mit Unterstützung der Grünen Partei und auch die Graswurzel-Bewegung um Howard Dean hat ihm jegliche Unterstützung abgesprochen. Sein Einfluss auf die Wahl ist somit ungewiss.

John F. Kerry schafft es zwar ähnlich wie Dean, die eigene Parteibasis für sich zu gewinnen, er kann jedoch nicht die gleiche Eu-

phorie unter ihnen auszuösen. Dean ist dies über seine deutliche, inhaltliche Positionierung gelungen. Kerry muss also die nach links gerückte Partei mobilisieren, gleichzeitig aber die Wechselwähler für sich gewinnen. Dieser Spagat dürfte schwierig werden. Zwar ist es Kerry gelungen, schnell aus den Vorwahlen als Sieger hervorzugehen. Diese Geschlossenheit der Partei muss er nun weiter bewahren und dabei ausstrahlungsfähig für die Wechselwähler sein.

Bei den Vorwahlen konnte Kerry eine Vielzahl von lateinamerikanischen Einwanderern für sich gewinnen, die mittlerweile eine der wichtigsten Wählergruppen in den USA sind. Traditionell stehen sie ebenso wie die Farbigen der Demokratischen Partei nahe. Doch gerade um die Gruppe der Latinos hat bereits ein erbitterter Wettstreit begonnen. Präsident Bush hat sich von Beginn seiner Amtszeit um diese Gruppe gekümmert und hat erst vor kurzem ein Gesetz vorgelegt,

dass die Rechte der Einwanderer aus Lateinamerika erheblich stärken wird. Es bleibt von daher abzuwarten, wie sich die Latinos im Wahlkampf positionieren werden.

Und zuletzt muss man auch deutlich sehen, dass die Republikaner während der demokratischen Vorwahlen recht wenig Medienöffentlichkeit genießen können. Dies wird sich mit der Nähe zum Wahltermin ändern und sollte nicht unterschätzt werden. George W. Bush verfügt zudem mit Karl Rove über einen der profiliertesten Wahlkampfprofis überhaupt. Sollten die Konjunkturdaten im Sommer ansteigen und die Lage im Irak befriedet werden, verbessert sich die Situation für Bush zusätzlich. Auch wenn es gut aussieht im Moment – der *regime change* in den USA ist keinesfalls eine Gewissheit. Und ob dann auch der politische Wechsel kommen würde, so wie ihn sich einige in Old Europe wünschen, ist sowieso ungewiss.

spw. 2 / 2004

# spw

## intern

### Medien – Macht – Hegemonie: 24. April

Wie im letzten Heft angekündigt, findet unter diesem Titel die spw-Frühjahrstagung am 24. April ab 11.00 Uhr in Hamburg in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Politik im Von-Melle-Park statt. Zu Beginn wird Prof. Dr. Kleinsteuber von der Universität Hamburg zu den Konzentrationsprozessen im Mediensektor referieren. Dr. Christiane Leidinger, Berlin, bearbeitet in ihren Vortrag die Frage, wie mediale Waren entstehen.

In drei Arbeitsgruppen geht es um das (1) Interneta als demokratisches Medium (mit Christoph Spehr und Oliver Zeisberger), (2) Die mediale Inszenierungen am Beispiel der Rürup-Kommission und des Bürger-Konvents (u.a. mit Barbara Stolterfoth) sowie (3) noch einmal vertiefend zum Thema Medienkonzentration (u.a. mit Christiane Leidinger)

In der Abschlussrunde diskutieren dann Eckart Spoo, Björn Böhning, Barbara Stolterfoth und Thymian Bussemmer über „Medialisierung, Inszenierung und politische Strategie“. Der Tagungsbeitrag beträgt 8 bzw. 4 Euro (ohne Einkommen), Anmeldungen nimmt Kai Burmeister, Wendische Str. 74, 23558 Lübeck, eMail kai.burmeister@t-online.de, entgegen.

Weitere Informationen finden sich unter [www.proms-nord.de](http://www.proms-nord.de). Die turnusmäßige Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung findet am anschließenden Sonntag, 25. April, statt. Infos hierzu bei [verein@spw.de](mailto:verein@spw.de)

### DL21-Frühjahrstagung :08. Mai in Berlin

Seit Monaten herrscht nicht nur im Blätterwald eine intensive Debatte über die Politik und Zukunft der SPD, sondern gerade auch unter den SPD-Mitgliedern und Linken insgesamt. Sind die Chancen auf eine politische Veränderung in der SPD durch die Wahl von Franz Müntefering besser geworden? Kann sich die SPD-Linke konsolidieren und stärker gestaltend in die politischen Prozesse eingreifen?

Diese Fragen diskutiert das Forum DL 21 auf seiner Frühjahrstagung am Samstag, 08. Mai in Berlin unter dem Motto „Die neue SPD – Eine Partei auf der Suche nach ihrem Profil“. Die Veranstaltung findet in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte Parochialstraße 3, U2 (U-Bhf. Klosterstraße) statt. Über die aktuelle Lage im fortschrittlichen wie im konservativen Lager diskutiert u.a. der neue SPD-Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel mit namhaften Politologen. Weitere Informationen finden sich unter [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de), Anmeldungen bitte an [info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de).

### Intervention

Seit einigen Wochen gibt es auf dem Markt der wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften eine neue Periodika: Interventionen – Zeitschrift für Ökonomie. Die Zeitschrift ist der bewusste Versuch, Wirtschaftstheorie gegen den vorherrschenden Mainstream der Marktzentrierung kritisch zu diskutieren und zu entwickeln.

Die HerausgeberInnen, darunter mit Gerhard Bäcker, James K. Galbraith, Jörg Hufschmidt, Jürgen Kromphardt, Christoph Scherrer oder Juliet Schor nationale wie internationale Größen, stellen dem ein historisches und gesellschaftliches Verständnis von Ökonomie und Ökonomik entgegen, ohne dabei jedoch einem einzelnen Paradigma verpflichtet zu sein. Der Name der Halbjahresschrift ist durchaus programmatisch zu verstehen: die Zeitschrift will in die inhaltliche Ausrichtung der Mainstream-Ökonomie intervenieren und grenzt sich gleichzeitig durch den Fokus auf die Möglichkeiten eingreifenden Handelns explizit von der vorherrschenden Wirtschaftstheorie ab. Ohne Zweifel erkennbar ist die Positionierung im gesellschaftlichen Raum, denn mit Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen, Dr. Torsten Niechoj, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf und Dr. Sabine Reiner, Ver.di (Bereich Wirtschaftspolitik), kommen drei von fünf Redaktionsmitgliedern aus dem Gewerkschaftsbereich. Federführend ist das Marburger Institut für Wirtschafts- und Politikforschung.

Lobend hervorzuheben ist, dass es zu allen Beiträgen eine englischsprachige Zusammenfassung gibt und einige Beiträge im englischen Original erscheinen. Überhaupt ist zu hoffen, dass die durch die HerausgeberInnen dokumentierte Internationalität den dringend notwendigen Austausch wirtschaftstheoretischer Debatten über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg befördert wird. Dies kann für die linke, wirtschaftspolitische Debatte, wie sie sich auch in spw widerspiegeln soll, nur nützlich sein.

Reinhold Rünker

# Brauchen wir eine Partei links von der SPD?

Von Reinhold Rünker, Andrea Nahles und Horst Peter

„...Selbst wenn sich alle „gutwilligen“ Linken, SozialistInnen, MarxistInnen, etc. zusammen tun wollten, um eine (!) neue Partei zu gründen, so wären nicht nur die Fragen der programmatischen und strategischen Kohärenz sowie der materiellen und personellen Ressourcen zu klären, sondern vor allem ob es in einem Umfeld stattfindet, das in dieser Gründung eine Artikulationsmöglichkeit eigener Forderungen und Positionen sieht. Gesellschaftliche Bewegung und auf den Parlamentarismus bezogene Parteigründung müssen einander ergänzen und befördern, damit ein solches Unterfangen erfolgreich sein kann.

Wir sehen nicht, dass gegenwärtig eine derartige gesellschaftliche Konstellation besteht, selbst wenn eine programmatische und personelle Zuspitzung gelänge. Weder gibt es aus den traditionellen sozialen Bewegungen, noch aus den neuen Bewegungen wie attac das Bedürfnis, sich zumindest so weit auf eine parteiliche Organisationsform einzulassen, wie es Ende der 1970er Jahre bei den Bewegungen und Initiativen war, aus denen heraus seinerzeit die Grünen gegründet wurden. Mit anderen Worten: die Position der sozialistischen Linken, die zur Zeit in der Sozialdemokratie organisiert ist, würde sich nicht in einer anderen Partei, die zudem inhaltlich und strategisch anders akzentuiert wäre, verbessern, geschweige denn, dass die Gründung einer neuen Partei von Erfolg gekrönt wäre.

Wer gegenwärtig mit dem Gerede einer vermeintlich notwendigen Parteigründung von links umhergeht, trägt zur weiteren Marginalisierung der sozialistischen Linken innerhalb wie außerhalb der SPD bei, statt diese zu stärken.“ (Reinhold Rünker, Andrea Nahles, Horst Peter: SPD-Linker, was nun? Zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD, spw 132, Juli/August 2003)

Unser langjähriger spw-Mitherausgeber Peter von Oertzen hat auf einer Juso-Linken-Veranstaltung 1990 in Hannover einmal sinngemäß gesagt, dass jeder gute Sozialist einmal im Jahr überprüfen sollte, ob seine parteipolitische Zugehörigkeit noch angemessen sei. Der Zeitpunkt, zu dem wir die oben zitierten Sätze verfasst haben, ist zwar noch kein Jahr her, trotzdem wollen wir angesichts der aktuellen Bestrebungen, Wahlinitiativen oder Parteien links von der SPD zu gründen, darüber reflektieren. Was hat sich seit Sommer letzten Jahres an den grundlegenden gesellschaftlichen Strömungen und Kräfteverhältnissen geändert? Wir denken, dass sich nicht viel geändert hat.

Die Bedingungen für die Arbeit von SozialistInnen in der SPD sind im zurück liegenden Jahr nicht schlechter geworden, die zum Jahreswechsel und im Frühjahr 2004 beklagte Politik ist in Grundzügen unverändert und weiterhin unter reformpolitischen Gesichtspunkten für die Linke beklagenswert. Dennoch: es gibt immer wieder neue Handlungskorridore, die Chancen auch für die Linke eröffnen. Die Wahl von Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden ist so eine Chance, ohne dass wir ihn nun zum Schutzpatron des kritischen Diskurses erheben wollten. Aber zusammen mit seinen MitarbeiterInnen hat er doch stärker als sein Vorgänger ein politisches Gespür dafür, dass es eine strategische Notwendigkeit für einen kritischen Diskurs gibt. Die Vorhaben zum neuen Dialog mit den Gewerkschaften, zur Programmdebatte und zur Parteiform sind Korridore, die genutzt und be-

schrritten werden müssen. Wir setzen auf die Lernfähigkeit der handelnden Akteure auch in der SPD.

Unabhängig davon verstehen wir sehr gut, dass viele Genossinnen und Genossen ihrem individuellen Leidensdruck Linderung verschaffen wollen, indem sie die SPD verlassen. Damit schwächen Sie aber auch gerade die Linke in der SPD. Wir bedauern dies und wollen aufzuzeigen, dass es weiterhin gute Gründe gibt, den politischen Kampf in der SPD weiter zu führen. Oder müssen wir nicht sogar sagen – ihn endlich engagierter aufnehmen? Wir bleiben dabei, dass die Schwäche der Linken in der SPD zum Gutteil auch das Resultat eigenen Unvermögens, Resultat eigenen Nicht-Handelns ist, weil sie sich zu oft in der Negativbestimmung genügt und sie es versäumt, für die eigenen Reformvorschläge zu begeistern. Diesem Problem wird sich auf kurz oder lang jede linke Neugründung stellen müssen.

Wir sind in Kenntnis der handelnden Akteure sehr skeptisch, dass der selbst gestellte Anspruch, links und populär zu sein, gesellschaftlich umgesetzt werden kann, denn Franz Walter hat u. E. nicht unrecht, wenn er am 22. März 2004 in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Sie sind nicht die geeigneten Volkstribüne für die politisch, ökonomisch und kulturell obdachlosen Menschen in den randstädtischen Trabantenquartieren der urbanen Zentren. Die potenziellen Parteigründer auf der Linken sind vielmehr durchweg ordentliche Gewerkschaftsfunktionäre, die Wert auf Organisation, Programme, Stetigkeit, Disziplin, Verlässlichkeit und all dergleichen ge-

diegene Facharbeiter-/Angestelltenmentalitäten legen. Die Lebenserfahrungen und Alltagserlebnisse der neuen städtischen Unterschichten aber fallen aus diesem Ordnungsraster heraus.“ Den Leidensdruck, in einer Gesellschaft, die einem marktliberalen Mainstream folgt, radikalreformerische, linke Politik zu entwickeln, wird auch die Gründung einer neuen Organisation nicht beheben.

Reisende kann man nicht aufhalten, sagt ein altes Sprichwort. Wir hoffen aber, dass spw dennoch auch für diejenigen, die die Sozialdemokratie nicht mehr als ihr parteipolitisches Aktionsfeld begreifen, eine publizistische Plattform des kritischen Diskurses bleibt. Zumindest sehen wir uns in der Verantwortung, alte Fäden nicht abreißen zu lassen.

Im Folgenden dokumentieren wir unterschiedliche Beiträge, die sich mit der aktuellen Unzufriedenheit mit der Politik der SPD beschäftigen. Professor Friedrich Putz, Mitautor des Armut-Memorandums der Loccumer Initiative, sieht die Gründungsinitiativen links von der SPD als Chance für die SPD, ihre Politik zu revidieren. Dr. Fritz Riege, ehemaliger niedersächsischer Staatssekretär, plädiert für eine stärkere europäische Orientierung der Sozialdemokratie. Niels Annen erinnerte in seinem Debattenbeitrag auf dem Sonderparteitag daran, dass nur eine starke SPD die CDU daran hindern könne, Maggie Thatchers Politik in Deutschland umzusetzen. Konkrete Vorschläge für eine alternative SPD-Politik hat der Afa-Bundeskongress in Erfurt beschlossen. Wir dokumentieren die Präambel des Leitantes. Die von uns dokumentierte Initiative aus Nordhessen wirbt für die Rücknahme fehlsteuernder gesundheitspolitischer Maßnahmen im Zuge der Einführung einer Bürgerversicherung. Die Debatte um radikalreformerische Politik und die Zukunft der SPD werden wir in spw fortsetzen.

Reinhold Rünker, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet und lebt als Organisationsberater in Leichlingen  
Andrea Nahles, spw-Herausgeberin, Vorsitzende Forum DL21 e. V., lebt in Weiler  
Horst Peter, spw-Herausgeber, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel



# Initiativen für eine neue Linkspartei

- Gefahr oder Chance für die SPD?

von Friedrich Putz

Zwei mehrheitlich von Funktionären der Gewerkschaften IG Metall und ver.di sowie Mitgliedern der SPD gegründete Initiativen, nämlich die „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ ([info@initiative-asg.de](mailto:info@initiative-asg.de)) und die „Wahlpolitische Alternative 2006“ ([wahlalternative@web.de](mailto:wahlalternative@web.de)) haben in den letzten Wochen für Aufmerksamkeit der Medien und Ausschlussdrohungen der SPD – Führung gesorgt. Erklärtes Ziel beider Bündnisse ist zunächst, dem neoliberalen Umbau unsere Gesellschaft, insbesondere dem Sozialabbau und der Umverteilung von unten nach oben durch die Agenda 2010 entgegenzuwirken und einen entsprechenden Kurswechsel der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien durchzusetzen. Ihre Kritik am Regierungskurs und ihre politischen Alternativen zu diesem stimmen inhaltlich im wesentlichen mit den Positionen überein, die in Beschlüssen, Publikationen und Protestaktionen des DGB und seiner Gewerkschaften zum Ausdruck kommen und auch von linken Gruppierungen innerhalb der SPD vertreten werden. Wer Initiatoren und Unterstützer der Bündnisse schon wegen dieses Ziels aus der SPD ausschließen möchte, müsste sich daher konsequenter Weise auch von diesem breiten Spektrum aktiver Gegner der Regierungspolitik trennen. Origineller ist der weitere Zweck der Initiativen: Sie wollen eine programmatische und organisatorische Keimzelle sein, aus der noch vor der nächsten Bundestagswahl eine wählbare soziale Alternative entstehen könnte. Die Gründung einer neuen Partei wird zwar noch nicht beschlossen, für den Fall, dass sich die Politik der Regierungskoalition nicht verändern lässt, aber ausdrücklich eingeschlossen. Ist eine solche aufschiebend bedingte Bereitschaft zur Parteigründung geeignet, einen Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 2006 zu gefährden? Nach der neuesten Umfrage des forsa – Instituts halten 64% der Bundesbürger die Agenda 2010 für falsch, 76% darüber hinaus auch für sozial ungerecht. Bei einer im Auftrag der ARD erfolgten Befragung (Spiegel 12/2004) haben am 12. März 2004 bei der „Sonntagsfrage“ nur 25% der Befragten die SPD zur Partei ihrer Wahl erklärt. Von all dem unbeeindruckt ver-

säumen der alte und der neue Vorsitzende der SPD keine Gelegenheit, immer wieder zu erklären, einen Kurswechsel werde es nicht geben.

Da rast die Titanic SPD also in voller Fahrt auf den Eisberg der Wahlkatastrophe 2006 zu – und Schuld an dem drohenden Unglück soll nicht der Kurs des Schiffes sein, sondern der Umstand, dass einige besorgte Leute an Bord offen darüber nachdenken, wie man noch rechtzeitig vor dem Aufprall ein Rettungsboot seetüchtig machen kann?

Um im Bilde zu bleiben: Eine neue Linkspartei könnte tatsächlich zum Rettungsboot der SPD werden. Das gilt jedenfalls dann, wenn man unter „SPD“ nicht eine endgültig und alternativlos auf ihrem derzeitigen neoliberalen Kurs beharrende „Agenda – 2010 – Partei“ versteht, sondern eine ihren bisherigen Grundwerten sowie dem Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes verpflichtete politische Kraft, die bereit wäre, im Bündnis mit der neuen Partei zu regieren, und zwar so, wie sie nach ihrem traditionellen Selbstverständnis eigentlich schon jetzt regieren müsste.

Die neue Partei würde der SPD zwar Stimmen wegnehmen, den mit Abstand größten Zulauf bekäme sie aber sicher aus der mittlerweile bei vielen Wahlen „größten Partei“, nämlich jener der Nichtwähler, also von Bürgern, die ohnehin nicht die SPD wählen würden. Da die einen Stimmungsumschwung zu Gunsten der SPD bewirkende Wende auf dem Arbeitsmarkt bei realistischer Prognose auch weiterhin dem Reich der Wunschträume zuzuordnen ist, andererseits aber mit einem weiter ansteigenden Leidensdruck einer zunehmenden Zahl von Reformopfern gerechnet werden muss, würde es wegen der großen Zahl der Nichtwähler für eine Neuaufgabe der rot/grünen Regierungskoalition mit höchster Wahrscheinlichkeit auch dann keine Mehrheit geben, wenn diese Parteien keine Stimmen an die neue Partei verlieren würden. Ein Wahlerfolg der neuen Partei wäre daher für die SPD selbst dann eine Chance, wenn es nicht zu einer Linkskoalition mit dieser käme. Indem sie aus vielen Nichtwählern Wähler macht und mit deren Stimmen in den Bundestag einzieht, könnte die neue

Partei evtl. eine absolute Mehrheit der CDU/CSU oder sogar eine regierungsfähige Mehrheit von CDU/CSU und FDP verhindern. Die damit der SPD ermöglichte Option, evtl. – allerdings wohl nur als „Juniorpartner“ – in einer großen Koalition mit der CDU/CSU mitzuregieren, mag zwar eine für die SPD-Linke weniger erstrebenswerte Variante sein; als Eröffnung einer Alternative zur andernfalls unvermeidbaren Oppositionsrolle ist sie aus objektiver Sicht der Gesamtpartei jedenfalls kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Aktivitäten, die der Partei bei wirklichkeitsnaher Beurteilung im Ergebnis nur Vorteile schaffen, sind aber kein sinnvoller Ausschlussgrund.

Reicht als Ausschlussgrund aber nicht schon der zwar noch nicht vollzogene, aber immerhin erwogene Treubruch potentieller Parteigründer aus? Wer in diese Richtung denkt, sollte sich klar machen, dass man in einer Demokratie von Mitgliedern einer politischen Partei nicht verlangen kann, dieser – wie einem Ehegatten vor dem Traualtar – bedingungslos ewige Treue zu schwören, und daher auch der offene Vorbehalt, unter bestimmten Voraussetzungen irgendwann vielleicht die Partei zu verlassen und eine neue zu gründen, noch kein Grund für einen vorbeugenden Parteiausschluss ist.

spw 2 / 2004

**analyse+kritik**  
Zeitung für linke Debatte und Praxis

**Jetzt testen:  
3 x ak für 5 €\***

\* Schein/Scheck beilegen!  
Verlängert sich zum Jahresabo,  
wenn nicht nach Erhalt der  
zweiten ak gekündigt wird.

**ak – analyse + kritik**  
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg  
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175  
redaktion@akweb.de

**www.akweb.de**

# Für eine europäische Neuorientierung der SPD

von Fritz Riege

## Der Zwang zur Neuaufstellung

Die weit überwiegende Zahl der SPD-Mitglieder – so kann ich in den Ortsvereinen unseres Unterbezirks beobachten – hält an ihrer Partei fest, nur wenige treten aus; aber viele sind irritiert wegen der massiven Kritik, die ihnen aus der Bevölkerung und aus den Medien wegen der aktuellen rotgrünen Sozialpolitik entgegen schlägt. Die klassischen Verbündeten wie Gewerkschaften und Sozialverbände demonstrieren gegen den Kanzler und die SPD und selbst einzelne SPD-Bundestagsabgeordnete gehen zu Regierung und Fraktionsspitze auf Konfrontation. Darüber hinaus hat die SPD ein selbstverschuldetes Zurechnungsproblem, weil sie ihre Wahlerwartung vom Absenken der Arbeitslosigkeit nicht unter den Vorbehalt weltwirtschaftlicher Verwerfungen gestellt hat. Die Tatsache des Anstieges der deutschen Arbeitslosigkeit in den Jahren 2002/3 wäre dann klarer, als dies geschehen ist, auf das Konto der transnationalen Ökonomie und nicht auf das der nationalen Wirtschaftspolitik gebucht worden. Das alles zusammen genommen stellt die Richtigkeit rotgrüner Politik und die Regierungs- ja sogar die Oppositionsfähigkeit der SPD aus Sicht vieler Bürger infrage.

Eine entsprechende Überzeugungs- und Gegenstrategie muss daher langfristig angelegt werden. Die Agenda 2010 ist zwar vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit der Devise „Deutschland bewegt sich“ überschrieben worden, aber wohin sich das Land bewegen soll, erkennt man nur in einigen Bereichen. Vor allem junge Bürgerinnen und Bürger können sich nicht nur mit einer Sanierung der Sozialkassen, einer Verbesserung der Arbeitsvermittlung und relativ bescheidenen Ansätzen zur Förderung von Bildung, Forschung und Wirtschaft als ein umfassendes Politikkonzept zufrieden geben, gerade für sie bedarf es einer umfassenden Neuorientierung der SPD. Ein bischen sozialstaatlicher als unsere politischen Konkurrenten zu sein, reicht nicht aus, um Profil zu zeigen.

## Internationale Solidarität neu entdecken

Auf dem Wege zu einem solchen Konzept fällt mir auf, dass die ersten Arbeitervereinigungen, die sich am Beginn des Industriezeitalters in Deutschland und Europa bildeten, übernational dachten und handelten. Die konkreten Forderungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

vereins, der Gründungsorganisation der SPD also, und die nachfolgenden SPD-Parteiprogramme von 1869 bis 1925 richteten sich zwar an einen deutschen Nationalstaat, standen aber alle im Kontext zu einem internationalen, demokratischen Sozialismus. In der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 in Frankfurt/Main wird dieser Kontext auch nach dem 2. Weltkrieg wieder deutlich. Das Godesberger und das Berliner Programm, vor allem aber die Friedenspolitik Willy Brandts zur Milderung des Ost/West-Gegensatzes und seine Arbeit in der internationalen Nord-Süd-Kommission verstärken die transnationale Identität der SPD.

In der Sektion „Wirtschaft und Soziales“ aber wurden nationale Anliegen wie Vollbeschäftigung im eigenen Land und Ausbau des deutschen Sozialleistungsniveaus schon deswegen vorrangig behandelt, weil sich die SPD als nationale Regierungspartei zu behaupten hatte, und bis heute gelten die deutschen Bundestagswahlen als der eigentliche Gradmesser politischer Potenz.

Andererseits droht fast unbenutzt wie „über Nacht“ der schöne Schutzpark der deutschen Sozialversicherung und des „rheinischen Fordismus“ (u.a. die Tarifpartnerschaft) den Begehrlichkeiten der Global Players zum Opfer zu fallen, die schon ganze nationale Währungs- und Wirtschaftssysteme in Asien und Amerika zum Einsturz gebracht haben. Die Stammtischparole: „Deutsche (Mehrfachurlauber, Zweitautobesitzer, Kleinkapitalisten und sozial gut Absicherter) schützt Euch vor untertariflicher ausländischer Schmutzkonzurrenz und vor Zuzahlungen an die Krankenkasse!“ wird immer unerfüllbarer. Ein weitgehend von Regeln befreiter internationaler Austausch von Waren und Dienstleistungen ist eben ein schlechter Garant für national vorbildliche Sozialstaaten. Die Wahrnehmung von Exportvorteilen und Finanztransaktionen in einer sogenannten „freien Marktwirtschaft“ und die gleichzeitige Unantastbarkeit aller national errungenen sozialer Besitzstände verlangt letztlich die Quadratur des Kreises.

Die aktuellen Warnrufe der gegenwärtigen Entwicklungsministerin, die auf dem Grundmuster der Internationalität beruhenden Werte des demokratischen Sozialismus nicht wie ein Hemd zu wechseln und sich jederzeit der schreienden Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung auf dieser Welt bewusst zu bleiben, sollten wir daher bei einer Neuorientierung der SPD hören und beachten. Ein Konkurrenz-

modell für die unterschiedlichen Leistungen von Volkswirtschaften kann man akzeptieren, eine nationale Bildungsoffensive auch. Es entstehen jedoch Misstöne, wenn man dabei auf Vorteilsnahme auf Kosten anderer setzt. „Die Nase vorn“ zu haben, zeugt nur dann von Solidarität, wenn wir bereit sind, die Leistungsergebnisse zu teilen. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass sich das Verhältnis von Aufwand und Ertrag in einer globalisierten Weltwirtschaft verändert. Es wäre ein Unding daran zu glauben, dass die deutsche Wirtschaft Exportvorteile, die z.B. während kriegerischer Verwicklungen von Konkurrenten erreicht worden sind (z.B. Koreakrieg, Golfkrieg), immer und ewig erhalten könnten. Selbst bei größerer Leistungsbereitschaft, müssen wir die Erträge gerechter als bisher mit den Angehörigen anderer Volkswirtschaften teilen, sodass sich gelegentlich sogar unsere Sozialleistungen an die für uns geminderten Erträge anpassen müssen.

In seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts „Das Zeitalter der Extreme“ setzt Eric Hobsbawm den Beginn der Krisenjahrzehnte, in welchen die Industriestaaten unter den arbeitsplatzvernichtenden Produktionsbedingungen und der Last ihrer Sozialsysteme ächzen und in der die Entwicklungs- und Schwellenländer von ihren Schulden erdrückt werden, schon auf die Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der Länder des „real existierenden“ unfreiheitlichen Sozialismus habe diese Krise des mehr oder weniger kapitalistisch wirtschaftenden Westens nicht etwa gehemmt sondern eher verschärft. Die steigende Arbeitslosigkeit und die Flut von sozialen Kostendämpfungsregelungen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Industriestaaten seit 1977 sowie die Auseinandersetzungen über einen Schuldenerlass der Entwicklungsländer bestätigen diese Analyse recht deutlich. Als Quintessenz prophezeit Hobsbawm übrigens bei bloßer Fortschreibung der Politik von Vergangenheit und Gegenwart außenpolitische Explosionen zwischen reichen und armen Gesellschaften- oder wie Samuel Huntington befürchtet- einen Clash of Civilizations sowie innenpolitische Impllosionen, das heißt den Zusammenbruch von nationalen Wirtschafts- und Sozialsystemen.

## Ansätze für eine solidarischen europäische Sozialpolitik

Daraus folgt, dass eine überzeugende sozialdemokratische Politik auf ein Mehr an internationaler Solidarität und nicht auf höhere nationale Schutzzäune aus ein müsste. Die Stichworte „Zuwanderungsgesetz“, „Entwicklungshilfe“ und „Kontrolle internationaler Finanzströme“ sollten daher in der SPD- Programmatik groß geschrieben bleiben. Ebenso die Forderung nach einer weltweiten Sozialcharta.

Im Zentrum programmatischer Neubesinnung sollte aber der Versuch stehen, vor unserer europäischen Haustür praktisch zu beginnen, die europäische Sozialcharta umzusetzen. Eine erste Handlungsanweisung wäre dafür die Einrich-



tung einer „Ständigen Fachkonferenz bei der Sozialdemokratischen Partei Europas zur Europäischen Sozialcharta“. Es geht dabei vor allem um die Teile III und IV der Charta, welche in den Artikeln 20 bis 29 die Verpflichtungen, Berichte und Institutionen betreffen. Diese Prozesse sollte die Fachkonferenz begleiten, analysieren und vorantreiben, um in den Unterzeichnerländern die Sozialstandards zu heben.

Eine detaillierte Vergleichsanalyse der sozialen Schutzsysteme und des Arbeits- und Sozialrechts der Nationalstaaten der jeweiligen SPE-Mitgliedsparteien sollte die Arbeitsgrundlage für die Konferenzteilnehmer bilden. Daraus wären Vorschläge für eine zunächst Rahmen-Harmonisierung zu entwickeln; z.B. für eine europäische Bürgersozialversicherung mit Beitragsfinanzierung oder einen gemeinsamen Sozialleistungskatalog für sozial Schwache, der national steuerfinanziert wird, oder für ein Mischsystem. Ebenso erwarte ich Entwürfe für ein kollektives und individuelles europäisches Arbeitsrecht, in dem Branchentarifverträge vor Betriebsvereinbarungen rangieren. Der Vorstand der SPE bekäme mit solchen Empfehlungen auch endlich Entscheidungskompetenzen jenseits der bisher eher unverbindlichen Beschluss-

praxis. Abstimmungs- und Erörterungsprozesse müssten sich in der Konferenztätigkeit vor allem mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und gewerkschaftlichen Organisationen auf Europaebene ergeben. Das Brüsseler SPE-Sekretariat und Sozialistische Fraktion des Europaparlaments bekämen sicher dafür einige organisatorische Aufgaben zugeteilt, arbeitsbereite ehemalige Europaabgeordnete erhielten Chancen für One-Dollar-Jobs.

In die meist eher langweiligen Wahlkämpfen zum Europäischen Parlament käme damit ein neuer sozialdemokratischer Treibsatz, der nicht in erster Linie mit den deutschen Themen unserer nationalen Sozialpolitik befrachtet wird, sondern sich mehr mit dem Sozialstaatsgebot für die Menschen in ganz, auch in Süd- und Osteuropa befasst. Mit derartigen Aussagen würden Sozialdemokraten nicht nur Wahlkämpfe beleben, sie trügen auch mehr als heute zu einer neuen Identitätsstiftung der Partei bei und könnten helfen, wieder eine Anziehungskraft auf junge Menschen nach dem Motto auszuüben: „Wer im Kosovo Sozialstandards garantiert, kann auch zum ethnischen Frieden beitragen!“ Die Ablösung eines deutschen durch einen zunächst europäischen Sozialpatriotismus im

Rahmen der Europäischen Sozialcharta trägt dazu bei, das soziale Image der SPD zu erhalten. Sie zwingt die Partei nicht zum innerstaatlichen Sozialabbau, denn das Günstigkeitsprinzip der Charta geht eher von einer Orientierung innerstaatlicher Sozialpolitik am Nachbarn mit einem höheren Standard aus. Andererseits informiert eine europäische Sozialleistungsstudie die SPD-Parteifunktionäre mehr als bisher über den hohen Leistungsstandard der deutschen Sozialleistungsträger im europäischen Vergleich, und macht sie gegen eine reine Hasspropaganda einer schlecht informierten Boulevardpresse immun.

Die obigen Überlegungen betreffen nur den Sozialbereich, eine Europäisierung – und wenn wir an das Jahr 1848 denken sogar eine *Reeuropäisierung* – der SPD täte ihr vorausichtlich aber auf vielen Sektoren gut, insbesondere in den Sparten Außen- und Sicherheitspolitik und Umwelt- und Energiepolitik. Daran zu arbeiten lohnt sich. Isolierungserscheinungen zu den Gewerkschaften könnten verschwinden, und das Herumwühlen im inländischen Sumpf sozialpolitischer Aufgeregtheiten wurde auf seine realen Dimensionen zurückführbar.

sppw 2 / 2004

## Soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten gestalten

Rede von Niels Annen auf dem SPD-Parteitag am 21.3.2004, Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen!

Worum geht es in den nächsten Tagen und Monaten? Für mich heißt Partei zu sein Partei zu ergreifen – Partei zu ergreifen zum Beispiel für die Zukunftschancen junger Menschen in unserem Land. Wir sollten eine Partei sein, die sagt: Wir wollen die Freiheit, von der viel geredet worden ist, aber sie muss gerecht sein und für alle!

Die SPD, Genossinnen und Genossen, befindet sich in einer tiefen Krise: Viel ist darüber geschrieben und diskutiert worden. Der Grund, weshalb wir heute hier zusammen sind, liegt auch darin begründet. Schuld an der Krise sind nicht allein die Medien. Schuld an der Krise ist nicht nur eine schlechte, manchmal dilettantische Kommunikation. Schuld daran sind auch nicht einzelne Köpfe in der Parteiführung.

Worum geht es, Genossinnen und Genossen? Mit dem Widerspruch zwischen der allgemein proklamierten Reformbereitschaft auf der einen Seite und der Ablehnung un-

serer Politik, der Agenda 2010, durch unsere Wählerinnen und Wähler, werden wir tagtäglich konfrontiert. Dieser Widerspruch liegt genau in der Tatsache begründet, dass die Menschen uns, der Sozialdemokratie, nicht mehr zutrauen, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit in diesem Lande zu sorgen, und dass sie der Meinung sind, es gehe nicht mehr sozial ausgewogen zu. Die Folgen sind Verunsicherung und Abkehr, wie wir alle erfahren.

Aber, Genossinnen und Genossen, ich sage insbesondere denjenigen, die jetzt glauben, in der Sozialdemokratie die einzige Ursache für die Krise des Sozialstaates zu sehen, ganz klar: Wer den Sozialstaat solidarisch erhalten, wer sozialen Zusammenhalt nach innen und wer eine friedliche Politik nach außen will, der muss mit und in der Sozialdemokratie Politik machen, anstatt außerhalb oder gegen die SPD!

Ich habe manchmal das Gefühl, vor lauter Enttäuschung über den eigenen Laden –

ich kann das in einigen Punkten nachvollziehen – wird die Dimension der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Land schlicht ignoriert. Merkel und Merz haben die alte christliche Union abgewickelt. Selbst gestandene CDU-Mitglieder haben noch nicht gemerkt, dass ihre Vorsitzende inzwischen heftig mit der alten Handtasche von Maggie Thatcher fuchtelte. Die Union hat dem Sozialstaat in Deutschland den Kampf angesagt! Nur eine starke SPD wird sie daran hindern können, ihre Pläne in die Praxis umzusetzen. Unsere Antwort, Genossinnen und Genossen, haben wir in Bochum gegeben. Sie heißt Bürgerversicherung statt Kopfpauschale, gerechte Besteuerung statt Flat Tax, Bildungschancen statt Spaltung in Gewinner und Verlierer durch noch mehr Selektion.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sind uns alle einig: Wir müssen zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurückkehren. Und wir müssen soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten gestalten! Das geht nicht von heute auf morgen. Wir müssen uns alle anstrengen. Partei kann man nur dann sein, wenn man sich und seine eigenen Beschlüsse ernst nimmt.

Mein Rat: Fangen wir heute gemeinsam mit Franz Müntefering an, dafür zu arbeiten, alle miteinander, an der Bundesspitze, in den Ländern, in denen wir Verantwortung tragen. Die Ausbildungsplatzabgabe ist das erste große Ziel, das wir umzusetzen haben. Gerade die jungen Menschen in unserem Lande werden uns daran messen. – Ich danke euch.

sppw 2 / 2004

# Solidarisch und Gerechtl!

## Den Wandel sozial gestalten

Beschluss der AfA-Bundeskonferenz vom 12. bis 14. März 2004 in Erfurt, das vollständige Dokument kann bei Jan.Brahmst@spd.de oder unter redaktion@spw.de angefordert werden.

### Präambel

Die AfA ist in erster Linie Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Unsere Aufgabe ist es, die Stimmungen, die Wünsche und die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben in die Politik der SPD einfließen zu lassen, aber auch sozialdemokratische Politik in den Betrieben und Verwaltungen zu vertreten. Die Vertretung sozialdemokratischer Politik wurde der AfA in den vergangenen Monaten durch die Bundesregierung und die SPD-Führung erheblich erschwert.

Wir nehmen dennoch diese Aufgabe auch in den schwierigen Veränderungsprozessen unserer Wirtschaft und Gesellschaft wahr. Wir tun dies in kritischer Solidarität zur Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Wir wissen, dass die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur mit einer sozialdemokratischen Mehrheit in den Parlamenten gewährleistet ist. Dafür werden wir uns weiter mit aller Kraft einsetzen. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir erwarten von unserer Partei

auch, dass die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend berücksichtigt und zu einer Leitlinie sozialdemokratischer Politik gemacht werden.

In der Arbeitnehmerschaft, die traditionell immer die Basis sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit bildete, herrscht Verunsicherung und Enttäuschung über die Politik der SPD. Dies wird sowohl in den Wahlergebnissen und dem Problem der Wahlenthaltung, als auch in den zunehmenden Mitgliederverlusten deutlich.

Unserer Partei gelingt es seit geraumer Zeit nicht mehr, die Mehrheit der Menschen von unserer Politik zu überzeugen. Die SPD befindet sich in einem katastrophalen Stimmungstief. Dies hat mehrere Ursachen. Es wäre zu kurz gegriffen, wollten wir die Erklärung allein in kommunikativen Defiziten suchen. Was fehlt, ist zunächst die gründliche Analyse der Probleme. Zu lange haben sich alle entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte auf die bloße Übernahme neoliberaler Konzepte für Wachstum und Beschäftigung verlassen. Die Mär von den über-

bordenden Lohnnebenkosten oder der Notwendigkeit von Lohnzurückhaltung und der Schaffung eines Niedriglohnssektors sind nur wenige Beispiele einer falschen Weichenstellung. Im Ergebnis hat diese Politik nicht zu mehr Wachstum, geschweige denn zu mehr Beschäftigung geführt. Tatsächlich hat diese Politik die Probleme eher verstärkt denn beseitigt.

Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist es Zeit für einen Strategiewechsel in der Politik. Wir werden die Menschen erst wieder für sozialdemokratische Politik begeistern können, wenn wir überzeugende Leitlinien einer Politik verfolgen, die sich an unseren Grundwerten der Solidarität und Gerechtigkeit orientiert. Dabei ist der Gerechtigkeitsbegriff nicht teilbar oder umzudefinieren. Sozialdemokraten haben sich immer dafür eingesetzt, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf ein menschenwürdiges Leben, auf Teilhabe an Erwerbsarbeit und Bildung haben. Die Möglichkeit der Teilhabe setzt aber Verteilungsgerechtigkeit voraus. Der Sozialstaat bundesdeutscher Prägung ist eine unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftliche Solidarität.

Wir können die Menschen im Prozess der sich verändernden Gesellschaft nur mitnehmen, wenn wir ihnen sagen, wohin wir wollen. Keine Politik ist alternativlos, dies wäre das Ende von Politik. Mit dem vorliegenden Antrag will die AfA mögliche Alternativen aus Sicht der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft aufzeigen.

spw 2 / 2004

## Der Nordhessische Gesundheitsappell – eine Massenpetition

Kontakt: Heinrich Triebstein Eisenhammerstr. 44 A 34123 Kassel, E-Mail: [hegi.triebstein@gmx.de](mailto:hegi.triebstein@gmx.de), Hinweis: Vertiefende Informationen zur solidarischen Bürgerversicherung sind unter <http://www.solidarische-buergerversicherung.de> zu finden.

Der **Nordhessische Gesundheitsappell** ist initiiert von Einzelpersonen, die in vielfältiger Weise gesellschaftlich engagiert sind. Sie sind der Auffassung, dass das Gesundheitsmodernisierungsgesetz auf den Prüfstand gehört, damit fehlsteuernde und ungerechte Regelungen zurückgenommen werden. Sie schlagen vor, diese Rücknahme mit der Einführung der solidarischen Bürgerversicherung zu verbinden. Damit wird eine Gesundheitsreform, die an den wichtigsten Problemen des Gesundheitswesens ansetzt, finanziell solidarisch von der ganzen Gesellschaft getragen und die Rücknahme der falschen Regelungen möglich.

Alle gegenwärtigen und zukünftigen Unterzeichner des **Nordhessischen Gesundheitsappells** machen von ihrem grundgesetzlich garantierten Recht Gebrauch, sich in Gemeinschaft mit anderen mit Forderungen und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Sie erwarten vom Bundestag, dass er seiner Pflicht nachkommt, sich ernsthaft mit den Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Sie greifen zu dem Instrument der Massenpetition, da bisherige Proteste negativer Betroffener wirkungslos und von Seiten der Bundesregierung sowie SPD, Grünen und CDU/CSU, die gemeinsam das Gesundheitsmodernisierungsgesetz verabschiedet haben, ohne Antwort geblieben sind.

Die Unterzeichner kritisieren das Gesundheitsmodernisierungsgesetz als die vom Ansatz her falsche Reform: Die unterstellte Grundvoraussetzung, die gesetzliche Krankenversicherung sei nicht mehr finanzierbar und belaste zukünftige Generationen, trifft nicht zu. Tatsache ist, dass die Kosten des Gesundheitswesens seit Jahrzehnten nie stärker gewachsen sind als die Gesamtwirtschaft. Die in den letzten Jahren gestiegenen Beiträge sind eine Folge der lang- anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und wachsender Armut, die sich in niedrigeren Einnahmen niederschlagen. Die gesetzliche Krankenkasse hat in erster Linie ein Einnahmenproblem und nicht so sehr ein Ausgabenproblem.

Tatsache ist auch, dass die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aus Gründen der demographischen Entwicklung erforderlich ist. Die höchsten Kosten für Krankheitsbehandlung fallen zwischen dem 50sten und dem 70sten Lebensjahr und im letzten Lebensjahr an. Außerdem tragen alte Menschen mit ihren Beiträgen zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bei.

Die Konzentration des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes auf die Ausgabenseite durch Zuzahlungen für Patienten, durch Ausgrenzung von vielen wirksamen Arzneimitteln, die Diskriminierung ganzheitlicher naturmedizinischer Behandlung und durch Ausschluss bisher gewährter Leistungen insbesondere des Krankengeldes durchlöchert das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung, da sie arme und chronisch Kranke besonders belastet. Außerdem verschärfen diese Regelungen wesentliche Strukturprobleme des Gesundheitswesens: die Unterversorgung ärmerer Versicherter, die Fehlversorgung und die Lücken bei der Prävention vor allem chronischer Erkrankungen.

Der **Nordhessische Gesundheitsappell** ist ein Appell an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Einnahmen der Krankenversicherung durch eine solidarische Bürgerversicherung auf eine alle Einkommen umfassende Basis zu stellen und die systemfremden Kürzungen rückgängig zu machen.

Der **Nordhessische Gesundheitsappell** kann bis Ende Oktober 2004 unterzeichnet werden. Er soll im November dem Präsidenten des Deutschen Bundestags persönlich von möglichst vielen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern in Berlin übergeben werden.



# Freiheitliche Rechtspolitik – eine Säule der Gesellschaftspolitik

Von Klaus Hahnzog

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Dies konkretisiert das Grundsatzprogramm der SPD dahin: „Nur wo Freiheitsrechte garantiert sind und genutzt werden, können Menschen als Freie und Gleiche leben und Demokratie praktizieren. Nur wo soziale Grundrechte verwirklicht sind, können Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte von allen wahrgenommen werden.“

Deshalb ist Rechtspolitik unter Einschluss der Innenpolitik ein zentraler Bereich der Gesellschaftspolitik. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 wurde dies von vielen Seiten bis hin zu Gerhard Schröder stark herausgestellt, bevor andere Themen wie Flut oder Irak dominierten. Zu Recht wurde betont, dass wesentliche Änderungen gegenüber der Verkrustung von 16 Jahren konservativer Politik die Gesellschaft offener und toleranter gemacht, die Teilhabe der Einzelnen gestärkt und den Schwächeren besser geschützt haben. Dies zog sich wie ein roter Faden durch eine weite Reihe von Reformen von der Staatsangehörigkeit über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, verbesserten Verbraucherschutz bis hin zur Lebenspartnerschaft. In der neuen Legislaturperiode seit 2002 stehen Fragen des Sozialstaats und der Innovation mit all den Schwierigkeiten bei Lösungen und Bewertung im Vordergrund. Es ist nun an der Zeit diese Schwerpunktsetzung wieder aufzunehmen und die sozialdemokratische Handschrift dabei deutlich zu machen. Es geht dabei um zwei Hauptlinien, die sich natürlich gegenseitig beeinflussen:

- zum einen um die weitere Gestaltung von Lebensbereichen bei denen ein Nachholbedarf an Gleichberechtigung und Schutz des Schwächeren besteht;
- zum anderen um die Freiheitsrechte, wobei immer wieder kommende Angriffe abgewehrt und erfolgte, überbordende Eingriffe rückgängig gemacht werden müssen, zumal diese Einschränkungen auch die demokratische Teilhabe bedrohen.

## I. Rechtspolitische Gestaltung

Hier gibt es eine Reihe von Vorhaben, die begonnen bzw. entschlossen vorangetrieben

werden müssen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) hat beispielhaft zu verschiedenen Themen Anträge zum SPD-Bundesparteitag im November 2003 in Bochum gestellt. Sie wurden dort angenommen oder an SPD-Bundestagsfraktion und Bundesregierung überwiesen.

### Umfassendes Antidiskriminierungsgesetz

Die Vorarbeiten müssen alsbald in einem umfassenden zivilrechtlichen Gesetzentwurf münden. Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, von Behinderungen, des Alters oder der sexuellen Identität dürfen von den Betroffenen nicht länger hingenommen werden müssen.

### Lebenspartnerschaftsgesetz

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2002 das Lebenspartnerschaftsgesetz für verfassungsgemäß erklärt hat, müssen jetzt die notwendigen Ergänzungen für eine echte Anerkennung der Lebensform geschaffen werden: Im Steuer-, Versorgungs- und Krankenversicherungsrecht, bei Beschäftigung und berufliche Bildung.

### Reform des Rechtsberatungsgesetz

Das 1935 eingeführte Verbot der altruistischen, unentgeltlichen Rechtsberatung ist nicht mehr zeitgemäß. Bei der Verrechtlichung vieler Lebensbereiche und der Forderung nach mehr bürgerschaftlichem Engagement sollte diese Art von Hilfe nicht außen vor bleiben. Auch soziale und karitative Hilfsorganisationen einschließlich Selbsthilfegruppen werden bisher immer wieder an guter Beratung gehindert, die sonst von niemand übernommen wird.

### Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ins Grundgesetz

Der in der letzten Legislaturperiode eingebrachte rot-grüne Gesetzentwurf, an dessen Vorarbeiten die ASJ maßgebend beteiligt war, nimmt eine Perspektive des SPD-Grundsatzprogramms auf. Unmittelbare Demokratie hat sich in den deutschen Ländern und Kommunen bewährt. Sie ist als Ergänzung

des parlamentarisch-repräsentativen Systems überfällig. Demokratie wird für die Menschen attraktiver, sie erhalten mehr Verantwortung, Interesse und Engagement werden unterstützt. Das Vorhaben bezieht sich auf die Entscheidung in Sachfragen, die direkte Wahl des Bundespräsidenten würde dagegen diesem Amt nicht gerecht.

### Informationsfreiheitsgesetz des Bundes

Wenn der Weg in die Informationsgesellschaft immer weiter vorangetrieben wird, darf dies keine Einbahnstraße sein. Eine transparente Verwaltung, Bürokratieabbau und aktivierender Staat bedingen, dass für die Bürgerinnen und Bürger dem Grundsatz des freien Zugangs zu öffentlichen Daten und Akten Geltung verschafft wird. Es werden immer mehr Daten gesammelt. Neben einem konsequenten Datenschutz ist ein solches Gesetz ein notwendiges Korrelat.

### Gendatenschutzgesetz

In einer Vielzahl von Fällen finden genetische Untersuchungen statt. Ein umfassendes Gendatenschutzgesetz muss dazu führen, dass solche Tests nur nach informierter Freiwilligkeit geschehen. Ergebnisse dürfen nur dem Betroffenen selbst zur Verfügung stehen. Versicherungen und Arbeitgeber dürfen keinen Anspruch auf Testergebnisse erhalten und diese auch nicht zur Grundlage für den Abschluss oder die Änderung von Verträgen machen.

## II. Bedrohte Grundrechte, bedrohte Demokratie

Es gibt eine erschreckende Tendenz zur Einschränkung von Grundrechten. Bei schlimmen Ereignissen und Entwicklungen wie Organisierte Kriminalität, Terrorismus oder sexuelle Gewalt glauben viele, dass die innere Sicherheit vor allem anderen Vorrang haben müsse. Die notwendige Balance zwischen Freiheitsrechten und innerer Sicherheit geht damit verloren. Der Weg in den Überwachungsstaat, bei dem der Einzelne nicht mehr als Träger von gemeinschaftsgebundenen Grundrechten, sondern primär als Sicherheitsrisiko angesehen wird, ist gefährlich. „Maßnahmen der inneren Sicherheit“ sind dabei oft vermeintlich „kleine Schritte“. Gerade ihre Vernetzung ist das Gefährliche und wir kommen da immer mehr hinein. Hier gilt die alte englische Wahrheit, „Liberty dies by inches“.

Meinen Ausführungen liegen vielseitige praktische Erfahrungen zugrunde. Das muss

man leider immer wieder sagen, sonst heißt es gleich, du bist ja ein bloßer Theoretiker, ein Monstranzenträger o.ä. – dabei hat mich immer wieder gewundert, wie oft von vielen Seiten das entschiedene Eintreten für Grundrechte einseitig als „links“ abgetan wird. Ich war Richter und Staatsanwalt, ich war Münchens Dezernent für Sicherheit und Ordnung, später Sozialbürgermeister und dann war ich im Landtag Ausschussvorsitzender für Rechts – und Verfassungsfragen und im Datenschutzbeirat. Diese Fragen haben mich in gleicher Weise aber auch wissenschaftlich, allgemeinpolitisch aber auch in Verfassungsgerichten, als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Karlsruhe und jetzt wieder als bayerischer Verfassungsrichter beschäftigt.

### Gefahren für Grundrechte und Demokratie

Die vom Grundgesetz vorgegebene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wird bei vielen „Maßnahmen der inneren Sicherheit“ ausgehebelt. Es wird die – auch vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobene – Funktion der Grundrechte, insbesondere der Kommunikationsgrundrechte, als Abwehrrechte gegen den Staat gelehnt. Und da wird ein neues „Supergrundrecht“ geschaffen, das heißt: das Grundrecht auf Sicherheit. Und zwar nicht nur, wenn es um Leben und körperliche Unversehrtheit geht, sondern für alles, was in Strafgesetzen und möglichst auch in Ordnungswidrigkeitsgesetzen drin steht. Das ist die Topgeschichte, der sich alles andere unterordnen muss. Viele der neuen – den Sicherheitsbehörden eröffneten oder von ihnen selbst geöffneten – Möglichkeiten zielen darauf ab, Merkmale und Spuren zu sichern, Kommunikationsinhalte und Bewegungs-, Verhaltensweisen festzuhalten und – da geht es dann eine Stufe weiter sogar – das künftige (!) Verhalten auszuforschen. Es geht aber – und ich glaube, das muss man immer wieder sagen – nicht nur um den Verlust der Privatheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern um Schäden an der Demokratie selbst. Das Bundesverfassungsgericht hat es im Volkszählungsurteil von '83 klar zum Ausdruck gebracht – Zitat: „Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wäre eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der die Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer damit rechnet, dass er durch die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte Artikel 8, 9 GG verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eine auf Handlungs-

– und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens ist.“

Auch Abgeordnete als Mittler in der Politik sind darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger sich bedenkenfrei an sie wenden können. In heiklen Geschichten, nicht nur um Kontrollfunktion zu erfüllen, sondern auch um Anregungen für neue Vorstöße zu bekommen. Wenn da Angst herrscht, wenn man bestimmte Leute anruft, dann ist dies auch ein Verlust an Demokratie. Und diese Kommunikationsgrundrechte – einschließlich der Versammlungsfreiheit – sind heutzutage für unsere Demokratie wichtiger denn je. Gerade in einer Mediengesellschaft haben natürlich die Regierungen, die Parteien, die großen etablierten Organisationen – große Vorteile. Wenn ich daran danke, wie es für jedes Ministerium das wichtigste ist, eine große Presseabteilung zu haben. Von Staatskanzleien und anderem ganz abgesehen. Und darüber geschieht Wahrnehmung bei den Bürgerinnen und Bürgern und da bildet sich Meinung. Dem muss bürgerschaftliches Engagement angstfrei entgegengehalten werden können.

### Sicherheitsversprechen und Kriminalitätsfurcht

Warum gelingt es eigentlich so leicht, solche schlimmen Entwicklungen voran zu treiben? Sind es die Schlagzeilen – nicht nur in der Bild-Zeitung? „Bad news are good news.“ Nach jedem fürchterlichen Sexualmord, obwohl etwa dort die Zahl der schlimmen Taten zurück geht. Aber immer wieder wird da verschärft. Oder ist es die Kurzatmigkeit der Politik überhaupt? Da spricht auch etliches dafür. Ist es der 11. September? Die organisierte Kriminalität? Ich glaube, dass es noch einen anderen Hauptgrund gibt: In unserer Gesellschaft gibt es ungeheuer viele Ängste. Die wirtschaftliche, die soziale Entwicklung, Globalisierung, Umwelt, Generationsproblem, Kriege. Die kann Politik, wie es oft gefordert wird, nicht immer lösen. Aber hier – auf dem Gebiet der Sicherheit – meint man etwas gefunden zu haben, wo man Lösungskompetenz zeigen kann. Weil es eine altbekannte Tatsache ist, dass die objektive Sicherheitslage oft viel besser ist als das subjektive Sicherheitsgefühl. Das ist einfach so und geht dem Menschen ein; auch wenn man nur symbolhafte Sachen macht. Wir wären ein ganzes Stück weiter, wenn diejenigen, die sich für Sicherheit verantwortlich fühlen auch ein bisschen mehr aufklären würden. Auch etwa durch das Gegenhalten gegen das Vorurteil, das immer noch besteht: Ausländer seien generell krimineller als Deutsche. Ein Gewinn wäre auch, wenn man der Versuchung widerstehen würde in Grundrechte nur einzugreifen, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu bedienen. Es gibt natürlich auch Ängste derer, die Sicherheit gestalten sollen. Der Polizist, der

Strafvollzugsbeamte, der Gutachter, der Richter. Wenn dann was passiert, zeigen sie nicht nur in der Bild-Zeitung mit Fingern auf ihn: „Warum habt ihr den rausgelassen? Warum habt ihr dem Vollzugslockerung gegeben?“ usw. Da gibt es aber wirklich standhafte Strafvollzugsbeamte und Chefs von Strafanstalten, die sagen: „Ohne einen gewissen Übergang mit Vollzugslockerungen können wir dies versuchen.“ Totschlagsargument natürlich auch in der Politik und in den Parlamenten: „Wenn Sie dieser Maßnahme nicht zustimmen, sind Sie schuld am nächsten Sexualmord.“

### Konkrete Gefahren für den Einzelnen

Die Hoffnung auf mehr Sicherheit korreliert oft mit der Einstellung „Ich habe doch nichts zu verbergen.“ Aus dieser Zufriedenheit kann man jäh herausgerissen werden, wenn man überhaupt von negativen Auswirkungen für sich selbst erfährt. Diese sind durch objektive Fehler oder auch nicht zu verhindernden Missbrauch jederzeit möglich.

Da gibt es den Informatiker, der einen Superabschluss hat, x-Bewerbungen schreibt und überall nur Absagen bekommt. Seine Studienfreunde die viel schlechter waren kriegen Zusagen und er macht das ein Jahr mit, anderthalb Jahre mit. Und dann fragt er mal rum: „Leute, wo dran kann denn das liegen?“ Und dann sagen die: „frag doch mal nach, vielleicht bist du da in irgendeiner Kartei drin.“ Und er fragt nach und da stellt sich heraus: Er ist drin. Er hatte mal bei irgendeinem etwas linken Infostand dort als Verantwortlicher gestanden bei der Anmeldung und das ist gleich rüber gekommen und geblieben. Bei einem anderen war es schlichte Verwechslung eines vielfach vorkommenden Namens.

Es wird eine Ziffer der Kennnummer des Kriminalaktennachweises vertauscht. Folge: eine nicht gesuchte Bürgerin wird im Fahndungsbuch ausgeschrieben, von der Polizei festgenommen und erst mal inhaftiert. Ein Autofahrer – anderer Fall, das sind nur zwei kleine Fälle, aus dem gleichen Datenschutzbericht von 2002 – wird besonders penibel bei einer Verkehrskontrolle behandelt. Er war bei der Polizei mal wegen Trunkenheitsfahrt und Widerstand gegen die Staatsgewalt gespeichert worden. Das Verfahren hatte die Staatsanwaltschaft längst wegen erwiesener Unschuld eingestellt. Und die Widerstandleistung, die sozusagen ein Reflex dieses sich völlig unschuldig fühlenden Menschen war, das hatte dann die Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Ein bedauernswerter Kaufmann musste zwölf Jahre protestieren, bis er mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts 1999 endlich Aufschluss über ihn persönlich belastende Erhebungen bei der Sicherheitsüberprüfung durch die Verfassungsschutzbehörden bekommen hat. Die meisten wissen halt nichts davon. Wenn sie dann mal in „andere Rich-



tungen“ auffällig werden, hat dies natürlich eine Vorbelastung, die manchmal dazu führen kann, dass sie in ganz schlimme Situationen kommen. Das sind keine Fälle, sondern Zufälle, heißt es von anderer Seite.

### Neue Technologien

Schlag auf Schlag gibt es neue Techniken: Funkchips auf den Waren, damit auch die Barzahlung überflüssig wird und man den Kunden genau verfolgen kann. Computerprogramme zur Benennung von Orten, an denen „in Zukunft“ Verbrechen stattfinden werden. Fingerprint-Türschlösser. Handys mit sofortiger Bildübertragung ins Internet – mit schlimmen Sachen die da schon vorgekommen sind: Öffentliche Verbrechen – Vergewaltigungen etwa, die dorthinein gespeist wurden. Iris-Erkennungssysteme. Speicherung von Fotos und Fingerabdrücken in digitalisierter Form. Bei den letzteren wird Klartext gesprochen – Zitat: „Dies ist wegen der beteiligten Firmen eine industriepolitische Entscheidung pro-Europa.“

Solche neuen Techniken lohnen sich nicht, wenn sie nicht irgendjemand anwendet. Im Privatbereich werden sie zum schon zum Teil völlig überbordend benutzt, aber wenn der Staat – das ist ein zuverlässiger Auftraggeber – wenn man den noch dafür gewinnen kann, gibt es neue Dimensionen.

Die Sicherheitsbehörden verfolgen dies natürlich mit Argus-Augen – im Randbereich, um auch dann die Privatsphäre zu schützen aber zunächst einmal: um aufzurüsten. Und das kommt in einem zurückgezogenen CSU-Entwurf zur präventiven Telekommunikationsüberwachung im Bayerischen Landtag sehr klar zum Ausdruck. Da heißt es wörtlich: „Der technische Fortschritt eröffnet der Polizei fortlaufend Möglichkeiten zur Optimierung ihrer Aufgabenerfüllung durch den Einsatz neuer Technologien.“ Beim LKW-Maut-System wird man deshalb dem Datenschutz ganz besonders Augenmerk widmen müssen

### III. Neueste Entwicklungen, insbesondere Telekommunikationsüberwachung, DNA-Karteien und Videoüberwachung

Auf diesem Gebiet gibt es besonders rasante und besonders bedrohliche Entwicklungen für Grundrechte und Demokratie. Wieweit neueste Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gegen diesen Trend helfen können, wird anschließend behandelt. Zunächst ist aber die Politik aufgerufen, solche weiteren Schritte in den Überwachungsstaat zu stoppen.

#### Telekommunikationsüberwachung nach Strafprozessordnung und neuerdings in Polizeigesetzen einiger Länder

In der Strafprozessordnung wurde Anfang der 60er Jahre bei konkretem Tatverdacht hinsichtlich bestimmter Straftaten die Telefonüberwachung eingeführt. Man rechnete

mit einigen hundert Fällen und garantierte intensive rechtsstaatliche Kontrolle. Beides ist nicht eingetroffen. Inzwischen gibt es weite über 20000 Anordnungen. Jeweils wird eine Vielzahl von Gesprächen abgehört, insgesamt bundesweit etwa 1,5 Millionen Gespräche pro Jahr. Wissenschaftliche Untersuchungen haben Mängel bei der notwendigen richterlichen Anordnung ergeben und enorme Defizite bei der nachträglichen Benachrichtigung. Gerade einmal 27% der Betroffenen werden nicht im Dunkeln über die Eingriffe in ihre Privatsphäre gelassen. Der Bochumer Parteitag hat einem Antrag der ASJ auf eine grundlegende Reform angenommen.

Die präventive Telekommunikationsüberwachung, die einige Länder schon gesetzlich beschlossen haben, führt zu noch viel stärkeren Eingriffen in die Privatsphäre. Es soll in den Polizeigesetzen der Länder geregelt werden, dass schon im Vorfeld abgehört werden kann. Es wurden personenbezogene Daten gesammelt „über Personen soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese eine Straftat von erheblicher Bedeutung begehen wollen“, so der durch die Gegenwehr der SPD-Landtagsfraktion und vieler gesellschaftlicher Gruppen zunächst zurückgezogene CSU-Gesetzentwurf im Bayerischen Landtag). Es geht hier um das reine Wollen, um subjektive Einstellung und Gesinnung. So heißt es dann auch in der offiziellen Begründung des CSU-Entwurfs „Es ist noch kein bestimmter Verdachtsgrund erforderlich.“ Zum Trost heißt es dann weiter hinten, immerhin müsse es über „bloße Vermutungen hinausgehen“. Aber wo da die Grenzziehung ist, hat noch niemand erklären können.

Diese Präventivgesetze werfen eine Menge verfassungsrechtlicher und rechtspolitischer Fragen auf. Bei einem Hearing im Bayerischen Landtag gab es Kritik auch aus den Reihen der Staatsanwälte und Polizeibeamten des Freistaats. Bisher war es allgemeine Ansicht, dem Bund stehe die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz nach Art. 73 Nr. 7 Grundgesetz zu. Soll es in Zukunft auch eine präventive Briefkontrolle in Ländergesetzen geben, obwohl auch das Postwesen in der gleichen Vorschrift erwähnt ist? Wie steht es mit Gesprächen unter Familienangehörigen oder mit besonderen Vertrauenspersonen? Was ist mit Kontrolle und Benachrichtigung? Der SPD-Bundesparteitag hat erfreulicher Weise deshalb auch den Antrag der ASJ angenommen, diese Präventivmaßnahme, die das bloße „Wollen“ ausforschen soll, abzulehnen. Das hatte auch schon Wirkung. In Rheinland-Pfalz wurde im Dezember 2003 die präventive Telekommunikationsüberwachung zur Verhinderung von Straftaten aus dem Gesetzentwurf zur Reform des Sicherheitsgesetzes herausgenommen. Es ist auch zu erwarten, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum großen

Lauschangriff vom 3. März 2004 Auswirkungen auf schon bestehende Gesetze in Thüringen und Niedersachsen bzw. Planungen wie in Bayern haben wird.

### DNA-Karteien

DNA-Analysen können besonders gravierende Persönlichkeitsdaten ergeben. Die ASJ hat die Problematik in einem Antrag aufgegriffen, den der Bochumer Bundesparteitag an die Bundestagsfraktion überwiesen hat: „DNA-Analysen sind ein wichtiger Bestandteil strafrechtlicher Ermittlungen. Es handelt sich allerdings nicht um ein bloßes Mittel zur Identitätsfeststellung, wie es oft mit der verharmlosenden Bezeichnung „genetischer Fingerabdruck“ zum Ausdruck gebracht wird. Dies wird damit begründet, es würden nur die so genannten „nicht kodierenden“ Anteile der Erbsubstanz untersucht. Neuere Erfahrungen zeigen aber, dass DNA-Analysen wesentlich mehr ergeben: etwa Hinweise auf die Zugehörigkeit zu einer größeren ethnischen Gruppe, auf Geschlecht, auf bestimmte Krankheiten und Persönlichkeitsstrukturen. Dies bringt bei allem denkbaren Datenschutz – der nie absolut sein wird – große Gefahren für die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen mit sich. Es müssen daher unbedingt rechtsstaatliche Grenzen eingezogen werden, damit nicht der Schutz persönlicher Daten verloren geht. Schon viele sind durch die Einstellung „ich habe doch nichts zu verbergen“ in schlimmsten Situationen geraten.

Die Art und Schwere der Anlasstaten, bei denen eine Analyse zulässig ist, sind zu überprüfen. Jedenfalls darf der Katalog möglicher Anlasstaten nicht noch ausgeweitet werden. Die konservative Seite fordert schon jetzt bei jeder Straftat eine Analyse. Folgerichtung ist dann bald DNA-Analyse bei jedem Neugeborenen, eine Datei, in der jeder Mensch erfasst wird. Unbedingt ist die richterliche Anordnung beizubehalten und ihre Effektivität auszubauen. Die bloße Einwilligung, etwa von Strafgefangenen, darf nicht ausreichen.

Dringend erforderlich ist eine gesetzliche Grundlage für DNA-Massentests. Sie dürfen nur ultima ratio sein. Sie sind auf schwere Straftaten gegen Leib und Leben und die sexuelle Selbstbestimmung zu begrenzen. Die Unschuldsvermutung ist zu gewährleisten. Eine Verweigerung darf nicht als Verdachtsmoment gewertet werden oder gar zu strafrechtlichen Ermittlungsverfahren führen.

Innenminister der Länder wollen die Möglichkeit von DNA-Tests und deren Speicherung in der Datei des Bundeskriminalamts in großem Umfang ausweiten. Was bisher nur bei schweren Straftaten zulässig war, soll in Zukunft bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung durch die Polizei stattfinden. Dort wurden bisher 3 Millionen Fingerabdrücke als Identifizierungsmittel gespeichert, wohingegen die DNA-Kartei 300000 Daten erfasst. Dieser Trend der Vorverlagerung in die Sicherheitsgesetze der Länder muss unterbunden wer-

den, sonst werden bei Neugeborenen nicht nur DNA-Tests gemacht sondern ihnen auch noch ein Chip eingepflanzt, damit man lebenslang und jederzeit den Aufenthaltsort und ein Bewegungsprofil hat.

### Videoüberwachung

Der dritte Bereich, in dem beispielhaft ständig mehr Daten über das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger kontrolliert und gesammelt werden, ist die Videoüberwachung. Die Entwicklung in Kaufhäusern, privaten Parkgaragen, Versammlungsstätten darf nicht dazu führen; dass dies auch an öffentlichen Orten immer stärker installiert, benutzt und ausgeweitet wird. Was damit begründet wird: Konfliktsituationen an „besonders gefährdeten Orten“ zu vermeiden und gegebenenfalls zu verfolgen, gibt im Ergebnis immer mehr Möglichkeiten, Bewegungsabläufe Einzelner oder von Gruppen zu beobachten. Da werden dann auch ohne Bedenken schnell mal wie in München 600 bis 700 Kameras in den U-Bahnen der Polizei zur Verfügung gestellt. Und es gibt natürlich technische Fortschritte – immer mehr Möglichkeiten: Mobile Überwachungskameras. Nur wegen, so die Polizei, technischer Schwierigkeiten werden da nicht gleich auch die ganzen Gespräche und Schlachtrufe aufgenommen. Das Zoomen wird ausgebaut – dass man jeden haarscharf aufnehmen kann aus der Menge, usw. Ganz neue Dimen-

sionen werden sich ergeben, wenn erst einmal die Lirserhebung Standard wird und gegebenenfalls als biometrisches Merkmal in unsere Ausweise hinein kommt. Wir haben zum Glück noch vermeiden können – im Sicherheitspaket II – dass eine Zentraldatei geschaffen wird. Aber irgendwann werden die Forderungen dann wieder weitergehen. Da können natürlich auch völlig harmlose Menschen in so einem Netz schnell mal landen. Wenn einer – mit dem Flieger nach Genua wollte, um da an der Riviera zu surfen – und da war der Weltwirtschaftsgipfel mit diesen Ausschreitungen – und Tage später wollte er nach Nürnberg zu seiner Freundin fahren mit dem ICE – da war Berlusconi beim CSU-Parteitag angekündigt. Was, wenn dies zusammen geführt wird, für so jemanden bedeuten kann, wird er sich am wenigsten vorstellen können, da er es kaum erfahren wird.

Allgemein heißt es zur Beruhigung man wolle keine flächendeckende Überwachung. Wie ist es aber, wenn aus angrenzenden Gebieten der Ruf kommt, wir wollen das auch?

### IV. Neueste Urteile des Bundesverfassungsgerichts

In drei Urteilen hat sich das Bundesverfassungsgericht jüngst mit dem Spannungsfeld Grundrechte/Innere Sicherheit befasst.

Mit dem Urteil vom 10. Februar 2004 hat es Ländergesetze für verfassungswidrig erklärt,

die die nachträgliche Sicherungsverwahrung ermöglichten. Das Positivste an diesem Urteil des zweiten Senats ist die Feststellung: „Dagegen wäre die längerfristige Verwahrung eines psychisch gesunden und strafrechtlich nicht oder nur unerheblich vorbelasteten Bürgers zum Zwecke der Abwehr einer von ihm ausgehenden Gefahr der Begehung von Straftaten nicht vereinbar“. Positiv ist auch, dass der Senat wie im vorhergehenden Urteil zur Sicherungsverwahrung im Bundesgesetz StGB vom 5. März 2004 darauf hinweist, dass die Sicherungsverwahrung gegenüber dem Strafvollzug Besserstellungen beinhaltet. Leider fehlt aber eine tiefe Auseinandersetzung mit der Frage, ob Freiheitsstrafe durch Sicherungsverwahrung nicht auf eine Doppelbestrafung hinausläuft. Vor allem wird man auch die Auswirkungen vermehrter Sicherungsverwahrung (ent-

weder im Urteil ausgesprochen, vorbehalten im Urteil und jetzt auch noch nachträglich angeordnet) auf ihre Folgewirkungen genau beobachten müssen. Viele mit dem Strafvollzug Befasste haben darauf hingewiesen, dass im Hauptfall der nachträglichen Sicherungsverwahrung, der Therapieresistenz durch Verweigerung oder Abbruch, für den gesamten Vollzugsbereich die Gefahr von bloßen Scheintherapien wächst. Das wäre dann mit gesteigerten Gefahren bei der Entlassung verbunden und der Schutz der Allgemeinheit würde insgesamt nicht verbessert.

Das Urteil des Ersten Senats zum Großen Lauschangriff vom 3. März 2004 hält diesen im Prinzip für verfassungsgemäß. Leider haben nur zwei Richterinnen der acht Mitglieder des Senats den Großen Lauschangriff insgesamt für verfassungswidrig gehalten. Das ist eine Wertung, die auch wir zuvor in jahrelangen Kämpfen – u.a. auf Bundesparteitagen und im Parlament – vertreten haben. Immerhin zieht auch die Mehrheit des Gerichts erfreulicher Weise der praktischen Anwendung des großen Lauschangriffs sehr enge rechtsstaatliche Grenzen. Insbesondere müssen Informationen aus dem absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung – Gespräche im Ehe – und Familienbereich sowie anderen Personen besonderen Vertrauens – durch Gesprächsabbruch, Löschung und absolute Verwertungsverbote geschützt werden. Der Straftatenkatalog ist zu weit, die rechtsstaatliche Kontrolle ungenügend. Gerade die Grundaussagen des Urteils zur Unantastbarkeit der Menschenwürde mit der Anerkennung eines absolut geschützten Kernbereichs privater Lebensgestaltung dürfen nicht auf den Großen Lauschangriff beschränkt bleiben. Es ist notwendig, dass Politik nicht nur viele weitere Schritte in den Überwachungsstaat unterlässt, sondern auch bisherige überprüft. Es entspricht nicht unserem Demokratiebild, dass Einzelne immer wieder die Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht in jahrelangen Verfahren erstreiten müssen. In den Urteilen des Gerichts gibt es also einige Ansätze, die Balance Freiheitsrechte/Innere Sicherheit anders zu justieren. Das Gericht kann und soll aber nicht die Politik mit ihren Gestaltungsspielräumen ersetzen.

### Fazit

Freiheitliche Rechtspolitik muss eine tragende Säule sozialdemokratischer Reformpolitik sein. In vielen Lebensbereichen wird erwartet, dass die 1998 begonnene Gesellschaftspolitik insoweit entschieden fortgesetzt wird. Ebenso müssen wir für die Balance Freiheitsrechte/innere Sicherheit kämpfen. Da gilt es, Terrain zurück zu gewinnen. Sonst nimmt auch die Demokratie selbst Schaden. Der amerikanische Verfassungsvater Benjamin Franklin hat Recht: Wer die Freiheit abbaut, um Sicherheit zu gewinnen, wird letztes Ende beides verlieren.

**Neue Soziale**  
FORSCHUNGSJOURNAL  
**Bewegungen**

2003

SIND ERSCHEINEN:

- ▶ 1/03 **Bundestagswahl 2002**  
Analyse eines Zufalls
- ▶ 2/03 **Konturen der Zivilgesellschaft**  
Zur Profilierung eines Begriffs
- ▶ 3/03 **Lobbyismus in Deutschland**  
Fünfte Gewalt: unkontrolliert und einflussreich?
- ▶ 4/03 **Alte Gefahr – Neue Wege**  
Was tun gegen Rechts?

2004

BESCHÄFTIGEN SICH DIE AUSGABEN  
MIT DEN THEMEN:

- ▶ 1/04 **Zwischen Meier und Verein**  
Modernisierungspotentiale des Ehrenamts
- ▶ 2/04 **Wissen ist Macht**  
Wer bestimmt die Weltinformationsgesellschaft?
- ▶ 3/04 **Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik**  
Regiert die Ministerialbürokratie das Land?
- ▶ 4/04 **Does Religion Matter?**  
Zum Verhältnis von Religion und sozialer Bewegung

**Einzelheft-Bestellungen und Abo-Unterlagen:**  
Verlag Lucius & Lucius c/o Brockhaus/Commission, z. Hd. v. Frau Rother,  
Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim



www.lnsb.de



# Die drei Irrtümer aktueller Wirtschaftspolitik

Von Heinz-J. Bontrup

Es nimmt mittlerweile volksverdummende Züge an, wenn die stille „Große Koalition“ der Politik zur angeblichen Krisenbekämpfung inklusive eines Abbaus der Staatsverschuldung im Wesentlichen drei Stellschrauben sieht:

1. die zu hohen Löhne und Lohnnebenkosten.
2. den überbordenden Sozialstaat und
3. zu hohe Steuern.

Die Irrlehre zu den Löhnen und Lohnnebenkosten entstammt einer lupenreinen neoliberalen Denkweise. Demnach gilt bei Arbeitslosigkeit immer eine so genannte „Mindestlohnarbeitslosigkeit“. Es käme aufgrund zu hoher Löhne zu einem Angebotsüberhang, sprich Arbeitslosigkeit, die eben, wie an jedem anderen Markt auch, nur durch eine Preissenkung, hier Lohnsenkung behoben werden könne. Leider würden die „Buhmänner“ der Nation, die Gewerkschaften ein Absinken der Löhne verhindern. Deshalb seien dann die Arbeitslosen aufgrund eines Mindestlohnes, der über dem ansonsten sich ergebenden abgesenkten Gleichgewichtslohn liegt, eben „gewerkschaftsgeschädigt“ oder „freiwillig“ arbeitslos. Solche Arbeitslosen hätten dann auch keinen Anspruch auf eine staatliche Alimentierung. Diese müsse in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Sozialhilfe drastisch abgesenkt werden, dass sozusagen die nackte Not den Arbeitslosen zwingt auch zu Niedrigstlöhnen in einem Niedriglohnsektor Arbeit nachzufragen. Das Lohnabstandsgebot zwischen gezahltem Lohn und Sozialentgelt sei so zu vergrößern damit sich die Arbeitslosen nicht lieber in der Schattenwirtschaft tummeln.

Diese neoliberale Sicht zum Arbeitsmarkt ist beschrieben bei den Merkantilisten im 18. Jahrhundert. Schröder und Co. haben sie mit Hartz ins 21. Jahrhundert transferiert. Genauso wie die Mär von den angeblich zu hohen so genannten Lohnnebenkosten. Ob Hartz-Kommission zur „Reform“ der Arbeitsmärkte oder Rürup- und Herzog-Kommission zur „Reform“ der Gesundheits- und Rentensysteme, als Ziel wird es immer angesehen, die Lohnnebenkosten deutlich zu senken. In den Augen der Arbeitgeber werden insbesondere die meisten Lohnnebenkosten ähnlich wie eine Sozialhilfe fürs „Nichtstun“ bezahlt. Deshalb dürfte es eigentlich auch nur Lohnzahlungen für „geleistete Arbeit“ geben. Damit steht die Welt dann

allerdings ökonomisch auf dem Kopf. Der gesamte Lohn, einschließlich der so genannten Nebenkosten beruht doch auf nichts anderem als auf „geleisteter Arbeit“, wie übrigens der Gewinn der Unternehmer auch. Der Lohn ist jedoch nicht das Entgelt für geleistete Arbeit. Er ist der Preis für die Ware Arbeitskraft und muss deren durchschnittliche Lebenshaltungskosten decken. Das wusste zumindest noch der geistige Vater der kapitalistischen Ordnung, Adam Smith als er 1776 den „Wohlstand der Nationen“ schrieb. Der Arbeiter und seine Familie muss vom Lohn leben können und die Unternehmer haben zumindest soviel zu zahlen. Dies verweigern sie heute aber, wenn man bedenkt, dass der Staat z.B. bei

vielen die Arbeiten trotzdem eine Alimentierung vornehmen muss. Man denke hier nur an das staatliche Wohngeld und an das Kindergeld aber auch an Sozialhilfezahlungen. Da Arbeitskräfte auch außerhalb der reinen Arbeitszeit leben müssen, fallen aus Sicht der Unternehmer bedauerlicherweise auch hier Reproduktionskosten an. Der Lohn muss deshalb so hoch sein, dass auch diese Zeiten überstanden werden. Wie politisch erbärmlich ist deshalb die Forderung, Feiertage abzuschaffen. Auch wenn ein Teil des Lohns als z.B. so genannter „Arbeitgeberbeitrag“ zur Sozialversicherung gezahlt wird, ist er doch ausschließlich ein „Arbeitnehmerbeitrag“. Die Beschäftigten erarbeiten ihren Lohn sowie die Einnahmen der Sozialversicherung in vollem Umfang selbst. Empirisch betrachtet hat es außerdem überhaupt keinen wesentlichen Anstieg der echten Lohnnebenkostenquote gegeben. Der Anstieg des gesetzlichen Teils wurde weitgehend durch die tariflichen und von den Unternehmen freiwillig gewährten Bestandteile kompensiert. Wie schön wäre es doch, wenn sich die Menschen einmal mit den wirklichen ökonomischen Fakten beschäftigen würden und nicht immer nur alles wie ein Papagei nachplappern würden, wie der amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft Joseph Stiglitz schreibt.

## Ökonomie, Macht und Interessen

Dabei darf man aber nicht vergessen, dass Ökonomie immer von Macht und Interessen beherrscht wird. Vollbeschäftigung ist heute mehr denn je eine politische Machtfrage. Macht ist auf ideologische Absicherung angewiesen, es gehört zu der ideologischen Taktik, die Macht- und Interessenfrage zu verschleiern, indem auf vermeintliche Sachzwänge, ökonomische Gesetzmäßigkeiten und die wirtschaftliche Vernunft verwiesen wird, wo es im Grunde doch um Interessen und ihre machtpolitische Durchsetzung geht. Macht und Interessen haben auch dazu beigetragen, dass es etwa ab Mitte der 1970er Jahre zu einem Paradigmenwechsel in Ökonomie und Politik gekommen ist. Beigetragen hat dazu das Buch des amerikanischen Ökonomen Milton Friedman „Kapitalismus und Freiheit“

sowie Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die versuchten, die dort vertretenen marktradikalen Thesen während ihrer Regierungszeit umzusetzen. Das Ergebnis war jeweils eine deregulierte und segmentierte Gesell-

schaft in noch mehr Arm und Reich. Prekäre Beschäftigung zu Armutslöhnen ist dabei das erdrückende und beschämende Ergebnis.

Der Keynesianismus ist seit der neoliberalen Wende, durch eine regelrechte „Konterrevolution“ diskreditiert worden. Alles was dagegen als Markt, als Privates daherkommt, steht hoch im Kurs. Gesamtwirtschaftliches ökonomisches Denken, Kreislaufdenken, ist durch den neoliberalen Mainstream zu einem rein einzelwirtschaftlichen bzw. angebotsorientiertem Denken degeneriert. Die Demontage der staatlichen Finanzpolitik, die der neoliberalen Richtung in der Ökonomie schon immer nicht passte, wurde im Zuge der Schaffung und Sicherung der Europäischen Währungsunion (EWU) noch massiv forciert. Die „dummen“ Maastricht-Kriterien, so der EU-Kommissionspräsident, Romano Prodi, haben dann endgültig einer einzig richtigen antizyklischen Finanzpolitik den Garaus gemacht. Dies bereitet allerdings den Wohlhabenden Schichten im Land große Freunde. Denn die Anwendung von Finanzpolitik bedeutet selbstverständlich immer, dass die Rolle des Staates ausgeweitet wird. Schon geringfügige Steuererhöhungen, so der bekannte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith, gelten als indiskutabel. Der Widerstand gegen Steuern gehört zu den Grundlagen der Kultur des Zufriedensseins. Auch eine Erhöhung der Staatsausgaben ist verpönt. Steuersenkungen gelten dagegen immer als akzeptabel, und zwar gänzlich unabhängig vom jeweiligen Konjunk-

Ein Unternehmer, der den Gürtel enger schnallt, malträtiert nicht nur sich selbst, sondern im gleichen Augenblick auch alle seine Unternehmerkollegen.

turverlauf, wenn sie nur den Freiraum der Wohlhabenden stabilisieren. Insbesondere sollte Finanzpolitik aber in Verbindung mit Geldpolitik auf die Stabilisierung des Preisniveaus ausgerichtet werden, obwohl das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz noch drei gleichrangige andere gesamtwirtschaftliche Ziele kennt, u.a. einen hohen Beschäftigungsstand zu garantieren. Aber hier kommen leider die Interessen der Mächtigen und Vermögenden ins Spiel. Diese Schichten mit hohem Einkommen und Geldvermögen fürchten nichts so sehr wie inflatorische Prozesse. Jeder Prozentpunkt Inflation entwertet nämlich ihr Vermögen. Deshalb müsse Finanzpolitik vielmehr und verstärkt für Ausgabensenkungen, insbesondere natürlich im Sozialbereich, zur Bekämpfung von Inflation eingesetzt werden. Eine damit verbundene Drosselung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage würde die Märkte unter Druck setzen und den Preisaufrtrieb verringern, so das neoliberale Credo einer gefährlichen Deflationspolitik. Die Geldpolitik soll gleichzeitig durch eine restriktive Ausrichtung die Zinsen hoch halten und damit ebenfalls Inflation bekämpfen. Dies ist die beste aller Welten für Reiche und Vermögende. Dass dies Beschäftigung bzw. Arbeitsplätze kostet, muss halt als Kollateralschaden hingenommen werden. Ideologisch ist jedenfalls diese Strategie letztlich darauf ausgerichtet, den kapitalistischen Marktkräften einen größeren Spielraum zu schaffen. Da von der Dynamik der Selbststabilisierung der Konkurrenzwirtschaft ausgegangen wird, wird auf gesamtwirtschaftliche Steuerung zunehmend verzichtet. Das Grundübel sei der in den Marktmechanismus intervenierende Staat, genauer der Sozialstaat, den es zu bekämpfen gilt. Fiskalische Schrumpfpolitik und die Umwandlung in einen Wettbewerbsstaat hat sich dafür die Politik auf die Fahnen geschrieben.

#### Vom sozialistischen Zeitgeist zur Sozialen Marktwirtschaft

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren alle Parteien von der Funktionsweise der kapitalistischen Ordnung enttäuscht. Man suchte nach alternativen wirtschaftlichen Ordnungsformen, nach einem „Dritten Weg“ zwischen „zügellosem Kapitalismus“ und einem „autoritären Sozialismus“. Die neugegründete CDU formulierte in ihrem Ahlener Parteiprogramm vom 3. Februar 1947: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensverhältnissen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Die SPD forderte in ihren politischen Leitsätzen vom Mai 1949 die Etablie-

rung einer sozialistischen Wirtschaft und die Vergesellschaftung der Großunternehmen. Ähnliches ist zu lesen im ersten DGB-Grundsatzprogramm, verabschiedet im Oktober 1949 auf dem Gründungskongress des DGB in München. Hier wird eine weitgehende Überführung der Großindustrie, der Energiewirtschaft, der Verkehrseinrichtungen sowie der Kreditwirtschaft in ein Gemeineigentum gefordert. Außerdem eine Demokratisierung der Privatwirtschaft durch Mitbestimmungsgesetze sowie eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung.

Nach der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 war der „sozialistische Zeitgeist“ in der neu gegründeten Bundesrepublik bereits beendet. Die bundesdeutschen wählten mehrheitlich eine bürgerlich rechtsliberale Koalition mit Adenauer als Bundeskanzler. Dieses nach dem Krieg nicht erwartete Wahlergebnis könnte man mit Kurt Tucholsky interpretieren, der einmal über die Deutschen gesagt hat: „Tief wurzelt der Knecht im Deutschen.“ Jedenfalls waren mit dem Wahlausgang weitgehend die alten tief

mit dem Nationalsozialismus verwobenen Herrschafts- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik wieder hergestellt bzw. determiniert. Dies bekamen die Gewerkschaften sehr schnell zu spüren, als es zu Beginn der

1950er Jahre bereits nur noch darum ging, wenigstens Mitbestimmung in den Unternehmen aus dem zuvor aufgemachten Forderungskatalog von Vergesellschaftung und gesamtwirtschaftlicher Rahmenplanung in die zweite deutsche Republik hinüber zu retten.

Als Ergebnis der nachkrieglichen ordnungstheoretischen Debatte kam es aber dennoch zu einer von Alfred Müller-Armack entwickelten „Sozialen Marktwirtschaft“. Diese ist zu verstehen als eine wirtschaftspolitische Synthese aus Wettbewerbsprinzip und dem Prinzip einer Sozialstaatlichkeit, das ausdrücklich die „Sozialbindung des Privateigentums“ betont. Es hat auch dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Damit wird eine ordnungspolitische Mischform aus wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten des Staates im Interesse des Gemeinwohls begründet. Die Abwägung zwischen individueller Freiheit und sozialer Bindung gilt auch im wirtschaftlichen Bereich. Das Grundgesetz lässt es zu, im Interesse des Gemeinwohls, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel durch Gesetz und Entschädigung in Gemeineigentum zu überführen.

Die Synthese von Wettbewerbs- und Sozialstaatsprinzip stellte dabei bewusst auf eine Gestaltung der Marktergebnisse ab. Alle

Ordoliberalen Ökonomen der Freiburger Schule trauten nicht den heute viel zitierten „Selbstheilungskräften des Marktes“. Diesbezüglich schrieb Walter Eucken: „Freie Wirtschaft? Auch diese Frage haben wir aufgrund historischer Erfahrung mit Nein zu beantworten. Gründe: Bei dem Wort ‚Freie Wirtschaft‘ erinnern sich viele Menschen an die schwere Wirtschaftskrise 1929/33, die in einigen großen Industrieländern Millionen aus der Arbeit warf, die zu einem Zusammenbruch der weltwirtschaftlichen Beziehungen führte, in deren Verlauf die Produktion in vielen Industrie- und Agrarländern rasch zusammenschumpfte und aus der sich schwerwiegende politische Fragen ergaben. Sollen wir wieder eine solche Wirtschaftsordnung herstellen? – Sicherlich: Nein.“ Wilhelm Röpke, ein weiterer Ökonom der Freiburger Schule schrieb: „Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden.“ (...) „Mit anderen Worten, fügte er hinzu, die Marktwirtschaft ist nicht alles.“ Auch Müller-Armack hatte kein Vertrauen in die ohne staatliche Reglementierung sich entwickelnde und gebärende private Wirtschaft. Für ihn war klar: „Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat sich den Wirtschaftskrisen gegenüber nicht behaupten lassen. (...) Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen so letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat. Sie veranlasste ihn, den instrumentalen Charakter der von ihm ausgeschalteten Ordnung zu verkennen und die Marktwirtschaft als autonome Welt zu nehmen.“

Der Staat war demnach nachhaltig gefordert, die durch den Markt herbeigeführte originäre Einkommensverteilung durch eine staatliche Redistributionspolitik zu berichtigen bzw. gerechter zu gestalten. Dies sollte insbesondere durch eine adäquate Steuer- und Sozialpolitik umgesetzt werden. Müller-Armack beschrieb dabei die Rolle des Staates in einem System der Kooperation zwischen ökonomischem Wettbewerb auf der einen Seite und sozialem Ausgleich auf der anderen Seite wie folgt: „Der Staat hat die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen (...) zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussten Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten.“

#### Von der Sozialen Marktwirtschaft zum Unternehmerstaat

Vor dem Hintergrund dieser ordnungspolitischen Vorstellungen im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft wurde in der Bundesrepublik



lik nach dem Krieg nicht nur der Sozialstaat auf- und ausgebaut, sondern gleichzeitig auch ein „Kollektivkapitalismus“ (Jörg Hufschmid) auf Basis einer makroökonomischen Globalsteuerung mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 gesetzlich fixiert. Nach der ersten Nachkriegswirtschaftskrise von 1966/67 wurde deutlich, dass das System trotz Sozialstaat eine disproportional Einkommens- und Vermögensverteilung und trotz eines 1958 eingeführten Kartellgesetzes einen nachhaltigen Konzentrations- und Vermachtungsprozess in der privaten Wirtschaft implizierte. Vor allem aber wurde deutlich, dass die Wirtschaft mit einem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung, also Arbeitslosigkeit einhergeht und dass es hierauf nur eine Antwort gibt, und die lautet: Keynesianismus. Der Staat muss die private Wirtschaft aus einer

systemimmanenten Deflationsfalle durch ein deficit spending, d.h. durch eine kreditfinanzierte staatliche Nachfrage befreien. Was macht dagegen die Bundesregierung, sie spart in der Krise, senkt die Staatsausgaben und verhält sich damit prozyklisch anstatt die Krise richtigerweise antizyklisch zu bekämpfen. Hinzu kommt eine völlig verfehlte Geldpolitik der EZB, die nur in Trippelschritten die Zinsen senkt und nicht über eine dezidierte expansive Geldpolitik die Konjunktur belebt. Dadurch hat die Geldpolitik mittlerweile ihre Chance verspielt, weil sich die Wirtschaft längst in einer Liquiditätsfalle befindet. Der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Heiner Flassbeck, hat noch einmal treffend den ökonomischen Unsinn von Sparen in der Krise wie folgt kritisiert: „Wo auch immer etwa gekürzt und gestrichen wird, am Ende ist es die Lage der Unternehmen, die sich dabei verschlechtert. (...) Das ist der entscheidende Unterschied einer einzelwirtschaftlichen und einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung: Gesamtwirtschaftlich sind die Kosten des einen immer die Erträge des anderen um umgekehrt. Ein Unternehmer, der den Gürtel enger schnallt, malträtiert nicht nur sich selbst, sondern im gleichen Augenblick auch alle seine Unternehmerkollegen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für alle anderen Arten der Kostensenkung, sei es die Senkung der Löhne, den Abbau der sogenannten Lohnnebenkosten, staatliche Subventionskürzungen oder den Sozialabbau. Immer sinken die Gewinne der Unternehmen, wenn das Sparen erfolgreich ist, weil die Nachfrage abnimmt.“ So verfallen die Unternehmen letztlich in einen Investitionsattentismus und es kommt zu noch weniger Nachfrage und Wachstum, dafür aber zu immer mehr

Arbeitslosigkeit, die schließlich den Bestand des Systems bedroht. Der wirtschaftspolitische Kern der bis etwa Mitte der 1970er Jahre weltweit vorherrschenden keynesianischen Wirtschaftspolitik verlangt deshalb vom Staat die unbedingte und schonungslose Umsetzung von zwei Verboten und drei Geboten. Die beiden Verbote lauten:

- Die Löhne und Lohnnebenkosten dürfen in der Krise nicht gesenkt und
- die Staatsausgaben nicht prozyklisch reduziert werden.

Soweit Tarifvertragsparteien und Staat die beiden Verbote einhalten, werden damit

wenigstens die tragischen Grundfehler vermieden, die während der Weltwirtschaftskrise 1929/33 die Depression noch verschlimmert hatten. Lohnsenkungen sind falsch, weil sie über damit verbundene Nachfrageeinbußen zu Preis-

senkungen führen und damit eine bereits deflatorische Situation noch verschärfen. Die Gewerkschaften müssen in den Tarifverhandlungen mindestens den verteilungsneutralen Spielraum, also Produktivitäts- und Inflationsrate durchsetzen. Tun sie dies nicht, und in den letzten zwanzig Jahren war dies weitgehend der Fall, kommt es zu katastrophalen Umverteilungen von der Lohnzur Gewinnquote die wiederum zu Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen und somit auch beim Staat zu Steuerausfällen führen.

Seit 1982 ist die Lohnquote trotz Wiedervereinigung von 77,8 v.H. auf 73,7 v.H. im Jahr 2002 gesunken. Senkt der Staat dann nicht seine Ausgaben, so steigt wie geschehen die Staatsverschuldung. Will er die Verschuldung eindämmen, muss er bei rückläufigen Steuereinnahmen die Staatsausgaben senken. Hier liegt es dann nahe die Sozialausgaben zu beschneiden und den öffentlichen Dienst zurechtzustutzen.

Die damit einhergehende Reduzierung der Staatsausgaben (zwecks Budgetausgleich bei sinkenden Steuereinnahmen) ist falsch, weil es zu einer prozyklischen Wirkung kommt und dadurch die bereits bestehende gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche noch verschlimmert wird. Wird dann noch zusätzlich eine unsäglich restriktive Geldpolitik gefahren und

es kommt nicht zu einem deficit spending, sondern wie von Schröder zu verantworten, sogar zu einer Steuer- und Abgabepolitik, die einseitig insbesondere das Großkapital hofiert und mittelständische Unternehmen aber insbesondere den Faktor Arbeit durch direkte und indirekte Steuern sowie Abgaben belastet, dann ist die Krise perfekt. Hier liegen dann lehrbuchmäßig Verstöße gegen die drei keynesianischen Gebote einer easy money policy, einem deficit spending und einer zu fordernden höheren Konsumneigung durch Umverteilung von „oben“ nach „unten“ vor. Die Regierung senkt dagegen die Unternehmenssteuern und -abgaben und erhöht die Lohn- und Verbrauchsteuern sowie die Abgaben auf Lohn und Gehalt. Mittlerweile ist Deutschland zu einem Lohnsteuerstaat verkommen. Es war grundfalsch die Körperschaftsteuer auf 25 v.H. und den Einkommensteuersatz ab dem 1. Januar 2005 auf 42 v.H. zu senken. Ein Skandal war die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen auf Unternehmensbeteiligungen. Dass in den Kommunen die Lichter ausgehen, ist neben der selbstverschuldeten binnenwirtschaftlichen Wachstumsschwäche genau diesen Steuersenkungen geschuldet. In Deutschland liegt die gesamtwirtschaftliche Steuerquote mittlerweile bei nur noch gut 23 v.H. Sie hat damit einen internationalen Tiefstand erreicht. Dennoch fordern Parteien und das Kapital in unverantwortlicher Weise weitere Steuersenkungen, obwohl sich bereits heute die Unternehmen immer weniger an der Finanzierung des Staates beteiligen. Schröder hat Deutschland endgültig in einen Unternehmerstaat geführt. Er weigert sich auch die 1997 von Kohl abgeschaffte Vermögensteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuersätze drastisch zu erhöhen. Und dies vor dem Hintergrund einer völlig disproportionalen Verteilung von Vermögen. Mal gerade 3 v.H. der Bevölkerung hält das Eigentum an rund 80 v.H. des gesamten Produktivkapitals, also Fabrik- und Geschäftsanlagen. Beim Geldvermögen, das sich 2001 auf ca. 3,7 Billionen Euro belief,

„Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“  
(Lorenz von Stein, 1878)

**ISW** **analysen, fakten & argumente**  
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



„... haben die Festungsherren beschlossen, sich künftig auch militärisch weltweit einzusetzen. Mit eigenen Truppen – mindestens im Radius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel. Panzerkreuzer Europa?“

Dokumentation zum gleichnamigen Hearing in München.

Mitherausgeber:  
Bündnis München gegen Krieg  
und Informationsstelle  
Militarisierung (IM) e.V.

isw-report 56  
Dezember 2003  
3,00 EUR + Versand

Bestellungen  
Gesamtprogramm



DER IRAK-KRIEG  
und die Folgen

DIE DEUTSCHE  
MITTÄRMACHT  
am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg  
gegen den Irak  
und die  
militärischen  
KONSEQUENZEN  
deutscher Politik

ISW **SPECIAL**

isw-spezial 18  
Dezember 2003  
2,50 EUR + Versand

[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München,  
fon 089-130041, fax 168 94 15, [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de)

übrigens bei Staatsausgaben von mal gerade 0,6 Billionen Euro, verfügt ein halbes Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung über ein Viertel des gesamten Geldvermögens. Also auch hier eine völlige Schiefelage der Verteilung. Rechnet man allein gegen das Geldvermögen die aufgelaufene (kumulierte) gesamte Staatsverschuldung, die insbesondere seit der Wiedervereinigung drastisch angestiegen ist, so betrug diese 2001 1,2 Billionen Euro. Einem wachsenden privaten aber total disproportional verteiltem Vermögen in Deutschland steht damit eine zunehmende öffentliche Armut gegenüber.

Zynisch wird es vor diesem Hintergrund dann, wenn Politik, neoliberale Ökonomen und die Masse der Tendenzbetriebe Medien jede Form von Staatsverschuldung geißeln. Sie ist nicht das Ergebnis einer „falschen Politik“, sondern das Ergebnis „einer falschen Ökonomie“. Sie wuchs im Prozess der ökonomischen Entwicklung, die alle in der Logik des Kapitals angelegten Widersprüche zur Entfaltung brachte. In der Staatsverschuldung entladen sich diese Widersprüche und werden vom Staat mühselig abgemildert. Die Hauptursache der Staatsverschuldung besteht darin, dass Investitionen, die mit dem Ziel des einzelwirtschaftlichen Profits getätigt werden, einerseits eine Tendenz zum Fall der Profitrate erzeugen und andererseits die Nachfrage nach Arbeitskraft stark vermin-

dern. Es entwickelt sich hieraus tendenziell ein Kapital- und Arbeitskräfteüberschuss der staatlicherseits aufgefangen werden muss, soll das System als Ganzes nicht kollabieren. Wenn nun Politik die Staatsverschuldung abbauen will, und selbst in einer totalen Borniertheit dies in einer Krisensituation macht, so muss Politik dann aber auch sagen, wer denn diesen Abbau finanzieren bzw. bezahlen soll. Wenn nämlich das Schuldenmachen eingestellt wird, wer soll denn dann bitteschön den tendenziellen Fall der Profitrate in der Privatwirtschaft aufhalten und wer die Alimentierung des Arbeitskräfteüberschusses bezahlen. Denn wenn niemand Schulden macht, kann auch niemand Überschüsse erwirtschaften. Das Defizit des einen ist notwendigerweise der Überschuss des anderen: Wenn in einer Volkswirtschaft niemand mehr Geld ausgibt, als er einnimmt, kann auch niemand mehr Geld einnehmen, als er ausgibt. Genauso wenig belasten wir mit unseren Staatsschulden automatisch unsere Kinder. Denn die Kinder, die unsere Schulden erben, erben auch unser Vermögen. Wenn die Schulden wachsen, wachsen die Guthaben im Gleichschritt mit. Das bereits zitierte enorm hohe Geldvermögen der Deutschen wäre ohne einen Partner, der dieses Vermögen schuldet, undenkbar. Es ist wenig sinnvoll, allenfalls interessenorientiert, die eine Seite der Münze zu bewundern und die andere zu verachten. Deshalb sind auch mit dem Hin-

weis auf eine kollektive Belastung kommenden Generationen drastische Sparmaßnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung mit nichts zu legitimieren. Der Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein betonte schon 1878: „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“ Auch die immer wieder vorgetragene Behauptung gegen Staatsverschuldung, dass der Staat sich bei vermögenden Staatsbürgern verschuldet, fällige Zinsen aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen begleicht und so einer staatlich initiierten Umverteilung von „unten“ nach „oben“ Vorschub leistet, ist in ihrer Kausalität nicht richtig. Denn: Zinseinkommen entstehen dadurch, dass einzelne private Haushalte in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden. Aus der Staatsverschuldung folgt somit kein Gerechtigkeitsproblem, das nicht mit Blick auf die vorhandenen Einkommens- und Vermögensdisparitäten bereits bestanden hätte. Wenn man natürlich durch eine verfehlte Steuer- und Abgabepolitik die disproportionale Vermögensverteilung noch erhöht, wird durch Staatsverschuldung zusätzliches Öl ins Feuer gegossen bzw. es kommt zu einer Umverteilung. Die gesellschaftliche Verantwortung für Beschäftigung und Soziales wird mit der aktuellen Politik weitgehend aufgegeben. Dabei ist es eine triviale Erkenntnis, dass sich nur Reiche einen armen Staat leisten können.

spw 2 / 2004

# Innovationsjahr 2004 – bildungspolitische Perspektiven entwickeln

Einleitung zum Auftakt des bildungspolitischen Diskurses in spw

Von Ulf Banscherus und Oliver Kaczmarek

In den letzten Jahren steht das Thema Bildung wieder verstärkt auf der politischen Agenda. Zu oft allerdings bleibt die Diskussion an der Oberfläche stecken und beleuchtet die Symptome oder liefert allzu einfache „Patentrezepte“. Die Entwicklung einer langfristigen Perspektive sucht man meist vergebens. Sehr häufig wird im Laufe der Zeit deutlich, dass mit heißer Nadel gestrickte Antworten zwar Symptome bekämpfen aber letztlich zur Problemlösung nicht geeignet sind. Beispiele dafür gibt es viele, drei davon sind der Verlauf der PISA-Debatte, die sehr verengt geführte Diskussion um Spitzenuniversitäten und die vielfältigen widerstreiten-

den Interessen im Bereich lebenslangen Lernens. Die spw-Redaktion möchte die Ausrufung eines „Innovationsjahres 2004“ durch die Bundesregierung nutzen, um in dieser und in den folgenden Ausgaben einen Beitrag zur inhaltlichen Unterfütterung der Bildungsdiskussionen zu leisten, aber auch um Zusammenhänge zwischen den Einzelthemen aufzuzeigen und so die Basis zu legen für eine systematische Weiterentwicklung der Diskussion weg von einer Reduzierung auf die Symptome der Krise des Bildungssystems hin zu einer Diskussion über die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen an das Bildungssystem der Zukunft. Ein

Verharren in Untätigkeit in Verbindung mit einer verklärten Hoffnung auf eine omnipotente „Wissengesellschaft“, zwei Kennzeichen der aktuellen Bildungspolitik in Deutschland, sind dafür bei weitem nicht ausreichend. Wir brauchen statt dessen eine die unterschiedlichen Bildungsbereiche – Schule, berufliche Bildung und Hochschule, aber gerade auch vorschulische Bildung und Weiterbildung – integrierende Gesamtdiskussion über politische Anforderungen an die Formulierung und Ausgestaltung eines Systems lebenslangen Lernens. Dazu ist es notwendig, in einem ersten Schritt die gemeinsamen, hinter den Einzeldiskussionen stehenden Leit motive zu identifizieren und kritisch zu diskutieren.

Voraussetzung und Ziel allen bildungspolitischen Handelns sollte die Herstellung von Chancengleichheit sein. Alle bekannten Erhebungen zeigen, dass es einen bildungspolitischen Rollback gibt. Die Zahl der Studierenden

Von Ulf Banscherus (Berlin), arbeitet mit im Umbauprojekt Berufsorientierung des Juso-Bundesverbandes und in der spw-Redaktion, und Oliver Kaczmarek (Kamen), stellvertretender SPD-Unterbezirksvorsitzender und Mitglied der spw-Redaktion.



aus Arbeiterhaushalten nimmt insgesamt ab und in einigen Fachbereichen (etwa Medizin) ist ihr Anteil verschwindend gering. Die jüngste Internationale Grundschulleseuntersuchung (IGLU) hat gezeigt, dass Kinder aus den Familien der dort genannten oberen Dienstklassen deutlich häufiger eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten als ihre leistungsgleichen Mitschüler aus anderen Familien. Zweifellos hat es seit dem Ende der 60er Jahre eine Bildungsexpansion gegeben. Das aufstiegsorientierte Milieu in der Facharbeiterschaft hat davon profitiert. Allerdings hat sich im Schatten dieser Expansion eine neue, radikalere Form der Ungleichheit entwickelt. Sie ist Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. An die Stelle des katholischen Mädchens vom Land sind andere Typen sozialer Ungleichbehandlung getreten, etwa der junge Türke aus den Randquartieren der Großstadt, um nur einen zu nennen. Daher ist die Schaffung von Chancengleichheit in formaler Hinsicht weiterhin herausragende Aufgabe einer sozialdemokratisch orientierten Bildungspolitik. Sie bleibt es in vielerlei Hinsicht. Es gilt eine Angebotsstruktur zu schaffen, mit der Defizite aus dem familiären Hintergrund möglichst aufgefangen werden können. Mit einem Beispiel: gibt es in der Schule nicht das Angebot für das Arbeiterkind mit Migrationshintergrund, sich musisch auszudrücken, wird es vermutlich nie damit in Berührung kommen. Insofern muss eine moderne Bildungspolitik auch die ungleichen Startvoraussetzungen akzeptieren und hier gezielt anknüpfen.

Auf einer strukturellen Ebene ist eine Verengung der Diskussionen um Innovation und Modernisierung auf ihren Beitrag zur Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Ökonomie zu beobachten, in der Wertschöpfung zunehmend unter Einsatz von Wissen geschieht. Bildung wird in diesem Zusammenhang häufig auf ihren möglichen Beitrag zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit eines rohstoffarmen Landes reduziert. Diese Perspektive ist stark verkürzt, da in der Regel völlig vernachlässigt wird, dass gesellschaftliche Modernisierung durch wirtschaftliche und soziale Innovation zum Gelingen auch Freiheit und Kreativität benötigt, die die Voraussetzung dafür bilden, Neues zu schaffen. Um dieses Neue schaffen zu können, bedarf es aber auch der Bereitschaft, das Bestehende radikal in Frage zu stellen und Veränderungen einzufordern. Aus diesem Grund können Innovationen nicht durch isolierte Einzelaktivitäten entstehen, sondern brauchen eine systemische Perspektive, einen Blick für das Ganze, vergleichbar einem Mosaik, bei dem handwerkliche Perfektion im Detail die entscheidende Voraussetzung ist, damit eine ästhetische Komposition den gesamten Raum mit der gewünschten Wirkung erfüllt und eben nicht einzelne Inseln der Exzellenz von einem Meer bröckelnden Putzes umgeben sind. Voraussetzung für ein Gelingen des Ziels einer umfassenden Modernisierung ist aus unserer Sicht

deshalb ein integratives Bildungssystem, das allen Menschen, die in Deutschland leben, die Möglichkeit zur Beteiligung an Bildung gibt. Dazu muss die formale Zugangsberechtigung durch eine den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechende dauerhafte Förderung zu einer wirklichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeit der Partizipation weiterentwickelt werden. Notwendig wird allerdings auch eine veränderte Sicht von Bildungsprozessen und damit der sie tragenden Institutionen sein. Bildungspolitik kann nicht bei einzelnen, voneinander isolierten Institutionen ansetzen. Das widerspricht allein schon allen bekannten Tatsachen über Lernprozesse. Jeder und jede kann aus eigener Lebenserfahrung beurteilen, dass Bildung und Wissen nicht allein über Unterricht an Schule und Hochschule, sondern durch vielfache Impulse und Lernprozesse angeeignet wird – durch die aktive Auseinandersetzung mit Gelesenem, durch Einüben von Sozialverhalten im Verein oder eben auch durch die politische Tätigkeit bei den Jusos. Deshalb gilt es gerade die Schnittstellen und Überlappungen einzelner Bildungsabschnitte und –bereiche zu identifizieren und zu stärken. Grob gesprochen kann man von der Notwendigkeit eines umfassend übergreifenden bildungspolitischen Verständnisses sprechen.

Sie muss Institutionen übergreifen, da Schule und Hochschule zwar die zentralen, aber nicht die alleinigen Orte von Bildung sind. In vielen anderen Bereichen (beispielsweise der Jugendhilfe und Erwachsenenbildung) gibt es anspruchsvolle Angebote und enormes Know-how, das es zum Nutzen der Lernenden zu verknüpfen gilt. Sie darf nicht vor den Eigenheiten und lieb gewonnenen Marotten einzelner Bildungsinstitutionen Halt machen.

Eine moderne Bildungspolitik muss zudem Lebensphasen übergreifen. Die bislang eher als Floskel genutzte Wahrheit vom lebenslangen Lernen muss sich natürlich auch in der konkreten Organisation von Bildung und ihrer zeitlichen Dimensionen niederschlagen. Wir müssen zu einem Verständnis von Bildungspolitik kommen, dass Politikfelder übergreift. Soll der leichtfertig gebrauchte Vergleich vom Wissen als dem Rohstoff der Zukunft tatsächlich Früchte tragen, dann müssen auch alle Politikfelder dazu beitragen können, in dem sie Bildungsangebote machen oder Bildungsbeteiligung in jeder Hinsicht erhöhen.

Natürlich muss eine zeitgemäße Bildungspolitik die unterschiedlichen Milieulagen berücksichtigen. Insbesondere dann, wenn sie das Ziel der Chancengleichheit weiter verfolgt. Das ist allerdings keine neue Entwicklung, sondern sozusagen historisches Erbe und Verpflichtung einer auf Chancengleichheit angelegten Bildungspolitik.

Nicht weniger als eine neue Logik von Bildungspolitik, die immer untrennbar mit dem

Begriff Gerechtigkeit verbunden ist, ist vor dem Hintergrund veränderter Herausforderungen notwendig. Daher sind auch Strukturdebatten zwar nicht umsonst, aber zum jetzigen Zeitpunkt doch müßig. Denn nur vor dem Hintergrund dieser neuen Logik können auch adäquate Strukturen geschaffen werden. Die Rezepte der Bildungsreformen von vor 30 Jahren sind dazu, auch wenn sich prächtig Parallelen im Quellenstudium ziehen lassen, nur bedingt hilfreich. Ihre Prinzipien müssen auf veränderte Herausforderungen in der postfordistischen Gesellschaft hin untersucht und modifiziert werden.

Den Auftakt in unserer Bildungsreihe machen Tobias Gombert, der zu einer erneuten Diskussion über Weiterbildung und soziale Innovation aufruft, und Sonja Staack, die in ihrem Beitrag Anforderungen an eine Studienreform aus gesellschaftlicher Perspektive formuliert. In den nächsten Ausgaben wollen wir in weiteren Artikeln den Fragen nach den Anforderungen an eine Integrationspolitik der Bildungsinstitutionen und nach den Zusammenhängen zwischen Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik nachgehen. Hinzu kommt als weitere Themenbereich die Diskussion über Medienkompetenz als Voraussetzung für die zunehmend wichtiger werdende Bedeutung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Im Laufe des Jahres wollen wir auch fragen, wie sich die Diskussion um Spitzenuniversitäten zum klassischen sozialdemokratischen Ziel der Chancengleichheit verhält und den dahinter stehenden Elitenbegriff hinterfragen. Dazu gehört es auch, darüber zu diskutieren, wie die zukünftige Struktur des deutschen Hochschulsystems gestaltet werden soll. Eng mit diesem Thema verbunden ist der Aspekt der Autonomie von Bildungsinstitutionen und deren Ausgestaltung. In diesem Kontext wollen wir die Frage diskutieren, ob eine weitgehend autonome Organisation der Institutionen zwingend zu einem Wettbewerb zwischen ihnen führen sollte – sei es um knappe Mittel oder um die leistungsfähigsten Studierenden. Daran schließt die Frage nach der politischen Regulierungsebene an. Die Frage lautet hier, wie der deutsche Bildungsföderalismus ausgestaltet werden soll und in welche Richtung zukünftige Reformen gehen sollen. Diese möglicherweise auf den ersten Blick als abgehoben erscheinende Diskussion hat mit der Vorbereitung von Reformvorschlägen durch die so genannte Föderalismuskommission von Bund und Ländern eine überaus konkrete Aktualität erreicht. Eine häufig allenfalls randständig beachtete Frage ist die nach der Rolle, die Forschung in unserem Bildungssystem spielen soll. Es bleibt hier zum Beispiel zu klären, ob die Forschung weiter professionalisiert und noch weiter aus den Hochschulen herausgelöst werden soll, oder ob die Humboldtsche Forderung nach Einheit von Forschung und Lehre eine Zukunft haben soll und wie diese dann aussehen soll.

# (Weiter-)Bildung und soziale Innovation

## Ein Aufruf zur erneuten Diskussion

Von Tobias Gombert

Die SPD-Spitze hat als einen Schwerpunkt für das Jahr 2004 „Bildung und Innovation“ und damit ein altes Thema auf die Agenda gesetzt, das alle Jahre wieder in der Programmatik genannt wird. Durch den Zusatz „Innovation“ gewinnt vor allem die Weiterbildung ein besonderes Gewicht, im Schnittpunkt von sozialer Innovation und individuellen Bildungsansprüchen des lebensbegleitenden Lernens. Doch für den Weiterbildungsbereich gilt in der Politik weiterhin die Regel, dass sich die Betonung der Wichtigkeit eines politischen Themas zumeist umgekehrt proportional zum Gestaltungs- und Eingriffswillen der Regierung verhält. Auch der Versuch, das Thema Bildung und Innovation dadurch stark zu reden, dass man es aus den Sparorgien heraushält, kann nicht verdecken, dass die Diskussion von der SPD nicht vorangebracht wird. Dieses Heraushalten aus der Diskussion ist aber einer mangelnden politischen Analyse und einer nicht vorhandenen Zielsetzung der SPD wesentlich geschuldet.

Bei der Weiterbildung sammelt sich dabei in besonderer Art und Weise die Unentschiedenheit und Ziellosigkeit der SPD im Brennglas: Die von Günther, Herrmann, Thien u.a. dargestellte Konzeptionslosigkeit in der Transformation des Kapitalismus hat gerade „Bildung“ als Auseinandersetzungsfeld seit den 1970er Jahren bestimmt (vgl. spw 135). „Bildung“ fungierte dabei im besonderen Maße historisch als Kitt in der Sozialdemokratie zwischen „schrittweiser Sozialisierung“ des Kapitalismus und „Gerechtigkeit im Kapitalismus“ als neue „Formel 1 der Sozialdemokratie“ (vgl. Mahnkopf 2000). Umgekehrt hatte „Bildung“ aber auch immer eine spaltende Diskussion zur Folge, die sich überspitzt so darstellt: Weiterbildung wurde nur allzu oft als eine Bringschuld gegenüber der wirtschaftlichen Fortentwicklung definiert und wurde von den „Chancengleichheitsvertretern“ in kritischbürgerlicher Manier zugleich durch die Werte eines hermetisch abzuriegelnden Bildungsraums angegangen, eine elitäre Diskussion.

### Zur Entwicklung der Weiterbildung

Seit den 1980er Jahren ist vor allem die (nicht regulierte) betriebliche Weiterbildung wesentlich gewachsen. Anlass war die Um-

setzung der technologischen Innovationen. Das Verhältnis der ArbeitnehmerInnen musste dadurch notgedrungen ein gespaltenes sein, denn die Weiterbildung war zwar Teil der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung, unterstützte damit aber auch die Entlassungswellen und beschleunigte so weiter den in die Krise geratenden Kapitalismus: „Nur über eine Verknüpfung technologischer Modernisierung und Weiterentwicklung mit der Arbeitsorganisation, also der Art und Weise des Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft, wurden noch Potentiale der Rationalisierung und Produktivitätssteigerungen gesehen.“ (Paul-Kohlhoff 1997: 422) Zugleich blieb aber Weiterbildung in der Hauptsache ein Mittel zum Zweck, denn „wertschöpfend“ war sie weiterhin nicht (vgl. Paul-Kohlhoff 1997). Insofern ist Weiterbildung nur so lange für ein Unternehmen von gesteigertem Interesse, wie die Arbeitsorganisation insgesamt umgestellt wird (wie die „postfordistische“ Restrukturierung (vgl. im Überblick: Dörre/Röttger 2004).

Mit der Schließung des sozialen Raums seit den 1980er Jahren, der weiterhin bestimmend ist, werden auch die Räume für emanzipative Fort- und Weiterbildung auf gut situierte Milieus eingeschränkt, während zugleich die Anforderungen, den Wert der Arbeitskraft zu steigern, für alle weiterhin zunimmt.

Die Wissensgesellschaft – als ein strategisch hegemonialer Begriff, die Subsumtion der Bildungsinstitutionen) und vor allem der Weiterbildung unter das Kapital weiter voranzutreiben und damit gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung für die kapitalistische Produktionsweise näher anzubinden – steht noch am Anfang und wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verstärken (ein mustergültiges Beispiel für diese Argumentationsweise findet sich etwa bei Leidhold 2001). Dass die SPD das Feld von Bildung und Weiterbildung in den letzten Jahren der Regierung nicht angegangen ist, mag dann in diesem Zusammenhang nicht nur an der ohnehin schwachen bis katastrophalen Bildungspolitik im Allgemeinen liegen, sondern auch an der Tatsache, dass mit der (dialektisch wirkenden) Weiterbildung eine neuerliche Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften oder den Arbeitgebern unver-

meidlich wäre, denn die SPD müsste bei jeder Reform deutlich Stellung beziehen, für wen sie das Weiterbildungssystem in Deutschland reformieren will.

### Klare Stellung beziehen bei Reformen

Für eine sozialistisch fortschrittliche Politik können dabei nur ArbeitnehmerInnen und ihre Interessen und ihre Partizipation an Bildung Maßstab sein. Zudem kann eine nachhaltige Reform der Weiterbildung nur dann greifen, wenn sie mit dem Umbau von Arbeit und Wirtschaft insgesamt einhergeht. Ansatzpunkte für eine solche Reform müssen einerseits die Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichen Kapitals sein, aber auch der Aufbau neuer und anders regulierter gesellschaftlicher Arbeitsbereiche bei intersektoraler Umverteilung. Auch wenn diese Anforderungen hier nur unzureichend angerissen werden können, sollten sie doch Wertungsmaßstab für das politische Handeln werden.

### Handlungsfelder im komplexen Politikfeld „Weiterbildung“

Allerdings werden bei einem solchen ersten Urteil zur Weiterbildungspolitik der SPD zwei Dinge tendenziell vernachlässigt: Zunächst handelt es sich bei „Weiterbildung“ um ein komplexes gesellschaftliches Feld, das je nach Bildungsziel, Institutionen und TeilnehmerInnen (teil-)reguliert und organisiert ist; die Weiterbildung gibt es nicht. Zweitens wird vernachlässigt, dass in diesem komplexen Feld nur dann eine sinnvolle Politik gemacht werden kann, wenn sie auf mehreren Ebenen reguliert. Insofern muss eine Analyse, aus der sich politische Handlungs- und Eingriffsweisen ableiten lassen, selbst zunächst zwischen persönlicher Fortbildung, Weiterbildung und betrieblicher Weiterbildung unterscheiden und sie muss auf die Akteure bezogen unterschiedlich reguliert werden.

Die mehr oder weniger ineinander greifenden politischen Ebenen sind dabei analytische Anhaltspunkte, die auch die Eingriffsfelder darstellen:

Geklärt werden muss – als Grundlage für jegliche Form der Weiterbildung und Fortbildung –, wie die individuelle soziale Absicherung (Kosten der Reproduktion) neu organisiert werden soll. Die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung bleibt hier eine wesentliche Grundlage (vgl. Mikfeld 2000). Sie hat dabei eine doppelte Funktion: Einerseits soll sie die durchschnittliche gesellschaftliche Arbeits-



zeit verringern und damit zu einer Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit führen. Andererseits hat sie zum Ziel, möglichst allen Menschen den Zugang zu Fort- und Weiterbildungsangeboten zu öffnen. Betrachtet man die Beteiligung der gesellschaftlichen Schichten und Milieus, ist dies nach wie vor eines der drängendsten Probleme. So sind weit überdurchschnittlich ArbeitnehmerInnen der oberen Einkommen und des öffentlichen Dienstes an Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen beteiligt (vgl. dazu BMBF 2001). Die Chancen eines solchen umverteilenden Systems könnten in den nächsten Jahrzehnten größer werden: Ein Fachkräftemangel, der durch eine (nur schwer) zu prognostizierende Demografie entstehen kann, wird auf Dauer wahrscheinlich eine Intensivierung der Fort- und Weiterbildung notwendiger denn je machen. Gleichzeitig wird die Produktivkraftentwicklung in hochtechnologisierten Industriezweigen eine beständige Weiterbildung weiterhin unumgänglich machen. Unabhängig davon, muss es in Vorbereitung auf diese Situation wesentlich darum gehen, die persönlichen Freiräume und gesellschaftliche Gestaltung der Weiterbildung zu stärken. Die vor allem marktförmige Organisation der Weiterbildung wird ansonsten die Ungleichheiten weiter verstärken und den Einfluss der Wirtschaft auf den Bildungsbereich weiter erhöhen. Hier gilt es insbesondere der (weiteren) Subsumtion der Arbeit unter das Kapital bezogen auch auf die immaterielle Arbeit und Bildung eine gesellschaftliche Perspektive entgegenzusetzen.

**Betriebliche Ebene** – Auf der betrieblichen Ebene hat sich seit dem Wechsel der Bundesregierung 1998 nur wenig getan. Hervorzuheben ist vor allem die Möglichkeit von Betriebsräten durch Beschäftigungssicherung bei drohenden betrieblichen Kündigungen Qualifizierungsprogramme auszuhandeln (§ 92 a BetrVG) (vgl. dazu Schwarzbach 2003). Neben den weiterhin wichtigen Rechten der Betriebsrätebildung (§ 37 BetrVG) ist damit ein wesentliches Handlungsfeld betrieblicher Interessenvertretung ergänzt worden. Allerdings ist damit nur ein Teilerfolg gelungen, denn Weiter- und Fortbildung wird nicht prinzipiell als mitbestimmungspflichtig festgesetzt. Dieser Schritt wäre aber auf betrieblicher Ebene besonders wichtig, um Betriebsräten in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die Möglichkeit zu geben, als Anwälte für die ArbeitnehmerInnen zu agieren, um nicht nur betriebliche Zwecke, sondern auch emanzipative Ziele der ArbeitnehmerInnen durchsetzen zu können. Betrachtet man die ausgesprochen geringe Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an den Bildungsurlaubregelungen der Länder, so stellt sich die Frage, ob nicht Verhandlungen über erzwingbare Betriebsvereinbarungen mit betrieblichen Rahmen für individuelle Fort- und Weiterbildung ein wichtiger Beitrag wäre, um die Be-

teiligungsraten zu erhöhen. Dazu muss allerdings eine Umlagefinanzierung für Fort- und Weiterbildung organisiert werden, vor allem von den großen Unternehmen und Konzernen zu den klein- und mittelständischen Unternehmen einer Branche.

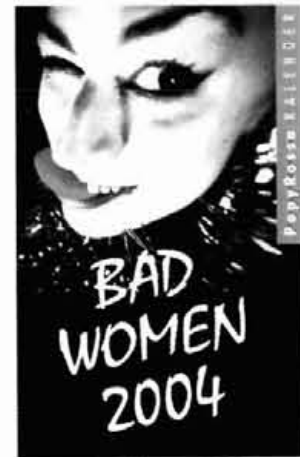
**Tarifliche Ebene** – Weiterbildung und Berufsausbildung werden immer häufiger Gegenstand von Tarifverhandlungen. Diese Tendenz ist zunächst zu begrüßen, zumal Weiterbildung wesentlich an die Bedürfnisse in der Branche gebunden sind. Die Tarifparteien sollten für eine Reform betrieblicher Weiterbildung weiterhin eine starke Rolle haben. Für tariffreie Betriebe und Unternehmen sollte aber eine Mindestregelung durch ein bundeseinheitliches Rahmengesetz geschaffen werden. **Gesetzgeberische Ebene** – ‚Bildung ist Ländersache‘ ist eine der wesentlichen Pfeiler des Föderalismus. Sicherlich wird in der Neuordnung der Bund-Länder-Kompetenzen Bildung eine zentrale Rolle spielen. Zu befürchten ist dabei, dass der Bund die Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes als Faustpfand für die Verhandlungen mit den Ländern einsetzen könnte. Gerade für die Weiterbildung könnte das aber ein großes Problem werden. Gerade weil die Stärkung der individuellen Räume für Emanzipation kleiner werden und damit die lukrative berufliche Weiterbildung allein übrig zu bleiben droht, sollte der Bund endlich ein Weiterbildungsrahmengesetz beschließen, das auch die Förderungsmöglichkeiten von benachteiligten Regionen absichert. Eine Wettbewerbskonstellation verhindert eine nachhaltige Vernetzung von regionaler Strukturpolitik mit den entsprechenden Weiterbildungsangeboten. Nur wenn der Bund diesbezüglich auch gegenüber der EU als starker Akteur auftritt, kann eine ausgleichende Entwicklung stattfinden. Bundeseinheitlich sollte auch der Rahmen für eine demokratische Kontrolle der Weiterbildungskosten geregelt werden, wobei – anders als bisher – die unterschiedlichen Akteure stärker in die Entscheidungswege eingebunden werden sollten.

Die SPD muss im Bereich der Weiterbildung neue Konzeptionen erarbeiten, sie sollte die Diskussion jetzt wieder aufnehmen.

spw 2/2004

#### Literatur:

- K. Dörre, B. Röttger, Das neue Marktregime, spw 135, 25-33.  
 T. Günther, A. Herrmann, H.-G. Thien (u.a.), Fragen zum Kapitalismus heute, spw 135, 22-25.  
 BMBF (Hg.), Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.  
 B. Mahnkopf, Fomel 1 der neuen Sozialdemokratie, in: Prokla (30) 121, 489-526.  
 B. Mikfeld, Die „Arbeitsversicherung als Kern eines wohlfahrtsstaatlichen Erneuerungsprojektes“, in: Jusobundesverband (Hg.), Argumente, 3/2000, 56-69.  
 A. Paul-Kohlhoff, Berufsausbildung und Weiterbildung, in: A. Bernhard, L. Rothermel, Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim 1997, 415-424.  
 W. Leidhold, Wissensgesellschaft, in: K.-R. Korte, W. Weidenfeld (Hg.), Deutschland Trendbuch, Bonn 2001.  
 M. Schwarzbach, Betriebsrat und Beschäftigungssicherung, Münster 2003.



#### Bad Women 2004

Taschenkalender, 224 S., EUR 7,95

Freche Sprüche, tolle Bilder, makabre Witze, böse Karikaturen und allerlei Infos zu chaotischen Weibern aus Geschichte und Gegenwart, Internet und Phantasie

#### PapyRossa Verlag – PRV

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln – Tel.: (02 21) 44 85 45  
 Fax: 44 43 05 – mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de



#### Conrad Schuhler **Unter Brüdern** EUR 11,00

Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt – Gemeinsamkeit und Konkurrenz, Interessengleichheit und Konflikt



#### Helena Saña **Macht ohne Moral** EUR 15,90

Was uns politisch, ökonomisch und historisch in die Sackgasse geführt hat und wie wir wieder aus ihr herauskommen

Wo die öffentliche Schuldenlast herkommt und wo sie hinget und wie dem abgeholfen werden kann

#### Herbert Niemann **Die Schuldentalle** EUR 15,80



Vom Paradoxon kapitalistischen Wohlstands und seiner Überwindung – eine Einführung in die politische Ökonomie

#### K. G. Zinn **Wie Reichtum Armut schafft** EUR 14,80



# Studium, Wissenschaft und Praxis

## Zur Notwendigkeit einer umfassenden Studienreform aus gesellschaftlicher Perspektive

Von Sonja Staack

Eines der schillerndsten Schlagworte der aktuellen Studienreformdebatte ist die ‚Praxisorientierung‘ von Studiengängen. Einst als Forderung der Studentenbewegung in die Diskussion gebracht, scheint der Begriff heute mit Unterstützung von Arbeitgeberverbänden und KultusministerInnen eine neue Karriere zu erleben. Was aber verbirgt sich wirklich hinter der vermeintlichen Neuauflage?

Je spezialisierter der Studiengang, desto praxisorientierter – so begegnet uns die Bachelor-/Masterdebatte derzeit häufig vor Ort. Mit einem ‚Master of Applied Polymer Science‘ oder ‚Lean Management Consulting‘ sei man für den Berufseinstieg allemal besser bedient als mit einem herkömmlichen Diplom in Physik oder BWL. Hochspezialisierte Studiengänge werden auf eine aktuelle Arbeitsmarktnische ausgerichtet, die an der Hochschule erworbenen Qualifikationen müssen im Job unmittelbar verwertbar sein, alles andere gilt als Schnickschnack – und fällt der ‚Entrümpelung‘ der Studienpläne zum Opfer.

### Vom Praxisbezug zur Employability

Kernbegriff der ‚neuen Praxisorientierung‘ ist die Beschäftigungsfähigkeit (employability) der AbsolventInnen. Mit einer dauerhaften Berufsfähigkeit hat diese allerdings wenig zu tun. Vielmehr gehen die Vordenker des neoliberalen Employability-Konzeptes davon aus, dass das im Studium erworbene Wissen eh immer schneller überholt sein wird (‚Halbwertszeit des Wissens‘). Sie plädieren daher für eine möglichst kurze wissenschaftsbasierte Erstausbildung (Bachelor), der lebenslanglich Qualifikations-Updates folgen müssen (Lebenslanges Lernen). Die Verantwortung für den Erhalt der eigenen Beschäftigungsfähigkeit wird dabei auf die oder den Einzelnen abgewälzt. Der Wei-

terbildungsbereich ist in der Regel privat finanziert (das schließt bereits heute einen nicht unerheblichen Teil der Master-Studiengänge ein). Jede oder Jeder soll selbst ‚rational genug‘ sein, die knappen Ressourcen nicht durch marktferne Studieninhalte in den Sand zu setzen.

Denn zur ‚eigenverantwortlichen‘ Gestaltung des Qualifikationserwerbs gehört die Privatisierung der damit verbundenen Risiken: Wer sich nicht marktförmig genug qualifiziert, so die Drohung, wird in die Arbeitslosigkeit verabschiedet. Strukturelle Probleme wie massenhafte Arbeitslosigkeit werden damit zu individuellem Versagen umdefiniert. Der Staat beschränkt seine Verantwortung darauf, zu gewährleisten, dass jeder seine Chance gehabt hat (‚Startchancengleichheit‘). Das Employability-Konzept reiht sich damit nahtlos in die aktuelle Sozial- und Beschäftigungspolitik von der Agenda 2010 bis zu den Hartz-Gesetzen ein.

Maßstab der Studienreformdebatte aus gesellschaftlicher Perspektive kann sinnvoller Weise aber nicht der kurzfristige Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarktes, sondern nur der langfristige Qualifikationsbedarf der Gesamtgesellschaft sein. Hier liegt nun der Hase im Pfeffer: Der zukünftige Qualifikationsbedarf der Gesamtgesellschaft ist ohne Vision der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht diskutierbar. Insofern bleibt die ‚gesellschaftliche Perspektive‘ abstrakt, solange sie gesellschaftliche Interessenkonflikte verschweigt.

### Kritisch oder affirmativ studieren?

Wer mit der Gesellschaft, so wie sie ist, ganz zufrieden ist, kann sich getrost auf den Arbeitsmarktbedarf von heute bzw. mittelfristige Konjunkturprognosen stützen. Damit wird die Praxisorientierung von Studiengängen auf die Vorbereitung des Zurecht-

kommens in gegebenen Verhältnissen beschränkt und aus der Hoch- somit eine Art Berufsschule gemacht. Ziel des Studiums ist der Typus von AbsolventInnen, den Horkheimer beschrieben hat als „das sich frei fühlende, die gesellschaftlichen Tatsachen als notwendig anerkennende, die eigenen Interessen auf dem Boden der Wirklichkeit verfolgende Individuum“ (M. Horkheimer: *Autorität und Familie*, in: *Traditionelle und kritische Theorie*, Frankfurt/Main 1992 (1936), S. 168).

Um dieses Ziel zu erreichen, kommt der Konkurrenz unter StudentInnen eine Schlüsselrolle zu. „Form und Gegenstand des Lernens [im Wettbewerb] bewirken notwendigerweise, Wissen zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft nicht zu erwerben (das heißt unpolitisch zu sein), statt dessen aber den gesellschaftlichen Prozess als extern, als unbeeinflussbar zu verstehen und sich ihm zu unterwerfen. [...] Durch Wettbewerb werden auf dem freien Markt die überlegenen Verfahren und Verhalten herausgesiebt. Überlegen ist hierbei, was zu persönlichem Erfolg und Wohlstand verhilft, zumindest aber das Überleben absichert. Diese Überlegenheit wird also in dieser Weise als Anreiz und Vorbild erfahrbar; sie fordert zur Nachahmung auf. Die erlernbaren Verfahren und Verhalten sind hierbei stets individuell, da sie sich ja bei der Verfolgung persönlicher Ziele als erfolgreich erwiesen haben. Folglich können in einer solchen Gesellschaft effektiv nur individuelle Überlebens- und Bereicherungspraktiken erlernt werden; mehr zu lernen lassen die von den erfolgreichen Personen ausgesandten Signale nicht zu. Leben im Wettbewerb bedeutet also eine Art beständiger Abenteuerurlaub oder Fitneßcamp...“ (H. Schui, R. Ptak, S. Blankenburg, G. Bachmann, D. Kotzur: *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997, S. 63).

Wer allerdings in einer Hochschule einen Ort sieht, an dem Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeitet und Grundlagen für gesellschaftlichen Fortschritt entwickelt werden, der muss andere Anforderungen an eine umfassende Studienreform formulieren. Wenn StudentInnen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben sollen, um soziale und ökologische Reformen an ihrem späteren Arbeitsplatz durchzusetzen, gewinnt auch die Berufsorientierung des Studiums eine neue Dimension. Und ist in Zeiten rasant

Maßstab der Studienreformdebatte kann nicht der kurzfristige Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarktes, sondern nur der langfristige Bedarf der Gesamtgesellschaft sein.



steigender Arbeitslosigkeit anstelle 'einer stromlinienförmigen Arbeitsmarktorientierung nicht vielmehr das Hinterfragen der Ursachen struktureller Arbeitslosigkeit die beste Praxisorientierung?

#### (un)soziale Kompetenzen

Mal, 'soft skills', mal, 'Kern-', mal, 'Schlüsselqualifikationen' genannt – eines der Lieblingsthemen der Sonntagsreden von Studienreformern sind fehlende soziale Kompetenzen von HochschulabsolventInnen. Im Gegensatz zu bestimmten fachlichen Kenntnissen lassen sich soziale Kompetenzen aber nicht einfach auf den Stundenplan setzen (wie derzeit allerdings häufig gefordert), sondern werden vielmehr durch die Art und Weise des Lernens bestimmt. Der beste Rhetorikkurs ist immer noch eine ausgeprägte Diskussionskultur in den Seminaren.

Irgendwelche 'soft skills' werden dabei grundsätzlich gelernt: Wer projektorientiert studiert, lernt dabei bestenfalls selbständiges und forschendes Lernen sowie die solidarische Zusammenarbeit mit den KommilitonInnen. Wer Frontalunterricht über sich ergehen lassen muss, lernt zuzuhören und äußere Anforderungen zu erfüllen. Wer stets in Konkurrenz zu seinen KommilitonInnen steht, lernt, sich zu verkaufen und gegen andere durchzusetzen.

Die Definitionsmacht darüber, ob 'Teamfähigkeit' vor allem auf Durchsetzungsfähigkeit oder vielmehr auf solidarisches Agieren aufbaut, ob 'Kommunikationsfähigkeit' dazu dienen soll, die Anliegen anderer zu erkennen und zu berücksichtigen, oder ihnen vielmehr die eigene Sichtweise zu verkaufen, bleibt umkämpft. Eines aber ist sicher: Nicht überall, wo 'soziale Kompetenzen' draufsteht, sind auch wirklich 'soziale' Kompetenzen gemeint.

Wenn wir Berufsorientierung nicht als unmittelbare (und ebenso schnell wieder verfallende) Verwertbarkeit, sondern als dauerhafte Berufsfähigkeit verstehen wollen, können wir beständige Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft kaum als Schlüsselqualifikationen durchgehen lassen. Vielmehr muss ein Studium Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen immer wieder kritisch zu hinterfragen, anhand eigener Maßstäbe aktiv in ihre Gestaltung einzugreifen und neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Hierzu gehört auch die lebensbegleitende Weiterentwicklung der eigenen Qualifikation. Die Grundlage für eine selbständige wissenschaftliche Urteils- und Handlungskompetenz und damit die Befähigung zum lebensbegleitenden Lernen steht aber in direkter Relation zum wissenschaftlichen Niveau der Erstausbildung, welche in dieser Qualität daher nicht weniger, sondern mehr Menschen als bisher zugänglich sein muss.

#### Lebenslanges Lernen – Lebenslange Selektion?

Die Ermöglichung lebenslangen Lernens hängt wesentlich von der individuellen und sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems ab. Insofern könnte die Einführung eines zweistufigen Studiensystems (wie beispielsweise des Bachelor/Master-Systems) ein Schritt zu einer fortschrittlichen Gestaltung lebenslangen Lernens sein, sofern es die Durchlässigkeit der Hochschulbildung für individuelle und interdisziplinäre Studienwege erhöhen sowie zur Durchlässigkeit akademischer und beruflicher Bildung beitragen würde.

Der aktuelle Druck zur flächendeckenden Einführung eines Bachelor-/Mastersystems in Deutschland zielt hingegen auf schärfere Selektionsmechanismen innerhalb des Studiums sowie insgesamt auf einen Bildungsabbau durch ein verkürztes Regelstudium. So erklärte die Kultusministerkonferenz in ihrer Presseerklärung zum Beschluss neuer Strukturvorgaben für die neuen Studiengänge (10.10.2003): „Die Strukturvorgaben stellen klar, dass der Bachelorabschluss künftig den Regelabschluss eines Hochschulstudiums darstellt. Dementsprechend müssen Bachelorabschlüsse berufsqualifizierend sein und die wissenschaftlichen Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogenen Qualifikationen vermitteln, die für einen Eintritt ins Berufsleben erforderlich sind. Wer – vielfach nach einer ersten Phase der Berufspraxis – im Masterstudiengang weiter studieren will, soll neben dem Bachelorabschluss besondere Qualifikationen im Hinblick auf die spezifischen Anforderungen des jeweiligen Masterstudiengangs nachweisen.“

Im Klartext: Wer sich nach dem Bachelor nicht überdurchschnittlich gut verkauft, fliegt raus. Statt die soziale Durchlässigkeit zu erhöhen, werden hier neue Barrieren im

Bildungssystem aufgebaut. Individuelle Entscheidungen über Bildungswege werden damit nicht seltener, sondern häufiger in biographische Sackgassen führen.

#### In die Offensive kommen!

Eine fortschrittliche Alternative zu diesem Trend ist in der bildungspolitischen Debatte derzeit nur sehr zaghaft zu vernehmen. Unter dem immensen neoliberalen Druck auf eine unmittelbare Verwertbarkeit der Studieninhalte haben sich einige StudentInnenvertretungen auf eine reine Abwehrposition gegenüber der Berufsorientierung zurückgezogen. Sie geraten damit partiell in erstaunliche politische Nähe zur konservativen Position, das Bildungssystem als ‚Elfenbeinturm‘ ohne jeglichen Bezug zur Außenwelt zu begreifen. Die Gewerkschaften hingegen tendieren eher dazu, die tradierte Forderung nach einer Praxisorientierung der Hochschulbildung ohne eine genauere Bestimmung dieses Begriffes hochzuhalten und finden sich damit häufig unverhofft mit den Arbeitgebern in einem Boot. Faktisch sind es derzeit weder StudentInnen noch GewerkschafterInnen, die dieses Boot steuern.

Der Begriff einer kritischen Praxisorientierung lässt sich nur aus dem Zusammenhang von kritischer Hochschulbildung und kritischer Arbeit mit Leben füllen. Hierfür ist eine Wiederbelebung der gemeinsamen bildungspolitischen Diskussion von StudentInnen und Gewerkschaften eine wichtige Basis. Eine Praxisorientierung in diesem Sinne ist nur gegen den erbitterten Widerstand derjenigen durchsetzbar, die bei den gegenwärtigen Hochschulreformen am Ruder sind. Aber es lohnt sich: Denn wissenschaftliche Qualifikation ist eines der wichtigsten Instrumente zur Veränderung des Beschäftigungssystems – und der Gesamtgesellschaft.

spw 2 / 2004



Foto: Christian Kiel (Berlin)

## „Der Flächentarif unter Druck“

Hilde Wagner/Armin Schild (Hrsg.), *Der Flächentarif unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktlichung*, VSA-Verlag, Hamburg, 2003, EUR 17,80, sFr 31,00

Das „Tarifkartells“ der Gewerkschaften wird von neoliberalen Politikern vehement kritisiert. Union und FDP fordern eine Abschaffung der Flächentarifverträge. Neoliberale Politiker scheinen sich einig zu sein: Die Tarifautonomie soll eingeschränkt werden. Ein großes Lagerfeuer, um die Tarifverträge hinein zu werfen, wünscht sich der Präsident des Industrie-Bundes Michael Rogowski. Gewerkschaften sollen sich aus den betrieblichen Fragen heraushalten, regeln könnten vor Ort Betriebsräte die Belange der Beschäftigten. Kanzler Schröder hat bei Vorstellung seiner Agenda 2010-Pläne von den Gewerkschaften Zugeständnisse gefordert, auf freiwilliger Basis die Tarifver-

träge weitgehend für betriebliche Regelungen zu öffnen.

Die Beschäftigten zeigen bei bundesweiten Protestaktionen deutlich ihre Wut. Mehr als 11 000 Beschäftigte demonstrierten etwa in Köln, Bochum und Herne, 6000 Beschäftigte im Saarlouiser Ford-Werk, 25 000 Beschäftigte in Wolfsburg oder 3500 VW-Beschäftigte in Salzgitter. Die Angriffe richten sich auf Flächentarifverträge, die für viele Beschäftigte Mindestbedingungen festlegen. Neben dem Gehalt zählen Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld oder der Urlaubsanspruch dazu. In der Neuerscheinung „Der Flächentarif unter Druck – Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktlichung“ erläutern verschiedene Autoren aus dem IG Metall-Umfeld die aktuellen Entwicklungen.

Dem IAB Betriebspanel zufolge sind in der Metall- und Elektroindustrie in Westdeutschland 63% der Beschäftigten tarifgebunden. Diese relative Stabilität – so Hilde Wagner von der IG Metall – zeigt, dass es „auch unter schwierigen Vorzeichen immer noch gelingt, gleiche Konkurrenzbedingungen für die Unternehmen und die Beschäftigten zu definieren und damit Wettbewerb untereinander zu begrenzen“. Allerdings ist die Wirkungskraft der Flächentarifverträge in den letzten Jahren geringer geworden. Dies hat mehrere Gründe.

Ein Grund sind – von den Gewerkschaften vereinbarte – Öffnungsklauseln, die Regelungen über Unternehmer und Betriebsräte auf betrieblicher Ebene ermöglichen.

In den Tarifverträgen von über 80 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen für rund 15 Millionen Beschäftigte finden sich nach Angaben des WSI-Institutes der Hans-Böckler-Stiftung Hunderte von Öffnungsklauseln. Sie beziehen sich auf Löhne und Gehälter, Arbeitszeitdauer und -verteilung, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und andere tarifliche Vorschriften. Die bestehenden Regelungen werden breit angewendet: 35 % der Betriebsräte gaben in der WSI-Betriebsrätebefragung 2002 an, dass die tariflichen Öffnungsklauseln betrieblich genutzt werden. Die Entwicklung zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik sehen – entgegen den von der CDU suggerierten Verhältnissen – Betriebsräte eher skeptisch. Knapp 38 % der Befragten beurteilen diese Entwicklung „zweispaltig“, und 42 % halten es für „generell problematisch“, weil dieser Trend zu einer noch stärkeren Belastung des Betriebsrats führt und eine wirkungsvolle Einflussnahme oft kaum noch möglich ist. Ein weiterer Grund für die nachlassende Bindung der Flächentarifverträge in den Betrieben, sind – seit Jahren stattfindende – tiefgreifende Umwälzungsprozesse.

Heutige Managementstrategien zielen auf Dezentralisierung ab und nutzen „schlanke Produktionsmethoden“. Dies hat dazu geführt, dass weniger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen direkt angestellt werden. Viele Unternehmen nehmen nur noch ihre Kernaufgaben selbst wahr, während sie Nebenaufgaben an

Dritte vergeben. Das führt zu einer großen Zahl von Zulieferern und Unterauftragnehmern. Diese grundlegenden Veränderungen in der Arbeitswelt führen zu tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen.

Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse wirkt sich verschlechternd auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit und scheinselfständige Tätigkeit sowie „Heimarbeit und ihre besondere Ausprägung, die Telearbeit“ bringen für alle Beschäftigten Nachteile, wenn sich die Bezahlung an den schlechtbezahlten Randbelegschaften orientiert.

Die Unternehmen orientieren sich im letzten Jahrzehnt immer stärker an den Kapital- und Finanzmärkten. Nach dem Shareholder-Value-Prinzip sorgen unternehmensinterne Kontroll- und Steuerungssysteme dafür, die Finanzverhältnisse in den Unternehmen transparent machen. Die Renditevorgaben werden enorm gesteigert.

Die Unternehmen richten sich stärker an den Absatzmärkten aus. Und die Beschäftigten werden direkt mit den Zwängen des Marktes in Form konfrontiert. Die Konkurrenzbeziehungen werden verstärkt direkt in die Unternehmen hereingeholt. Beschäftigte sollen „Unternehmer im Unternehmen“ sein, Steuerung erfolgt indirekt durch Benchmarks und Kennziffern. Die Unternehmen versuchen die erhöhten Gewinnrisiken durch eine Variabilisierung bisher fixer Kosten abzufangen. Oberste Priorität haben dabei die Personalkosten und damit das Einkommen der Beschäftigten.

Das Ergebnis: Leistungsdruck und Gesundheitsgefährdungen steigen enorm. Arbeitszeitregelungen von Tarifverträgen werden nicht eingehalten, die Bezahlung – durch Öffnungsklauseln – verstärkt vom „unternehmerischen Erfolg“ abhängig.

Aber auch innerhalb der IG Metall wird seit der letzten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie über die „Erneuerung des Flächentarifvertrages“ (Wagner) diskutiert. Betriebsräte und Vertrauensleute großer Automobilkonzerne fordern, in der Tarifpolitik zukünftig stärker zwischen ertragsstarken und ertragsschwachen Betrieben zu differenzieren soll. Der Band zeigt jedoch, welche Folgen diese „zweistufige Tarifpolitik“ haben wird: in einigen Großbetrieben werden möglicherweise höhere Tarifabschlüsse vereinbart als in den anderen Betrieben. Die Beschäftigten in kleineren Betrieben werden dann von der Einkommensentwicklung der Branche abgekoppelt. Bereits die Tariföffnungsklauseln benachteiligen Beschäftigte in diesen Unternehmen. Für die IG Metall besteht deshalb die Gefahr, weite Teile der Arbeiterschaft durch die eigene Tarifpolitik zu spalten. Gefahren für die Arbeits- und Lebensbedingungen gehen also nicht nur von den Bestrebungen von CDU, FDP und Unternehmervereinigungen aus.

Marcus Schwarzbach (Kassel)

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

16. Jahrgang, Nr. 57, März 2004, 224 Seiten

### Machtverhältnisse

#### Privateigentum, Macht, Herrschende Klasse

Krysmanski – Herrschende Klasse *Revisited* / Hirschel – Einkommensreichtum und seine Ursachen / Bontrup – Wettbewerb und Wirtschaftsmacht / Gallinge – Im Zeitalter der Insolvenzen?

#### Diskussion: Soziale Protestbewegungen – Themen, Perspektiven

Schmalz – Perspektiven des Studierendenprotests / King & Kimpel – Soziale Protestbewegung nach der Berliner Demonstration

#### Eindrücke vom Zweiten Europäischen Sozialforum

Klages – Altermondialisten in Paris / Flörheimer & Tittor – Themen und Diskussionsfelder beim ESF

#### Gewerkschaften in der Defensive

Bischoff – Moderner Kapitalismus ohne Gewerkschaften? / Gorr – Kräfteverhältnisse im Spiegel der Tarifpolitik

**Und:** Losurdo – Bürgerliche Gesellschaft und Staat: Hegel, Marx und die zwei Liberalismen / Neubert – Lenins Erbe und sozialistisch-kommunistische Politik heute / Pätzold – Kocka: Die Glaubwürdigkeitslücke / Bell – Die soziale Lage in den Städten

**Sowie:** Berichte, Diskussionen, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:  
**Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de  
e-mail: redaktion@zme-net.de



Uwe-Jens Heuer: „Marxismus und Politik“, VSA-Verlag, Hamburg, 2003, 18,- Euro

Ein Buch das jeder „Realpolitiker“ aus dem Spektrum linker Parteien lesen sollte, um zu erkennen, dass die Realität nur als Totalität des gesellschaftlichen Seins zu begreifen ist und das es in dieser Totalität prägende Kategorien gibt, die mit anderen zwar stets verbunden, aber nicht stets mit diesen unmittelbar Deckungsgleich sein müssen. Der Autor, selbst acht Jahre Bundestagsabgeordneter für die PDS, zeigt in seiner Darstellung der Analysen von Marx, wie die Öko-

nomie des Kapitalismus eine Art „naturgesetzliche“ Dynamik auf die Gesellschaft auslöst, aus deren Bann sich die Politik nie gänzlich entfernen kann, mit deren Entwicklung sie aber nicht automatisch immer identisch sein muss. Weshalb politische Kämpfe durchaus dazu führen können, dass der Grad der Ausbeutung und Unterdrückung am Arbeitsplatz und der Gesellschaft reduziert werden können, ohne sie aber gänzlich auf diesem Weg der politischen Emanzipation beseitigen zu können. Dazu sei eine soziale Emanzipation nötig. Der PDS wirft der Autor vor, sich diesen Erkenntnissen zu verschlie-

ßen und dementsprechend den Sozialismus nicht mehr als soziale Befreiung zu begreifen, durch deren Abschaffung des Privateigentums ein wesentlicher Einschnitt in die „naturgesetzliche“ Entfremdung der Menschen vorgenommen würde, sondern dass sie nur noch von „Visionen“ oder von „sozialistischen“ Vorstellungen schwätze. Heuer hat ein Buch vorgelegt, das an beste Traditionen linker Publizistik anknüpft und dabei die aktuellen internationalen Verhältnisse nicht außer acht lässt.

Jürgen Meier (Hildesheim)

Peter F. Müller und Michael Müller, *Gegen Freund und Feind – Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte*, Rowohlt Verlag 2003, 24,90 Euro

In den 80er Jahren hatten Bürgerrechtler und sogar eine Bundestagspartei – die Grünen – die Abschaffung aller Geheimdienste gefordert. Bekanntlich ist daraus nichts geworden. Dass ein solcher Schritt vernünftig gewesen wäre, zeigt das Buch „Gegen Freund und Feind – Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte“ von Peter F. Müller und Michael Müller. Denn die Autoren haben eine Art Kompendium verfasst über die Machenschaften eines staatlichen Apparats, die jeden Demokraten erzürnen lassen müssen.

Der Bundesnachrichtendienst entstand als Organisation Gehlen aus den Überbleibseln der nazistischen Wehrmachtsabteilung Fremde Heere Ost. Die Autoren erinnern im ersten Kapitel „Von der Ostfront nach Pullach: Die Ära Gehlen“ klugerweise daran, dass im Jahre 1950 mit Otto John ein Antifaschist zum Chef des neuen Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt worden war. Ein starker Konkurrent für den ehemaligen Nazi-Geheimdienstler Reinhard Gehlen, der von einem nachrichtendienstlichen Monopol geträumt habe. John war ohne Wenn und Aber gegen die Wiederbewaffnung und für die Wiedervereinigung. „Von Gehlen soll der Satz stammen, der in Bonner Ministerien kursierte: Einmal ein Verräter, immer ein Verräter“, schreiben die Autoren. Ende 1955 verschwand John plötzlich und fand sich in Ostberlin wieder. Kurze Zeit später kehrte er in die Bundesrepublik zurück und erklärte, er sei von einem Bekannten, dem Arzt und Agenten Wolfgang Wohlgemuth betäubt und nach Ost-Berlin entführt worden. Bis zu seinem Tode im Jahre 1997 blieb er – ohne Aussicht auf Rehabilitation – bei seiner Darstellung. Seit 1956 haftete ihm in der Bundesrepublik der dem bürgerlichen Tod gleichkommende Ruf an, ein DDR-Spion gewesen zu sein. „Nichts zeigt besser die Zügellosigkeit, mit der die ideologische Schlacht geschlagen wurde, als die Affäre John“, resümieren Peter F. Müller und Michael Müller diesen spektakulären Fall. Im Jahre 1956 nahm die Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst offiziell ihre

Arbeit auf. Es blieb nicht bei der klassischen Aufklärungsarbeit. Waffenlieferungen in Spannungsgebiete der Dritten Welt, in die offiziell aus der Bundesrepublik nicht geliefert werden darf, wurden immer wieder mit Hilfe des BNDs organisiert. Schon 1958 hatte der BND die Palastwache des Königs von Saudi-Arabien mit Pistolen und Funkgeräten ausgerüstet. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre engagierte sich der BND in Saudi Arabien und im Iran zu Zeiten des Shah-Regimes auch bei der Schulung und Aufbau der Geheimdienste.

Bei den Waffenlieferungen kannte der BND keine Hemmungen – im Biafrakrieg in Nigeria belieferte er sogar beide Bürgerkriegsseiten. Ob das Apartheid-Regime in Südafrika und Rhodesien, die Militärdiktatur in Griechenland – der BND belieferte die Herrschenden mit Waffen. Zu Geheimdiensten vieler Diktaturen unterhielt er beste Kontakte. So auch zum Geheimdienst des südafrikanischen Rassistenregimes, zu dem lediglich unter Kanzler Willy Brandt die geheimen Drähte gekappt wurden. Brandts Nachfolger Helmut Schmidt ließ die Beziehungen wieder aufleben.

Pikantes erfahren wir auch über die Unterstützung der Contras in Nicaragua Ende der 70er Jahre.

„Während die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung die Sandinisten in Nicaragua unterstützte“, schreiben die Autoren, „setzte die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem BND stammende Operativgelder des sozialdemokratischen Kanzleramts zugunsten der Contras ein.“

Und auch die Waffeneinkäufer Saddam Husseins konnten auf die „unbürokratische Amtshilfe“ des BND setzen.

Die politische Kultur in der Bundesrepublik nahm durch die Aktivitäten des BND Schaden. So notieren die Autoren, dass immer wieder die Rede davon war, im Zusammenhang mit Waffenlieferungen seien Schmiergelder an die FDP geflossen. BND-Chef in den 80er Jahren war der Freidemokrat Klaus Kinkel.

Die Autoren berichten, dass Quellen aus der Waffenhändlerbranche den bis heute ungeklärten Mord am damaligen FDP-Schatzmeister Heinz Herbert Karry im Jahre 1981 mit deutschen Waffenlieferungen an den Irak



in Beziehung gebracht werde. Die Firma Telemit hatte militärisches Material in den Irak geliefert – ihr damaliger Geschäftsführer habe immer wieder davon gesprochen, dass er die FDP schmieren müsse, damit Waffenlieferungen in den Irak nicht blockiert werden.

Mitte der 90er Jahre sorgte sich der BND – nach der Auflösung des Ostblocks – dann um seine Existenzberechtigung und betätigte sich als agent provocateur im Bereich Uranhandel. Damals inszenierte der BND einen fingierten Uranhandel. Die Aktion erregte als BND-Plutoniumskandal kurze Zeit die Gemüter der Öffentlichkeit.

Am Ende ihres Buches fragen sich die Autoren jedoch überraschenderweise, ob ein Geheimdienst heute nicht dringlicher denn je sei: als Aufklärungsapparat im Kampf gegen den Terror. Die Geschichte über die schmutzigen Geschäfte des BND zeigt uns aber, dass der BND sich auf solch eine Funktion wohl kaum beschränken ließe. Alle Bundeskanzler – mit Ausnahme Brandts – haben sich von der zynischen Ideologie leiten lassen, dass ein Geheimdienst im Ausland lediglich den Gesetzen der Macht verpflichtet sei – nicht aber dem Grundgesetz.

Ingo Zander (Kerpen)



# 25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

## Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



**Edlbert Richter**  
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“  
300 S., EUR 15,50, sFr 27,80,  
VSA-Verlag 2002

**Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)**  
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



**Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)**  
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden  
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

**Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)**  
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

**Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)**  
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?  
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

**Detlev von Larcher (Hrsg.)**  
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 2

It's the economy, stupid!



**Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)**  
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft  
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

**Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)**  
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?  
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



**Joachim Vockel**  
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre  
PapyRossa  
Hochschulschriften 40  
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

**Detlev von Larcher (Hrsg.)**  
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter [www.spw.de](http://www.spw.de) oder per eMail an [verlag@spw.de](mailto:verlag@spw.de)